

Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration: Vorträge gehalten auf der 5. Tagung des Arbeitskreises Migration - Integration - Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie der Deutschen Gesellschaft für Geographie in Bern am 2. Oktober 2003

Swiaczny, Frank (Ed.); Haug, Sonja (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzband / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Swiaczny, F., & Haug, S. (Hrsg.). (2004). *Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration: Vorträge gehalten auf der 5. Tagung des Arbeitskreises Migration - Integration - Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie der Deutschen Gesellschaft für Geographie in Bern am 2. Oktober 2003* (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 112). Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-331248>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Frank Swiaczny und Sonja Haug (Hrsg.)

Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration

**Vorträge gehalten auf der 5. Tagung des Arbeitskreises
Migration – Integration – Minderheiten der Deutschen
Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit
mit dem Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie der
Deutschen Gesellschaft für Geographie in Bern am
2. Oktober 2003**

**2004
Heft 112**

ISSN
0178-918X

BiB

**Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
beim Statistischen Bundesamt · 65180 Wiesbaden**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Migration und Integration

Felicitas Hillmann

Sozialgeographische Perspektiven der Migration und Integration in Europa 7

Noelle Noyes

Die Integration der Spätaussiedler in den alten und neuen Bundesländern
Ein Vergleich der Städte Garbsen und Strausberg 27

Yvonne Langer

Die Rolle von Kultur und Identität im Integrationsprozeß von Zuwanderern
und ihre Implikationen für die kommunale Integrationspolitik 53

Migration und Selektivität

Heike Pethe

Die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften nach Deutschland
Eine Untersuchung zur „Greencard“ 69

Grit Beck

Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland 95

Internationale Wanderungsforschung

Jochen Mistelbacher

Wohnstandortwahl und innerstädtische Wanderungsbewegungen unterer
Sozialschichten in der indischen Megastadt Delhi 113

Daniel Göler

Migration und Bevölkerungsentwicklung an der nördlichen Peripherie Russlands 131

Verzeichnis der Autoren

Dr. Felicitas Hillmann
Freie Universität Berlin
FB Geowissenschaften
Zentrum für Entwicklungsländerforschung (ZELF)
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin
E-Mail: hillmann@geog.fu-berlin.de

Noelle Noyes
E-Mail: nnoyes@yahoo.com

Yvonne Langer
Fichtestr. 3
70193 Stuttgart
E-Mail: Yvonne.Langer@Post.Harvard.edu
Yvonne.Langer@stuttgart.de

Heike Pethe
Geographisches Institut
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin
E-Mail: heike.pethe@rz.hu-berlin.de

Grit Beck
Freie Universität Berlin
Institut für Geographische Wissenschaften
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin
E-Mail: gritbeck@geog.fu-berlin.de
URL: <http://www.geog.fu-berlin.de/~angeo/home/g-beck.htm>

Jochen Mistelbacher
Geographisches Institut
Universität Mannheim
L9, 1-2
D-68161 Mannheim
E-Mail: jocsar@t-online.de
URL: <http://www.geographie.uni-mannheim.de>

Daniel Göler
Universität Bamberg
Institut für Geographie
Lehrstuhl I für Geographie
Am Kranen 12
96045 Bamberg
E-Mail: daniel.goeler@ggeo.uni-bamberg.de
URL: <http://www.uni-bamberg.de/ggeo/index.htm>

Vorwort

Der vorliegende Materialienband dokumentiert einen Teil der Vorträge, die am 2. Oktober 2003 bei der jährlichen Herbsttagung des Arbeitskreises „Migration – Integration – Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie gehalten wurden.

Die Herbsttagung fand bereits zum zweiten Mal in interdisziplinärer Kooperation statt, diesmal mit dem Arbeitskreis „Bevölkerungsgeographie“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie anlässlich des 54. Deutschen Geographentags in Bern. Die Tagung stand unter dem Leitthema „Migration“. Das Ziel einer möglichst breiten interdisziplinären Diskussion des Themenspektrums „Migration – Integration – Minderheiten“ wird bei der Herbsttagung 2004 unter dem Titel „Migration in Europa“ zusammen mit dem europäischen forum für migrationsstudien (efms) weiter verfolgt.

Unter dem Leitthema „Migration“ wurden während der Tagung facettenreiche Aspekte bevölkerungsgeographischer und demographischer Forschungen diskutiert. Die Beiträge beschäftigen sich mit Fragen der Integration von Migranten (Beiträge Hillmann, Noyes und Langer), der Selektivität von Migration (Beiträge Pethe und Beck) sowie internationalen Fallstudien aus Indien und Russland (Beiträge Mistelbacher und Göler). Neben unterschiedlichen Typen der Migration – international, inter- oder intraregional – wurden während der Tagung auch Fragen nach den Wandermotiven, legalen und illegalen Migrationsformen oder den Auswirkungen der Wanderung in den Herkunfts- und Zielgebieten behandelt. Die im vorliegenden Band fehlenden Vorträge werden auf Wunsch der Autoren anderweitig veröffentlicht. Hingewiesen sei auch auf die bereits erschienenen Beiträge früherer Herbsttagungen des Arbeitskreises in den Bänden 94, 101 und 107 dieser Reihe.

Die Herausgeber danken den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die ihre Beiträge für den Tagungsband eingereicht haben, den Gastgeber und Mitveranstalter Prof. Dr. Paul Gans (Mannheim) und Prof. Dr. Franz-Josef Kemper (Berlin) für die gute Zusammenarbeit und nicht zuletzt der Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Prof. Dr. Charlotte Höhn, für die Möglichkeit zur Veröffentlichung der Tagungsbeiträge in den „Materialien zur Bevölkerungswissenschaft“.

Sonja Haug und Frank Swiaczny

Sozialgeographische Perspektiven auf Migration und Integration in Europa

Felicitas Hillmann

Dieser Beitrag bietet einen Überblick über die aktuelle Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland und stellt die wichtigsten Trends dar. Vor dem Hintergrund der gesamteuropäischen Entwicklung zeigt sich, dass Deutschland sich im Rahmen internationaler Entwicklungstendenzen bewegt: Neben einen stabilen Sockel an ausländischer, längst heimischer Bevölkerung traten in den 1990er Jahren einerseits Migranten und Migrantinnen, die für hochqualifizierte, spezialisierte Dienstleistungen z. B. im IT-Bereich angeworben wurden, und andererseits (oft illegalisierte) Migranten und Migrantinnen, die in informellen Teilarbeitsmärkten häufig prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingingen. Mit der inzwischen stärkeren Betonung von Saisonarbeit, Mobilität und flexiblen Arbeitsarrangements werden diese als Teil von Globalisierungsprozessen gedeutet – mit großen regionalen Unterschieden. Weiterhin wurde in den 1990er Jahren die berufliche Selbstständigkeit für die ausländische Bevölkerung bedeutsamer als in den Jahren zuvor. In dieser Dekade häufen sich gleichzeitig in den bundesdeutschen Großstädten die Anzeichen für eine soziale und räumliche Ausgrenzung der ausländischen Bevölkerung, verbunden mit einer Fragmentierung der lokalen Arbeitsmärkte. Im Fazit wird für eine verbesserte Integration der Migranten und Migrantinnen in den Arbeitsmarkt und in das Bildungswesen plädiert; es unterstreicht die Bedeutung der ausländischen Bevölkerung und der Diaspora-Gemeinden im Rahmen von Globalisierungsprozessen. Gleichzeitig zeigt sich, dass die lokalen und regionalen Ausprägungen des Zusammenspiels von Arbeitsmarkt und Migration große Unterschiede aufweisen: theoriegeleitete Fallstudien zu einzelnen Regionen stellen daher eine Herausforderung an die aktuelle (sozialgeographische) Forschung dar.

Einleitung

In den 1990er Jahren kam es unter den Vorzeichen von Globalisierung und den damit einhergehenden weltweiten wirtschaftlichen Umstrukturierungen zu starken Veränderungen im europäischen Wanderungsraum. Insbesondere Deutschland, das faktisch wichtigste Einwanderungsland Europas, war in dieser Dekade mit neuen Realitäten hinsichtlich des Zusammenspiels von Migration und Arbeitsmarkt konfrontiert.

Diese Neukonfigurierung des europäischen Migrationssystems wirkte sich auf verschiedenen räumlichen Ebenen unterschiedlich aus. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die vielfältige Positionierung von Migranten und Migrantinnen¹ auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt,

¹ In diesem Beitrag wird der Begriff des „Ausländers“ bzw. der „Ausländerin“ jeweils dann benutzt, wenn es um eine statistisch motivierte Unterscheidung geht (z.B. bei den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit, Mikrozensus etc.); „Migranten und Migrantinnen“ wird als Sammelkategorie für alle kurz- und langzyklischen Formen von Migration verwendet.

stellt die entscheidenden Trends der vergangenen Jahre heraus und problematisiert die auf verschiedenen räumlichen und gesellschaftlichen Ebenen manifest werdenden Fragmentierungsprozesse. Ebenfalls verändert hat sich in den vergangenen Jahren der wissenschaftliche Blickwinkel auf Migration: zu den vielfältigen Wanderungsrealitäten, die von der Altenwanderung über die Hochqualifiziertenmigration (siehe den Beitrag von Pethe) und über Integrationsprobleme reichen, gehören auch neue Konzepte. Bei der Durchsicht der Publikationen kann man feststellen, dass sich die sozialgeographische Forschung zu Migration und Integration bislang gerne von anderen Disziplinen inspirieren lässt und nur zögerlich eigene Konzepte vorlegt. Doch wäre aus mindestens zwei Gründen gerade die sozialgeographische Forschung in der Lage, die neuen Migrationsprozesse, die sich vor dem Hintergrund von Globalisierung und damit einhergehender fragmentierender Entwicklung vollziehen, zu fassen. Erstens ist Migration immer ein Ausdruck der Verflechtung regionaler Systeme, und zweitens können viele Formen der Migration vor allem durch eine interdisziplinäre, lokal orientierte, wissenschaftliche Herangehensweise verstanden werden.

Im ersten Abschnitt dieses Aufsatzes werden die aktuellen Wanderungstendenzen im internationalen, insbesondere im europäischen Migrationsraum skizziert. Ausgehend von dieser Einordnung in den europäischen Rahmen werden Stand und Entwicklung der Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland umrissen. Ergänzend beschäftigt sich der nächste Abschnitt mit den in den 1990er Jahren vermehrt auftretenden Problemen bezüglich der Arbeitsmarktintegration von Ausländern auf der lokalen Ebene. Das Fazit bündelt die verschiedenen Argumentationsstränge und stellt die Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland in eine europäische Perspektive. Unterstrichen wird die räumlich hierarchisierende Wirkung von Migration im Zuge von Globalisierungsprozessen.

1. Veränderungen im europäischen Migrationsraum – Transnationalisierung

Die Dekade der 1990er Jahre brachte für alle europäischen Staaten gewaltige Veränderungen im Wanderungsgeschehen mit sich. Alle EU-Länder waren zu Einwanderungsländern geworden und die meisten erleben heute einen einschneidenden demographischen Umbruch.² Es etablierten sich neue Formen der Migration, bis dahin gültige Migrationsmuster und -typen wurden abgelöst. Während die Zahl der Zuwanderer in allen OECD-Ländern bis etwa 1993 zugenommen hatte, nahm sie danach in Folge restriktiver Maßnahmen ab (SOPEMI 1999).

Das viel zitierte Bild der „Festung Europa“ trifft heute auf den europäischen Migrationsraum durchaus zu – die politischen Entscheidungen über die Ausgestaltung dieses Migrationsraumes wurden in der 1990er Dekade getroffen.³

² In vielen europäischen Ländern verschiebt sich der Bevölkerungsaufbau der einheimischen Bevölkerung zunehmend in Richtung eines starken Anteils von älteren und alten Menschen – während Migranten und Migrantinnen ganz überwiegend im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahre sind (Mammey/Schwarz 2002).

³ Die entscheidende Zäsur für den europäischen Migrationsraum stellten die Transformationsprozesse in Mitteleuropa und das damit einhergehende Ende des kalten Krieges dar. Handlungsbestimmend für die Migrationspolitik in der Europäischen Union war seitdem das Bild eines unter „Zuwanderungsdruck“ stehenden Europas, das von Süden (durch Migrationen aus den immer stärker verarmenden Ländern Afrikas und Teilen Asiens) und von Osten (durch Migrationen aus den ehemals sowjetisch dominierten Staaten) bedroht wurde. Das Bild der „Festung Europa“ erlangte große Popularität (Bade

Vor allem vier Merkmale sind für die Migrationsbewegungen im Europa der 1990er Jahre kennzeichnend: einmal die Reduzierung von legaler Zuwanderung bei gleichzeitiger Erhöhung der Asylgesuche in vielen europäischen Ländern; zweitens eine Zunahme von Nachzugsmigration aus Gründen der Familienzusammenführung und drittens eine Zunahme der „illegalen“⁴ Migration im quantitativen Sinne (gemessen an der Zahl der Zuwanderer) und im qualitativen Sinne (d.h. als Problem für die Zuwanderungsgesellschaften). Viertens lässt sich in verschiedenen EU-Ländern in den späten 1990er Jahren eine Öffnung für hochqualifizierte Arbeitskräfte in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten nachzeichnen.

Versucht man, auf der Basis der vorhandenen und schwer vergleichbaren Daten zur Migrations-situation eine – bis auf weiteres grobkörnige – Differenzierung des europäischen Wanderungs-raumes vorzunehmen, so kann man Ende der 1990er Jahre eine Dreiteilung dieses Wanderungs-raumes feststellen. *Grosso modo* heben sich drei Subsysteme voneinander ab. Ein erstes Subsystem bilden die nordwesteuropäischen traditionellen Einwanderungsländer Großbritannien, Frankreich und Niederlande. Sie beheimaten aufgrund ihrer ehemaligen Position als Kolonialmacht haupt-sächlich Minderheiten, d.h. die dort lebenden Migranten und Migrantinnen wanderten unter post-kolonialen rechtlichen Bedingungen ein. Der Familienzusammenführung wird in der Migra-tionspolitik dieser Länder eine prominente Rolle zugeordnet; Einbürgerungspolitiken sind promi-nente Bestandteile der Ausländerpolitiken.

Für Länder des „Zentrums“ (Deutschland, Österreich, Schweiz) ist dagegen charakteristisch, dass sie hohe Ausländeranteile an der gesamten Wohn- und Erwerbsbevölkerung besitzen. Generell hatten (und haben) diese Länder ihre Migrationspolitiken in Form der Gastarbeiteranwerbung nach einem mehr oder weniger rigiden Rotationsprinzip angelegt und besitzen heute zahlenmäßig starke erste, zweite und dritte Einwanderergenerationen. In diesen Ländern kam es zu einem starken Zuwachs der Migrationsbevölkerung in den zehn Jahren von 1987 bis 1997.

Drittens gibt es nun an der Südflanke Europas Zuwanderungsländer, die bis in die 1980er Jahre hinein noch Emigrationsländer waren. Diese Mittelmeeranrainer sind besonders stark von „illega-ler“ Zuwanderung betroffen und haben immer wieder mit Legalisierungswellen auf diese unkon-trollierte Zuwanderung reagiert.⁵ Aufgrund der mit der unkontrollierten Zuwanderung verbundenen großen sozialen Probleme sprechen manche Autoren, so zum Beispiel der Genuesische Politik-wissenschaftler Alessandro Dallago, von einem Krieg „auf niedrigem Niveau“, den die Festung Europa gegen den Rest der Welt austrägt. Genaue Zahlen zum Umfang der Fluchtwanderungen über das Mittelmeer in die Anrainerstaaten gibt es nicht – doch dass die Zahl dieser „illegalen“,

2001: 19). Konkreter Bestandteil der supranationalen Bestrebungen bezüglich einer Harmonisierung der Migrationspolitiken und -praxen in Europa war die Neuauflage des Schengener Abkommens, das seit 1993 die Außengrenzen EU-Europas für Nicht-EU-Bürger abschottete und die Grenzen nach innen für EU-Bürger öffnete. Infolge dieser juristischen Unterscheidung setzte sich auch in der Praxis immer stärker eine Unterscheidung in EU-Migranten und Nicht-EU-Migranten durch. Es ist anzunehmen, dass sich das Europa der Zukunft wesentlich auch über den Migrationsdiskurs definieren wird: „Migration und Zuwanderung“ ist für die meisten Europäer Teil ihrer alltäglichen Erfahrung, in den Schulen Teil der Curricula und in der öffentlichen Diskussion ein stetes, stark polarisierendes Thema (vgl. Hillmann 2000).

⁴ Als „Illegale“ werden hier diejenigen Migranten und Migrantinnen bezeichnet, die nicht über einen gültigen Aufenthaltsstatus verfügen. Da der im angelsächsischen Sprachgebrauch übliche Terminus des *undocumented migrant* im Deutschen (noch) keine Entsprechung besitzt, wird in diesem Beitrag von „Illegalen“ in Anführungszeichen gesprochen. Zur illegalen Zuwanderung nach Deutschland siehe Vogel 1999.

⁵ Die Legalisierungswellen im Einzelnen: Portugal 1992 und 1993; Spanien 1985/1986 sowie 1991 und 1995; Italien 1987/88 sowie 1990, 1996 und 1998/99; Griechenland 1998.

Tab. 1: Drei Subsysteme im europäischen Migrationssystem

Subsystem	Ausländische Wohnbevölkerung (in Tausend)	Anteilig an der Gesamtbevölkerung 1997 (in %)	Zunahme der ausländischen Bevölkerung 1987-1997 (in %)	Anteilig an der gesamten Erwerbsbevölkerung 1997 (in %)
Nordwest				
Großbritannien	2066	3,6	+ 0,4	3,6
Frankreich	3597	6,3	- 0,3	6,1
Niederlande	678	4,4	+ 0,4	2,9
„Zentrum“				
Deutschland	7366	9,0	+ 2,1	9,1
Österreich	733	9,1	+ 4,8	9,9
Schweiz	1341	19,0	+ 4,1	17,5
Süd				
Portugal	175	1,8	+ 0,8	1,8
Spanien	610	1,5	+ 0,6	1,1
Italien	1241	2,2	+ 1,2	1,7

Quelle: SOPEMI 1999: 40. Zusammenstellung und Berechnung durch die Autorin

irregulären Zuwanderer zunimmt, scheint internationaler Konsens zu sein. Die italienische Regierung hat im März 2002 den Notstand, „*stato d'emergenza*“, verkündet und unterstützt jetzt die Polizei in ihrem Kampf gegen die „illegale“ Zuwanderung auch offiziell mit Marineeinheiten und erwägt die Anforderung von Hilfe aus anderen EU-Staaten zur Kontrolle an den Küsten.

Eine solche sehr rasche Entwicklung der „illegalen“ Zuwanderungen weist zwar auf die sich in vielen Ländern des Südens verschlechternden Lebensbedingungen hin, die schließlich zu einer Ab- und Auswanderung vieler junger Menschen führen. Doch speisen sich diese „illegalen“ Migrationen zum Teil auch aus den transnationalen Netzwerken, die sich in den 1980er und 90er Jahren ausgebildet und erweitert haben. Diese ermöglichen vielen Migranten und Migrantinnen den unauffälligen Aufenthalt im Zielland und erleichtern nun vielfach die Insertion in einen informellen Arbeitsmarkt mit entsprechendem Bedarf an billiger Arbeitskraft.

Allen europäischen Ländern ist in den 1990er Jahren eine Heterogenisierung in der Zusammensetzung der Migrationsströme zu eigen. Außerdem verschoben sich die Grenzen zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Wanderung (Treibel 1999).

Die Anteile der ausländischen Bevölkerung an der gesamten Erwerbsbevölkerung liegen in einigen Ländern mit bis zu 17,5 % recht hoch (vgl. Tab. 1, Länder des „Zentrums“), und fast in allen europäischen Ländern gestaltet sich die Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung, verglichen mit der einheimischen Bevölkerung, schwierig. Der Anteil der arbeitslos gemeldeten ausländischen bzw. im Ausland geborenen Bevölkerung ist in nahezu allen OECD-Staaten höher als der jeweilige Anteil an der Erwerbsbevölkerung, d.h. es besteht eine Überrepräsentation von Migrantinnen und Migranten bei der arbeitslosen Bevölkerung. In vielen Ländern konzentrieren sich die männlichen ausländischen Arbeitslosen auf die im Niedergang bzw. in der Umstrukturierung begriffenen Sektoren (zum Beispiel Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) oder aber auf konjunkturabhängige Sektoren (z.B. Hoch- und Tiefbau, öffentliche Arbeiten). Ältere ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit geringer Qualifizierung hatten in den letzten Jahren große Schwierigkeiten eine neue Beschäftigung zu finden (SOPEMI 1999: 49 ff).

Großstädte bilden in allen europäischen Ländern die räumlichen Schwerpunkte der ausländischen Wohnbevölkerung. Während sich ein Teil dieser europäischen Städte, auch dank der internationalen Migrationen von Hochqualifizierten, in die Richtung von *global cities* entwickelt und dort die Prozesse ökonomischer Restrukturierung u.a. zur Herausbildung neuer ethnisierten Dienstleistungsökonomien führten, scheinen sich die regionalen Unterschiede nach dem Verdichtungsgrad in den vergangenen Jahren jedoch zu verringern: Desurbanisierungsprozesse der Beschäftigung betreffen in der Bundesrepublik in den alten Bundesländern nicht nur Einheimische, sondern auch (ausländische) Migrantinnen und Migranten (Kemper 1996: 28f).

2. Die Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland

Am Anfang des 21. Jahrhunderts weist Deutschland eine im internationalen Vergleich hohe Zahl ausländischer Erwerbstätiger auf (vgl. Tab. 1). Sie speist sich wesentlich aus einem Sockel von schon lange im Lande lebender ausländischer Bevölkerung und repräsentiert Migrantinnen und Migranten der ersten, zweiten und dritten Generation.⁶ Dieser „Sockel“ der stabilen Ausländerbevölkerung ist heute überproportional von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen und musste in den letzten Jahren deutliche Einbußen auf dem Arbeitsmarkt in Kauf nehmen. Seit den 1990er Jahren hat sich die Situation der ehemaligen Gastarbeiter am bundesdeutschen Arbeitsmarkt stark verschlechtert: Sie treffen nun auf einen Arbeitsmarkt, der nicht mehr expandiert und immer weniger un- und niedrig qualifizierte Arbeitskräfte braucht (Bremer 2000).

Prinzipiell gilt für den Zugang zum bundesdeutschen Arbeitsmarkt bis heute das „Inländerprimat“, d.h. die Vergabe eines Arbeitsplatzes an eine Person mit ausländischem Pass ist nur dann möglich, wenn kein deutscher bzw. EU-Arbeitnehmer hierfür zur Verfügung steht. Die seit 1973 bis heute im Bereich der Ausländerbeschäftigung bestehenden Anwerbestopp-Ausnahmeregelungen (ASAV) sowie die Arbeitsgenehmigungsverordnung (ArGV) weichten seit Anfang der 1990er Jahre auf und brachten eine starke Betonung der saisonalen Arbeitskräfte mit sich. Damit liegt Deutschland im Trend einer weltweit zunehmenden Bedeutung von Mobilität und Zirkularität gegenüber Migration bzw. langfristiger Ansiedelung, die in der Regel mit einer Wohnort- und Lebensmittelpunktverlagerung von circa einem Jahr einhergeht. Zu dieser Gruppe von Zuwanderern am Arbeitsmarkt zählen sowohl hochqualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, wie sie im Rahmen des *Greencard*-Programmes speziell angeworben werden, als auch die häufig in prekären Arbeitsverhältnissen stehenden Bauarbeiter oder etwa Erntehelfer, die von diesen Sonderregelungen besonders profitieren. Im Folgenden werden diese unterschiedlichen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte am bundesdeutschen Arbeitsmarkt vorgestellt und deren Beschäftigungscharakteristika skizziert.⁷

⁶ Noch sehr viel höher lägen die Anteile der ausländischen Bevölkerung am Arbeitsmarkt, bezöge man die Gruppe der Aussiedler in die vorliegende Betrachtung mit ein. Durch ihre deutsche Staatsangehörigkeit ist diese Gruppe in den (Arbeitsmarkt-)Statistiken nicht von der einheimischen Bevölkerung zu unterscheiden. Über viele Jahre hinweg standen für diese Gruppe besondere Mittel zur Arbeitsmarktintegration bereit – auch dies unterscheidet ihre Situation von der Lage der übrigen Migrantinnen und Migranten in Deutschland.

⁷ Nicht eingegangen wird hier auf die Situation der Asylbewerber am Arbeitsmarkt bzw. auf die berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, da sie eine Randgruppe auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt darstellen.

Tab. 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland – Gesamt und ausländische Bevölkerung (Stand: Juni 2002, vorläufige Ergebnisse)

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Sozialversicherungspflichtige insgesamt	27571147	22182502	5388645
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	25611194	20326596	5284598
Mit ausländischem Pass	1959953	1855906	104047
Anteil der ausländischen Arbeitnehmer (in %)	7,1	8,4	1,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (2003): Der Arbeitsmarkt in Zahlen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 30. Juni 2002, Nürnberg

„Gastarbeiter“ – Zuwanderung im Rahmen des Gastarbeitersystems

Mehr als die Hälfte der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland, 56 %, gehört zur großen Gruppe der Gastarbeiter aus den ehemaligen Anwerbestaaten (Türkei, ehemaliges Jugoslawien, Italien und Griechenland) und lebt überwiegend seit vielen Jahren hier.

Der Anteil der ausländischen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bevölkerung an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im gesamten Bundesgebiet beträgt durchschnittlich 7,1 % (vgl. Tab. 2). Da die ehemaligen Gastarbeiter im Rahmen der Rekrutierungspolitik in den 1960er und 1970er Jahren in die damaligen westdeutschen Industriegebiete geholt wurden, lebt ein Großteil der ausländischen Bevölkerung bis heute in den stark industrialisierten Regionen Deutschlands. Eine regionale Differenzierung ist bei der Betrachtung der Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung mindestens auf dem Niveau von West- und Ostdeutschland, besser noch auf Länder- oder aber lokalräumlicher Ebene geboten. Allein der Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland bringt zu Tage, dass im Jahre 2002 der Anteil an Ausländern an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Osten bei unter zwei Prozent lag, im Westen dagegen bei 8,4 % (vgl. Tab. 2). Hier spiegeln sich die unterschiedlichen Zuwanderungstraditionen der ehemals zwei deutschen Staaten, die je für sich an ein bestimmtes Gastarbeiter- bzw. Werkvertragsarbeitersystem gekoppelt waren, wider (Hillmann 2001: 186ff, Stach/Hussain o. J.). Prinzipiell gilt, dass acht Zehntel der ausländischen Bevölkerung in Deutschland in Städten leben, d.h. die Integration der ausländischen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt ist überwiegend auch eine Integration in die lokalen, städtischen Arbeitsmärkte. Eine Ausnahme bilden die auf Rotation ausgelegten ausländischen Arbeitskräfte im Bereich der Landwirtschaft (Spargelernte etc.).

Während die Anteile der ausländischen Bevölkerung an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den neuen Bundesländern weniger als ein Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten ausmachen, liegen sie in den alten Bundesländern bei durchschnittlich 4 bis 10 %. Das Saarland (10,1 %), Hessen (10,4 %) und Baden-Württemberg (11,9 %) besitzen die höchsten ausländischen Beschäftigungsanteile. Nordrhein-Westfalen hat mit gut einer halben Million die meisten ausländischen Beschäftigten, gefolgt von Baden-Württemberg (459.642 Personen) und Bayern (372.025). Der Anteil der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtzahl der ausländischen Beschäftigten liegt fast durchgängig bei etwa einem Drittel, wobei Berlin und Thüringen mit circa 43 % die höchsten Frauenanteile aufweisen und Bayern mit knapp 11 % den niedrigsten Frauenanteil.

Starke regionale Unterschiede weist auch die Verteilung der ausländischen Erwerbstätigen nach Herkunftsregionen auf: In den alten Bundesländern machen die EU-Ausländer und EU-Ausländerinnen im Durchschnitt 34 % aller Ausländer aus (im Saarland sogar 80 %), in den neuen Bundesländern liegt diese Population mit 22,4 % deutlich darunter. Auch die Anteile der türkischen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der ausländischen Erwerbstätigen liegen in den neuen Bundesländern mit im Schnitt 11,6 % deutlich unter dem Durchschnittswert der alten Bundesländer (28,4 %).

Die Beschäftigungsschwerpunkte der ausländischen Bevölkerung (gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten) lagen im Jahre 1999 weiterhin im Verarbeitenden Gewerbe (10,6 % Ausländeranteil), insbesondere bei den körperlich schweren Berufen wie Gießer, im Straßenfahrzeugbau und im Dienstleistungsbereich (10,1 % Ausländeranteil). Frauen sind stärker als Männer im Handel und im Dienstleistungsgewerbe sowie im Gaststättengewerbe aktiv. Die Stellung der Ausländer und Ausländerinnen im Beruf ist, auch über die Generationen hinweg, durch die Zugehörigkeit zu den Arbeitern und Arbeiterinnen (im Jahre 2000: 60,7 % aller erwerbstätigen Ausländer) geprägt. Die Selbstständigenquote näherte sich im Laufe der Jahre an die der deutschen erwerbstätigen Bevölkerung an und beträgt im Jahre 2001 8,4 %. Nur ein verschwindend geringer Prozentsatz ausländischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, 0,3 %, hat die Beamtenlaufbahn eingeschlagen (Bundesanstalt für Arbeit 2003).

Die ausländischen Beschäftigten sind in ihren Arbeitsverhältnissen sehr beständig. Knapp die Hälfte der aktuell erwerbstätigen Türken, ehemaligen Jugoslawen und fast drei Fünftel der Italiener und Griechen arbeiten bereits sechs Jahre und länger in ihrem jetzigen Betrieb (BMA 2002: 28ff). Die eigenen Aufstiegschancen werden von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen dieser vier Gruppen Ende der 1990er Jahre als eher positiv eingeschätzt: Zwischen 32 und 42 % der ausländischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen glaubt an die eigenen Aufstiegschancen in Deutschland. Ausländische Frauen arbeiten, wie im Falle der einheimischen Bevölkerung auch, öfter als Männer in kleinen Unternehmen (BMA 2002: 32).

Entgegen der Selbsteinschätzung über die eigenen Arbeitsmarktchancen gestaltete sich die reale Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland in den vergangenen Jahren immer schwieriger (siehe zur Entwicklung in den Vorjahren auch Seifert 1995). Parallel zum Rückgang der vom Bundesarbeitsamt ausgewiesenen Anteile der ausländischen Arbeitskräfte an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt wuchs seit den 1980er Jahren die Zahl der arbeitslos gemeldeten Ausländer kontinuierlich an. Sie lag jeweils deutlich über der Arbeitslosenquote der deutschen Bevölkerung (und liegt damit im Trend der übrigen europäischen Staaten). Seit 1997 liegt die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung regelmäßig mehr als doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung (vgl. Tab. 3).

Die Arbeitslosenquoten der ausländischen Bevölkerung variieren nach Wohnort und Staatsangehörigkeit: So liegt die Arbeitslosenquote der in Berlin stark vertretenen türkischen Bevölkerung in den späten 1990er Jahren bei 40 %, während sie im westlichen Bundesgebiet bei durchschnittlich 24 % liegt. Im Jahr 2000 sind bundesweit am stärksten die Türken und Türkinnen von Arbeitslosigkeit betroffen (20,2 %), gefolgt von Griechen und Griechinnen sowie Italienern und Italienerinnen.

Tab. 3: Entwicklung der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote* im Bundesgebiet West, insgesamt und ausländische Bevölkerung, Jahre 1980 – 2002 sowie für Ostdeutschland im Jahre 2002

Jahr	Arbeitslosenquote	
	Insgesamt	Ausländer
1980	3,5	5,0
1985	9,3	13,9
1990	7,2	10,9
1992	6,6	12,2
1994	9,2	16,4
1996	10,1	18,9
1998	9,4	19,9
2000	7,8	16,8
2002	7,9	17,8
Ostdeutschland im Jahre 2002	18,0	Nicht ausgewiesen

* an allen zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge

Probleme bezüglich der Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik ergeben sich aus dem, verglichen mit der einheimischen Bevölkerung, häufig schwachen Bildungsniveau vieler junger Migranten und Migrantinnen. Die in Deutschland geborenen Schüler mit ausländischem Pass (die so genannten „Bildungsinländer“) verteilen sich ungleichgewichtig auf die weiterführenden Schulen. Ihr Anteil an den Abiturienten (allgemeine Hochschulreife) lag im Jahre 1999 mit 3,5 % an allen Absolventen niedrig und ihr Anteil mit 18,7 % an den Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss hoch (Bundesausländerbeauftragte 2003). Schulabgänger und Schulabgängerinnen mit Migrationshintergrund sind zudem stärker als deutsche Jugendliche für einen berufsqualifizierenden Abschluss auf das duale Ausbildungssystem verwiesen. Trotz einer im Schnitt steigenden Beteiligung gerade der jungen Frauen deutscher und ausländischer Nationalität sind Schulabgängerinnen ausländischer Nationalität im dualen System unterrepräsentiert und die klassischen Ausweichmöglichkeiten (Studium und der Besuch beruflicher Schulen) stehen ihnen in geringerem Maße als der deutschen Vergleichsgruppe offen (Granato 1999: 309).

Die neue Selbstständigkeit der ausländischen Bevölkerung

Die im vorigen Abschnitt aufgezeigte in den 1990er Jahren erschwerte Integration der ausländischen Bevölkerung in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt hat, neben veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, auch zu einer zunehmenden beruflichen Selbstständigkeit der ausländischen, allen voran der türkischen Bevölkerung geführt. Von einer so genannten „Nischenökonomie“, die auf die Bedienung vor allem der Landsleute mit speziellen kulturellen Produkten innerhalb einer *community* ausgerichtet war, hat sich die so genannte türkische ethnische Ökonomie mittlerweile entwickelt und hat sich eine wichtige Position innerhalb der verschiedenen regionalen und nationalen Arbeitsmarktbereiche erarbeitet (Goldberg/Sen 1997, Hillmann 2002, Pütz 2003) Die Selbstständigkeitsquote näherte sich im Laufe der Jahre an die der deutschen erwerbstätigen Bevölkerung an und beträgt im Jahre 2000 8,6 %. Im Laufe der 1990er Jahre entstand auch innerhalb der türkischen *Community* ein immer breiter werdender Mittelstand und die Zukunftsausrichtung vieler in

Deutschland lebender Türkischstämmiger richtet sich verstärkt auf Deutschland aus. Dies trägt zu einer erhöhten Kaufleistung dieser Bevölkerungsschicht in Deutschland bei, da die Rücküberweisungen in die Türkei an Gewicht verlieren (Zentrum für Türkeistudien 2002: 349f). Insgesamt ist der Anteil der „ausländischen“ Selbstständigen ständig angestiegen und tendiert dazu, sich der Selbstständigenrate der deutschen Bevölkerung anzugleichen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000). Der vom Mikrozensus erfasste Anteil der beruflich Selbstständigen an allen erwerbstätigen Ausländern betrug im April 2001 8,4 %, bei der deutschen erwerbstätigen Bevölkerung lag dieser Anteil bei 10 % (Statistisches Bundesamt 2003).

Auch in diesem Fall liegt Deutschland im „europäischen Trend“. Verschiedene europäische Länder entdeckten in den 1990er Jahren die kommunalpolitische Bedeutung von sogenannten „ethnischen Ökonomien“. In Großbritannien etwa wurden die „ethnischen Ökonomien“, d.h. die überwiegend von Migrantinnen und Migranten organisierten Gewerbebranchen, aktiv von der Kommunalpolitik unterstützt, da man hoffte, die heruntergekommenen Stadtzentren der britischen Städte durch ethnisches Unternehmertum wieder zu beleben (Haberfellner 2000). Auch in Deutschland kann eine solche allmähliche Um- und Höherbewertung der unternehmerischen Tätigkeiten der ausländischen Bevölkerung in einigen Ballungszentren beobachtet werden: Ursprünglich wurden die ausländischen Unternehmen vor allem deshalb interessant, weil man sich von ihnen die Zur-Verfügung-Stellung von Ausbildungsplätzen versprach; in einer späteren Phase erhoffte man sich auch eine (implizite) Stabilisierung von benachteiligten Stadtteilen und die Behebung von Arbeitsmarktproblemen für diese Einwanderergruppe. Zwar thematisieren die vorliegenden Untersuchungen durchgängig auch den „Auffangcharakter“ dieser Beschäftigungsform vor drohender oder existierender Arbeitslosigkeit (Smolenski 2000), doch rücken (vermutlich auch mangels alternativer Lösungsansätze auf kommunalpolitischer Ebene) vermehrt die positiven Aspekte dieser Beschäftigungsform in den Vordergrund der Diskussion (Schmals 2000).

Gemäß den Angaben des Zentrums für Türkeistudien hat sich die Zahl der türkischen Selbstständigen innerhalb von 15 Jahren von 22.000 auf 59.500 im Jahre 2000 erhöht. Ein Fünftel der Unternehmer ist weiblichen Geschlechts, die überwiegende Zahl der Unternehmen beschäftigt bis zu drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, vorwiegend mithelfende Familienangehörige, und kann daher als „Familienbetrieb“ charakterisiert werden; nur knapp 10 % der türkischen Selbstständigen führen Unternehmen, die mit mehr als zehn Mitarbeitern eine gefestigte Markt- und Wettbewerbsposition aufweisen (Zentrum für Türkeistudien 2002: 357). Die in der Regel kleine Unternehmensgröße, die starke Inanspruchnahme von Familienmitarbeitern, die dichte Vernetzung mit einer (vorgestellten oder existenten) *Community* und die transnationale Vernetzung mit Zuliefererbetrieben sind Merkmale des sogenannten „ethnischen Gewerbes“. Sie belegen eine Zwischenposition auf dem Arbeitsmarkt: für manche Unternehmer fungieren sie wie „Drehtüren“ zwischen einem formellen und einem informellen Arbeitsmarktsegment und bieten daher für bestimmte Gruppen von Unternehmern besondere Ressourcen. Geschlechtsspezifische Betrachtungen deuten darauf hin, dass bei den Türken Unternehmerinnen sich stärker als Männer im formellen Segment verorten (müssen) und dass es unterschiedliche Generationen des türkischen ethnischen Gewerbes in Deutschland gibt (Hillmann 1998). Anders als in vielen Ländern bringt das ethnische Gewerbe in Deutschland nicht die Möglichkeit einer Legalisierung des Aufenthaltsstatus der dort Arbeitenden mit sich. Stärker noch als sonst ergeben sich in den Arbeitsmarktstatistiken starke Verzerrungen durch die Zahl der eingebürgerten Ausländer (zum Beispiel: Aussiedler). Betrachtet man die Gründungen in der Stadt Berlin, so zeigt sich, dass die Türken und Türkinnen und die Russen und Russinnen im Gesamtjahr 2001 eine noch über dem deutschen Vergleichswert liegende Gründungsquote aufweisen. Laut Gewerbeanzeigenstatistik war die Zahl der Neuerrichtungen bei den Deutschen um -5,3 %

rückläufig. Demgegenüber konnte bei den Ausländern und Ausländerinnen ein Zuwachs von 5,7 % verzeichnet werden, allerdings hauptsächlich als Nebenerwerbs- und Kleingewerbegründungen (BBB-Bürgerschaftsbank 2002).

Ausnahmen oder Dauerlösungen?

Trotz des 1973 verhängten Anwerbestopps existieren bis heute zahlreiche Ausnahmereordnungen, die die Beschäftigung von Ausländern und Ausländerinnen auf dem bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt eingeschränkt erlauben. Während für EU-Staatsangehörige das Prinzip der Freizügigkeit auf dem EU-Arbeitsmarkt gilt, haben so genannte Drittstaatenangehörige, d.h. Nicht-EU-Bürger, lediglich die Möglichkeit einer befristeten Arbeitsaufnahme in Deutschland, meist als Saisonarbeiter. Im Jahre 2000 kamen 340.000 Personen im Rahmen solcher Anwerbestopp-Ausnahmereordnungen,⁸ wobei Arbeitsmarktzugang und Aufenthaltsrecht aneinander gekoppelt sind (Unabhängige Kommission Zuwanderung 2000: 59). Insbesondere seit Ende der 1980er Jahre kam es zu einer vermehrten Beschäftigung neuer flexibler Arbeitskräfte – teilweise nach einem festgelegten Quotensystem.

Was von wissenschaftlicher Seite gerne als „Transnationalisierung“ der Migrationen apostrophiert wird, also ein beschleunigter Ausbau von transnationalen sozialen Netzen in den 1990er Jahren und die starke Gewichtung von semilegaler Pendelwanderung bevorzugt in Grenzregionen, hat sich in der Bundesrepublik *in realiter* in dieser Dekade insbesondere in zwei Branchen durchgesetzt: in der „Männerbranche“ Baugewerbe und in der „Frauenbranche“ Hausarbeit und Betreuung, die in vielen Fällen auf informellen Beschäftigungsverhältnissen beruhen bzw. auf solche Arbeitskräfte rekurrieren, die in einer Grauzone von Legalität und Illegalität angesiedelt sind. In beiden Teilarbeitsmärkten konnte ein Anwachsen prekärer Beschäftigungsverhältnisse festgestellt werden. Häufig funktionieren diese nach einem internen Rotationsprinzip. Ähnlich wie die prekären Beschäftigungsverhältnisse sind auch die Beschäftigungsverhältnisse der Hochqualifizierten auf Rotation, auf Mobilität angelegt (s.u.) – jedoch äußerst selten mit einem illegalen Aufenthaltsstatus verbunden.

Baubranche

Trotz des Anwerbestopps von 1974 wurden insbesondere seit den 1990er Jahren gezielt Arbeitskräfte für den bundesrepublikanischen Bauarbeitsmarkt angeworben. Durch das Entsendegesetz kam es zu einer Exterritorialisierung des Bauarbeitsmarktes: Es konnten nun auf inländischen Baustellen zusätzlich ausländische Arbeitskräfte auf der Basis von Werkverträgen beschäftigt werden. Gegenwärtig gibt es verschiedene Formen der Entsendung von Arbeitskräften: Einmal können Unternehmen aus den Staaten Mittelosteuropas und der Türkei Arbeitskräfte nach Deutschland entsenden, es handelt sich dann um „Werkvertragsarbeitnehmer“ oder „Kontingent-Arbeitskräfte“; zweitens können Unternehmen in der EU auf Grundlage der sogenannten Dienstleistungsfreiheit Arbeitskräfte in andere EU-Mitgliedsstaaten entsenden („Subunternehmer“). Folge dieser Polarisierung der Baubranche durch die Flexibilisierung der Arbeitsstandards in den 1990er

⁸ Im Bericht der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ (2001: 59f) werden insgesamt sieben solcher Ausnahmen vom Anwerbestopp genannt (und zwar: „Verbot mit Erlaubnisvorbehalt“, „Werkvertragsarbeitnehmer“, „Gastarbeitnehmer“, „Saisonarbeitskräfte und Grenzgänger“, „Wissenschaftler und Forscher“, „Andere Arbeitnehmer“, „Existenzgründer“, „Individuelle Vorrangprüfung“).

Jahren ist ein wachsender Wettbewerb um Aufträge und eine harsche Verdrängungspolitik gegenüber kleinen Unternehmen sowie eine Aushebelung der Tarifstandards (Bosch/Zühlke-Robinet 2000, Hunger 2001). Der Bausektor weist heute eine hohe Europäisierung auf und Schwarzarbeit am Bau findet in organisierter Form statt. Einigen Autoren scheint sie unter den gegenwärtigen (internationalen) Rahmenbedingungen sogar als nahezu unvermeidbar (Alt 1999). Andere Autoren weisen darauf hin, dass sich im Falle der Baubranche durch die Liberalisierung auf europäischer Ebene ein Regelungsvakuum bzw. eine Blockade durchgesetzt habe, die von den Interessengruppen der Bauwirtschaft genutzt wurde, um die Handlungsfähigkeiten der Sozialpartner auf nationaler Ebene zu beeinflussen und so neue (niedrigere) Standards hoffähig zu machen (Hunger 2003). Auch hier liegt Deutschland durchaus im europäischen Trend bezüglich der Schnittpunkte von Migrationssystem und lokalen Arbeitsmärkten.

Haushaltsnahe Dienstleistungen

In den 1990er Jahren rückte insbesondere auch der Bereich der privaten Pflege-, Betreuungs- und Reinigungsdienstleistungen in den Bereich der Schwarzarbeit bzw. der informellen Arbeit, der bevorzugt von Migrantinnen bedient wird. So zeigt ein Gutachten des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), dass zur Zeit lediglich rund 39.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den deutschen Haushalten gemeldet sind (Frankfurter Rundschau 17.05.2002). Experten gehen von schätzungsweise 10.000 bis 100.000 illegal beschäftigten Reproduktionsarbeitern aus, manche Autoren und Autorinnen halten Größenordnungen von bis zu 2,4 Millionen solcher ungeschützter Arbeitsverhältnisse für realistisch (Schäfer/Schultz 1999: 99, Odierna 2000). Die Delegation von Haushaltsarbeiten, also die informelle Beschäftigung von Putzfrauen, ist seit einigen Jahren insbesondere in westdeutschen Haushalten verbreitet, vor allem dann, wenn die Frauen mehr als 40 Stunden wöchentlich erwerbstätig sind und bei einer Tätigkeit in Rentnerhaushalten (Schupp 2002). Qualitative Studien verweisen immer wieder auf die Prekarität dieser Beschäftigungsform, die allein durch ihr niedriges soziales Ansehen und ihre rechtliche Ungeschütztheit gegeben ist (Gather et al. 2002, Huning 1999, IAPASIS 2003). Immer wieder kam es in der Vergangenheit zur Abschiebung von Pflegekräften bei gleichzeitiger Bestrafung der Arbeitgeberhaushalte (<http://euro.eurofound.ie/2002/01>, 5.07.02).

Damit pendelt sich die Situation am deutschen Arbeitsmarkt auf internationalem Niveau ein: Mit der stärkeren Teilnahme von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt entstehen im Bereich der Reproduktion zunehmend Versorgungslücken. Diese werden bislang nicht durch eine Umverteilung dieser Arbeit zwischen den Geschlechtern bzw. eine stärkere staatliche Unterstützung von entsprechender Infrastruktur ausgeglichen, sondern durch den Import von ungeschützter und flexibler Arbeitskraft sozusagen privatisiert (Rerrich 1993). In Deutschland sind es vor allem polnische, ukrainische und russische Frauen sowie Lateinamerikanerinnen, die dieses informelle Arbeitsmarktsegment bedienen. Auch das Hotel- und Gaststättengewerbe ist in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern, von einer starken Informalisierung und Prekarisierung betroffen. Insbesondere die Beschäftigung von Fluchtmigranten ist in diesem Niedriglohnbereich auffällig (Kühne 2003).

Die hier beschriebenen Trends der Zunahme von informellen Arbeitsverhältnissen (besonders durch Migranten und Migrantinnen) entsprechen dem seit 1990 anwachsenden Anteil der Schattwirtschaft in Deutschland. Sie nahm, so die Schätzungen von Experten, seit 1989 von 11,8 %

um 4,7 Prozentpunkte auf 16,5 % der am Bruttoinlandsprodukt erbrachten Leistungen zu.⁹ Hinzu kommt eine Informalisierung innerhalb des formalen Sektors, durch die bestimmte soziale und arbeitsrechtliche Schutzregeln vermieden oder umgangen werden können. Die durch die Globalisierung veränderten Produktionsstrategien der großen Unternehmen mit ihren Formen des *Subcontracting* und ihren neuen Wertschöpfungs- und Beschaffungsketten spielen in dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle (Deutscher Bundestag 2002: 247f). Migranten und Migrantinnen sind in dieser ökonomistischen Logik für diese prekarierten Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland offenbar besonders funktional.

Fast allen „Illegalen“, d.h. nicht durch einen gültigen Aufenthaltsstatus legitimierten Beschäftigten in Europa, sind ähnliche Merkmale zu eigen: Erstens verfügen sie in der Regel über tragfähige soziale Netzwerke, die ihnen Zugang zum (informellen) Arbeitsmarkt verschaffen und die den Aufenthalt (in Deutschland) ermöglichen, zweitens bedienen sie nachgefragte Bereiche des (informellen) Arbeitsmarktes. Drittens sind sie ohne jeglichen gewerkschaftlichen bzw. arbeitsrechtlichen Schutz und daher in einer schwachen Verhandlungssituation. Die Abschottung Europas und die restriktive Handhabung von Zuwanderungsmöglichkeiten für so genannte Drittstaatler in die EU-Länder brachte eine Verstärkung der „illegalen“ Migration nach Europa mit sich. Und, so fügen die Experten dieser Einschätzung hinzu, den „typischen Illegalen“ gibt es in den 1990er Jahren nicht (mehr), vielmehr hat eine Heterogenisierung dieser Population stattgefunden (Bade 2001, Alt 1999).¹⁰ Transnationalität, d.h. die Fähigkeit der Migranten und Migrantinnen auf soziale Netzwerke hier *und* dort zurückzugreifen, ist somit in den 1990er Jahren ein wesentliches Merkmal des lebensweltlichen Alltagsvollzugs im Migrationsprozess geworden (Pries 2002).

Hochqualifizierte im *Greencard*-Programm

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder im August 2000 die Zulassung von ausländischen IT-Arbeitern ankündigte, übernahm er damit eine „internationale“ und von den Vereinigten Staaten vorgelebte Problemlösung für einen Fachkräfte-Engpass. Damit ging der Kanzler auf die Nachfragen der IT-Branche nach zusätzlichen Arbeitskräften für die Computerbranche ein. Schwierig gestaltete sich von Anfang an die Einschätzung der tatsächlichen Bedürfnisstrukturen und Vakanzen am deutschen Arbeitsmarkt – Abgrenzungs- und Definitionsprobleme sowie unterschiedliche Datenquellen über die Zahl der benötigten Arbeitskräfte begleiteten die Debatte von Anfang an (Dostal 2000). Die meisten Zusicherungen wurden an IT-Fachkräfte aus den mittelosteuropäischen Ländern vergeben (insgesamt 4.950 Zusicherungen, entsprechend 40,2 %). Lediglich 2.993 Zusicherungen, entsprechend knapp 25 % aller Zusicherungen, gingen an IT-Fachkräfte aus dem asiatischen Raum (Indien und Pakistan) (vgl. Tab. 4).

⁹ Wie in Deutschland auch, ist die Schattenwirtschaft in den meisten OECD-Ländern in den 90er Jahren kräftig gewachsen. Die südeuropäischen Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien haben die größten Schattenwirtschaften (jeweils 22 – 30 % des BIP nach dem Bargeldansatz), gefolgt von den skandinavischen Ländern Schweden, Norwegen und Dänemark sowie Belgien. Deutschland befindet sich im Mittelfeld, weist jedoch eine kontinuierlich steigende Schattenwirtschaft auf (1999: 18,2 % des BIP). Am wenigsten ausgeprägt ist die Schwarzarbeit in der Schweiz, den USA und Österreich (Neue Zürcher Zeitung, 25.11. 2000).

¹⁰ Auch die hohe Zahl an Bußgeldverfahren, die in den vergangenen Jahren verhängt wurden, bestätigt diesen Trend zur Informalisierung. Zur Zeit sind bei der Bundesanstalt für Arbeit wegen illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch fast 340.000 Bußgeldverfahren anhängig. In knapp 158.000 Fällen wurden Bußgeldbescheide über insgesamt 158 Millionen Euro verhängt und 66.000 Verfahren wurden an die Staatsanwaltschaft abgegeben (Süddeutsche Zeitung, 23.02.02).

Tab. 4: Zugesicherte Arbeitserlaubnisse für ausländische IT-Fachkräfte

Zeitpunkt	Insgesamt	Männer	Frauen	Zuwachs
04.08.2000	423	364	68	
05.01.2001	4441	3891	550	+ 4018
01.07.2001	8277	7271	1006	+ 3836
1/2002	10994	9635	1359	+ 2717
6/2002	12309	10803	1506	+ 1315
1/2003	13566	11880	1686	+ 1257
2/2003	13774	12078	1696	+ 208

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Referat IIIb, März 2003, Nürnberg

Bis Februar 2003 wurden in Deutschland insgesamt 13.774 Zusicherungen über Aufenthaltsgenehmigungen von ausländischen IT-Fachkräften ausgesprochen, insgesamt 270 Anträge wurden abschlägig beschieden. Bei der Zusammenstellung der Daten als Zeitreihe zeigt sich jedoch, dass das *Greencard*-Programm seit seiner Einführung kontinuierlich weniger IT-Spezialisten anlockt und mittlerweile stagniert (vgl. Tab. 4). Erste angeworbene Computerspezialisten verließen Deutschland bereits im Jahre 2002 wieder (Tagesspiegel, 10.6.2002) und dieser Trend scheint sich auch im Jahre 2003 fortgesetzt zu haben.¹¹

Ein Gutteil der Fachkräfte, 15,2 %, lebte bereits vor der Anwerbung in Deutschland, d.h. es handelte sich um Studienabgänger einer deutschen Hochschule/Fachhochschule. Einen über die Jahre stabilen Anteil von rund 12 % aller im *Greencard*-Programm Zugewanderten stellen Frauen.

Hauptsächlich kleine Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten machten bislang von den ausländischen IT-Facharbeitern Gebrauch, vor allem in Bayern und Hessen. Die ostdeutschen Bundesländer haben kaum Gewinne an hochqualifizierten Zuwanderern zu verzeichnen. Lediglich rund 4 % der Zuwanderer haben sich dort niedergelassen (Bundesanstalt für Arbeit 2001).

Deutschland passt sich auch im Fall der Hochqualifiziertenmigration dem internationalen Trend an und zielt auf eine überlegte Öffnung des Arbeitsmarktes in solchen Bereichen, in denen Arbeitskräftebedarf besteht. Auch wenn keine verlässlichen Zahlen im Bereich der Hochqualifiziertenwanderung vorhanden sind, so lässt sich doch konstatieren, dass den Entwicklungs- und Schwellenländern in der Regel durch die Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften hohe Kosten entstehen, während die bereits entwickelten Regionen, die diese Arbeitskräfte nachfragen, von diesen Wanderungen eher profitieren (Deutscher Bundestag 2002: 251f).

¹¹ Diese Tendenz wurde von mehreren Experten auf der Fachtagung „Fachkräfte anwerben – Fachkräfte ausbilden“, Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 22.09.2003“ bekräftigt.

3. Fragmentierungsprozesse auf den städtischen Arbeitsmärkten

In den Großstädten treten in den 1990er Jahren Ausgrenzungsprozesse und Fragmentierungen der lokalen Arbeitsmärkte immer deutlicher zu Tage. Die jahrelange sozialpolitische Vernachlässigung des Themas „Integration“ bis 1998 führte zu Defiziten in der sozialen und ökonomischen Integration von Migrantinnen und Migranten. Vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Wohnquartieren, zeigt sich jedoch, ob Integration und interkulturelles Zusammenleben gelungen sind oder nicht (Krummacher/Waltz 2002).

In den 1990er Jahren stotterte die „Integrationsmaschine Stadt“ vor sich hin: Innerhalb der Städte kam es zu Erscheinungen sozioökonomischer Polarisierung, die zunehmend auch eine ethnisch-kulturelle Einfärbung mit sich zu bringen schien (Heitmeyer et al. 1998). In manchen Großstädten, vor allem in der neuen Hauptstadt Berlin, schritten solche Segregationsprozesse auf Quartiersebene schnell voran und die ausländische Bevölkerung war maßgeblich von den sozialräumlichen Degradierungsprozessen betroffen (Häußermann/Kaplan 2000, Krätke/Borst 2000, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung 2002). Tatsächlich sind diese Segregationsprozesse bereits so weit fortgeschritten, dass sich heute in den Berliner Schulklassen in bestimmten Bezirken höchstens noch vereinzelt Kinder finden, die Deutsch auf muttersprachlichem Niveau beherrschen. In anderen, besser situierten Bezirken, finden sich dagegen kaum ausländische Schüler und Schülerinnen. Diese sozialräumliche Verstärkung schon vorhandener mangelhafter Integration perpetuiert das häufig schlechte Bildungsniveau der zweiten und dritten Generation zusätzlich. Dieses niedrige Bildungsniveau stellt wiederum ein Hindernis für die ausreichende Arbeitsmarktintegration dieser Bildungsinländer¹² dar. Zeitgleich kam es bei den Jugendlichen selbst zur Herausbildung von Minderheitenidentitäten (Nohl 2001). Während die jungen Türkinnen von der Integration in das einheimische Bildungswesen eher profitiert haben, scheint sich bei den männlichen Jugendlichen eine erhöhte Gewaltbereitschaft und die Identifikation mit einer Gegenkultur (z.B. Kanak attack) als Reaktion auf die erfahrene Ausgrenzung auszuprägen (Liell 2001). In Deutschland werden die meisten Stadtteile mit hohem Migrantenanteil inzwischen von vielen Bewohnern und Politikern als benachteiligte und benachteiligende Stadtteile eingestuft. In der oft relativ schlechten Bausubstanz und bei den vergleichsweise überhöhten Mieten leben Minderheiten und Migranten immer häufiger neben anderen unterprivilegierten Gruppen (Langzeitarbeitslose, Arme, alte Menschen, Alleinerziehende, Suchtkranke). Kommunale Versuche, an der in vielen Fällen unfreiwilligen zunehmenden Konzentration von Migranten und Migrantinnen etwas zu ändern, wurden in den 1990er Jahren unternommen, scheinen aber in vielen Fällen noch unzureichend zu sein (Krummacher/Waltz 2002: 93).

Derlei ausgrenzende Entwicklungen bezüglich der ausländischen Bevölkerung wurden in den 1990er Jahren in den meisten europäischen Ländern manifest: Die Herausbildung einer ethnischen unterclass schob sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung der 1990er Jahre in den Mittelpunkt der europaweiten Debatte über soziale Ausgrenzung (Freudenberg Stiftung 2000).

¹² Der Begriff „Bildungsinländer“ bezeichnet diejenigen Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland geboren sind und die einheimischen Bildungseinrichtungen durchlaufen haben.

Fazit

Die hier geleistete Zusammenschau der verschiedenen Facetten der Integration von Ausländern und Ausländerinnen in den bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt offenbart die Schnittpunkte von Migration und Arbeitsmarkt. Es zeigt sich, dass der „stabile Sockel“ der ausländischen Bevölkerung in Deutschland von den Deindustrialisierungsprozessen in den 1990er Jahren besonders betroffen war und im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung heute am Arbeitsmarkt deutlich benachteiligt ist. Außerdem wird deutlich, dass es einer regional differenzierenden Situationsanalyse bedarf, die zudem nach Herkunftsländern unterscheidet, wenn man über die sehr heterogene Arbeitsmarktintegration urteilen möchte. Ausgehend von dem genannten stabilen Sockel von „ausländischer“, längst hier heimischer Zuwanderungsbevölkerung und deren Arbeitsmarktintegration, nahm in den 1990er Jahren die berufliche Selbstständigkeit von Migranten und Migrantinnen zu.

Man findet in Deutschland heute außerdem speziell angeworbene hochqualifizierte Migranten und Migrantinnen. Sie fungieren in Deutschland überwiegend als „Lückenbüßer“ für das fehlende einheimische Arbeitskräfteangebot im IT-Bereich. Gleichzeitig treiben diese Migranten und Migrantinnen die Vernetzung bestimmter (globaler) Teilarbeitsmärkte voran und binden auf diese Weise Deutschland in internationale Arbeitsmärkte und Migrationsnetzwerke ein. Außerdem wurden in den 1990er Jahren Arbeitskräfte für bestimmte niedrig qualifizierte, saisonale Tätigkeiten nach Deutschland angeworben. Es zeigt sich, dass es in den vergangenen Jahren zu einer Zunahme von prekären Beschäftigungsformen in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes kam und dass Zuwanderer hier überproportional häufig beschäftigt sind. In Deutschland scheint sich in den 1990er Jahren vielerorts eine Fragmentierung der lokalen Arbeitsmärkte vollzogen zu haben und die teilweise schon vorhandene Ausgrenzung der ausländischen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt nahm, im Vergleich mit den 1980er Jahren, ausgeprägtere Formen an. Auf Deutschland scheint bezüglich der Integration der ausländischen Bevölkerung heute weder das populäre Bild des *melting pot*, des Schmelztiegels, noch das der *salad bowl*, der bunt gemischten Salatschüssel, zu passen. Die Stadt als „Integrationsmaschine“ funktionierte anscheinend in der vergangenen Dekade immer weniger, vielmehr konstatierten viele Wissenschaftler ein Auseinanderfallen von sozialer und ökonomischer Integration bei den verschiedenen Zuwanderungsgenerationen und Migrationstypen in Deutschland.

Alles in allem zeigt der Vergleich der aktuellen Tendenzen der Arbeitsmarktintegration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland mit den internationalen, den europäischen Entwicklungslinien, dass Deutschland durchaus im Trend „europäischer“ Migrationsprobleme liegt. In Subsystemen finden sich durchgängig sehr hohe Arbeitslosenquoten bei der ausländischen Erwerbsbevölkerung, mehr berufliche Selbstständigkeit als Folge von Deindustrialisierung und damit verbundenem Arbeitsplatzverlust sowie mangelnde soziale und berufliche Integration vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Es scheint, als ob sich der bundesrepublikanische Arbeitsmarkt an die sich international verändernden Migrationssysteme und die beschleunigenden Effekte der Globalisierung in den verschiedenen Teilarbeitsmärkten anpasste: Während einerseits auf der politischen Ebene eine immer feinere Steuerung von Zuwanderung angestrebt wird, kommt es andererseits auf den lokalen Arbeitsmärkten zu einer stärkeren Betonung von flexiblen, häufig prekären Arbeitsarrangements. Hier wird verstärkt auf den Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin als (selbstständiger) *Arbeitskraft*unternehmer rekuriert und soziale und ökonomische Risiken werden auf den Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin verschoben. Saisonarbeit und Mobilität können beide als Teil von Flexibilisierungsprozessen interpretiert werden. Für diejenigen Bereiche,

in denen Schwarzarbeit inzwischen in organisierter und struktureller Form stattfindet (Baubranche) bzw. mangels Alternativen stillschweigend toleriert wird (z.B. im Bereich der Reproduktionsarbeit), stellt sich zusätzlich die Frage einer Legalisierung als einem ersten Schritt zum Schutz der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers. Die seit einigen Jahren auf der supranationalen europäischen Ebene angelegten Harmonisierungsbestrebungen in der Kontrolle von Migrationen scheinen also teilweise zu fruchten; gleichzeitig kommt es vermehrt zu Fragmentierungsprozessen auf den lokalen Arbeitsmärkten.

Anknüpfend an die im ersten Teil dargelegten Ausführungen über den Zusammenhang von Globalisierungsprozessen und der Arbeitsmarktintegration der zugewanderten Bevölkerung kann an dieser Stelle die Vermutung einer Hierarchisierung von Räumen vorläufig präzisiert werden. Auf der diskursiven Ebene besteht nunmehr ein Europa des „Dinnen“ und „Draußen“ – ein Europa, das zunehmend nach „guten“ und nach „schlechten“ Migranten entscheidet. Bezüglich der Zuwanderungsmuster lassen sich grob drei Subsysteme im europäischen Migrationsraum unterscheiden, die jeweils unterschiedliche Dynamiken bezüglich der Integration der Zuwanderer mit sich bringen – wobei sich die Frage anschließt, wie die unterschiedlichen Wanderungsformen zu einer Hierarchisierung des europäischen Raumes beitragen. Nachweisbar scheint eine Hierarchisierung insbesondere bezüglich der illegalen Einwanderung in Südeuropa: Die peripheren Regionen Europas sind unmittelbar mit unregulierten Zuwanderungsströmen konfrontiert und werden stärker belastet als andere, zentralere europäische Regionen. Hierarchisierungsprozesse zeigen sich zudem europaweit im Städtesystem: Während einige Städte u.a. durch die Einbindung in internationale Arbeitsmärkte zu *global cities* aufgestiegen sind, erleben andere eine verstärkte sozialräumliche Fragmentierung, die häufig mit Integrationsproblemen von Minderheiten verknüpft ist. Auch scheint es bei der Umgestaltung der lokalen Arbeitsmärkte zu Prozessen der Hierarchisierung zu kommen: Die stärkere Betonung von informellen Beschäftigungsverhältnissen seit Anfang der 1990er Jahre brachte auch eine Prekarisierung bestimmter Teilbereiche des Arbeitsmarktes mit sich, wie im Falle der Reproduktionsarbeit und des Baugewerbes gezeigt wurde. Der Vergleich Deutschlands mit den europäischen Trends bestätigt die Annahme, dass es sich bei den heutigen Migrationsbewegungen nicht mehr um einzelne, an bestimmte nationalstaatliche Territorien geknüpfte Entwicklungslinien handelt. Gleichzeitig zeigt sich, dass die lokalen und regionalen Ausprägungen des Zusammenspiels von Arbeitsmarkt und Migration große Unterschiede aufweisen: Theoriegeleitete Fallstudien zu einzelnen Regionen stellen aus Sicht der Autorin daher eine Herausforderung an die aktuelle (sozialgeographische) Forschung dar.

Literatur

- Alt, J., 1999: *Illegal in Deutschland*. Karlsruhe: Loeper Literaturverlag
- Bade, K. J., 2001: Die „Festung Europa“ und die illegale Migration. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.): *Integration und Illegalität in Deutschland*, Rat für Migration. IMIS, Osnabrück, 65-67
- BBB (Bürgerschaftsbank Berlin-Brandenburg), 2002: *Gründerindex*. Sonderauswertung. Berlin
- BMA (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung), 2002: *Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland*. Repräsentativuntersuchung 2001, Marplan und Polis, Offenbach und München
- BMI (Bundesministerium des Innern), 2003: *Asylbewerberzahlen im Februar weiter rückläufig*, 06.03.03, Pressemitteilung
- Bosch, G.; Zühlke-Robinet, K., 2000: *Der Bauarbeitsmarkt*. Soziologie und Ökonomie einer Branche. Frankfurt: Campus

- Bremer, P., 2000: Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Opladen: Leske und Budrich
- Bundesanstalt für Arbeit, 1999: Daten über die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Staatsangehörigkeit und Wirtschaftszweig. Nürnberg
- Bundesanstalt für Arbeit, 2003: Der Arbeitsmarkt in Zahlen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 30. Juni 2002. Nürnberg
- Bundesausländerbeauftragte, 2003: Zahlen und Fakten zur Ausländerintegration. www.integrationsbeauftragte.de
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA), 2002: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung 2001. Offenbach, München: Marplan und Polis
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2000: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht, Berlin
- Der Tagesspiegel, 2002: Enttäuschung Deutschland, 10.6.2002
- Der Tagesspiegel, 2003: Am Abend brannte es doch, 2.05.2003
- Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, 2002: Stadtentwicklung durch Zuwanderung. Integration von Migration. Vorbereitende Berichte zur Jahrestagung, Manuskript
- Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2002: Globalisierung der Weltwirtschaft Opladen: Leske und Budrich
- Dostal, W., 2000: Anwerbung kann Ausbildung nicht ersetzen. In: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): IAB-Kurzbericht. Nürnberg, Heft 3
- Freudenberg Stiftung (Hrsg.), 2000: Towards Emerging Ethnic Classes in Europe? Weinheim
- Gather, C. et al (Hg), 2002: Weltmarkt Privathaushalt. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot
- Goldberg, A.; Sen, F., 1997: Türkische Unternehmer in Deutschland. In: Häußermann, Hartmut; Oswald, Ingrid (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Leviathan, Sonderheft 17, 63–84
- Granato, M., 1999: Junge Frauen ausländischer Herkunft – Pluralisierung und Differenzierung ihrer Lebenslagen. Dissertation an der Technischen Universität Berlin
- Haberfellner, R., 2000: Ethnische Ökonomien als Forschungsgegenstand der Sozialwissenschaften. In: SWS-Rundschau 40, 1, 43–61
- Häußermann, H.; Kapphann, A., 2000: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske und Budrich
- Heitmeyer, W. et al., 1998: Die städtische Dimension ethnischer und kultureller Konflikte. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main, 9–17
- Hillmann, F., 1998: Türkische Unternehmerinnen und Beschäftigte im Berliner ethnischen Gewerbe. Discussion Paper FS 1-107, Berlin
- Hillmann, F., 2000: Von internationalen Wanderungen zu transnationalen Netzwerken? Der neue europäische Wanderungsraum. In: Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40, Hg. von Maurizio Bach, 363–385
- Hillmann, F., 2002: Positionierung und Bedeutung ethnischer Arbeitsmärkte. Occassional Paper Anthropogeographie, Heft 13, FU Berlin, FB Geowissenschaften, Berlin
- <http://eiro.eurofound.ie/2002/01>, 5.07.02
- Hunger, U., 2001: Globalisierung auf dem Bau. In: Leviathan Jg., Heft, 70-82

- Hunger, U., 2003. Die Entgrenzung des europäischen Bauarbeitsmarktes als Herausforderung an die europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. In: Hunger, U.; Santel, B. (Hrsg.): Migration im Wettbewerbsstaat. Opladen, 75–90
- Huning, S., 1999: Potentiale der wirtschaftlichen Entwicklung: Ethnische und informelle Ökonomie in Berlin. In: Momper, W. et al. (Hrsg.): Berlins Zweite Zukunft. Berlin, 135-156
- Husa, K., Parnreiter, C., Stacher, I (Hg.) (2000): Internationale Migration. Wien, Verlag Brandes und Apsel
- IAPASIS, 2003: Managing Access to the German Labour Market. Hg. von N. Cyrus und D. Vogel, European University Institute, Florence
- Krätke, S.; Borst, R., 2000: Berlin: Metropole zwischen Boom und Krise. Opladen: Leske und Budrich
- Krummacher, M.; Waltz, V., 2002: Einbürgerung/Nicht-Einbürgerung und was dann? Integration und interkulturelle Arbeit im Stadtteil. In: Storz, H.; Reißland, C.: Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland. Opladen, 85–102
- Kühne, P., 2003: Asylbewerber auf dem deutschen Arbeitsmarkt. In: Hunger, U.; Santel, B. (Hrsg.): Migration im Wettbewerbsstaat. Opladen, 59-74
- Liell, C., 2001: Gewalt in der "Gang". Konstruktion, Inszenierung, Praxis. In: Gesemann, F. (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Opladen: Leske und Budrich
- Mamme, U.; Schwarz, K., 2002: The demographic characteristics of the immigrant population. In: The demographic characteristics of the immigrant population. Hg. Council of Europe, Direktorat 3, Strassburg, S. 193–144
- Neue Zürcher Zeitung, 2000: Schwarzarbeit – Ursache oder Folge wirtschaftspolitischer Missstände? 25.11.2000
- Nohl, A. M., 2001: Bildung und Migration. In: Gesemann, F. (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Opladen: Leske und Budrich
- Odierna, S., 2000: Die heimliche Rückkehr der Dienstmädchen. Bezahlte Arbeit im privaten Haushalt. Opladen
- Pries, L., 2002: Transnationalisierung der sozialen Welt? In: Berliner Journal für Soziologie, Berlin, Bd. 12, 263–272
- Pütz, R., 2003: Unternehmer türkischer Herkunft in Deutschland. In: Geographische Rundschau 55, 4, 26–31
- Rerrich, M. S., 1993: Auf dem Wege zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung der Frauen in Europa? In: Schäfers, B. (Hrsg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Frankfurt, 93-102
- Schäfer, E.; Schultz, S., 1999: Putzen – was sonst? Latinas in Berlin: Bezahlte Hausarbeit als Arbeitsmarkt für Migrantinnen. In: Gabbert, Karin et al. (Hrsg.): Migrationen. Bad Honnef, 97–110
- Schmals, K. (Hrsg.), 2000: Migration und Stadtplanung. In: Migration und Stadt. Opladen, 9–23
- Schupp, J., 2002: Quantitative Verbreitung von Erwerbstätigkeit in privaten Haushalten Deutschlands. In: Gather, C.; Geissler, B.; Rerrich, Maria S. (Hrsg.): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Hausarbeit im globalen Wandel. Münster, 50–70
- Seifert, W., 1995: Die Mobilität der Migranten. Berlin: Sigma
- Smolenski, T., 2000: Migration und Arbeit. Strategien selbständiger MigrantInnen aus Polen in Berlin. unveröffentlichte Diplomarbeit, FU-Berlin, FB Soziologie
- SOPEMI, 1999: Internationale Migrationstrends. Hg. OECD, Paris

- Stach, A.; Hussain, S., o .J.: Ausländer in der DDR. Ein Rückblick. Hg. Ausländerbeauftragte des Senats in Berlin, Berlin
- Statistisches Bundesamt, 2003: Der Arbeitsmarkt in Zahlen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 30. Juni 2002, Nürnberg
- Süddeutsche Zeitung, 2002: Diskussion um Schwarzarbeit, 06.06.2002
- Süddeutsche Zeitung, 2002: Schwarzarbeit soll härter bestraft werden, 23.02.2002
- Treibel, A., 1999: Migration in modernen Gesellschaften. München: Juventa
- Treichler, A., 1998: Arbeitsmigration und Gewerkschaften. Münster
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ der Bundesregierung, 2002: Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Berlin
- Vogel, D., 1999: Illegale Zuwanderung nach Deutschland und soziales Sicherungssystem. In: Migration und Illegalität. Hg. Eberhard Eichenhofer. In: IMIS Schriften, Bd. 7.: 73–90
- Zentrum für Türkeistudien, 2002: Migrationsbericht 2002 des Zentrums für Türkeistudien. Hg. A. Goldberg, D. Halm und M. Sauer, Münster

Die Integration der Spätaussiedler in den alten und neuen Bundesländern

Ein Vergleich der Städte Garbsen und Strausberg

Noelle Noyes

Integrationsprozesse sind untrennbar von den Kontexten, in denen sie stattfinden. Die historische Teilung Deutschlands bedeutet, dass die Bedingungen in den alten und neuen Bundesländern noch heute wesentlich voneinander abweichen. Folglich läuft die Integration der Spätaussiedler in beiden Teilen Deutschlands in zwei unterschiedlichen Kontexten ab. Die Folgen dieser Situation für den Integrationsprozess werden anhand einer vergleichenden Fallstudie zwischen den Städten Garbsen und Strausberg untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass die unterschiedlichen Bedingungen in den alten und neuen Bundesländern eine zwiespältige Wirkung bei der Integration ausüben: in Garbsen wird die kurzfristige Integration der Spätaussiedler erleichtert, die langfristige Integration jedoch gefährdet. In Strausberg ist die Situation umgekehrt.

1. Einleitung

Aktuelle Forschungen und Veröffentlichungen – besonders im Bereich der *comparative immigration studies* – bestätigen, dass bei der Aufnahme und Integration von Zuwanderern die Aussage „context matters“ zutrifft. Diese neuen Beiträge erklären „... why and how the history, demographic composition, labor markets, institutions, and social fabric of cities and countries shape the experiences and adaptation of immigrants and their children“ (Hirschman 2003). Deutschland eignet sich besonders für vergleichende Studien, da vor 13 Jahren zwei sehr unterschiedliche Systeme – die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland – wiedervereintigt wurden. Trotz kontinuierlicher Annäherung prägen die unterschiedlichen historischen, sozialen, politischen, kulturellen und demographischen Entwicklungen Ost- und Westdeutschlands immer noch die gesellschaftlichen Prozesse in beiden Teilen Deutschlands. Diese unterschiedlichen Kontexte der alten und neuen Bundesländer und ihre Relevanz für die Integration von Spätaussiedlern lassen sich nicht unterschätzen.

Mehr als zehn Jahre nach der Wende herrscht die Meinung, es sei endlich Zeit, mit diesen ermüdenden Ost-West-Vergleichen aufzuhören. Deutschland sei jetzt *ein* Land und solche Vergleiche helfen nicht, die „Mauer im Kopf“ abzubauen. Obwohl heute die zwei Teile Deutschlands *de jure* einen Staat bilden und sich *de facto* immer näher kommen, sind die aus der über 40-jährigen Teilung Deutschlands resultierenden Unterschiede zwischen Ost und West keineswegs verschwunden. Zusammen mit der aktuellen Relevanz der *comparative immigration studies* fordert dies eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem bisher unbearbeiteten Thema der Spätaussiedlerintegration in den alten und neuen Bundesländern. In dieser Hinsicht muss zuerst festgestellt werden, *welche* Ost-West-Unterschiede Einfluss auf die Integration von Spätaussiedlern ausüben.

Wenn dies klar ist, muss untersucht werden, *wie* die relevanten Unterschiede die Integration in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich beeinflussen. Dieser Beitrag stellt in diesem Zusammenhang einen ersten Ansatz dar. Es ist ein Versuch, die Frage zu beantworten: „Wie wirken sich die relevanten unterschiedlichen Bedingungen in den alten und neuen Bundesländern auf die Integration von Spätaussiedlern aus?“

1.1 Vorgehensweise

Um diese Frage zu beantworten, entschied ich mich für eine Fallstudie auf der lokalen Ebene. Bei der Forschung über Spätaussiedler stößt man sehr schnell auf ein nicht unerhebliches Hindernis: Statistiken über schon in Deutschland lebende Spätaussiedler sind sehr schwer zu finden. Der Grund liegt darin, dass Spätaussiedler unmittelbar nach der Einreise eingebürgert werden und danach in den Statistiken oft als Deutsche zu erfassen sind. Das macht eine umfassende, auf einen größeren Raum bezogenen Studie sehr mühsam, wenn nicht unmöglich. Diesbezüglich eignet sich eine Studie auf lokaler Ebene am besten für eine Untersuchung der Spätaussiedlerintegration. Zudem haben die Kommunen wegen der dezentralisierenden Tendenzen in der Aussiedlerpolitik des Bundes immer mehr Verantwortung bzw. Kompetenz für die Integration. In den Kommunen werden die Integrationsmaßnahmen gestaltet und durchgeführt und konsequent wird der Erfolg bzw. Misserfolg dieser Maßnahmen auch unmittelbar von den Kommunen gespürt.

Wegen vorhandener Kontakte und wegen ihrer Vergleichbarkeit wählte ich die Städte Garbsen und Strausberg für die Fallstudie aus. Garbsen liegt im Kreis Hannover, hat eine Einwohnerzahl von ca. 60.000 und ist die letzte Haltestelle der Hannoverschen S-Bahn Linie 4. Strausberg befindet sich in der Nähe von Berlin, hat circa 30.000 Einwohner und ist die letzte Haltestelle der Berliner S-Bahn Linie 5. Natürlich weisen beide Städte kleine strukturelle Einzigartigkeiten auf und stellen daher nicht die ideale „West- bzw. Oststadt“ dar (wenn es so was überhaupt gibt). Dennoch gelten beide als kleine Vorstädte in unmittelbarer Umgebung von großen kulturellen, finanziellen und administrativen Zentren. Daneben weisen sie erhebliche strukturelle, demographische und sozio-historische Unterschiede auf, und zwar Unterschiede, die für die alten und neuen Bundesländer als typisch gelten. Daher eignen sich die beiden Städte für diesen Vergleich.

In beiden Städten interviewte ich jeweils ca. 25 Spätaussiedler und 5 Experten. Kontakt zu den Spätaussiedlern erfolgte in beiden Städten zuerst durch Personen, die in der „Migrationsszene“ beider Städte aktiv sind. Danach leiteten mich die Spätaussiedler selbst an Bekannte bzw. von Spätaussiedlern besuchte Veranstaltungen weiter. Die Interviews mit Spätaussiedlern wurden entweder bei ihnen zu Hause oder in einer Einrichtung wie z.B. einem Jugendzentrum durchgeführt. Die Experteninterviews wurden telefonisch organisiert und etwa die Hälfte auch telefonisch durchgeführt. Experten von den Arbeits-, Schul-, Kultur- und Sportämtern, von der Polizeibehörde sowie von nicht-staatlichen Integrationsträgern (z.B. Freizeitheim Planeten in Garbsen, Sozialpark M.O.L. in Strausberg) wurden befragt. Leider konnte das Sozialamt in einer der Städte kein Interview gestatten, so dass dann in beiden auf ein Interview bei dem Sozialamt verzichtet wurde.

Alle Interviews richteten sich nach Leitfäden und wurden qualitativ bewertet, um die zweistufige Fragestellung zu beantworten: zuerst, welche unterschiedlichen Bedingungen sind relevant und haben einen Einfluss auf die Integration von Spätaussiedlern, und zweitens, wie beeinflussen diese Unterschiede die Integrationsprozesse in Strausberg und Garbsen. Da es keine sekundäre Literatur zu meinem spezifischen Thema gibt, werde ich mich weitgehend auf die Ergebnisse meiner Forschung bzw. Interviews verlassen. Sekundärliteratur funktioniert in diesem Sinne als Background für die Bewertung der Ergebnisse und ich werde sie als Unterstützung bei der Analyse

verwenden. Die Ergebnisse der Arbeit beruhen aber primär auf konkreten Forschungsergebnissen. Es ist deswegen eine empirisch angelegte Studie, im Gegensatz zu einer theoretischen Arbeit.

1.2 Begriffsbestimmung

Bevor sich die Thematik untersuchen lässt, müssen die Begriffe der Fragestellung definiert werden. Zuerst ist es besonders wichtig zu merken, dass Spätaussiedler ziemlich gleichartige Voraussetzungen zur Integration besitzen und ähnliche biographische Hintergründe aufweisen, egal im welchem Bundesland sie sich niederlassen (z.B. Herkunftsland, Gründe für die Migrationsentscheidung, Deutschsprachkenntnisse und demographische, gesellschaftliche, familiäre und ökonomische Merkmale). Deswegen kann davon ausgegangen werden, dass Unterschiede im Integrationsverlauf von den Rahmenbedingungen in den alten und neuen Bundesländern stammen und nicht etwa von unterschiedlichen soziologischen, ökonomischen oder biographischen Hintergründen der Zuwanderer.

Unter „unterschiedlichen Bedingungen“ in den alten und neuen Bundesländern können die vorhandenen Gegebenheiten verstanden werden, die durch die geschichtliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten heute wesentlich voneinander abweichen. Allerdings werden in dieser Arbeit nur die Bedingungen behandelt, die sich durch den Interviewprozess und durch die Untersuchung als relevante Faktoren bzgl. der Integration von Spätaussiedlern feststellen ließen und zudem als allgemeine Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern auf Bundesebene gelten können. Diese Arbeit gliedert sich den oben genannten Bedingungen entsprechend in drei Teile: Integration und politisch-historische Bedingungen, Integration und strukturelle Bedingungen und Integration und demographische Bedingungen. Bei den Interviews und bei der Untersuchung erwiesen sich diese unterschiedlichen Bedingungen nicht nur als ausschlaggebend für den Integrationsprozess, sondern auch als übertragbar in ein typisches Ost-West-Muster.

Die übergeordneten Bedingungen – politisch-historische, strukturelle und soziodemographische – sind nicht strikt und sauber voneinander trennbar. Schließlich ist auch Integration ein komplizierter und facettenreicher Prozess, bei dem es selbstverständlich viele Überschneidungen und Verflechtungen gibt. Zudem verliert die Bedeutung des Begriffs „Integration“ durch seine Verwendung in Presse und Politik an Klarheit und Präzision. Durch die Gliederung in die drei oben skizzierten Unterpunkte wird versucht, möglichst viel Klarheit und Zugänglichkeit zu dem komplexen Integrationsprozess zu schaffen. Im Kontext dieses Beitrags ist dann zu fragen, was Integration eigentlich heißt, nach welchen Kriterien Integration am besten zu untersuchen ist und wann Spätaussiedler als integriert zu bezeichnen sind und wann nicht.

Hier gibt es eine lange Tradition von Ansätzen, die sich mit der Migration und Integration von Fremden befassen. Die meisten dieser Theorien bzw. Modelle betrachten die Integration als einen Prozess, in dem verschiedene Stufen erreicht oder nicht erreicht werden. Spätere Ansätze räumten ein, dass dieser Prozess nicht nur linear in eine Richtung läuft, sondern dass die Stufen oft in verschiedenen Reihenfolgen und zu verschiedenen Zeitpunkten erreicht werden. Aktuelle Modelle legen viel Wert auf die Wechselseitigkeit der Integration und betonen, dass der Prozess eine Art Dialog zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Zuwanderern darstellt. Dennoch bleibt die Erreichung bestimmter Merkmale bzw. Stufen bei allen Ansätzen ein Indiz für eine erfolgreiche Integration. Die wissenschaftliche Debatte beginnt, wenn es darum geht, die verschiedenen Stufen zu definieren und ihren Zusammenhang zu klären.

Auch diese Arbeit geht davon aus, dass die Integration einen gestuften Prozess darstellt. Allerdings beschränke ich mich in Rahmen dieser Studie auf einen Integrationsprozess mit zwei Dimensionen: die kurzfristige und langfristige Integration. Unter kurzfristiger Eingliederung kann das Zurechtkommen mit dem alltäglichen Leben verstanden werden. In dieser Phase gestaltet sich der Zuwanderer sein neues Leben: Er zieht in seine eigene Wohnung ein, er findet Arbeit, er lernt seine Umgebung kennen. Er lernt die hiesige Sprache gut genug, sodass er tägliche Belange erledigen kann. Psychologisch ist der Zuwanderer in dieser Zeit sehr unsicher und sein Selbstbewusstsein ist deutlich geringer als normal. Kurzfristige Integration kann auch als Akkomodation verstanden werden. Die Dauer dieser Phase hängt unter anderem davon ab, wie viel der Zuwanderer über das tägliche Leben des Landes schon weiß (einschließlich der Sprache) und wie viel Unterstützung er von „Kennern“ angeboten bekommt. Einer Studie von Line Kossolapow zufolge ist diese initiale Zeit – also die ersten fünf Jahre – für den Erfolg des gesamten Integrationsprozesses ausschlaggebend. Besonders wichtig ist, ob Spätaussiedler die „qualitative Zeitnutzung“ in den ersten fünf Jahren als Gewinn oder Verlust bewerten (Kossolapow 1992).

Die Definition von langfristiger Integration, die hier verwendet wird, ähnelt den üblichen Vorstellungen der Integration. Jetzt ist der Zuwanderer nicht nur im täglichen Leben des Landes aktiv, sondern auch in anderen Bereichen, sei es durch Freundschaften mit Einheimischen, sei es in der Politik, sei es bei der Arbeit, in den Schulen oder Vereinen. Die Sprachkenntnisse sind fortgeschritten genug, sodass der Zuwanderer tiefere Gespräche über verschiedene Themen führen kann. Der Zuwanderer agiert jetzt nicht nur in seiner unmittelbaren Umgebung, sondern hat auch Interesse an dem Geschehen im Land. Er identifiziert sich vielleicht nicht als „Deutscher“, aber fühlt sich wohl in Deutschland und ist sicher in seiner Umgebung.

Die Gliederung des Integrationsprozesses in zwei Dimensionen soll dazu dienen, den zwiespältigen Charakter mancher in dieser Arbeit behandelten Integrationsrahmen zu erklären. Bei der allgemeinen Bedeutung der Integration in dieser Studie wird allerdings auf eine Definition von Irene Tröster zurückgegriffen. In ihrer Dissertation über die Integration von Russlanddeutschen verwendet sie folgende Definition: „Integration wird als Oberbegriff für das Hineinfinden von Zuwanderern in die Aufnahmegesellschaft verwendet“ (Tröster 2003: 47). Diese Allgemeingültigkeit genügt bei dieser Arbeit, da der Schwerpunkt hier nicht auf der Analyse des Integrationsprozesses selbst liegt, sondern auf bestimmten Unterschieden in den alten und neuen Bundesländern und wie sie sich auf die Integration von Spätaussiedlern auswirken.

2. Integration und politisch-historische Bedingungen

Politisch-historische Bedingungen weisen auf qualitativ unterschiedliche Gegebenheiten in den alten und neuen Bundesländern hin, die unmittelbar aus der politischen Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland resultieren. Zuerst gibt es wegen dieser historischen Entwicklung große Unterschiede bei der heutigen Bürokratie und ihrer Kompetenz in Aussiedlerfragen. Zweitens haben sich die Netzwerke für Spätaussiedler unterschiedlich entwickelt. Drittens gibt es wegen der DDR-spezifischen Erfahrung mit sowjetischen Soldaten einen qualitativen Unterschied des „Russen-Bilds“ in den alten und neuen Bundesländern. Letztens ist die Präsenz der russischen Sprache wegen des während der DDR vorgeschriebenen Russischunterrichts in der ehemaligen DDR stärker als in den alten Bundesländern. Diese Unterschiede stammen unmittelbar aus der historisch-politischen Geschichte der BRD und DDR und das langlebige politisch-historische Echo prägt immer noch die Art, in der die alten und neuen Bundesländer mit der Integration von Spätaussiedlern umgehen.

2.1 Bürokratische Kompetenz

Wichtig für den Erfolg der kurzfristigen Integration ist eine für ausländische Angelegenheiten gut ausgebildete, informierte und erfahrene Stadtverwaltung. Dies ist im Fall von Spätaussiedlern noch gewichtiger als für andere ausländische Gruppen, da ihr rechtlicher Status ihnen Anspruch auf zahlreiche staatliche Leistungen z.B. vom Sozial- und Arbeitsamt gibt. Spätaussiedler sind bei ihrer Ankunft mit einem Berg von bürokratischen Unterlagen konfrontiert. Eine erfahrene Stadtverwaltung kennt sich mit diesen Unterlagen aus und kann die kurzfristige Eingliederung stark beschleunigen und den durch die Bürokratie verursachten Stress erleichtern. Nach der Wende, als die neuen Bundesländer rasch in den Verteilungsschlüssel des Wohnortzuweisungsgesetzes eingezogen wurden, waren die Differenzen bei der Kompetenz der für Ausländer- bzw. Aussiedlerangelegenheiten zuständigen Bürokratien sehr deutlich. Dieser Unterschied stammt direkt von der unterschiedlichen Migrationspolitik der DDR und BRD.

Die Haltung der DDR zur Migration und Integration wurden und wird viel erforscht. Die Statistiken bestätigen, dass vergleichsweise wenige Ausländer nach Ostdeutschland einwanderten. Im Dezember 1989 lebten offiziell 191.200 Ausländer in der DDR, also etwa 1,1 % der Bevölkerung. Wichtiger als die Zahlen der Zuwanderer in der Deutschen Demokratischen Republik war jedoch die vorherrschende Haltung gegenüber Migration bzw. Migranten. Im Allgemeinen pflegte der Staat eine Politik der äußerst strengen Kontrolle über Migration – eine Politik, die im Ostblock als typisch galt. Die In-Migration (im Gegensatz zu der Out-Migration) brachte der Regierung wenige Probleme. Die strenge, teilweise erfolgreiche staatliche Steuerung aller Einwanderungsströme hatte zur Folge, dass die allgemeine Wanderungssituation in der DDR – und im ganzen Ostblock – eine Anomalie darstellte. Deswegen sammelt die Bürokratie der DDR wenig Erfahrung mit „normalen“ Migrationsströmen bzw. -situationen.

Die Bundesrepublik Deutschland macht seit dem Zweiten Weltkrieg Erfahrung mit einer Vielfalt von Migrationsströmen – Vertriebenen und Flüchtlingen, „Gastarbeitern“, Asylsuchenden, Übersiedlern und nicht zuletzt Aussiedlern. Seit dem Zweiten Weltkrieg steigt die Zahl der Migranten stets an, und 1989 lebten etwa 4,85 Millionen Ausländer in der BRD, also ca. 7,7 % der Bevölkerung. Wenn das mit der oben genannten Zahl für die DDR verglichen wird, lässt sich der Unterschied bzgl. der historischen Erfahrung mit Migration in der DDR und der BRD deutlich feststellen. Aber nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ unterscheidet sich die staatliche Erfahrung mit Migration. Die BRD musste sich mit vielen verschiedenen Wanderungssituationen auseinandersetzen, wohingegen die DDR hauptsächlich mit ausländischen Arbeitskräften und Studenten zu tun hatte. Im Gegensatz zu der DDR konzentrierte sich die BRD auf die Steuerung der In-Migration – die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, die Versorgung der Asylsuchenden und die dazugehörigen bürokratischen Maßnahmen. Obwohl sich die BRD noch als „kein Einwanderungsland“ verstand und deswegen wie die DDR keine zentrale Bürokratie für Migrationsangelegenheiten ausstattete, wurde im Laufe der Zeit auf allen Ebenen eine patchwork-Bürokratie aufgebaut, die relativ kompetent in diesem Gebiet agierte.

Die unterschiedliche Erfahrung der BRD und DDR mit Migration generell lässt sich im Falle der Aussiedler übertragen. Zwischen 1950 und 1989 kamen rund 1,6 Millionen Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland. Ostdeutschland pflegte dagegen fast keine Tradition mit Aussiedlern: zwischen 1965 und 1979 reisten nur 1.600 Aussiedler aus der Sowjetunion in die DDR, verglichen mit 60.150 Aussiedlern in die BRD (Bade/Oltmer 1999: 27-28). Wie diese Statistiken bestätigen, fehlte das Lernen und Sammeln von Know-how in Aussiedlerangelegenheiten, das seit Jahrzehnten in der BRD und auch Garbsen stattfand, fast völlig in dem Ostteil des wiedervereinigten Deutsch-

lands und in Strausberg. Aber nicht nur das Know-how, sondern auch die bürokratische Infrastruktur war weitgehend unterentwickelt, als die neuen Bundesländer ohne jedwede Vorbereitung in die Migrationsthematik der BRD einbezogen wurden.¹ Wegen ihrer historischen Erfahrung verfügte die BRD dahingegen über eine mit der Zeit allmählich aufgebaute Bürokratie für Aussiedlerangelegenheiten. Zwar wurde auch diese Bürokratie – besonders die Wohnheime und Aufnahmelager – von den plötzlich ansteigenden Aussiedlerziffern überwältigt, aber zumindest waren die Grundkenntnisse über Aussiedlerthematik vorhanden.

Die geschichtlichen Beziehungen zur Aussiedlerzuwanderung in Strausberg und Garbsen spiegeln diese allgemeinen Ost-West-Unterschiede wieder: Neben großen Strömen von Flüchtlingen und Vertriebenen gerade nach dem Zweiten Weltkrieg nahm Garbsen in den 1950er Jahren Aussiedler auf, Strausberg empfing dagegen erst im Jahr 1994 70 Spätaussiedler.

„Dezember 1994 kamen die ersten Spätaussiedler. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir überhaupt keine Ahnung von Aussiedlerarbeit und haben uns auch nie mit Aussiedlern beschäftigt. Wir waren, ganz ehrlich, einfach ahnungslos.“²

Verbunden mit der gewaltigen bürokratischen Umstellung, die in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung durchgeführt werden musste, bedeutete dies, dass am Anfang die Spätaussiedler öfters von Amt zu Amt geschickt wurden, da die Angestellten nicht genau wussten, wer für welche Angelegenheit zuständig war. Sogar die rechtliche Lage der Spätaussiedler war den dafür zuständigen Ämtern nicht immer deutlich, was dazu führte, dass manchmal den zuziehenden Spätaussiedlern der Asyl- bzw. Flüchtlingsstatus zugeteilt wurde.³ Diese Probleme waren für die Post-Wende in Ostdeutschland nicht atypisch.⁴ Obwohl solche Fälle eventuell geklärt wurden und die Strausberger Stadtverwaltung durch Praxis immer kompetenter wird, verlangsamte sich die kurzfristige Eingliederung sehr stark. Zudem waren die Enttäuschung sowie die psychische Belastung, die mit der Umsiedlung in normalen Fällen verbunden sind, noch erhöht, als die Spätaussiedler ergebnislos von Amt zu Amt gingen und manche völlig überrascht zu hören bekamen, dass sie doch – sogar im rechtlichen Sinne – keine Deutschen waren.

Der Mangel an aussiedlerspezifischer Erfahrung während der DDR-Zeit, verbunden mit der raschen Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Verteilungsschüssel bedeutet, dass der bürokratische Prozess – besonders am Anfang der 1990er Jahre – ein großes Hindernis der kurzfristigen Integration von Spätaussiedlern in den neuen Bundesländern darstellte. Dieses Problem lässt sich auf die alten Bundesländer nicht übertragen, da die dortige Bürokratie seit Jahrzehnten Erfahrung in Aussiedlerangelegenheiten macht.

¹ „Die dortigen Ausländerbehörden sind noch im Aufbau und werden, was die finanzielle wie personelle Ausstattung angeht, äußerst zurückhaltend ‚bedient‘. Darüber hinaus fehlt es am notwendigsten: an Plätzen für die Unterbringung von Flüchtlingen, an Beratungsstellen, Anwälten, Dolmetschern usw ...“ (Krüger-Potratz 1991: 100).

² Interview mit Frau Neukirch, Leiterin des Sozialparks Märkisches Oderland (M.O.L.), Strausberg.

³ Interview mit Härrri Seeländer, Sozialpark M.O.L.

⁴ „Doch trotz eindeutiger Rechtslage ist die Unsicherheit in Bezug auf migrations- bzw. migrantenrechtliche Fragen immer noch groß. Neben begrifflichen Unklarheiten, z.B. der Unterscheidung zwischen Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsberechtigung sowie deren Voraussetzungen, ist nicht eindeutig klar, welche (DDR-Übergangs-)Regelungen noch in Kraft sind und welche nicht.“ (Jasper 1991: 181)

2.2 Netzwerke

Die Wichtigkeit der Netzwerke im Integrationsprozess lässt sich nicht unterschätzen. Sie ergänzen die Arbeit der staatlichen Institutionen und bieten zahlreiche Integrationsmaßnahmen an, sei es Beratungsstunden, Kinderbetreuung, Jugendarbeit oder Bildungsmaßnahmen. Die ostdeutsche und westdeutsche Geschichte mit solchen Integrationsnetzwerken unterscheidet sich wegen der Integrationspolitik der DDR und BRD sehr stark, und diese Differenz übt heute einen wichtigen und teilweise überraschenden Einfluss auf die Integration der Spätaussiedler aus.

Die oben geschilderte Politik der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Migration hatte große Konsequenzen für die Lebensbedingungen der Zuwanderer sowie ihre Verhältnisse zu der Aufnahmegesellschaft. *De jure* genossen Migranten „... die gleichen Rechte – soweit diese nicht an die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik gebunden sind – wie Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik.“⁵ *De facto* aber glichen ihre Lebensverhältnisse nicht denen des normalen Bürgers. Die Migranten wurden üblicherweise in großen Gemeinschaftswohngebäuden untergebracht, die sich in den meisten Fällen am Rande der Stadt befanden. Oft unterlagen die Arbeiter zahlreichen Beschränkungen, und Besucher kamen nur durch die Einlasskontrolle in das Gebäude. Diese Situation erschwerte den Kontakt zwischen Einheimischen und Zuwanderern und isolierte die Migranten von der deutschen Gesellschaft. Der Staat tolerierte nur wenig bürgerliche Einmischung in die Angelegenheit der Migration bzw. Migranten:

„Eine nicht-staatliche organisierte Ausländerarbeit gab es nicht ... jeder Versuch einer öffentlichen Diskussion über die Probleme der sich in der DDR aufhaltenden Ausländer bzw. der sich aus der Anwesenheit von Ausländern in der DDR ergebenden Schwierigkeiten wurde von staatlicher Seite unterdrückt.“ (Jasper 1991: 175)

Diese Unterdrückung resultierte darin, dass unmittelbar nach der Wende keine organisierten, informellen Netzwerke für Migration und Integration in den neuen Bundesländern existierten – besonders nicht auf der lokalen Ebene. Anfang der 1990er Jahre entstanden plötzlich zahlreiche regionale Organisationen, die dieses Vakuum zu füllen versuchten, wie z.B. die Allgemeine Arbeitsgruppe für Ausländerfragen, die später die Arbeitsgruppe Zuwanderungsfragen beim Runden Tisch der DDR gründete. Diese Gruppen förderten eine öffentliche Diskussion über Fremde in der DDR und wollten die Ausländer endlich in das Leben der DDR einschließen. In diesem Sinne organisierten sie Begegnungsstätten und Veranstaltungen, die Kontakte zwischen Zuwanderern und Einheimischen knüpfen sollten. Ohne Zweifel funktionierten diese Gruppen als ein Anstoß zu der Entstehung neuer Netzwerke.⁶ Viele potenzielle Integrationsträger, die während der DDR unterdrückt wurden, fühlten sich endlich berufen, in diesem Bereich aktiv zu werden.

In Strausberg war das auch der Fall. Die plötzlich steigenden Zuwanderungszahlen und die durch den Verteilungsschlüssel hervorgerufene Pflicht, Asylbewerber bzw. Aussiedler aufzunehmen, erregten Sorge, aber auch bürgerliches Engagement in der Strausberger Öffentlichkeit. Kurz

⁵ Gesetz über die Gewährung des Aufenthalts für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik (Ausländergesetz) vom 28. Juni 1979, §4.

⁶ „Genaue Aussagen über die Arbeit dieser Gruppen, über ihre Stärke, über die Kontinuität in der Arbeit oder gar über ihre Wirkungen sind nicht möglich. Doch unbestritten ist, daß sie einen zentralen Beitrag zur Herausbildung einer ‚interkulturellen Infrastruktur‘ geleistet haben und noch leisten, zu der neben den Initiativgruppen und den Ausländerbeauftragten inzwischen eine Reihe von Beratungs-, Begegnungs- und Bildungszentren gehören...“ (Krüger-Potratz 1991: 79)

gesagt, funktionierten das „Werfen-ins-kalte-Wasser“ als eine Art „Wake-up-call“ für die Stadt Strausberg. Sehr bald realisierten sowohl nicht-staatliche Einrichtungen wie der Sozialpark M.O.L. als auch die städtische Verwaltung, dass das Aufnehmen von Spätaussiedlern besser organisiert und betreut werden musste. Zudem hatten aus Strausberg sehr viele Personen während der DDR-Zeit im Ministerium für Nationale Verteidigung – in Strausberg stationiert – gearbeitet. Nach der Wende wurde eine große Zahl dieser gut ausgebildeten Leuten arbeitslos. Diese zwei Phänomene zusammen führen dazu, dass heute Strausberg einen „wahnsinnigen Organisationskreis“ – größtenteils von ehrenamtlichen Mitarbeitern betrieben – inne hat. Es existieren in Strausberg 136 Vereine. Dazu gehört der so genannte „Arbeitskreis“:

„Der Arbeitskreis ist ein freiwilliges Zusammenfinden von Vereinen, aber auch von Kirchen, vom Sozialpark [M.O.L.], von der Regionalstelle für Ausländerangelegenheiten, von verschiedenen Betreuungsgruppen, die sich gesagt haben: Wir organisieren in dieser Stadt, dass dieses Thema [Spätaussiedler] nicht untergeht.“⁷

Der Arbeitskreis behandelt nicht nur Zuwanderungsangelegenheiten, sondern auch Problembereiche wie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die Verflechtungen in diesem Netzwerk decken sich in idealer Weise, und die Zusammenarbeit stellt eine vorbildliche kommunale Auseinandersetzung mit Migration und Integration dar.

Zudem ist es wichtig zu bemerken, dass sich Strausberg teilweise selbst für das Aufnehmen der Spätaussiedler entschieden hat. Zwar kamen eine handvoll Spätaussiedler durch den Verteilungsschlüssel am Anfang und Mitte der 1990er Jahre, aber 1998/99 stieg die Zahl drastisch an, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch Strausbergs. Die Wohnungsbaugesellschaft in Strausberg, zusammen mit der Stadtverwaltung und vielen anderen Einrichtungen, beschloss, eine Gruppe von Spätaussiedlern in einem Schub aufzunehmen. Dadurch erhoffte sich die Stadt, einen niedrigeren Wohnungsleerstand zu erreichen. Da die Stadt wusste, dass die Zahl der Spätaussiedler zunehmen würde, konnte sie sich entsprechend vorbereiten.

Trotz beachtlichen Engagements von Einheimischen wussten die ehrenamtlichen Mitarbeiter von Anfang an, dass sie alleine die kurzfristige Eingliederung der Spätaussiedler nicht bewältigen konnten, und haben sich an interessierte Spätaussiedler gewandt, die dabei helfen wollten. Diese „Selbsthilfe“ trug in bedeutender Weise zu der Integration der Spätaussiedler bei. Der Sozialpark beschäftigt inzwischen circa 20 Spätaussiedler. Diese Leute helfen, Neuankömmlinge zu betreuen sowie den Sozialpark zu führen. Spätaussiedler agieren auch in dem Arbeitskreis Strausbergs. Die aktive Partizipation der Spätaussiedler resultiert inzwischen darin, dass die Spätaussiedler ihre eigenen Kandidaten für die nächste Kommunalwahl stellen sowie in zahlreichen Beiräten vertreten sind. Sicherlich sind nicht alle Strausberger Spätaussiedler aktiv im öffentlichen Leben der Stadt und es gibt immer noch eine gewisse Isolation dieser Zuwanderungsgruppe. Aber die Absicht der Stadt und des Arbeitskreises, die Partizipation der Spätaussiedler von Anfang an direkt und aktiv zu fördern, unterbindet bis jetzt eine Ghettobildung, die sich in anderen Städten beobachten lässt. Mittlerweile ist auch der Arbeitskreis ein allgemein bekannter Name in der Öffentlichkeit geworden.

In Garbsen existiert ein solches Netzwerk nicht. Zwar nehmen Polizeibehörde, Sozialamt, Arbeitsamt, Schulen usw. Kontakt mit anderen Trägern auf, wenn es um spezifische Probleme, Programme oder Maßnahmen geht, aber ein Netzwerk wie der in Strausberg agierende Arbeitskreis – wo Stellvertreter von den verschiedenen Einrichtungen wöchentlich zusammenkommen und Erfahrungen austauschen – gibt es nicht. Das Thema Spätaussiedler ist weniger präsent sowohl in

⁷ Interview mit Herrn Brinksmeier, Leiter des Schul-, Kultur- und Sportamts, Strausberg.

der Stadtverwaltung als auch in der Öffentlichkeit und bei den nicht-staatlichen Einrichtungen. Zwar gibt es einen Ausländerbeirat in Garbsen, aber er beschäftigt sich nur mit Ausländern und hat wenig mit Spätaussiedlern zu tun.

Die Interviews und die vor Ort durchgeführte Forschung beweisen, dass die Entwicklung in Strausberg eine andere Bahn genommen hat, weil das Thema „Spätaussiedler“ eben völlig neu war. Die Stadt bzw. nicht-staatliche Einrichtungen mussten von Grund auf die Strukturen und Unterstützungen für Spätaussiedler gestalten. Hier war Innovation, Erfahrungsaustausch und vor allen Dingen Motivation gefragt, und einige Strausberger haben entsprechend reagiert. In Garbsen, wo sich die Arbeit mit Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern schon seit Jahrzehnten verfestigt hat, gab es keinen Antrieb, den etablierten Umgang mit Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern umzustellen, obwohl sich die qualitativen Rahmenbedingungen der Einwanderung nach der Wende stark geändert hatten und die Integration nicht mehr von selbst erfolgte. Zudem befindet sich Garbsen in einem Hauptzuzugsgebiet, und hatte keine Wahl, als die Zahl der zuziehenden Aussiedler bzw. Spätaussiedler zunahm. D.h. die plötzlich aufsteigenden Zuwanderungsziffern waren für Garbsen – wie für ganz Deutschland – offensichtlich eine Überraschung, wobei Strausberg die Migration und teilweise auch die Integration selbst und bewusst wählte und dadurch auch größere Steuerungsmöglichkeiten und Spielraum hatte. Zudem förderte Strausberg von Anfang an eine enge Zusammenarbeit zwischen Zuwanderern und der Stadt. Diese Philosophie bzw. Atmosphäre wurde vom Start an aufgebaut und bewusst gepflegt. In Garbsen hat im Laufe der Jahrzehnte die Integration von Spätaussiedlern ein Eigenleben entwickelt. Deswegen ist es schwieriger für die Stadt, einen Überblick über die Situation zu behalten und einen Eingangspunkt zur Steuerung der Integration zu finden.

Die langjährige Erfahrung mit Aussiedlermigration, die Garbsen gesammelt hatte, bedeutete in den 1990ern Vorteile und Nachteile für die Stadt. Auf der einen Seite war die Bürokratie – trotz Überbelastung durch die explodierenden Zuwanderungsziffern – immer noch mit dem Hintergrund und rechtlichen Grundlagen der Spätaussiedlermigration vertraut. Auf der anderen Seite verhinderte diese verfestigte Erfahrung die Einführung innovativer Integrationskonzepte, welche an die neuen Rahmenbedingungen hätten angepasst werden können. Für Strausberg hatte der Mangel an Erfahrung Vorteile und Nachteile. Der Nachteil war, dass Strausberg absolut keinen Bezug zu der Geschichte oder zu dem rechtlichen Status der Spätaussiedler hatte sowie keine bürokratische Struktur, die die neuen Zuwanderer versorgen konnte. Auf der anderen Seite war deshalb die Stadt frei, sowohl diese Struktur als auch den Umgang mit der ganzen Thematik neu und innovativ zu gestalten. Dieser Komplex lässt sich für die alten und neuen Bundesländer verallgemeinern. Zwar mag in manchen ostdeutschen Städten diese Neugestaltung schief gelaufen sein, aber auf jeden Fall war die Möglichkeit da, die Integration von Anfang an mitzusteuern. Die westdeutschen Kommunen bekamen diesen Neustart wegen ihrer langjährigen Tradition mit Aussiedlerzuwanderung nicht.

2.3 Das „Russen-Bild“

Die Rezeptionsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft trägt deutlich zum Integrationsprozess bei. Wenn die Aufnahmegesellschaft die Zuwanderer willkommen heißt, hat der Integrationsprozess viel bessere Erfolgchancen. Wenn aber die Zuwanderer mit einer ablehnenden Öffentlichkeit konfrontiert sind, sind die Chancen für eine erfolgreiche Integration deutlich geringer.

Das Thema Spätaussiedler entwickelte im Laufe der 1990er Jahre ein deutlich negatives Image in der deutschen Öffentlichkeit. 1990, als die Zahl der zuziehenden Aussiedler drastisch zunahm,

stellte eine Studie fest, dass mehr als 50 % der Einheimischen die steigenden Zuwanderungsziffern als schädlich für Deutschland fänden (Silbereisen/Schmidt-Rodermund 2000: 81). Eine im September 1991 durchgeführte Studie bestätigte, dass 73 % der Bevölkerung eine Änderung des Artikels 116 GG befürworten würden, die Aussiedler von einer Einreise nach Deutschland ausschließen (Marshall 2000: 80). Eine Meinungsumfrage des Allensbacher Institutes für Demoskopie vom Jahre 1996 setzte sich mit der öffentlichen Stimmung bzgl. Aussiedlern auseinander. Die Studie fand heraus, dass 61 % der Befragten den Eindruck hatten, dass es zu viel Aussiedler in Deutschland gebe (Köcher 1996).

In Westdeutschland ist dieses „Russen-Bild“ teilweise durch die Medien, durch die Politik und in manchen Fällen durch negative persönliche Erfahrungen befördert worden. Aber in den neuen Bundesländern spielt ein anderer, besonderer Aspekt bei der Entstehung des „Russen-Bildes“ eine Rolle. Dieser Aspekt hängt unmittelbar mit den besonderen historisch-politischen Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik zusammen – spezifisch mit ihrer Beziehung zu der Sowjetunion und der daraus resultierenden sowjetischen Truppenstationierung im Gebiet der DDR.

Die Zahl der sowjetischen Soldaten in der DDR wurde streng geheim gehalten, sodass genaue Daten schwer zu finden sind. Einer russischen Quelle nach waren 1990 bei der Wiedervereinigung insgesamt 380.000 russische Soldaten sowie 207.400 Zivilbedienstete und Familienangehörige in der DDR stationiert, während den DDR-Quellen zufolge die Zahlen bei 584.000 sowie 185.000 lagen. Experten gehen davon aus, dass es sich insgesamt in dem Zeitraum zwischen 1945 und 1994 um Millionen von Personen handelte (Scholz 1996: 7). Offiziell waren die Soldaten als „sowjetische Freunde“ zu behandeln, allerdings gab es eine latente Feindlichkeit in der deutschen Bevölkerung gegenüber den Soldaten. Und nicht zu Unrecht, da von russischen Soldaten begangene kriminelle Aktivitäten inklusive Vergewaltigungen und willkürliche Gewalt keine Seltenheit waren. Zudem litten die Soldaten unter miserablen Lebensbedingungen und waren sehr isoliert von der hiesigen Gesellschaft.

Auch nach der Wende verschwanden diese Probleme nicht. Nicht nur, weil die russischen Truppen erst 1994 abzogen, sondern auch weil „... untergetauchte Deserteure den Kern der heutigen russischen Mafia in Deutschland ausmachen, ... wie die Entwicklung der Kriminalität nach der Wiedervereinigung in Berlin erahnen lässt“ (Koop 1996: 63). In Thüringen z.B. gab es zwischen 1991 und 1993 rund 500 Ermittlungsverfahren gegen russische Soldaten, wovon es bei 44 % um Eigentumsdelikte ging (Koop 1996: 64). Hier wird deutlich, dass der Groll zwischen „Russen“ und DDR-Bürgern nicht nur ein Teil der abgeschlossenen Geschichte ist, sondern auch ein relativ junges Phänomen, das viele Deutsche betraf und immer noch in den Köpfen der Bevölkerung bleibt. Es lässt sich leicht vermuten, dass viele Leute in den neuen Bundesländern die russische Sprache und damit die Spätaussiedler (mit deren Geschichte die meisten Deutschen nicht vertraut sind) zumindest unbewusst mit ihrer persönlichen Erfahrung mit russischen Soldaten verbinden.

Strausberg diente zwar nicht als Hauptstandort der russischen Streitkräfte, war allerdings ab 1956 Hauptsitz des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR-Zeit und besaß zahlreiche Kasernen, Unterstützungs- und Sicherungseinheiten. Hier waren im Laufe der DDR auch russische „Brüder“ tätig. Leider lassen sich aus den Interviews bzw. der Forschung keine genauen Aussagen hinsichtlich der Beziehungen zwischen diesen Soldaten und der Bevölkerung bzw. aktuelle Auswirkungen dieser Beziehung ermitteln. Auf jedem Fall aber unterscheidet sich das westliche „Russen-Bild“ von dem östlichen Bild, da das „Russen-Bild“ vieler ehemaliger DDR-Bürger auf persönliche negative Erfahrungen mit russischen Soldaten zurückgreift, wohingegen bei Westdeutschen das Bild eher auf Medienberichten und Gerüchten basiert.

2.4 Sprachkenntnisse

Eine der Voraussetzungen für den Integrationsprozess überhaupt ist Sprache. Die fehlenden Deutschsprachkenntnisse der Spätaussiedler wurden schon erwähnt und ihre hemmende Rolle in der Integration ist allen bewusst. Aber einen zusätzlichen sprachlichen Faktor im Integrationsprozess stellt die russische Sprache dar. Besonders direkt nach der Einreise wird der bürokratische Prozess und dadurch die kurzfristige Integration stark beschleunigt, wenn die Angestellten bzw. ehrenamtlichen Betreuer in Russisch mit den Neuankömmlingen kommunizieren können. Auch die Präsenz der russischen Sprache in der breiteren Öffentlichkeit kann den Integrationsprozess beeinflussen.

In der BRD wird der russischen Sprache nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Westeuropäische Sprachen bilden das typische Schulangebot. Als Folge können die meisten Leute in den alten Bundesländern kein Russisch sprechen. Wegen der geschichtlichen Beziehung zwischen der DDR und der Sowjetunion sieht das jedoch in den neuen Bundesländern anders aus. In dem ostdeutschen Schulsystem war Russisch Pflicht und heute können viele ehemalige DDR-Bürger noch Russisch sprechen. In Strausberg sprechen einige Angestellte z.B. bei den Sozial- und Arbeitsämtern genug Russisch, um mit den Spätaussiedlern über tägliche Belange zu reden – ohne dass sie einen extra Sprachkurs machen mussten. Diese Fähigkeit trägt zu einer großen Erleichterung seitens der Spätaussiedler bei und beschleunigt das bürokratische Verfahren bei der Ankunft. Auch in der Öffentlichkeit hilft diese historische Bedingung bei der Integration. Ein nicht unerheblicher Anteil der interviewten Strausberger Spätaussiedler erwähnten, dass Nachbarn manchmal versuchen, mit ihnen ihr Russisch zu üben.

Wegen der Tradition der russischen Sprache in der ehemaligen DDR hat sie eine größere Bedeutung in den neuen Bundesländern als in den alten. In Strausberg werden die Spätaussiedler gefördert, die russische Sprache zu bewahren.⁸ Es wird im Allgemeinen viel Wert darauf gelegt, dass die russische Sprache erhalten wird – sowohl unter den Spätaussiedlern als auch in der Öffentlichkeit. Ein Interviewpartner schrieb dies auch der Tatsache zu, dass die russische Sprache wegen der Nähe mit Osteuropa bzw. seines Beitritts in die EU immer wichtiger wird.⁹

In Garbsen ist diese Philosophie nicht zu erkennen. Einige Spätaussiedler veranstalten für ihre Kinder russischen Unterricht, aber die Stadt bzw. Integrationsträger selbst zeigten kein offensichtliches Interesse, die russische Sprache unter den Spätaussiedlern bzw. in der Öffentlichkeit zu fördern. Dies kann entweder daran liegen, dass die geschichtliche Tradition mit der russischen Sprache nicht vorhanden ist oder dass Westdeutschland wegen seiner Geschichte sowie seiner geographischen Lage eher auf Richtung Westeuropa fokussiert ist und der russischen Sprache weniger Bedeutung zuschreibt.

Im Allgemeinen kann man sagen, dass die russische Sprache in den neuen Bundesländern immer noch viel verbreiteter und geschätzter als in den alten Bundesländern ist. Dieser historisch-politisch bedingte Aspekt spielt auf keinen Fall eine ausschlaggebende Rolle in der Integration von Spätaussiedlern in den neuen Bundesländern, aber er ist ein Aspekt, dessen Auswirkungen ausschließlich in den neuen Bundesländern gespürt werden.

⁸ In diesem Sinne organisiert der Sozialpark M.O.L. einen Kurs, in dem Spätaussiedler interessierten Einheimischen Russisch beibringen, und die Einheimischen dann die Spätaussiedler Deutsch unterrichten.

⁹ Interview mit Frau Neukirch, Sozialpark M.O.L., Strausberg.

3. Integration und strukturelle Bedingungen

Strukturelle Faktoren sind Gegebenheiten, die in der Umwelt der Spätaussiedler vorhanden sind, die aber nur unmittelbar von der Stadtverwaltung, von der hiesigen Bevölkerung oder von den Zuwanderern selbst verändert werden können. Sie bilden den Ausgangspunkt für die Integration und beeinflussen dadurch den Integrationsprozess erheblich, aber im Gegensatz zu anderen Integrationsbarrieren (wie z.B. fehlende Mittel oder Sprachkenntnisse) sind diese strukturellen Faktoren nur schwer und langsam veränderbar. In dieser Studie spielen die Wohnungs- und Arbeitsmärkte Garbsens und Strausbergs sowie die Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes eine große Rolle.

3.1 Wohnsituation

Wenn von der Wohnsituation der Spätaussiedler gesprochen wird, muss zwischen der unmittelbaren Ankunftsunterbringung und der längerfristigen Unterkunft unterschieden werden. Ähnlich wie Asylbewerber und Flüchtlinge werden Spätaussiedler nach ihrer Ankunft zuerst in Übergangslagern und danach in sogenannten Wohnheimen in der zugewiesenen Kommune untergebracht. In der Hauptzuwanderungszeit der frühen 1990er Jahre existierten wegen Platzmangels teilweise katastrophale Bedingungen in diesen Wohnheimen, und sie wurden oft zu Brennpunkten in den Kommunen. Engpässe besonders auf den städtischen Wohnungsmärkten resultierten in langen Wartezeiten, so dass Zuwanderer oft monate- und sogar jahrelang in diesen Wohnheimen wohnten. Eine Studie vom Jahre 1999 bestätigt, dass 18 % der befragten Aussiedler drei Jahre nach ihrer Ankunft immer noch in einem Übergangwohnheim wohnten (Fuchs 1999: 97). Wissenschaftler und kommunale Integrationsträger stimmen darin überein, dass die Bedingungen in Wohnheimen überwiegend ungünstig für die Integration von Zuwanderern sind.

In Strausberg und Garbsen ist der Verlass auf Übergangwohnheime seit Anfang der 1990er Jahre deutlich geringer geworden. In Garbsen wurde die Zahl der Wohnheime von vier auf eines reduziert. Das übrig gebliebene Wohnheim wird überwiegend von Asylbewerbern bzw. Kriegsflüchtlingen bewohnt; durchschnittlich wohnt nur eine russlanddeutsche Familie im Heim, und sie bleibt höchstens einen Monat.¹⁰ In Strausberg wird auf die Benutzung des Übergangwohnheims nach einer 1996 getroffenen Entscheidung des Landkreises völlig verzichtet. Zu diesem Zeitpunkt beschloss der Landkreis, das Aufnahmeverfahren umzustellen und, anstatt die Spätaussiedler zuerst in Übergangwohnheimen unterzubringen, sie nun vom Lager direkt in ihre eigenen Wohnungen zu verteilen. Die Leiterin des Sozialparks war am Anfang sehr skeptisch gegenüber der Entscheidung. Doch am Ende kam sie auch zu dem Entschluss, dass dieses neue Verfahren die Integration erleichterte.¹¹ In beiden Städten ist mittlerweile die umstrittene Nutzung des Übergangwohnheims und das damit verbundene Integrationsproblem Vergangenheit.

Wenn es um die langfristige Wohnsituation geht, gibt es in Garbsen und Strausberg bestimmte Stadtteile, in denen sich Spätaussiedler überproportional befinden. Diese Stadtteile gelten in der Öffentlichkeit als „Problemviertel“ und haben in der Tat höhere Arbeitslosenquoten, Kriminalitätsraten und Armut. Obwohl die „Ghettoisierung“ der Spätaussiedlerbevölkerung in Garbsen und Strausberg nicht das kritische Maß erreicht, das in großen Städten bzw. in manchen Vororten wie

¹⁰ Interview mit Frau Beyer, Leiterin des Wohnheims, Garbsen.

¹¹ Interview mit Frau Neukirch, Leiterin des Sozialparks M.O.L., Strausberg.

z.B. Belm zu beobachten ist, weist die Wohnsituation der Spätaussiedler in beiden Städten eine deutliche Segregation auf. Dennoch unterscheidet sich die Qualität dieser Segregation zwischen Garbsen und Strausberg erheblich.

In Garbsen wird der Stadtteil „Auf der Horst“ überproportional von Spätaussiedlern besiedelt. Diese Großsiedlung entstand in den 1950er Jahren durch ein großes Projekt, das den Wohnungsmangel in Hannover entspannen sollte. Geplant waren 4.000 Wohnungen für ca. 10.000 Personen. Diese Einwohnerzahl wurde jedoch nie erreicht und betrug 1999 7.852 Menschen. Obwohl die Entwickler sich eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur vorstellten, unterscheidet sich heute die demographische Struktur dieses Stadtteils wesentlich von der gesamten Bevölkerung Garbsens. Der Prozentsatz der Ausländer in Garbsen liegt im Allgemeinen bei 10 %, in „Auf der Horst“ bei 19,1 %. 32,9 % der Schüler in der Grundschule und 26,3 % der Schüler in der Hauptschule des Stadtteils sind Ausländer, und türkische Kinder sind die größte Gruppe darunter mit 66,7 %.

„Der hohe Ausländeranteil hat zu sozialen Spannungen im Wohngebiet geführt. Die Diskriminierung der Ausländer in der öffentlichen Meinung geht bis zum Verlassen der Hausgemeinschaft in Häusern, in denen Ausländer wohnen. Die Leerstände von Wohnungen finden sich verstärkt in solchen Gebäuden, in denen ausländische Familien wohnen ... Mittlerweile gilt der Stadtteil als sozialer Brennpunkt.“ (Scheuvs: 2001/2002)

Darüber hinaus weist dieser Stadtteil einen hohen Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auf. Nach einer im Jahre 1986 abgegebenen Einschätzung des Sozialamtes wohnen von 4.000 Sozialempfängern in Garbsen insgesamt etwa 1.700 im Stadtteil „Auf der Horst“. Die Zahl der „Auf der Horst“ wohnenden Spätaussiedler lässt sich nicht genau messen, aber „Kenner“ schätzen, dass Spätaussiedler die zweitgrößte Zuwanderungsgruppe nach den Türken ausmachen.

Diese räumliche Segregation von türkischen und russlanddeutschen Zuwanderungsgruppen führt zu einer besonderen interethnischen Situation, und es ist nicht selten, dass in diesem Stadtviertel wohnende Spätaussiedler ungefähr soviel türkische Wörter kennen wie deutsche Wörter.¹² Wegen dieser Wohnsituation entwickeln sich interethnische Spannungen, die nicht selten in Gewalt enden. Das Thema wird später noch ausführlicher behandelt.

Obwohl die Spätaussiedler in Strausberg ebenfalls überproportional in einem bestimmten Stadtviertel (Hegermühle) wohnen, verlief die Entwicklung anders als in Garbsen. Ungefähr 5 % der 3.580 Einwohner im Stadtviertel sind Spätaussiedler. Anders als in Garbsen „Auf der Horst“ wohnen die Spätaussiedler in Strausberger „Hegermühle“ zusammen mit sozial schwachen Einheimischen. Deshalb werden die Probleme im Stadtviertel nicht nur auf „Ausländer“ bezogen, sondern auf „Sozialhilfeempfänger“ und „Asoziale“ im Allgemeinen. Diese räumliche Wohnsituation erzeugt Spannungen zwischen Einheimischen und Spätaussiedlern.

„Einige wenige Personen aus der Gruppe der Spätaussiedler sind durch ihr rücksichtsloses und lautes Auftreten in der Lage, ganze Wohnblöcke im Plattenneubau gegen sich aufzubringen. Bei Beschwerden wird dann gegen sie entsprechend den rechtlichen Regelungen, ggf. auch durch Ingewahrsamnahme und Fertigung von Anzeigen vorgegangen.“¹³

¹² Interview mit dem Leiter eines Jugendclubs im Stadtviertel „Auf der Horst“, Garbsen.

¹³ Schriftliches Interview mit Herrn Wilde, Pressestelle Polizei, Strausberg.

Die interviewten Polizisten in Garbsen und Strausberg betonten jedoch, dass solche Schwierigkeiten bei den Spätaussiedlern nur von einer kleinen Gruppe chronischer „Stänkerer“ dauernd auftauchen.

Ein auffälliger Unterschied zwischen der Wohnsituation der Garbsener und Strausberger Spätaussiedler ist im Erwerb des Eigentums zu sehen. Obwohl hier keine statistische Fassung vorliegt, ergab sich durch die Interviews, dass mehr Spätaussiedler in Garbsen ihre eigenen Häuser bauen oder schon gebaut haben. Unter den interviewten Strausberger Spätaussiedlern gab es keine Person bzw. Familie, die Immobilien besaß, wohingegen vier der Garbsener Familien schon ein Grundstück gekauft hatten. Diese Familien wohnten jedoch alle mindestens seit acht Jahren in Garbsen und in allen Fällen waren sowohl der Mann als auch die Frau berufstätig. Alle Familien hatten Reihenhäuser erworben, und zwar meistens in der Nähe von anderen Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern. Unter den Strausberger Interviewten gab es nur zwei Personen, die mehr als sechs Jahre in Strausberg gewohnt hatten, und sie waren Einzelpersonen, die finanziell nicht in der Lage waren, ein Haus zu bauen. Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die Garbsener Aussiedler bzw. Spätaussiedler eine Marktnische auf dem privaten Immobilienmarkt in Garbsen gefunden haben, wohingegen die Strausberger Spätaussiedler nur im privaten bzw. sozialen Wohnungsmarkt aktiv sind.

3.2 Arbeitsmarkt

Die Wichtigkeit der beruflichen Eingliederung für den gesamten Integrationsprozess wird in vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen untersucht und Experten sind sich einig, dass der Zugang zur Arbeit einen der ausschlaggebenden Faktoren einer gelungenen Integration darstellt. Ohne Arbeit bleiben die meisten Zuwanderer psychisch belastet und sind gesellschaftlich isoliert. Arbeitslosigkeit kann auch zu einer höheren Kriminalitätsrate führen, besonders unter Jugendlichen. Vor der Wende hatten dennoch die meisten Aussiedler wenig Probleme, eine Arbeitsstelle zu finden. Der durchschnittliche Prozentsatz der Aussiedler, die zwei Jahre nach ihrer Zuwanderung arbeitslos waren, lag zwischen 1984 und 1990 bei 9 %; 1991-1995 stieg dieser Prozentsatz auf 28 % (Bundesministerium des Inneren).

Die beruflichen Bedingungen für Spätaussiedler sind im ganzen Bundesgebiet recht ungünstig. Die deutlich schlechtere Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern erschwert dennoch die berufliche Eingliederung aller dort wohnenden Personen und trifft Zuwanderer besonders hart. 2001 lag die Arbeitslosenquote im Gebiet der ehemaligen DDR bei 17,4 %, im Land Brandenburg bei 17,0 %, im selben Jahr in den alten Bundesländern Arbeitslosenquote 7,8 %, im Land Niedersachsen 9,6 %. Dieser Unterschied wird auch zwischen Garbsen und Strausberg wiedergespiegelt. Die Garbsener Arbeitslosenquote liegt zur Zeit bei 10,6 %, die Strausbergs bei 16,8 %. Beide Quoten sind jedoch niedriger als die Durchschnittsquote im umgebenden Landkreis, was auf den jeweiligen S-Bahn-Anschluss an die Großstädte Hannover und Berlin zurückzuführen ist.

Die relative Zahl der Spätaussiedler unter den Arbeitslosen in beiden Städten ist auch unterschiedlich. Obwohl die Arbeitslosenquote der Spätaussiedler nicht in der Statistik erfasst wird, liegt die Zahl der beim Arbeitsamt angemeldeten Spätaussiedler vor. Diese Datei kann dann mit der gesamten Spätaussiedlerbevölkerung in beiden Städten verglichen werden. Zur Zeit sind circa 60 arbeitslose Spätaussiedler bei der Geschäftsstelle Garbsen angemeldet; bei der Geschäftsstelle Strausberg ca. 140. Die Spätaussiedlerbevölkerung in Garbsen wird auf etwa 3000 Leute geschätzt, die in Strausberg auf nur 400. D.h. 2 % aller in Garbsen wohnenden Spätaussiedler sind als arbeitslos angemeldet; in Strausberg liegt dieser Prozentsatz bei 35 %. Allerdings entspricht diese Statistik nicht der wirklichen Arbeitslosenquote unter den Spätaussiedlern, da Personen, die jünger

als 16 und älter als 65 sind, in die Gesamtbevölkerung einbezogen sind. Dazu muss die Tatsache in Betracht gezogen werden, dass fünf Jahre nach ihrer Einreise Spätaussiedler nicht mehr gesondert in der Statistik zu erfassen sind. In Strausberg, wo die meisten Spätaussiedler in den letzten fünf Jahren eingewandert sind, spielt dies eine kleinere Rolle. In Garbsen jedoch, wo Aussiedler seit Jahrzehnten ansiedeln, kann diese Statistik täuschen, da wahrscheinlich viele Aussiedler, die seit mehr als fünf Jahren in Garbsen wohnen, ganz normal unter Deutschen als arbeitslos angemeldet sind.¹⁴

Trotz dieser statistischen Unklarheit weichen die vorhandenen Daten soweit voneinander ab, dass davon ausgegangen werden kann, dass die Arbeitslosenquote der Spätaussiedler in Strausberg deutlich höher liegt als die der Garbsener Spätaussiedler. Die Interviewergebnisse spiegelten dies wider. Unter den interviewten Garbsener Spätaussiedlern waren nur ein paar für eine längere Zeit arbeitslos. Zwar hatten viele einen beruflichen Lebenslauf mit zahlreichen befristeten Stellen, aber die meisten fanden immer wieder neue befristete Arbeitsplätze und eventuell einen festen Vertrag. Die überwiegende Mehrheit der interviewten Strausberger Aussiedler hatte hingegen entweder von Anfang an keine Arbeit oder wurde nach einem Praktikum oder einer Umschulung langzeitarbeitslos. Die einzige Gruppe unter den Strausberger Spätaussiedlern, die eine bessere berufliche Situation aufwies, waren Leute, die für einen längeren Zeitraum (fünf Jahre oder mehr) in Strausberg wohnten. Im Allgemeinen aber wurde durch die Interviews sehr deutlich, dass die beruflichen Perspektiven für Spätaussiedler in Strausberg deutlich schlechter sind als für die in Garbsen.

Dieser Unterschied liegt unter anderem an der unterschiedlichen Struktur des Garbsener und Strausberger Arbeitsmarktes. In Garbsen befinden sich circa 50 % der Arbeitsplätze in Dienstleistung und Handel und eignen sich besser für Spätaussiedler. Dazu gibt es im umgebenden Landkreis viel Industrie, wo Spätaussiedler relativ leicht und ohne eine langjährige Umschulung Arbeit finden können. In Strausberg dagegen sind die größten Arbeitgeber die Bundeswehr sowie andere Behörden. Das hängt mit der historischen Funktion Strausbergs als einem der größten Armeestützpunkte der DDR zusammen. Heute wird der Arbeitsmarkt Strausbergs deswegen immer noch von sogenannten white-collar-Arbeitsplätzen dominiert; Industrie und blue-collar-Arbeitsplätze spielen eine sehr untergeordnete Rolle. Für die meisten Spätaussiedler, die wenig Deutsch sprechen und in Deutschland nicht anerkannte Ausbildungen besitzen, bietet der Strausberger Arbeitsmarkt deswegen wenig Perspektiven. Zudem müssen Spätaussiedler in Strausberg, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, mindestens eine Stunde fahren, um das Zentrum von Berlin zu erreichen. Das hat zur Folge, dass viele Strausberger Spätaussiedler den Berliner Arbeitsmarkt als eine mögliche Arbeitsquelle ausschließen. Dahingegen fällt es den Garbsener Spätaussiedlern leichter, Stellen in Hannover anzunehmen, da Hannover mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb 30 Minuten zu erreichen ist. In der Tat nutzte die Mehrheit der interviewten Garbsener Spätaussiedler die Verbindung nach Hannover, um zu ihrer Arbeitsstelle zu kommen.

Die höhere Arbeitslosigkeit unter den Strausberger Spätaussiedlern hat eine erhebliche Bedeutung für die Integration, und zwar nicht nur, weil die wichtige Integration am Arbeitsort fast völlig fehlt (dieses Thema wird von Wissenschaftlern schon gründlich behandelt), sondern auch, weil die schlechte wirtschaftliche Lage Strausbergs dazu führt, dass viele Spätaussiedler Strausberg als temporären Wohnort betrachten, und deswegen noch weniger Anreiz haben, sich in die Strausberger Gesellschaft einzuleben.

¹⁴ Der Leiter der Geschäftsstelle des Arbeitsamts in Strausberg schätzt die Arbeitslosenquote unter Spätaussiedlern bei ca. 80 % ein. Der Leiter des Garbsener Arbeitsamtes nahm hier keine Stellung.

Frage: „Und warum wolltest Du nicht in Steinke [in Sachsen-Anhalt] bleiben?“

Olga (Spätaussiedlerin in Garbsen): „Ich habe keine Arbeit gefunden, und mein Mann nur für ein Jahr. Und bei uns im Heim war es für viele so ... auch für viele, die früher gekommen sind. Keiner hatte Arbeit.“¹⁵

Dieses Phänomen hängt auch mit den Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes zusammen und wird im nächsten Abschnitt tiefer analysiert. Im Allgemeinen lässt sich leicht feststellen, dass für Spätaussiedler in Garbsen und Strausberg die strukturellen Bedingungen des jeweiligen Arbeitsmarktes ungünstig sind. Die Lage des Strausberger Arbeitsmarktes ist jedoch deutlich schlechter und die gesamte Integration der Spätaussiedler dadurch noch mehr gefährdet. Diese Situation lässt sich auch für ganz Deutschland verallgemeinern, wobei die Konjunktur in den neuen Bundesländern flächendeckend schlechter ist als in den alten Bundesländern.

3.3 Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes

Als die Aussiedlermigration im Jahre 1989 plötzlich und drastisch zunahm, verabschiedete die Bundesregierung das „Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler“. Ziel des Gesetzes war, die Ansiedlung der Aussiedler bzw. Asylbewerber ausgewogener zwischen den Bundesländern zu verteilen. 1976-1992 waren russlanddeutsche Aussiedler überproportional in die Länder Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gesiedelt (Dietz 1995: 163). Durch den neuen Verteilungsschlüssel wurden die Zuwanderer proportional auf das Bundesgebiet verteilt. Unter der heutigen Verteilung hat Niedersachsen 9,2 % und Brandenburg 3,5 % der zuziehenden Spätaussiedler aufzunehmen.¹⁶ Für das Jahr 2001 entsprach das für Niedersachsen 8.646 Spätaussiedlern, für Brandenburg 3.655. Auf der Landesebene haben die Landesregierungen das Sagen bzgl. der Weiterverteilung dieser Zuwanderer in die Kommunen. Bei der Wiedervereinigung Deutschlands wurden die neuen Bundesländer gegen viele Warnungen sofort in den Verteilungsschlüssel einbezogen.

Dies verursachte nicht nur praktische Probleme für die Kommunen der neuen Bundesländer (wie unter dem Punkt „Bürokratische Kompetenz“ zu lesen war), sondern resultiert in einer negativen Einstellung der Zuwanderer gegenüber ihrer eigenen Situation, da der Umzug in die ehemalige DDR im normalen Fall widerwillig stattfindet. Spätaussiedler assoziieren die neuen Bundesländer mit der ehemaligen DDR und dem Ostblock und schließen daraus, dass das Leben in Ostdeutschland weitgehend schlimmer ist als in Westdeutschland. Westdeutschland wird oft dagegen als ein „Märchenland“ angesehen. Es ist den Spätaussiedlern auch bekannt, dass die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern ihnen wenig Perspektiven bietet. Zudem haben die meisten Spätaussiedler familiäre Verbindungen in Westdeutschland und gehen vor der Migration davon aus, dass sie zu diesen Bekannten bzw. Verwandten ziehen werden. Bei einer 1990 durchgeführten Befragung hatten 79 % der Interviewten Verwandte in der BRD, und 86 % der Befragten wussten schon bei der Einreise, in welchem Bundesland sie sich niederlassen wollten (Dietz 1995: 162). „Diese Einschränkung der Freizügigkeit hat für die Aussiedler zur Folge, dass sie sich oft jahrelang nicht in der Nähe ihres für sie im Regelfall sehr wichtigen Familienverbandes niederlassen können.“ (Tröster 2003: 31) Aus diesen Gründen ist die Zuweisung in die neuen Bundesländer für die

¹⁵ Interview mit Olga, Spätaussiedlerin in Garbsen, die früher in den neuen Bundesländern wohnte.

¹⁶ Bundesvertriebenengesetz §8 Abs. 3.

meisten Betroffenen eine böse Überraschung. Daraus resultiert oft, dass die Spätaussiedler vom Anfang an eine ablehnende Haltung gegenüber der Aufnahmegesellschaft haben.

Im zugewiesenen Ort müssen die Spätaussiedler mindestens zwei Jahre bleiben, es sei denn, sie lehnen alle Ansprüche auf staatliche Leistungen ab (z.B. Sozialhilfe, Maßnahmen vom Arbeitsamt, usw.). In diesem Zusammenhang betrachtet die Mehrheit der in die neuen Bundesländer zugewiesenen Spätaussiedler den zugeteilten Ort als temporären Wohnort. Auch wenn sie für die zwei Jahre dort bleiben, haben die meisten von Anfang an die Absicht, nach der Zeitbindung zu Bekannten bzw. Verwandten in den Westen umzuziehen. Auch Strausberg bleibt dieses Problem nicht erspart. Es wird geschätzt, dass ungefähr ein Drittel der in Strausberg wohnenden Spätaussiedler in die neuen Bundesländer umziehen, und zwar bevor die zweijährige Zeitbindung abläuft.¹⁷ Nach den zwei Jahren sind sie nicht mehr verpflichtet zu bleiben, und es erfolgt dann ein weiterer Wegzug.

Dieser ständige Abfluss von wegziehenden Spätaussiedlern erschwert die Integration in Strausberg beträchtlich. Viele Spätaussiedler sind nicht lang genug da, um sich wirklich integrieren zu lassen.

Lidya (Spätaussiedlerin in Garbsen): „Und dort [in Sangerhausen in Sachsen-Anhalt], wo ich war – alle von uns, fast alle, waren so kurzfristig ... Sie hatten immer die Gedanken: los, los, weg nach Westen!“

Frage: „Also ihr habt euch nicht wirklich eingelebt.“

Lidya: „Nein. Vom ersten Tag habe auch ich den gleichen Gedanken gehabt – los, wegziehen. Und deshalb habe ich nicht versucht, mich einzuleben.“¹⁸

Von frustrierten Mitarbeitern, die mit jugendlichen Spätaussiedlern arbeiten, hört man oft die Beschwerden, dass viele Familien wegziehen, gerade wenn sich die Zusammenarbeit verbessert und die Jugendlichen Freundschaften in den Schulen aufbauen – also nach ca. zwei Jahren. Die Strausberger Integrationsträger haben keine stabile Gruppe, mit der sie einen längeren Zeitraum arbeiten können. Zudem zeigen die meisten Spätaussiedler für von Integrationsträgern angebotene Programme wenig Interesse, weil sie Strausberg als eine Übergangsstadt wahrnehmen und daher keinen Anreiz zum Teilnehmen an solchen Projekten sehen. Für viele teilt sich das Leben in den neuen Bundesländern zwischen Sprachkurs, Sozialamt und Wohnung, wo sie mit anderen Spätaussiedlern wohnen. Sogar die ersten Ansätze zur Arbeitsuche, zum Aufbau eines Freundeskreises und zur langfristigen Einrichtung der Wohnung werden in vielen Fällen nicht unternommen, da die Spätaussiedler keinen Sinn darin sehen, wenn sie sowieso in zwei Jahren wieder umziehen werden.

Für Garbsen sieht das ganz anders aus. Die Mehrheit der Spätaussiedler, die durch den Verteilungsschlüssel in der Stadt landen, haben schon Verwandte in der Nähe und werden gerade deshalb nach Garbsen geschickt. Diese Personen sind mit ihrem Wohnort zufrieden. Spätaussiedler, die nicht durch den Verteilungsschlüssel nach Garbsen kommen, ziehen aus eigener Initiative entweder wegen familiärer Verbindungen oder wegen Arbeitsangeboten dorthin, d.h. der Umzug geschieht freiwillig. Diese Spätaussiedler beabsichtigen keinen Wegzug und richten sich auf einen langfristigen bzw. sogar lebenslangen Aufenthalt in Garbsen ein. Im Gegensatz zu der Situation für viele Spätaussiedler in Strausberg entsteht in Garbsen zumindest die Möglichkeit, die Integration im zeitlichen Sinne zu vollziehen. Zudem hat die Stadt Garbsen bessere Grundbedingungen zur Förde-

¹⁷ Interview mit Herrn Brinksmeier, Leiter des Schul-, Kultur- und Sportamts, Strausberg.

¹⁸ Interview mit Lidya, Spätaussiedlerin in Garbsen, die früher in den neuen Bundesländern wohnte.

rung der Integration, weil sie Zugriff auf eine relativ stabile Gruppe von Spätaussiedlern hat. Leider entwickelt sich in Garbsen eine deutliche Abgrenzung der Spätaussiedlerbevölkerung, aber im Gegensatz zu den Bedingungen in Strausberg existiert in Garbsen zumindest die Grundvoraussetzung einer gelungenen Integration, nämlich Zeit.

4. Integration und soziodemographische Bedingungen

Die demographische Beschaffenheit eines Ortes übt erheblichen Einfluss auf menschliche Interaktionen sowie auf das Zusammenleben von Bürgern vor Ort aus und ist daher von Integrationsprozessen zwischen der hiesigen Bevölkerung und Zuwanderungsgruppen nicht zu trennen. Zu den demographischen Faktoren gehören die Alters- und Geschlechtsstruktur, aber auch die soziodemographische Zusammensetzung verschiedener Nationalitäten bzw. ethnischer Gruppen. In dieser Studie ist der zweite Ansatz besonders wichtig, da er sich zwischen den alten und neuen Bundesländern sehr unterscheidet und sich zudem eine deutliche Rolle in der Integration von Spätaussiedlern zuschreiben lässt. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang die Aussiedler- bzw.- Spätaussiedlerbevölkerung, die ausländische Bevölkerung und die Präsenz der Rechtsradikalen in beiden Teilen Deutschlands untersucht.

4.1 (Spät-)Aussiedlerbevölkerung

Die Migrationsforschung setzte sich schon seit mehreren Jahren mit der Bedeutung von Migrantennetzwerken auseinander. „It is now widely accepted that networks based on kin, friendship, and community ties link sending and receiving communities and provide a coherent structure for populations of migrants.“ (Gurak/Caces 1992: 150) Auch für Spätaussiedler in Deutschland haben familiäre Verbindungen einen sehr hohen Stellenwert und sind sehr wichtig bei der Ansiedlung in Deutschland.

„Insbesondere in den ersten Jahren nach der Ausreise spielen der Familienverband und Beziehungen zu weiteren Aussiedlern vor Ort eine wichtige Rolle. Da Sprach-, Verhaltens- und Mentalitätsunterschiede den Umgang mit Einheimischen erschweren, sichern innerethnische Kontakte die soziale lebensweltliche Kontinuität der Zuwanderer.“ (Tröster 2001: 60)

In diesem Sinne dienen familiäre Verbindungen zum Stressabbau und zur psychischen Entlastung während des gewaltigen Ansiedlungsprozesses. Aber nicht nur psychisch, sondern auch praktisch erleichtern solche Kontakte die kurzfristige Eingliederung, da Bekannte bzw. Verwandte bei den Behörden und bei dem Zurechtkommen mit dem Alltagsleben helfen. Zudem vermitteln informelle Migrantennetze häufig Information über freie Wohnungen bzw. Arbeitsplätze.

Obwohl die neuen Bundesländer unmittelbar nach der Wiedervereinigung in den Verteilungsschlüssel einbezogen wurden, entstand die Verbindung zwischen der Zuweisung und dem Anspruch auf Sozialleistungen zuerst im Jahre 1996 mit der Verabschiedung des Wohnortzuweisungsgesetzes, das die Zeitbindung von zwei Jahren festlegte.¹⁹ Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes hatte der Staat keine Maßnahmen zum „Bestrafen“ derjenigen Spätaussiedler, die nicht in dem zugewiesenen Ort blieben. In der Wirklichkeit nahmen die neuen Bundesländer deshalb erst

¹⁹ Wohnortzuweisungsgesetz, Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler, 1996, §3a Abs. 2.

ab 1996 Spätaussiedler in größeren Zahlen auf. Die relativ kurze Zeit, in der die neuen Bundesländer Spätaussiedler empfangen, hat zur Folge, dass sowohl die Zahl als auch die Vielfalt der dort ansässigen Spätaussiedlerbevölkerung durchweg kleiner ist als in den alten Bundesländern.

In Garbsen und Strausberg sind diese Unterschiede auch zu sehen. Die Statistiken beruhen allerdings auf Einschätzungen von Gesprächspartnern, die mit Spätaussiedlerangelegenheiten in den Städten vertraut sind. Eine genauere Erfassung war wegen der schon erwähnten Probleme mit den Statistiken für Spätaussiedler unmöglich. Diesen Einschätzungen nach wohnen zur Zeit in Strausberg ca. 400 Spätaussiedler – also ca. 1,5 % der Strausberger Bevölkerung. In Garbsen wohnen zur Zeit etwa 3000 Aussiedler bzw. Spätaussiedler, was ca. 5 % der Bevölkerung ausmacht. Hier wird deutlich, dass die in Garbsen lebenden Spätaussiedler eine viel größere Gesellschaft ausbilden als die in Strausberg. Aber nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität dieser Gesellschaft unterscheidet sich in den beiden Städten. Da Garbsen seit etwa 50 Jahren Aussiedlermigration erlebt, sind Aussiedler aus Polen und Rumänien genau so vertreten wie Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Strausberg ist nur mit dem Phänomen der Spätaussiedlermigration vertraut, und Einwanderer aus Polen und Rumänien sind eine Seltenheit.

Die Garbsener Interviewten bestätigten die Wichtigkeit der Netzwerke für die Anfangsphase der Eingliederung. Die meisten zuziehenden Garbsener Russlanddeutschen haben innerhalb der Aussiedlergesellschaft zahlreiche Bekannte und auch öfter enge Verwandte, die seit Jahren in Deutschland leben und sich mit den formellen Prozessen gut auskennen. Diese Leute helfen den neuen Spätaussiedlern, die Formulare auszufüllen, bei den Behörden kommunizieren zu können und Arbeitsplätze und Wohnungen zu finden. Diese erfahrenen Spätaussiedler beschleunigen die kurzfristige Eingliederung und entlasten die Neuankömmlinge erheblich. Sie funktionieren als eine Art individueller Berater. Besonders für die Familien, die von den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer umzogen, spielten familiäre Verbindungen eine äußerst wichtige Rolle. Mittlerweile sind diese Familie selbst „Berater“ für Spätaussiedler, die in die alten Bundesländer umziehen wollen. Die Experten in Garbsen wissen auch die Unterstützung des Familien- bzw. Bekanntenkreises bei der kurzfristigen Eingliederung neuer Zuwanderer zu schätzen.

In Strausberg haben die zuziehenden Spätaussiedler oft keine familiären Verbindungen in der Nähe. Zwar gibt es in Strausberg viele Hilfsnetzwerke, aber diese Einrichtungen haben nicht das Personal, jeden neuen Zuwanderer eingehend zu betreuen. Die Beratungsstellen, Hilfsgruppen und sonstigen Einrichtungen können aus zeitlichen und emotionellen Gründen die Funktion der familiären Unterstützung nicht ersetzen. Wegen des Wegzugs vieler Spätaussiedler aus den neuen Bundesländern gibt es auch nur wenige Erfahrene, an die sich neue Zuwanderer wegen Hilfe und Unterstützung wenden können.

Frage: „In Sangerhausen [in Sachsen-Anhalt] hattest Du Hilfe von anderen Spätaussiedlern?“

Lidya: „Große Hilfe konnte ich nicht kriegen, weil diese Leute waren selbst ein bisschen verloren. Es gab ganz wenige Spätaussiedler, die uns helfen konnten. Hier in Garbsen haben wir viel mehr Hilfe gekriegt, weil hier wohnen schon Leute, die ihr Leben schon geregelt haben.“²⁰

Aus diesen Gründen ist die Ansiedlung für Spätaussiedler in Strausberg mit viel mehr Stress verbunden als für die meisten Garbsener Spätaussiedler.

²⁰ Interview mit Lidya, eine Spätaussiedlerin in Garbsen, die früher in den neuen Bundesländern wohnte.

Durch die Interviews wurde deutlich, dass für das initiale Einleben in Deutschland die familiären Verbindungen ohne Zweifel eine entlastende, beruhigende und beschleunigende Funktion haben. Die kurzfristige Eingliederung der Strausberger Spätaussiedler wird durch das Fehlen solcher Netzwerke stark beeinträchtigt und die negative Einstellung der Zuwanderer gegenüber ihrer Situation durch Stress und psychischen Druck noch erhöht. In Garbsen bietet die große Aussiedlergesellschaft eine immense Hilfe für Neuankömmlinge an.

Aber wenn es um die mittel- bzw. langfristige Integration geht, können Bekanntschaften und Verwandtschaften eine eher dämpfende, verhindernde Wirkung ausüben.

„Die starke familiäre Bindung hat jedoch ... zwiespältige Auswirkungen. Einerseits stellt die Familie bei der Alltagsbewältigung nach der Migration – vor allem auch im psychischen Bereich – eine wichtige Stütze dar; andererseits kann die familiäre Einbindung den Einzelnen in der Ausbildungssituation, beim Eintritt ins Berufsleben oder bei der sozialen Orientierung daran hindern, sich den individuellen Möglichkeiten entsprechend zu entfalten.“ (Dietz 1995: 159)

Die familiären Verbindungen können dazu führen, dass Spätaussiedler sich in ihre Familie bzw. ihren Freundeskreis zurückziehen und sich von der bundesdeutschen Gesellschaft isolieren. Seit dem Ende der 1980er Jahre ist ein Trend zu einer stärkeren Orientierung an der Mitwanderergesellschaft zu beobachten. Um diesen Trend zu bezeichnen ziehen nun manche Wissenschaftler dem Begriff „Ghettoisierung“ den früheren Begriff „Isolation“ vor (Münz/Ohliger 1998: 24).

Nicht nur räumlich sondern auch persönlich können familiäre Verbindungen die Isolation von Spätaussiedlern bewirken. Studien bestätigen, dass viele Spätaussiedler einen rein russlanddeutschen Freundeskreis haben und nur wenige Kontakte zu Einheimischen suchen. Eine Studie vom Jahre 1990 (also am Anfang der steigenden oben erwähnten Ghettoisierungstendenzen) zeigt, dass 54 % der Russlanddeutschen hauptsächlich Kontakt mit anderen Deutschen aus der Sowjetunion hatten. 21,9 % der Befragten sagten, dass sie engeren Kontakt zu Einheimischen hatten und der Rest pflegte einen gleichstarken Kontakt (Dietz 1995: 170). Hier ist es wichtig anzumerken, dass die Befragten Aussiedler zur Zeit der Befragung seit mehreren Jahren in Deutschland gewohnt hatten. Es lässt sich vermuten, dass eine ähnliche Befragung unter den heutigen Spätaussiedlern noch stärkere Abkapselungstendenzen aufweisen würde. Durch diese Statistiken sieht man die Gefahr der größeren russlanddeutschen Netzwerke, nämlich, dass sie die Kontakte zu Einheimischen und dadurch die langfristige Integration der Aussiedler bzw. Spätaussiedler passiv verhindern können.

Diese Tendenz wurde durch die Interviewten in Garbsen auch vermittelt. Viele Garbsener Spätaussiedler haben mehr als 20 Verwandte in der Nähe, und sie verbringen ihre Freizeit fast ausschließlich mit der Familie. Aber nicht nur die familiären Verbindungen, sondern auch die Größe der Spätaussiedlerbevölkerung spielt in Garbsen eine die Integration beeinträchtigende Rolle. Weil so viele Aussiedler bzw. Spätaussiedler in Garbsen wohnen, sind sowohl Erwachsene als auch Jugendliche nicht unbedingt darauf angewiesen, Kontakte außerhalb ihrer eigenen Gesellschaft zu suchen. Auch Jugendliche, die seit mehreren Jahren in Garbsen wohnen und die deutsche Sprache gut beherrschen, tendieren zu Freundschaften mit anderen „Russen“ (wie sie sich selbst nennen). In den neuen Bundesländern, wo die Zahl der Spätaussiedler in den meisten Kommunen und Städten relativ klein ist, ist das nicht der Fall.

Frage: „Und würdest Du sagen, dass Du hier in Garbsen mehr deutsche Freunde hast oder mehr russische?“

Andrej: „Fast nur Russen eigentlich. Aber in Magdeburg hatte ich viele deutsche Freunde.“

Frage: „Und warum hat sich das geändert?“

Andrej: „Naja, hier wohnen halt mehr Russen. Ich kann mit ihnen besser reden, es ist alles einfacher. Dort in Magdeburg waren aber nicht so viel.“²¹

In Strausberg ist in den Schulen auch nicht die Konzentration der Spätaussiedler zu finden, die in manchen westdeutschen Orten vorhanden ist.

Trotzdem wird auch die Situation in Strausberg durch eine deutliche Abgrenzung der Spätaussiedlerbevölkerung bezeichnet. Diese Situation muss aber im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes betrachtet werden. Die Strausberger Spätaussiedler, die konzentriert in dem Gebiet Hegermühle wohnen und nur untereinander Kontakte haben, ziehen im normalen Fall innerhalb von drei Jahren weg. D.h. die Ghettoisierung in Strausberg besteht nicht aus einer in sich stabilen „Gemeinde“, sondern aus einer sich ständig verändernden Gruppe. Für Russlanddeutsche, die in Strausberg bleiben, bietet diese Gesellschaft keine stabilisierende, zukunftsorientierte Perspektive und diese Spätaussiedler sind darauf angewiesen, Kontakte außerhalb dieser chaotischen Gruppe zu suchen. Sowohl die Interviewergebnisse als auch Beobachtungen bestätigen dieses Phänomen. Obwohl es sehr schwer war, überhaupt Spätaussiedler zu finden, die länger als fünf Jahre in Strausberg wohnen, wiesen diese paar Fälle einen höheren Integrationsgrad auf, sowohl als die anderen Strausberger Spätaussiedler als auch die meisten Garbsener Interviewten.

4.2 Andere Zuwanderungsgruppen

Wegen der unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen mit Migration, die im ersten Teil dieser Arbeit näher beschrieben wurden, weisen die alten und neuen Bundesländer unterschiedliche demographische Zusammensetzungen von Zuwanderungsgruppen auf. In den alten Bundesländern wohnten 2002 etwa 6,59 Millionen Ausländer; das entspricht einem Prozentsatz unter der gesamten Bevölkerung von etwa 10 %. Im selben Jahr wohnten ca. 315.000 Ausländer in den neuen Bundesländern, was 2,26 % der gesamten Bevölkerung in diesen Ländern ausmacht. 66.765 Ausländer sind im Land Brandenburg registriert (2,6 % der Brandenburger Bevölkerung), 538.051 im Land Niedersachsen (6,7 % der niedersächsischen Bevölkerung).

Die Statistiken für Garbsen und Strausberg ähneln diesen Zahlen, allerdings liegt der ausländische Anteil in Garbsen mit ca. 10 % der Bevölkerung höher als in ganz Niedersachsen, wohingegen die ausländische Bevölkerung in Strausberg mit ca. 1,8 % etwas niedriger ist als im Land Brandenburg. Im Garbsener Melderegister sind 109 Nationen vertreten, und türkische Staatsbürger machen die Hauptzuwanderungsgruppe aus. In Strausberg stellt die Russische Föderation die größte ausländische Gruppe mit einem Anteil unter den Ausländern von ca. 15 %. D.h. in Strausberg dominieren Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (Spätaussiedler und russische Ausländer) die Zuwanderungsszene. In Garbsen überwiegt die türkische Bevölkerung, danach die Spätaussiedler. Das hat wichtige Auswirkungen bei der Integration.

Zuerst muss dieser Unterschied im Zusammenhang mit möglichen Konkurrenzen bei der Benutzung bzw. Verteilung öffentlicher Einrichtungen betrachtet werden. Da Spätaussiedler die Zuwan-

²¹ Interview mit Andrej, 16-jährige Aussiedler in Garbsen, die früher in den neuen Bundesländern wohnte.

derungslandschaft in Strausberg fast dominieren, kann sich die Stadt fast ausschließlich auf Spätaussiedlerangelegenheiten fokussieren. Zwar gibt es auch Zusammenarbeit mit Asylbewerbern, aber ihr Anteil an der Bevölkerung ist so gering, dass sie eine relativ kleine finanzielle und soziale „Belastung“ darstellen. D.h. die Ämter, Behörden, Arbeitskreise, Polizei und sonstige Einrichtungen können es sich leisten, Geld, Energie und Manpower fast ausschließlich für die Spätaussiedler unter den Zuwanderern der Stadt einzusetzen. In Garbsen ist das in keiner Weise der Fall. In Garbsen sind Spätaussiedler nur eine Gruppe von vielen, die die städtischen und auch nicht-städtischen Träger beschäftigen. In den letzten Jahren ist auch eine deutliche Verlagerung der Integrationsarbeit zu beobachten:

Herr Sokoll, Leiter des Garbsener Arbeitsamts: „Sie [Spätaussiedler] spielen beim Arbeitsamt nicht mehr die Rolle, weil die Hauptprobleme bei den ausländischen Arbeitslosen liegen. Das hängt auch mit der ganzen Zuzugsthematik zusammen – dass wir sehr viele Kontingentsflüchtlinge im Moment bekommen.“²²

Aber nicht nur bei den Behörden, sondern auch in der Gesellschaft müssen Spätaussiedler in Garbsen die Stadt mit anderen Zuwanderungsgruppen teilen. Durch Interviews in Jugendclubs und städtischen Einrichtungen lässt sich leicht feststellen, dass im Vergleich zu türkischen Jugendlichen nur wenige jugendliche Spätaussiedler die zahlreichen Angebote von solchen Organisationen wahrnehmen.

Frage: „Bekommen Sie hier auch jugendliche Spätaussiedler?“

Leiter: „Eher im Kinderbereich. Bei den Älteren ist das eine sehr geringe Prozentzahl. Also, 95 % unserer Jugendlichen sind männliche, türkische Jugendliche.“

Frage: „Warum ist das so gering?“

Leiter: „Weil die Gruppen untereinander sich nicht so gut mischen.“²³

Im Grunde genommen fühlen sich die Spätaussiedler von der bei öffentlichen Veranstaltungen zahlenmäßig größeren türkischen Bevölkerung bedrängt. Türkische Jugendliche besuchen seit Jahrzehnten diese Einrichtungen und beanspruchen dadurch die öffentlichen Räume als „ihre“. In Strausberg lassen sich die Spätaussiedler von solchen Veranstaltungen nicht einschüchtern, da sie zahlenmäßig alle anderen möglichen Nutzer dominieren und auch eine der ersten Zuwanderungsgruppen waren, die sich im größeren Umfang in Strausberg ansiedelte und solche Angebote wahrnahm.

In Garbsen wird die Integrationsarbeit auch durch Konflikte zwischen Türken und Spätaussiedlern, die sich vor zwei Jahren in mehreren gewalttätigen Schlägereien entluden, verhindert. Involviert waren männliche Jugendliche zwischen ca. 17 und 25 Jahren. Der spezifische Auslöser dieser Konflikte ist nicht bekannt, aber die Polizeibehörde, die sich mit dem Problem auseinandersetzte, führte Gespräche mit den Involvierten und kam zu dem Ergebnis, dass die Spätaussiedler wütend wurden, als die Türken sie mit solchen Sprüchen hänselten wie: „Ihr denkt, ihr seid Deutsche und ihr könnt gar kein Deutsch! Wahrscheinlich versteht ihr mich sogar jetzt nicht.“ Und „Geh‘ zurück nach Russland, ihr seid ja keine Deutschen!“

Dagegen gaben manche Türken zu, dass sie neidisch auf den offensichtlich bevorzugten Status der Spätaussiedler waren. Der Meinung der Polizei nach bilden solche Spannungen die tiefere

²² Interview mit Herrn Sokoll, Leiter des Arbeitsamts, Garbsen.

²³ Interview mit Leiter des Freizeitentrums Planeten, Garbsen.

Basis für Konflikte zwischen Türken und Spätaussiedlern.²⁴ Um dieses Problem zu lösen, organisierte die Stadt einen Präventionsrat, der solche Programme wie Mitternachtssport veranstaltet. Leider nehmen die Spätaussiedler an solchen Programmen nicht teil. Diese Konflikte wurden natürlich in der Presse veröffentlicht, und der schon als negativ zu betrachtende öffentliche Eindruck von Ausländern bzw. Spätaussiedlern wurde deutlich schlechter. Dies beeinträchtigt die Integration.

Da die ausländische Bevölkerung in Strausberg im Vergleich zu der Spätaussiedlerbevölkerung so klein ist, kommen solche interethnischen Spannungen gar nicht vor. Somit ist dieser Integrationsfaktor als ein westdeutsches Phänomen zu betrachten.

4.3 Rechtsradikalismus

In den 1990er Jahren wurde viel von der Zunahme rechtsradikaler Aktivitäten berichtet. Die Statistiken zeigen, dass die Zahl der Mitglieder in rechtsextremen politischen Parteien abgenommen hat, die Zahl der gewalttätigen Rechtsextremisten aber angestiegen ist; während die gesamte Zahl der rassistisch motivierten Verbrechen nachlässt, nimmt die Zahl der gewaltsamen Angriffe zu (Karmon 2000). In der Presse und in der Öffentlichkeit wird dieser Trend den neuen Bundesländern zugeschrieben. Allerdings wäre es falsch, daraus die Aussage zu ziehen, dass rechtsradikale Gewalt gegen Zuwanderer nur ein ostdeutsches Phänomen ist.

Dennoch lässt sich feststellen, dass rechtsradikale Aktivitäten eine größere Rolle im Integrationsprozess in den neuen Bundesländern spielen. In Garbsen tauchte das Thema Rechtsradikale bei den Interviews und bei der Forschung gar nicht auf, wohingegen in Strausberg rechtsradikale Aktivitäten ein großes Problem darstellen und Spätaussiedler immer wieder in Konflikt mit Rechtsradikalen geraten. Ursprünglicher Auslöser dieser Konflikte war ein Baseball-Spiel zwischen Einheimischen und russlanddeutschen Jugendlichen. Nachdem sich die Einheimischen nicht an die vereinbarten Regeln hielten, wurde eine Schlägerei für die nächste Woche verabredet. In dieser Woche nahmen die Einheimischen Kontakte mit Rechtsradikalen auf, die dann ihre ebenso rechtsradikalen Freunde aus dem Umkreis Strausbergs rekrutierten. Die Spätaussiedler sammelten auch ihre Freunde zusammen, und am Ende kamen 40 Jugendliche zu der verabredeten Schlägerei. Die Stadt reagierte darauf und stellte zwei Mitarbeiter ein, um das Problem bei den Jugendclubs und Vereinen zu bearbeiten. Ein Jugendclub für jugendliche Spätaussiedler wurde gegründet, der in den nächsten Monaten von Rechtsradikalen dreimal angegriffen wurde. Genau wie die Konflikte zwischen Türken und Spätaussiedlern in Garbsen wurden diese Fälle zwischen Rechtsradikalen und Spätaussiedlern in der Strausberger Presse ausführlich behandelt. Aber im Gegensatz zu den Schlägereien in Garbsen lösten die Angriffe der Rechtsradikalen auf die Spätaussiedler in Strausberg eher Sympathie als Sorge in der Öffentlichkeit aus. Während in Garbsen die Konflikte zwischen Türken und Spätaussiedlern migrantenfeindliche Meinungen unter der hiesigen Bevölkerung verstärkten, wurden die Spätaussiedler in Strausberg wegen der Angriffe von Rechtsradikalen als unschuldige Opfer gesehen, die die Hilfe, Unterstützung und gar Sicherung der hiesigen Bevölkerung brauchten. Ein Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit wurde von Bürgern gegründet, und die allgemeine Meinung gab den Rechtsradikalen die Schuld.

Obwohl glücklicherweise das öffentliche Bild der Spätaussiedler dadurch nicht stark beschädigt wurde, erreichen leider die Rechtsradikalen oft ihr Ziel – die Spätaussiedler abzuschrecken. Eine

²⁴ Interview mit Polizist, Garbsen.

Spätaussiedlerin, die aus den neuen Bundesländern nach Garbsen vor der zweijährigen Frist umgezogen ist, nannte die Präsenz der Neonazis als einen Grund für die Umsiedlung.

Frage: „Warum bist Du von Magdeburg umgezogen?“

Spätaussiedlerin: „Ja, das ist eine Stadt, wo sind viele dieser Rechtsradikale. Unsere Freunde hatten manchmal Probleme. Und unsere Tochter war klein. Und es waren keine türkische Familie dort. Das war für uns unangenehm.“²⁵

Zu der Gültigkeit dieser Aussage für ganz Deutschland wird hier keine Stellung genommen, da das Thema einer umfassenderen Untersuchung bedarf. Allerdings kann bei diesem Vergleich gesagt werden, dass rechtsradikale Aktivitäten und ihre Rolle im Integrationsprozess von Spätaussiedlern sich nur in Strausberg beobachten lassen.

5. Fazit

„Wie wirken sich die relevanten unterschiedlichen Bedingungen in den alten und neuen Bundesländern auf die Integration von Spätaussiedlern aus?“ Das war die Frage dieser Studie. Die Antwort ist nicht so eindeutig. Die Forschungs- und Interviewergebnisse zeigen deutlich, dass die Integration von Spätaussiedlern in Garbsen *und* in Strausberg ein Problem darstellt. Die allgemeinen Bedingungen dieser Probleme ähneln sich in beiden Städten – fehlende Sprachkenntnisse und Arbeitsplätze; teilweise Verweigerung der Spätaussiedler, sich zu integrieren; mangelnde öffentliche Toleranz; finanzielle Überbelastung der kommunalen Kassen. Aber über diese grundlegenden Ähnlichkeiten hinaus unterscheiden sich die Rahmenbedingungen der Integration in Garbsen und Strausberg in mehreren Aspekten. Hier habe ich versucht, die unterschiedlichen Bedingungen und ihren Einfluss auf die Integrationsprozesse in Garbsen und Strausberg zu schildern. Wenn ich die Ergebnisse zusammenzufassen versuche, komme ich zu der folgenden Feststellung: Die Bedingungen in Garbsen – bessere Netzwerke unter den Spätaussiedlern, reifere Behördenkompetenz in Aussiedlerangelegenheiten, mehr Arbeitsplätze – erleichtern die kurzfristige Integration der Spätaussiedler. Die langfristige Integration wird jedoch durch dieselben Bedingungen verhindert. Nach der Ankunft und initialen Anmeldung bei den Behörden ziehen sich die Spätaussiedler zurück in ihre Welt. Die Jugendlichen tendieren dazu, unter sich zu bleiben, was bedeutet, dass die zweite Generation sprachlich, gesellschaftlich und kulturell isoliert bleiben könnte.

In Strausberg ist die Situation umgekehrt: Die kurzfristige Integration ist für die Spätaussiedler viel schwerer. Am Wichtigsten ist hier die Tatsache, dass viele von Anfang an gar nicht in den neuen Bundesländern wohnen wollen. Weiterhin haben sie weniger Unterstützung von anderen Spätaussiedlern und mehr Probleme bei den Behörden; die Arbeitslage ist deutlicher schlechter als in Garbsen; sie müssen Angriffe von Rechtsradikalen befürchten. Für die Mehrheit der Spätaussiedler führt all dies dazu, dass sie es nicht aushalten und in die alten Bundesländer wegziehen. Für die Spätaussiedler, die bleiben und alles durchmachen, gelingt jedoch die langfristige Integration viel besser als in Garbsen. Sie sind aktiv in der Stadt, schaffen es, aus den Sozialwohnungen zu kommen und in „deutsche Stadtviertel“ zu ziehen und finden eventuell einen Arbeitsplatz – wenn auch nicht in dem gewünschten Bereich. Bei der zweiten Generation sieht das noch besser aus: Abgesehen von den Problemen mit Rechtsradikalen bauen die Jugendlichen in den Schulen Freundschaften mit Einheimischen aus, weil es einfach keine Alternative gibt. Dadurch lernen sie die deutsche Sprache schneller und werden in die Gesellschaft integriert.

²⁵ Interview mit anonymer Spätaussiedlerin in Garbsen, die früher in den neuen Bundesländern wohnte.

Diese vergleichende Studie bietet einen ersten Ansatz zum Thema der Integration der Spätaussiedler in den alten und neuen Bundesländern. Es lässt sich erhoffen, dass die Wissenschaft das Thema aufnimmt und die einzelnen Aspekte, die hier nur im gesamten Zusammenhang untersucht wurden, tiefer und genauer mit einem vergleichenden Ansatz analysiert.

6. Literaturverzeichnis

- Bade, Klaus J; Oltmer, Jochen Oltmer, (Hrsg.) 1999: Aussiedler. Deutsche Einwanderer aus Osteuropa. IMIS-Schriften, Bd.8, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch
- Bundesministerium des Inneren, Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung, 4.1. Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit, [http://www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/ix_47001.htm vom 3.11.2003]
- Dietz, Barbara, 1995: Zwischen Anpassung und Autonomie. Russlanddeutsche in der vormaligen Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland. Veröffentlichung des Osteuropa-Instituts München, Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 22, Berlin: Duncker & Humblot
- Fuchs, Marek, 1999: Die Wohnungssituation der Aussiedler. In: Silbereisen, Rainer K. et al. (Hrsg.): Aussiedler in Deutschland. Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten. Opladen: Leske + Budrich, 91-102
- Gurak, Douglas T.; Caces, Fe, 1992: Migration Networks and the Shaping of Migration Systems. In: Kritiz, Mary M. et al. (Hrsg.): International Migration Systems. A Global Approach. Oxford: Clarendon Press, 150-176
- Hirschman, Charles, 2003: Vorwort. In: Reitz, Jeffrey (Hrsg.): Host Societies and the Reception of Immigrants. California: The Center for Comparative Immigration Studies
- Jasper, Dirk, 1991: Ausländerbeschäftigung in der DDR. In: Krüger-Potratz, Marianne: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster: Waxmann, 151-189
- Karmon, Ely, 2000: Right Wing Terrorism In Germany on the Increase, The International Policy Institute for Counter-Terrorism. The International Policy Institute for Counter-Terrorism. [http://www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=119 vom 3.11.2001]
- Köcher, Renate, 1996: Vertrieben der Erlebnis- und Nachfolgegeneration. Ergebnisse einer Sekundäranalyse. Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Umfrage 6027
- Koop, Volker S., 1996: Zwischen Recht und Willkür. Die Rote Armee in Deutschland. Bonn: Bouvier Verlag
- Kossolapow, Line, 1992: Kulturarbeit mit Aussiedlern als phasenspezifischer Prozess. In: Althammer, Walter; Kossolapow, Vladimir, (Hrsg.): Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien. Köln: Böhlau
- Krüger-Potratz, Marianne, 1991: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster: Waxmann
- Marshall, Barbara, 2000: Europe in Change. The New Germany and Migration in Europe. Manchester: Manchester University Press
- Münz, Rainer; Ohliger, Rainer, 1998: Deutsche Minderheiten im Ostmittel- und Osteuropa, Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse ethnisch-privilegierter Migration. Demographie Aktuell, Bd.9, Berlin: Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft, Institut für Soziologie
- Scheuven, Rudolf, 2001/2002: Garbsen ‚Auf der Horst‘, Fachhochschule Hannover, Orts- und Regionalplanung II, Hannover
- Scholz, Rupert, 1996: Vorwort. In: Volker Koop: Zwischen Recht und Willkür. Die Rote Armee in Deutschland. Bonn: Bouvier Verlag

Silbereisen, Rainer K.; Schmidt-Rodermund, Eva, 2000: Adolescent Immigrants' Well-being. The Case of Ethnic German Immigrants in Germany. In: *International Journal of Group Tensions* 29, 1: 79-100

Tröster, Irene, 2003: *Wann ist man integriert? Eine empirische Analyse zum Integrationsverständnis Russlanddeutscher*. Frankfurt am Main: Peter Lang

Die Rolle von Kultur und Identität im Integrationsprozess von Zuwanderern und ihre Implikationen für die kommunale Integrationspolitik

Yvonne Langer

Die vorliegende Arbeit untersucht den Einfluss kultureller Werte auf die Formulierung von Selbst- und Fremdbildern und ihren Einfluss auf Integrationsprozesse. Für die Ausformulierung einer kommunalen Integrationspolitik sind diese Bilder bedeutsam. Werte und Einstellungen von Angehörigen der Aufnahmekultur sind dabei ebenso ausschlaggebend für den Integrationserfolg wie die Integrationswilligkeit und -fähigkeit der Zuwanderer. Im Mittelpunkt der Analyse steht die Sicherheit der eigenen Identität von Angehörigen beider Seiten.

Zwischen den Extremen, Kultur und Identität von Zuwanderern entweder im Sinn von Huntingtons „Clash of Civilizations“ als prädiktiv für Konflikt oder – von dem anderen Extrem gesehen – als einfache soziale Konstruktion zu betrachten, lohnt es, die Bedeutung von Herkunftskulturen und Selbstbildern von Zuwanderern im Prozess ihrer Integration in den Aufnahmeländern zu untersuchen.

Wie im Folgenden gezeigt werden soll, sind es dabei nicht so sehr die kulturellen Unterschiede, die zu Missverständnissen und zu Konflikten führen, sondern vielmehr der Aspekt von Unsicherheit in Identitäten, für die tatsächliche oder angebliche kulturelle Unterschiede als Rechtfertigung herhalten müssen.

1. Integration

Integration wird als ein Prozess verstanden, in dessen Folge eine gemeinsame Handlungsgrundlage von Individuen entsteht, die sich fortan als Mitglieder einer Gemeinschaft verstehen, als solche anerkannt werden und dadurch diese Gemeinschaft schaffen. Bei schon bestehenden Gesellschaften, in welche zusätzliche Individuen kommen, muss der Prozess der Integration in ähnlicher Weise ablaufen. Zwar kann der Einzelne noch neue Ideen, Werte und Verhaltensweisen einbringen, die dann auch zum gemeinschaftlichen Fundament gehören, er muss aber im Allgemeinen eine sehr hohe Anpassungsleistung erbringen, weil Werte und Verhaltensnormen bereits fest etabliert und tradiert sind und deren Änderung nicht so leicht bewirkt werden kann.

Integration als Aufnahme von Menschen in eine neue Sozietät vollzieht sich auf mehreren Ebenen:

1. Die Materielle oder Systemische Integration, das heißt, die Integration in das Erwerbsleben, inklusive der Partizipation an den sozialen Sicherungssystemen und die Integration in den Wohnungsmarkt.
2. Die Politische Integration: Diese meint die Integration in demokratische Formen der politischen Willensbildung, Selbstverwaltung oder Machtausübung. Politische Beteiligung bezieht sich dabei sowohl auf formelle, gesetzliche und institutionalisierte als auch auf

informelle, offene, kooperative und kommunikative Formen der Beteiligung von Einwohnern einer Kommune an Entscheidungs- und Planungsprozessen.

3. Die soziale Integration, d.h. die Integration in informelle Beziehungsnetze, Nachbarschaften und wechselseitige Hilfsbeziehungen, die in städtischen Gesellschaften nicht zwangsläufig durch Abstammung, Stand, Religion oder Familie vorgegeben sind.¹

Nach Filsinger (Filsinger 2002: 13) erfolgt soziale Integration über lebensweltliche Vergemeinschaftung durch Gruppenzugehörigkeit, durch soziale Kontakte, letztlich durch soziale Anerkennung, was sowohl Chancen zur kulturellen Entfaltung als auch die Teilhabe und Teilnahme an Verständigungsprozessen notwendigerweise einschließt. Soziale Integration ist letztlich eine Leistung der Gesellschaftsmitglieder, einheimischer und zugewanderter.

Dieses Verständnis muss noch um eine kognitive Komponente ergänzt werden, denn klassische Terroristen z.B. erscheinen äußerlich in allen drei Bereichen als gut integriert: Sie leben in anständigen Wohnungen, gehen einer geregelten Beschäftigung nach, haben in aller Regel ein hohes formales Bildungsniveau, pflegen gute Kontakte zu Nachbarn und unterhalten einen großen Freundeskreis und sind auch oft politisch gut vernetzt.

Der eigentliche Schlüsselfaktor der Integration ist daher die Identität – das eigene Selbstverständnis und seine Anerkennung durch die Gemeinschaft. Es besteht eine starke Interdependenz von Identität mit den drei o.g. Bereichen. In diesem Zusammenhang muss der Einfluss der (politischen) Kultur der Aufnahmegesellschaft sowie deren Identität auf die Einstellung gegenüber Einwanderern und den Herkunftskulturen und Identitäten der Zuwanderer, die wiederum miteinander in Beziehung stehen, untersucht werden.

Zur Illustration die Seite der Zuwanderer: Wer sich selbst zügig als einen Teil seiner Aufnahmegesellschaft begreift, wird auch viel dafür tun, dies nach außen zu zeigen und auch Verantwortung zu übernehmen – er wird sich aktiv am politischen oder zumindest am sozialen Leben dieser Gemeinschaft beteiligen; seine Ideen einbringen, seine Interessen vertreten und Nachbarn und Freunden helfen, wenn er dazu Gelegenheit bekommt. Durch dieses Verhalten, kann er seinen natürlichen Platz in der neuen Gesellschaft einnehmen, Leistung erbringen und dadurch Anerkennung erfahren. Er kann sein soziales Selbst entfalten. Mit einem Wort – er wird sich in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen assimilieren.

Wer sich dagegen isoliert und ausgeschlossen fühlt, wird diese Gemeinschaftsleistungen nicht erfüllen. Er wird sich über kurz oder lang selbst als Opfer fühlen, weil ihm wichtige Türen der Aufnahmegesellschaft verschlossen bleiben. Hat sich diese Opferrolle erst einmal eingepreßt, wird das „Opfer“ fortan wenig von sich aus tun, um diese Türen zu öffnen. Denn mit dem Opferverständnis verbindet sich auch die Erwartung der Wiedergutmachung und damit der Zuweisung des Tuns an einen unbestimmten anderen. Eine Identifizierung mit der Opferrolle hemmt die Leistungsmotivation des „Opfers“ und entzieht der Integration einen wesentlichen Impuls.

Die Motivation, die aus dem Zugehörigkeitsgefühl erwächst, ist der entscheidende Schlüssel für die Integration. Strukturelle Barrieren – wie die Nichtanerkennung von Abschlüssen – und die aus ihnen häufig resultierenden Unannehmlichkeiten, in erster Linie Zeitverlust, können einem Einwanderer zwar das Leben schwer machen, ohne die entscheidende Motivation des Dazugehörenwollens greifen Integrationsmaßnahmen jedoch zwangsläufig ins Leere.

¹ Siehe u.a. <http://www.stadtregionstuttgart2030.de/s.html>.

Problematischer als die Gruppe, deren Integrationsdefizite leicht zu diagnostizieren sind, weil ihr Antrieb und ihre Beteiligung niedrig sind, ist die Gruppe derer, die äußerlich gut angepasst sind, aber sich in engen geschlossenen Kreisen als etwas „moralisch Besseres“ verstehen – was sie nach außen hin durch materiellen und beruflichen Erfolg „beweisen“ können, im Geheimen jedoch angeblich moralische, politische oder religiöse Ziele verfolgen, wie zum Beispiel die Herstellung eines islamistischen Gottesstaates. Um diese Ziele zu erreichen, sind der Ingroup alle Mittel erlaubt, nach dem Grundsatz, der Zweck heiligt die Mittel. Solche Gruppen bilden nicht selten das Bedürfnis nach Macht oder Anerkennung ab und haben häufig trotz der bloßen sozial-ideologischen Konstruktion ihres Opferverständnisses („Was den Muslimen über Jahrhunderte vom Westen und vor allem den Juden angetan wurde und immer noch wird“) und ihrer Rechtfertigung der Gewalt für höherrangig geglaubte Ziele wie der Befreiung Palästinas etc. sehr reale Auswirkungen.

2. Kultur und kulturelle Identität

Kultur zähle im politischen Geschehen und kulturelle Identität sei von größter Bedeutung für die meisten Menschen, schreibt der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington. Die 90er Jahre waren Huntington zufolge vor allem durch den Übergang einer bipolaren Weltordnung zu einer multipolaren beziehungsweise multizivilisatorischen geprägt. Huntington spricht der Kultur eine zunehmend wichtigere Rolle in den internationalen Beziehungen zu, er hält sie sogar für den Hauptordnungsfaktor des gegenwärtigen Weltsystems (vgl. Huntington 1997a: 20-22).

Begreift man Immigrationsprozesse als die Abbildung der Beziehung zwischen Nationen im Kleinen, so kann ein Einfluss von Kultur und kulturellen Identitäten bei den lebensräumlichen Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft zunächst einmal vorausgesetzt werden. In der Tat hat der Einfluss der Weltpolitik seit Beginn der 90er Jahre seine Schatten auf das Zusammenleben zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in vielen Teilen der Welt geworfen.

Was macht nun Kultur zu einem derart wichtigen Erklärungsfaktor?

In der Kultur werden menschliche Vorstellungen verarbeitet, die der Ausgangspunkt allen bedeutsamen Verhaltens sind. Es ist außer Frage, dass Kultur Wünsche und Ängste, Präferenzen und Vorurteile, Prioritäten und Erwartungen von Menschen formt und deshalb in einer politischen Analyse von Nutzen sein kann.

Die Kultur erhält ihre Dynamik durch die Revitalisierung kollektiver Erinnerungen eines Volkes, indem sie Traditionen mit Emotionen verbindet. Menschen hängen an ihrer Kultur, nicht wegen vager Gefühle für ein historisches Erbe, sondern weil ihre Kultur ein wesentlicher Bestandteil ihrer Persönlichkeit ist. Kulturelle Normen, Mythen, kollektive Erinnerung, Riten und Symbole konstruieren eine Vorstellung darüber, wer man ist, woher man kommt und wohin man gehört.

Alternativen von politischen Entwicklungen können vor dem Spiegel bestimmter kultureller Gesichtspunkte auf ihre Erfolgsaussichten überprüft werden, denn in der Kultur widerspiegeln sich Werte einer Gesellschaft, die eine angestrebte Entwicklung – in unserem Fall Aspekte der Integration – entweder behindern oder befördern können (vgl. Pye Pye 1985: 20f.)

Die Definitionen von „Kultur“ und „Identität“ wurden in den vergangenen Jahren präzisiert und weiterentwickelt. Die Absicht dieser Redefinition war es, beide Konzepte an eine pluralistische und weniger stabile Welt anzupassen. George und Luise Spindler bezeichneten die Wahrnehmung von

Vielfalt und das überragende Thema von Konstruktion als die zwei zentralen Motive für das gegenwärtige Umdenken von Kultur und Identität in den Sozialwissenschaften. Dabei wurde das traditionelle singuläre Konzept der Kultur als begrenzt, homogen und unveränderlich mit neuen Dimensionen ergänzt. Hierzu gehören der sozial konstruierte Charakter von Kultur und Identität, eine fragmentierende, diversifizierende (im Unterschied zu integrierender und vereinheitlichender) Wirkung sowie ihre multidimensionalen, dynamischen (im Unterschied zu eindimensionalen und statischen) Qualitäten. Richard Handler zufolge beinhalten die heutigen Analysen von kollektiver Identität ein Spannungsverhältnis zwischen dem fundamentalen und unveränderlichen Charakter und einem, der durch historische Entwicklung konstruiert und rekonstruiert wird (vgl. Spindler/Spindler 1993: IX; Handler 1994: 29).

Die Konzepte von Kultur und Identität sind nicht isomorph. Obwohl Kultur typischerweise das benötigte symbolische Material liefert, um Identitätsgruppen zu beschreiben, sind Identitätsgruppen nicht immer abgegrenzte kulturelle Einheiten. Kulturen können sich ändern, während Identitäten oft weiterbestehen (vgl. Fitzgerald 1993: 190-194). Die Identifizierung des einzelnen mit bestimmten Normen, Mythen oder Symbolen ermöglicht ihm die Orientierung in seiner Umwelt und gibt ihm ein fundamentales Problemlösungsmittel in die Hand. Identität wird „the action unit of culture“ (ibid.: 186).

Lisbeth Aggestam definierte Identität als ein spezielles Set von Ideen über Gemeinschaft, das unter anderem von Politikern genutzt wird, einen Sinn für Zusammengehörigkeit und Solidarität zu mobilisieren und damit eine bestimmte Politik zu legitimieren. Für Alexander Wendt sind soziale Identitäten „sets of meanings that an actor attributes to itself while taking the perspective of others, that is as social object (...) being at once cognitive schemas that enable an actor to determine who I am/we are in a situation and positions in a social role structure of shared understandings and expectations“ (siehe Johnston 1999: 2). Darüber hinaus sei „Identität“ ein relativ stabiles Verständnis über die Rolle der eigenen Person und die Erwartungen, die an diese Rolle geknüpft sind. Identitäten sind die Basis für Interessen. Hugh Gusterson geht davon aus, dass kollektive Identität in Beziehung zu einer Reihe von Unterschieden geschaffen wird, die gemeinschaftlich anerkannt sind. Ohne diese Unterschiede könnten sich keine klaren, soliden Identitäten herausbilden.²

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch Sidney Verbas klassische Definition von politischer Kultur als das „system of empirical beliefs, expressive symbols, and values which defines the situation in which political action takes place“ (Verba 1965: 513). Diese Definition liefert einen guten Rahmen für die bisherigen Überlegungen zu Kultur und Identität, der sich auch auf das gesamte menschliche Verhalten übertragen lässt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Symbole und Werte, die menschliches Verhalten prägen, zwar eine dauerhafte Erscheinung sind, aber nicht zwingend stabil oder unveränderlich sein müssen. Sie tragen nicht immer zu einer Homogenisierung der Gesellschaft bei, sondern können auch eine stärkere Diversifizierung bewirken.

² Vgl. ibid.: 2f. Die Definitionen wurden von Jim Fearon übernommen. Der Begriff „Identität“ wird im Folgenden als Identifikation mit Normen und Werten verwendet, die die Grundlage für ein bestimmtes Selbstverständnis einer Person oder einer Gemeinschaft bilden. Dieses Selbstverständnis gestattet Individuen oder Gruppen, sich in einer Umgebung zurechtzufinden, Schlüsse über ihre Umwelt zu ziehen (auch über das Wesen und Verhalten anderer) und Entscheidungen über ihr eigenes Handeln zu treffen. Ebenso unverzichtbar für diese Arbeit ist der Aspekt der Selbstbestimmung durch die Abgrenzung zu anderen.

3. Wahrnehmungen

Ein Schlüsselprozess, der den Zusammenhang zwischen Kultur bzw. Identität zur Integration herstellt, ist die Wahrnehmung der eigenen Person und der Migranten- oder Minderheitengruppe, zu der man sich zugehörig fühlt, und der Mehrheitsgesellschaft bzw. die umgekehrte Perspektive. Dieses Mittelglied erscheint vielversprechend, da der Einfluss von kulturellen Identitäten auf den Prozess der Integration in einem Aufnahmeland selbst schwer zu messen ist. Dennoch ist es nicht ganz unproblematisch, denn Wahrnehmungen von Menschen sind zwar eine direkte Ursache ihres Verhaltens, allerdings werden Perzeptionsprozesse nicht allein durch kulturelle Identität bestimmt, und Perzeptionen sind nicht die einzige Ursache für Verhalten.

Für Perzeptionen sind zwei Ebenen wichtig – die Welt, wie sie objektiv existiert, und die Welt, wie die Akteure sie wahrnehmen (vgl. Jervis 1976: 13). Obwohl Wahrnehmungen immer nur Konstruktionen, Abbilder der wirklichen Welt sind, glauben die meisten Menschen, die Wirklichkeit so wahrzunehmen, wie sie tatsächlich ist. Aus der Flut von Informationen, die auf Personen einströmen, werden immer nur bestimmte ausgewählt. Die Wahrnehmung ist somit kein einfacher Reiz-Reaktions-Vorgang. Er ist von vielen Faktoren abhängig, die bestimmen, ob ein Reiz (Information) überhaupt wahrgenommen wird. Eine Reihe dieser Faktoren trägt auch zu Verzerrungen bei, insbesondere Wert- und Normvorstellungen einer Person, Bedürfnisse, Erfahrungen, Identitäten und Interessen, Vorurteile und Stereotypen aber auch die Wertvorstellungen und Urteile anderer. Zwischen der äußeren Wirklichkeit und dem Ergebnis der Wahrnehmung besteht keine Beziehung im Sinne einer Entsprechung, Wahrnehmung ist vielmehr ein Prozess, in welchem es keine objektive, sondern nur subjektive Wirklichkeit gibt (vgl. Hobmair 1994: 83).

Sobald Perzeptionen stärker von der Wirklichkeit abweichen, muss man damit rechnen, dass das Fremdbild des einen und das Selbstbild – beziehungsweise die Identität – des anderen nicht übereinstimmen. Eine Vielzahl von politischen und sozialen Konflikten beruht auf unterschiedlichen Wahrnehmungen der Akteure. Dabei ist der Unterschied zwischen den Perzeptionen ausschlaggebend, nicht die Frage, inwieweit eine Wahrnehmung mit der Realität übereinstimmt. Oft, wenn sich Akteure diesen Zusammenhang nicht bewusst machen, missverstehen sie ihre unterschiedlichen Auffassungen (vgl. Jervis 1976: 31).

3.1 Prinzipien der Wahrnehmung

Um mit komplexen Informationen zurechtzukommen, nehmen Menschen häufig nur solche Ereignisse bewusst wahr, die in den bisherigen Rahmen ihres Verständnisses passen. Dieser Rahmen tendiert normalerweise nur in eine Richtung – einmal, weil ähnliche Informationen als zusammengehörig wahrgenommen werden und weil unvollständige Informationen als vollständige wahrgenommen werden, wobei die Lücken mit bereits vorhandenem Material aufgefüllt werden. Auch Informationen, die als eine Fortsetzung früherer Informationen erscheinen, werden als zusammengehörig wahrgenommen. Die Folge dieses Prozesses ist eine starke Tendenz zu kognitiver Dissonanz (vgl. Hobmair 1994: 88f).

Kognitive Dissonanz ist überall dort sichtbar, wo es uns nicht gelingt, differenzierte, unparteiische Meinungen zu entwickeln, viel wahrscheinlicher sind vereinfachende positive oder negative Auffassungen. Diese polarisierenden Auffassungen sind gerade auch in Zusammenhang mit Einwanderung zu beobachten. Entweder wird Zuwanderung als Chance angesehen, demographische Verschiebungen hinauszuzögern, Ausbildungslücken zu überbrücken oder Knappheit an

Arbeitskräften auszugleichen, verbunden mit der Möglichkeit, frischen Wind – das heißt, Wissen, Talent und Fähigkeiten – von außen in Gesellschaft und Wirtschaft zu tragen.

Ähnlich deutlich ist die Sicht der Einwanderungsgegner, die die Fremden als Gefahr für die Moral und die traditionellen Werte der Aufnahmegesellschaft sehen, auch als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt oder als Ursache für den Niedergang des Bildungssystems und des Wohlstandsniveaus.

Polarisierende Perzeptionen, werden nicht selten zu einer direkten Ursache für Konflikte. Ihnen kommt daher bei der Analyse und dem Management interkulturellen Zusammenlebens eine große Bedeutung zu (vgl. Jervis 1976: 29-31).

Der amerikanische Journalist und Publizist Walter Lippmann beschrieb in seinem klassischen Werk „Public Opinion“, das erstmals 1922 erschien, eines der Grundprobleme der Wahrnehmung: „Meistens schauen wir nicht zuerst und definieren dann, wir definieren erst und schauen dann. (...) wir neigen dazu, nur das wahrzunehmen, was wir in der Gestalt ausgewählt haben, die unsere Kultur für uns stereotypisiert hat“ (Lippmann 1990: 63). Ein Beobachter macht sich also ein vereinfachtes Bild von der Realität, um für ihn das Wesentliche aus einer komplexen, zusammenhängenden und verwirrenden Welt herauszufiltern. In diesem Prozess bestimmt vor allem die eigene Kultur, wie neue Informationen interpretiert werden. Stereotype dienen dabei als Verteidigungsmittel. Sie sind Projektionen des eigenen Wertbewusstseins und beziehen sich auf die eigene Stellung bzw. die eigenen Rechte auf dieser Welt. Die Stereotype sind deshalb in hohem Grade mit Gefühlen belastet, die diesen zugeordnet werden. Sie sind die Festung eigener Traditionen, die dem, der sich ihrer bedient, Sicherheit versprechen (vgl. *ibid.*: 71f).

Im Prozess der Wahrnehmung werden Informationen in ein bestehendes Raster aus Wissen, Erfahrung und Vorurteilen eingefügt, ohne dass alternative Interpretationen berücksichtigt würden (vgl. Jervis 1976: 409; Hobmair 1994: 163). Informationen, die nicht in dieses Raster passen bzw. nicht mit den entsprechenden Stereotypen übereinstimmen, werden häufig ignoriert. Daraus resultiert eine Langlebigkeit von Stereotypen, die Wahrnehmungen prägen und oft eine Ursache für Missperzeptionen sind. Wahrnehmungen können sich jedoch abrupt ändern, wenn neue Informationen in Widerspruch zu einer alten Wahrnehmung treten und ihr Umfang so überwältigend ist, dass bestehende Sichtweisen in Frage gestellt werden müssen.

Stereotypisierung wirkt sich auf Konflikte zwischen Akteuren bzw. Gruppen aus. Sie unterstützt die Entwicklung einer starken ingroup-Identität, indem sie eine klare Abgrenzung zur outgroup schafft. Negative Stereotype vergrößern den Abstand zwischen den Gruppen und stärken den Zusammenhalt innerhalb der Gruppen. Je stärker Kontraste zwischen Gruppen ausgeprägt sind, desto deutlicher kristallisieren sich Identitäten heraus und desto klarer sind die Perzeptionen von anderen. Je geringer darüber hinaus die konkreten Informationen über andere Gruppen sind, desto mehr wird dieser Mangel an Information durch Spekulationen und eigene Sichtweisen und Annahmen aufgefüllt, wodurch die Wirkung der eigenen Identität auf die Wahrnehmung anderer zunimmt (vgl. Wagner/Hollenbeck 1995: 462-465).

Problematisch ist, dass die Identität mit dem eigenen politischen und gesellschaftlichen System (ganz gleich ob es sich hier um eine Subkultur oder ein Herkunftsland handelt) und seiner Wertekultur zu Vergleichen einlädt, die dem anderen nicht gerecht werden und dem Beobachter ein stark gefärbtes, subjektives Bild vermitteln. Wegen der „Filterwirkung“ der eigenen Identität treten Missperzeptionen bei der Wahrnehmung anderer auf. Zum Beispiel wird dann das Verhalten anderer an den eigenen Maßstäben gemessen, was zwangsläufig zu unterschiedlichen Perzeptionen auf beiden Seiten führt. Dieses Phänomen wurde in der Management-Theorie in Zusammenhang mit

der Vielfalt persönlicher Fähigkeiten, Neigungen, Interessen, Hintergründe usw. diskutiert und „Spiegelbild-Trugschluss“ (mirror image fallacy) (ibd.: 103) genannt. Diese Art von Missperzeption lässt sich in interkulturellen Zusammenhängen beobachten. Beim „Spiegelbild-Trugschluss“ ignoriert ein Akteur Parameter, die auf eine Entscheidung einwirken, und setzt dabei voraus, dass andere so sind wie er selbst. Das heißt, er nimmt unbewusst an, andere handeln, denken, fühlen und treffen Entscheidungen in der gleichen Weise wie er selbst.

Eine weitere Gefahr ist Einseitigkeit der Betrachtung. Durch die Tendenz, möglichst einfache Erklärungen zu benutzen, wird oft nicht versucht, Ereignisse von innen heraus und mehrdimensional zu verstehen, sondern man greift auf ein einmal bewährtes Modell zurück, ohne nach Besonderheiten im Einzelfall zu suchen. Alternative Erklärungsmodelle werden dabei leicht ignoriert (ibd.: 15-17).

In der Regel haben Anreizsysteme einen Einfluss auf menschliches Verhalten und damit auch auf Perzeptionen, die diesem Verhalten vorausgehen. Dabei werden oft Fehler einer Art in Kauf genommen, um Fehler einer anderen Art zu vermeiden. Wenn Ereignisse auf ihre Folgen hin beurteilt werden und die Kosten, das Resultat A mit B zu verwechseln, niedrig sind, während der Fehler, B für A zu halten, ungleich schwerer wiegt, werden die meisten Akteure den Fall B wahrnehmen und eine zweifelhafte Situation eher für das Resultat B halten als für A. Akteure sind deshalb bestrebt, Bedrohungen nicht zu unterschätzen, weil die Auswirkungen verheerend sein können. Die Überschätzung einer Gefahr ist zumindest kurzfristig weniger kostspielig (vgl. Jervis 1976: 358-362).

In den vorangegangenen Überlegungen zur Kultur wurde festgestellt, dass Wünsche, Erwartungen, Ängste und Vorurteile durch kulturelle Einflüsse geprägt werden. Diese Faktoren spielen eine wichtige Rolle im Prozess der Wahrnehmung. Menschen neigen dazu, das wahrzunehmen, was sie wahrnehmen wollen. Ihre Wünsche prägen ihren Glauben (vgl. ibd.: 357). Es ist aber auch möglich, dass negative Erwartungen bestimmen, wie Ereignisse wahrgenommen werden, diese also nicht mit den Wünschen oder Interessen der Akteure übereinstimmen.

Wert- und Normvorstellungen, Erfahrungen, Einstellungen, Gefühle und andere soziale und kulturelle Faktoren lösen bestimmte Erwartungen aus. Der Mensch nimmt von objektiv gegebenen Informationen nur diejenigen wahr, die diesen Erwartungen entsprechen, während Reize, die diesen Erwartungen widersprechen, abgewehrt, umgedeutet, verzerrt, verfälscht, unterdrückt oder als unbedeutend abgetan werden (vgl. Hobmair 1994: 86).

Ein häufiges Motiv von Wahrnehmungen sind Ängste. Die meisten Menschen reagieren empfindlich auf mögliche Bedrohungen. Auch politische Entscheidungsträger lassen sich zuweilen von imaginären Gefahren leiten und überschätzen eventuelle Sicherheitsbedrohungen. Angst ist keine objektiv nachvollziehbare Größe, sondern lediglich das, was vom Einzelnen so erlebt wird. Angst entsteht nicht dadurch, dass ein Gegenstand, eine Situation oder eine Person an sich bedrohlich oder gefährlich ist, sondern durch die kognitive Bewertung.

Die Urangst ist in unseren Genen verankert. Emotionen von Angst entstehen in einem evolutionsgeschichtlich älterem Bereich des Gehirns, der in ganz besonderer Weise unser Verhalten prägt. Er rät zu Misstrauen und Vorsicht, um unserer Überleben zu sichern. Das diffuse Gefühl des Bedrohtseins ist daher tief in uns verwurzelt und lässt sich durch keine kulturellen Errungenschaften überwinden (vgl. Ochmann 2003: 106f).

Eine wichtige Rolle im Prozess der Wahrnehmung spielen auch die Massenmedien. Sie legen an der Schnittstelle zwischen Ereignissen und Öffentlichkeit fest, welche Themen in das kollektive Bewusstsein von Menschen eindringen.

3.2 Unterschiedliche Perzeptionen als Quelle von Konflikten

Trotz der Einschränkungen, dass Akteure mit den gleichen Perzeptionen manchmal verschieden reagieren und dass unterschiedliche Perzeptionen zuweilen zu ähnlichem Verhalten führen (vgl. Jervis 1976: 30f), liegt die Quelle vieler Auseinandersetzungen in unterschiedlichen Perzeptionen. Wenn die Akteure sich dessen nicht bewusst sind, neigen sie dazu, ihre Unstimmigkeit misszuverstehen und können ihren ursprünglichen Konflikt nur schwer lösen (vgl. Jervis 1976: 30f).

Der Hauptkonflikt resultiert dabei aus der Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung des einen und der Fremdwahrnehmung des anderen, aber auch die gegenseitigen Fremdwahrnehmungen wirken aufeinander, denn der Prozess von Wahrnehmung und Verhalten ist ein wechselseitiger. Sieht ein Akteur einen anderen als Feind, so wird dieser darauf reagieren und ebenfalls eine feindliche Haltung gegenüber ersterem aufbauen. Konflikthafte Perzeptionen sind insbesondere dann problematisch, wenn ein Akteur den anderen als eine Gefahr für seine Sicherheit oder sein Selbstverständnis wahrnimmt (vgl. Jervis 1976: 30f).

Angriffe auf die kulturelle oder politische Identität einer ethnischen Gruppe oder einer herrschenden Elite können demnach ähnliche Auswirkungen auf das Verhalten der Akteure haben wie Angriffe auf staatliche Souveränität (vgl. Jervis 1976: 373).

Eine bedrohte Identität kann häufig durch eine stärkere Abgrenzung nach außen geschützt werden. Der Kontrast zu einem „unerwünschten ‘anderen’“ (Huntington 1997b: 30) ermöglicht die Konstruktion und die Stärkung der eigenen Identität. „The process of ingroup identity creation by necessity requires or leads to the devaluation of outgroups. Hence the creation of ingroup identity will tend to produce conflictual behavior with outgroups“ (Johnston 1999: 4).

Eine Vermittlung zwischen konflikthafte Selbst- und Fremdbildern ist dennoch aussichtsreich. Ein Ausgleich ist zum Beispiel möglich, wenn ein Akteur für alternative Erklärungen und Images sensibilisiert wird und deshalb weniger abweichende Informationen benötigt, um seine Sicht in Frage zu stellen und alternative Interpretationen in Betracht zu ziehen. Eine Gegenüberstellung verschiedener Perzeptionen kann dazu beitragen, dass der Betrachter sensibler für mögliche Wahrnehmungsfehler wird und diese zunehmend vermeidet. Um die Gefahr von Missperzeptionen möglichst niedrig zu halten, sollte jeder Akteur versuchen, die Welt des anderen mit dessen Augen zu sehen. Dies hilft zum einen, das Verhalten des anderen besser zu verstehen, und zum anderen, sich selbst so zu verhalten, dass der andere auch die angestrebten Schlussfolgerungen zieht. Wenn unklar ist, wie ein Akteur die Welt sieht, sollten alternative Sichten gegeneinander abgewogen werden. Dies würde zumindest „Spiegelbild-Trugschlüsse“ verhindern. Es ist auch von Nutzen, Grundannahmen offenzulegen, denn oft basieren verschiedene Wahrnehmungen auf verschiedenen Ansätzen und Grundannahmen und Konfliktparteien reden aneinander vorbei. In Wahrnehmungen, in denen Angst eine Rolle spielt, ist es möglich, Verzerrungen zu mindern, indem versucht wird, Angst abzubauen: Man muss sich hier die Gründe für die Angst verdeutlichen und kann Unsicherheiten durch gezielte Informationen überwinden. Entscheidungsträger müssen auch berücksichtigen, dass andere neue Informationen in ein bestehendes Muster von Perzeptionen einfügen und deshalb unter Umständen die wirklichen Intentionen nicht verstehen. Es ist deshalb vorteilhaft, sein Verhalten an die Erwartungen anderer zu knüpfen. Wenn jedoch versucht wird, diese Erwartungs-

haltung zu verändern, muss klar sein, dass andere Akteure das neue Verhalten zunächst missverstehen werden (vgl. Jervis 1976: 409f).

4. Integration aus verhaltenspsychologischer und politischer Sicht

Migration ist eigentlich nichts anderes als der Übertritt von einer bestimmten Gesellschaft oder Kultur in eine andere. Dieser Übergang von einer Kultur zur anderen gestaltet sich ausgesprochen schwierig, weil kulturelle Prägungen ein untrennbarer Bestandteil einer individuellen Persönlichkeit³ sind. Soziales Verhalten muss als ein komplexes System, bestehend aus natürlich definiertem³ und kulturell geformten Verhalten, verstanden werden. Dieses System gestattet dem Menschen, Werte zu bilden, anhand derer er sein eigenes Tun und das von anderen reflektieren kann (vgl. Lorenz 2000: 55).

Migration kann mitunter nicht nur das soziale, sprich kulturelle Gleichgewicht des Menschen in seiner Umwelt aus den Fugen geraten lassen, sondern sogar Stress auf sein psychisches und biologisches Gleichgewicht ausüben, weil tatsächlich Wechselbeziehungen zwischen den biologischen und den kulturellen Komponenten des Menschen bestehen. Insbesondere psychische und psychosomatische Erkrankungen stehen oft in Verbindung mit Migrationserfahrung.

Das natürliche Streben des Menschen nach Sicherheit, Sieg und Bindung (um nur drei der wichtigsten zu erwähnen) wird in Migrationssituationen häufig erheblich erschwert. Dies soll kurz am Beispiel der Sicherheit demonstriert werden. Etliche Verhaltensnormen und konkrete persönliche Erfahrungen bieten in der neuen Gesellschaft plötzlich keine zuverlässige Orientierung mehr für das eigene Handeln. Etablierte Wege, sich selbst und seine Familie zu versorgen, können erschüttert werden, wenn u.a. Abschlüsse nicht anerkannt werden oder Sprachbarrieren den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren. Beides schafft Unsicherheit in ganz erheblichen Maß, die nun ihrerseits Wahrnehmungen, Einschätzungen und Verhalten des Migranten beeinflusst, und persönliche Entscheidungen, und zwar nicht nur diejenigen, die auf Arbeitssuche und die soziale Interaktion mit Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft bezogen sind, reflektieren verstärkt das erhöhte Bestreben, Sicherheit zu schaffen und Unsicherheiten zu vermeiden (Appetenzverhalten). Hierbei findet auch eine Schwellenerniedrigung statt: Der Mensch reagiert dann viel eher auf Unsicherheit und nimmt Situationen, die er sonst gut toleriert hat, plötzlich als unsicher oder gar gefährlich wahr. Die vorübergehende Unfähigkeit, sich selbst zu versorgen, ist dabei nicht nur mit dem Sicherheitstrieb verbunden, sondern ist oft zusätzlich von Isolation (Verweigerung von Bindung!) und dem Mangel an Anerkennung (Verweigerung von Sieg!) begleitet, das heißt, die natürlichen Triebe können einander bedingen. Bleiben die Bestrebungen nach Sicherheit, Sieg und Bindung zu lange unerfüllt, kann allzu leicht asoziales, das heißt, anti-integratives Verhalten als kognitive Flucht und oft auch verbunden mit dem Verlust des Selbstvertrauens resultieren. Der Rückzug in Subkulturen oder schlecht integrierte Parallelgesellschaften mit partieller Erfüllung der Sicherheits-, Sieg- und Bindebestrebungen ist die Folge. Insbesondere stark autoritäre Vereinigungen sprechen den Wunsch nach Sicherheit an, und zwar auf dem Weg strenger und unbedingt zu erfüllender Normen. Zum Beispiel kriminelle Banden erheben ein derartiges Verhalten zur Norm, das der Mehrheitsgesellschaft schadet. Dafür erhalten Mitglieder

³ Emotionen wie Hass, Liebe oder Angst lenken unser Verhalten. Diese Emotionen sind auf fünf instinktive Antriebe zurückführbar: Nahrungstrieb, Sexualtrieb, Aggressionstrieb: Lust am Sieg, Sicherheitstrieb, Bindetrieb. Weiterhin strebt der Mensch nach Verwöhnung – dies ist allerdings kein Trieb, sondern eine Leistung des Gehirns.

Anerkennung und einen Rang in der Bande, die Pflege der meist rigiden Verhaltensnormen stiftet ein eigenes Selbstverständnis der Gruppe in Ablehnung und Abgrenzung von der normalen Gesellschaft, schafft die kognitive Aufwertung der Bande und Verhaltenssicherheit in derselben. Nicht nur durch diese Aufwertung wird die Bandenzugehörigkeit attraktiv, sondern auch durch die verweigerte Bindung anderswo.

Je problematischer sich die Integration in die Aufnahmegesellschaft gestaltet, desto größer ist die Rolle der Beziehung zwischen Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft. Ist die Integration in die Aufnahmegesellschaft schwierig, dann bestehen meist auch starke soziale Bindungen innerhalb der ethnischen „Ersatz“-Gemeinschaft und jeder benötigt die Abgrenzung von der anderen Gruppe, um seine eigene Identität zu bekräftigen. Bei der daraus resultierenden Ingroup-Outgroup-Einstellung muss auch gefragt werden, ob ein anerkanntes Mitglied in einer ethnischen Minderheitengruppe ohne weiteres Verhaltensmuster und Einstellungen aus der Aufnahmegesellschaft übernehmen „darf“. Ein daraus resultierender Zwiespalt der Person zwischen sozialer Anerkennung in der eigenen, vertrauten Gemeinschaft und der für die Zukunft vorteilhaften Assimilation in die Aufnahmegesellschaft erzeugen ein hohes Maß an Unsicherheit und verzögern Entscheidungen, die mit gewissen Risiken verbunden sind.

Wenn sich ethnische Minderheiten zu lange in alternativen sozialen Netzwerken bewegen, die schlechteren Zugang zu Dienstleistungen, zu Arbeit, Bildung und anderen Ressourcen haben, dann besteht die Gefahr der Entwicklung einer Opfermentalität der gesamten Gruppe. Diese typische Opfermentalität wird zu einem wichtigen Bestandteil der Minderheitsidentität, die sich nun verfestigt und sich weiter gegenüber anderen Gruppen und der dominierenden Aufnahmegesellschaft verschließt. Dieses Verschließen fördert Identitätsabgrenzung auf beiden Seiten. Eine höhere Dimension der Identitätsabgrenzung beginnt in der Regel, wenn sich der Einzelne nicht mehr sicher fühlt, keine Zukunftsperspektiven erkennt (politischer Zusammenbruch von Staaten und Auflösung von Recht und Ordnung) oder er die Frage danach, wer er ist, nicht mehr beantworten kann. Zu einem solchen Zustand trägt unter anderem bei, wenn sich ein Zuwanderer nicht so entfalten kann, wie er es erwartet oder wie er es bisher gewohnt war und seinen Platz in der Aufnahmegesellschaft nicht findet: übergroße Umstellungsprobleme, eine Beschäftigung weit unterhalb seiner Fähigkeiten, der Verlust sozialer Beziehungen oder die Unfähigkeit, im Aufnahmeland auch sozial andocken zu können, zu einer Krise des Selbstbildes führen. Er verteidigt sein Selbstbild, hat aber Probleme, eine geeignete Definition zu finden. Er benötigt ein unerfreuliches „Anderes“, von dem er sich abgrenzen und als dessen Gegenstück er sich sehen kann. Er muss sich – zunächst zu seinem eigenen Schutz – erhöhen und das andere abwerten. Eine fremde Kultur kann ihm das höchstens ansatzweise liefern, obwohl Unterschiede bei den Begegnungen verschiedener Kulturen im Alltag immer viel stärker bemerkt werden als die Gemeinsamkeiten. Eine Entmenschlichung des anderen kann jedoch durch Wahrnehmungsverzerrungen und die Eigendynamik radikaler Gruppen vorgenommen werden. Lassen sich keine traditionellen und linguistischen Unterschiede finden (so wie bei Stammes- oder Klan-Fehden), erfüllt es auch die pure Konstruktion von moralischen Unterschieden. Freud bezeichnete diesen Prozess als Narzissmus des kleinen Unterschiedes.

In diesem Sinne entwickelt sich eine gewisse Gefahr, dass die Ingroups zu eigenständigen, konfliktproduzierenden Sozietäten werden: Moral bezieht sich vom Ursprung her immer auf die eigene Sozietät: In der eigenen Sozietät wird ritualisiert gekämpft, gelten Zuverlässigkeit, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit. Gegenüber anderen, feindlichen Sozietäten gelten andere „Gesetze“.

Aber, es besteht Grund für Optimismus, denn der Mensch kann Sozietäten trennen, verbinden, wechseln und ausweiten. Insbesondere ist es ihm möglich, ursprünglich verfeindete Sozietäten in

eine größere gemeinsame Sozietät zu integrieren. Dieser Ansatz der Integration von ethnischen Sozietäten ist der Pluralismus oder auch Multikulturalismus, das heißt die Aufnahmegesellschaft assimiliert in diesem Falle nicht das einzelne Individuum, sondern lebt mit dem Bewusstsein des Fortbestehens der „fremden“ Gruppe in der Zukunft und arrangiert sich mit dieser (Bauman 1995: 1-16). Es findet eine strukturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft für die gesamte Gruppe statt.

Diese Form der Integration setzt voraus, daß die moralischen Tugenden, die man der eigenen Sozietät zuschreibt, auch für die neuen Mitglieder gelten. Das Problem liegt weder in Kulturen noch in der Moral selbst, sondern in der Ausgrenzung und Abgrenzung von Sozietäten. Hier muss man politisch ansetzen. Die nationalen, ethnischen, religiösen und kulturellen Sozietäten dürfen sich nicht als außersozietaer verstehen, sondern als Mitglieder einer übergeordneten Sozietät. Eine Gemeinschaft funktioniert auf der Grundlage von gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Handelns. Gerade auf der Ebene einer zu schaffenden Stadtgemeinschaft erscheint dies als eine lösbare Aufgabe. Dort wo Menschen zusammen wohnen und arbeiten, wo sie zusammen leben, müssen Interessen sichtbar werden, die jeder als die seinen erkennt und aus ihnen ein Handeln ableitet, das Zusammenleben möglich macht.

Zusammengefasst betrachtet lässt sich feststellen, dass Migration häufig das sensible Gleichgewicht zwischen Mensch und Umwelt stört: Seine bisherigen Strategien zur Existenzsicherung werden durch die Migrationssituation teilweise außer Kraft gesetzt und ebenso die kulturellen Orientierungs- und Verhaltensmuster. Der Mensch findet sich in der Aufnahmegesellschaft nicht selbstverständlich zurecht.

Als Reaktion auf diese Gleichgewichtsstörung ist eine Anpassung des eigenen Selbstverständnisses nötig. Dies macht häufig eine Identitätsabgrenzung durch Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ nötig – ein Prozess, der durch die überhöhte Wahrnehmung von Gefahr und von Unterschieden (polarisierte Wahrnehmung) zur Konstruktion von Feindbildern beiträgt.

Das vordringliche Ziel der Integrationspolitik muss daher die Wiederherstellung des verloren gegangenen Gleichgewichts sein. Dies betrifft sowohl die Einwanderer und kulturellen bzw. ethnischen Minderheiten als auch Teile der Mehrheitsgesellschaft, die sich durch Migration verunsichert oder gar „überfremdet“ fühlen oder sich in eine Konkurrenzbeziehung zu den Zuwanderern setzen, zum Beispiel auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Die Maßnahmen müssen dabei auf zwei Dinge abzielen: Erstens auf die Sicherung der Existenz der Menschen (Unabhängigkeit vom Wohlfahrtssystem [Arbeitsrecht für Flüchtlinge!], Sprachförderung, eindeutiger rechtlicher Status zur Sicherung der Bleibeperspektive, Förderung von Leistung, Möglichkeiten für soziales „Andocken“ [Erstunterbringung muss Aussicht auf Kontinuität haben]) und zweitens auf die Sicherung der Identität der Menschen durch Förderung eines interkulturellen Austausches, der Wertschätzung von Diversität und Pluralismus (dadurch auch die Möglichkeit für die Menschen, multiple Identitäten und Rollen miteinander in Einklang zu bringen und Identitätsübergänge selbstbestimmt zu vollziehen), die Förderung von politischer und sozialer Partizipation.

5. Kommunale Integrationsstrategien

Städte in ganz Europa sind dabei, ihre eigenen Wege zu entwickeln, wie sie mit dem dauerhaften Phänomen großer Migrantenanteile an der Bevölkerung umgehen wollen. Denn gerade die Größe der ethnischen Minderheiten erzwingt einen politischen Paradigmenwechsel von Assimilationspolitiken hin zur aktiven Förderung des Multikulturalismus. Schwierig daran ist, dass sehr viele Städte noch in den 80er Jahren in ihrer Ausländerpolitik keine wirkliche und vor allem langfristige Eingliederungsperspektive im Sinne einer Zugehörigkeitspolitik (Filsinger 2002: 15) verfolgten und somit weder Assimilation förderten noch institutionell etwas änderten und auf die neue Situation, die durch den Familiennachzug der Gastarbeiter entstand, nicht zeitnah auch ein neues Integrationskonzept anschoben. Die großen Städte, welche die Auswirkungen dieses Versäumnisses am stärksten zu spüren bekamen, nämlich die mit den höchsten Ausländeranteilen und insbesondere diejenigen, die von der dauerhaften Anwesenheit von signifikanten Migrantengruppen zu sprechen begannen, reagierten mit kommunalen Ansätzen. Sie hatten schlichtweg keine Zeit, auf eventuelle nationale einwanderungspolitische Lösungen und Finanzierungen zu warten.

Egal ob die neuen kommunalpolitischen Integrationsansätze nun nationale Einwanderungspolitik unterstützen, ergänzen oder ihr ein Stück weit entgegenstehen, werden die Städte zunehmend unabhängiger in ihren Antworten auf die Herausforderung ethnischer und kultureller Vielfalt. Die Palette kommunaler Integrationspolitik reicht weit – von der Einsetzung von Ausländerbeiräten bis zur Förderung oder Auflösung ethnischer Enklaven. Während die „neuen Einwanderungstädte“ ihre ganz verschieden ausgerichteten Integrationsstrategien ausprobieren, läßt sich eine europaweite Tendenz beschreiben, in der die Städte – mit jeweils verschiedenen Ausgangslagen konfrontiert – sich in ganz unterschiedlichen Phasen der Entwicklung ihrer Integrationspolitik befinden (Alexander 2003: 411-430).

Nicht nur, weil viele Städte nun einen gewissen Politikvorsprung gegenüber den Nationalregierungen gewinnen, sind sie als Analyseeinheit interessant, sondern auch, weil sich Integration nicht abstrakt auf der nationalen Ebene, sondern konkret in der lebensräumlichen Umwelt der Einwanderer und Einheimischen abspielt.

Beim Vergleich der Integrationssituationen in Städten verschiedener Länder wird der große Einfluss der nationalen politischen und der lokalen Kultur⁴ der Einheimischen deutlich. Traditionelle Einwanderernationen wie die USA oder Kanada gehen viel selbstverständlicher mit dem Thema Migration um. In einem Land, wo sich jeder auf seine Wurzeln bzw. die seiner Familie beruft, können dies auch die Neuzuwanderer. Das tolerante, stark individualistische Klima Nordamerikas erweist sich als besonders großzügig gegenüber doppelten oder multiplen Identitäten, was wiederum die schnellere Annahme der amerikanischen Identität ermöglicht, soweit die Zuwanderer diese anstreben. Jeder kann Amerikaner werden, egal wo er und seine Familie ursprünglich herkommen. Die positive Besetzung und die symbolische Allgegenwärtigkeit der amerikanischen Identität erzeugt zudem einen starken Assimilationssog im Unterschied z.B. zur deutschen. Der American Dream ist zudem sehr eng mit Einwanderung verknüpft, Einwanderung ist Bestandteil dieser Identität ebenso wie die Bewahrung seiner Wurzeln. In Amerika kann jeder seinen Traum verwirklichen. Tatsache oder nicht – der Glaube an die individuellen Chancen in Amerika setzt

⁴ Ziel bei dieser Betrachtung ist die Wiedergabe allgemeiner Trends. Es darf jedoch nicht von der Vollständigkeit und Ausschließlichkeit dieser Aussagen oder ihrer uneingeschränkten Anwendbarkeit auf alle Einzelsituationen ausgegangen werden.

enorme Kräfte frei, insbesondere bei denen, die hochqualifiziert ins Land kommen und denen alle Türen sofort offen stehen. Individueller Erfolg bedeutet fast automatisch Integration in die amerikanische Gesellschaft. Und natürlich hat auch hier die Verbindung mit der lokalen Gemeinschaft eine ungeheure Zugkraft. Dabei fällt die Leichtigkeit auf, Bekanntschaften zu machen, zunächst flüchtige, aber bei eigenem Zutun auch Freundschaften zu schließen. Es verwundert daher nicht, dass es gerade nicht die Neuzuwanderer sind, die den sozialen Zusammenhalt in den High Tech-Regionen wie Boston oder New York gefährden. Auch die Liberalität der Ostküste – die Philosophie des „Leben und leben lassen“ trägt entscheidend zur Integration bei. Ganz anders in den erkonservativen Städten des Südens (Texas, Louisiana, Mississippi), wo radikale Protestanten auf sozial schwache und bildungsferne katholische Zuwanderer aus Mexiko treffen.

Schwieriger gestaltet sich dies in zentralistischen Gesellschaften, wie zum Beispiel Frankreich. Die französische Gesellschaft ist weit weniger tolerant und die soziale Etikette streng. Dem auswärtigen Studenten ebenso wie dem Einwanderer schlägt in Paris eher ein Klima der Exklusion entgegen, wenn man sich nicht vollständig an diese Etikette hält. Soziales Prestige verbindet sich in Frankreich sehr stark mit der meisterlichen Beherrschung der französischen Sprache, was Ausländer eher entmutigt als sie anspornt. Der Versuch, die französische Sprache von fremdem Wortmaterial reinzuhalten – wozu es eine eigene Institution gibt: die Academie Francaise – ist nur ein Symbol der Geschlossenheit der französischen Gesellschaft. Die traditionelle Überhöhung der „Grande Nation“, die aus der Kolonialzeit (mit der Sicht von Paris als Nabel der Welt) stammt, haben Pariser Eliten bis heute nicht abgelegt. Das herkömmliche Integrationsmodell zielt auf reine Assimilation ab. Zwar zählen alle in Frankreich geborenen Kinder automatisch als Franzosen, doch magrebinisch-kulturelle Erscheinungsformen werden nach wie vor als exotisch betrachtet, nicht als französisch. Kulturelle Überheblichkeit führt zum Ausschluss auch der gebildeten Zuwanderer. Eine Tendenz, die in der Gegenwart nicht mehr durch Zugehörigkeit zu den „richtigen Familien“ oder eine eindeutige Führungsrolle von Paris als der kulturellen Metropole kompensiert werden könnte. Der gleichzeitige Ausschluss und die Forderung nach relativ vollständiger Anpassung verfehlt die Realitäten der modernen Zeit. Zuwanderergruppen suchen und finden alternative Zugehörigkeiten in ihren eigenen kulturellen und ethnischen Kreisen. Dass dies oft mit ökonomischen und sozialen Nachteilen verbunden ist, dient der Assimilationspolitik der Regierung nicht, weil das Gefühl der Exklusion dadurch mehr verstärkt wird als der Wille zum unbedingten Erfolg nach französischen Regeln.

Auch die Herkunftskultur der Einwanderer hat einen großen Einfluss auf den Integrationserfolg, insbesondere auf das Element der strukturellen Integration, das heißt den Erfolg in Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt und die Schnelligkeit, mit der die neue Sprache gelernt wird. Ein Integrationsvorteil ist hier selbstverständlich die Nähe der Sprachen und der Kulturen. Herkunftskulturen, die kollektivistisch geprägt sind, statten Menschen mit Geduld und Nachgiebigkeit aus und der Fähigkeit, sich leicht in die neue Gemeinschaft einzuordnen, aber es fördert gerade in individualistisch geprägten Aufnahmegesellschaften dennoch oft das Gefühl der Einsamkeit und dadurch den „Rück“zug in ethnische Gemeinschaften, wo man Vertrautes und vor allem Nähe findet. Wenn stark ausgeprägte Werte wie Bildung, Fleiß und Leistung aus der Herkunftskultur mitgebracht werden, so trägt auch dies zum Integrationserfolg der Zuwanderer bei. Es erklärt nicht zuletzt den Studienerfolg der asiatischen Studenten trotz anfänglich typischer immenser Sprachprobleme. Als letztes Element möchte ich in diesem Zusammenhang die schwach ausgeprägte nationale Identität erwähnen. Auf der jungen deutschen Generation haftet das selbstbejahte Stigma der Täternation, ein Makel, den man am schnellsten dadurch los wird, dass man seine Herkunft verleugnet. In der jungen ostdeutschen Generation kam zudem in den ersten Nachwendejahren vielfach der Identi-

tätsverlust durch das politische Ende Ostdeutschlands und das emotionale Noch-nicht-Verankertsein in der gesamtdeutschen Gesellschaft hinzu, was eine ganz ähnliche Wirkung hinsichtlich ihrer Assimilationsbereitschaft im Ausland hervorrief.

Da nun mit dem neuen Ausmaß an Zuwanderung unsere Gesellschaften in den Städten heterogener werden und auch auf Dauer bleiben werden, weil die großen Migrantengruppen im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr so bereitwillig wie früher ihre Identitäten aufgeben und weil sie als große Gruppen von einer immer kleiner werdenden „Mehrheits“-Gesellschaft auch nicht mehr dazu gezwungen werden können, müssen neue Wege der Integration gefunden werden. Klar ist, dass diese – so sie Aussicht auf Erfolg haben sollen – nur auf dem Prinzip des Pluralismus beruhen können. Denn wie will man die großen Minderheiten anders einbeziehen und an wichtigen Entscheidungen beteiligen?

Pluralistische Gesellschaften können diese Politik natürlicherweise leichter formulieren und ihr die nötige Unterstützung verleihen. Die Öffnung der kommunalen Verwaltung für die besonderen Bedürfnisse von Migranten bzw. kulturellen Gruppen, zum Beispiel durch die Erweiterung städtischer Dienstleistungen (muslimisches oder koscheres Essen auf Rädern), interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter in den Bürgerbüros, Mehrsprachigkeit, gleiche Chancen für Migranten bei der Stellenbesetzung ist nicht nur nötig, um den sozialen Frieden in der Stadt zu erhalten, sondern bekräftigt auch die Wertschätzung anderer Weltbilder und schützt die Identitäten derer, die sich nun angesprochen fühlen. Das Verhalten der lokalen Administration gegenüber Migrantenvereinen und -organisationen ist dabei entscheidend für die Gewinnung und Einbindung dieser Organisationen in die politische und soziale Integration. Förderung der Vielfalt und Förderung der Integration sind dabei zwei Seiten derselben Medaille, und das eine schließt das andere nicht aus, sondern ergänzt es.

Interessanter Weise haben diejenigen, die sich am meisten vor den Fremden verschließen, die größten Probleme und stehen ihnen ohnmächtig gegenüber. In Paris werden ganze Vororte muslimisch, man kann in bestimmten Gegenden kein Schweinefleisch oder Alkohol mehr erwerben. Segregation und ein Auseinanderbrechen der Stadtgemeinschaft sind die Folge.

In Den Haag und Rotterdam sind Migrantenorganisationen seit vielen Jahren verlässliche Partner der Integrationsarbeit und erhalten für ihre Projekte auch öffentliche Finanzhilfen. Es besteht gesellschaftlicher Konsens, Einwanderung nicht als Wahlkampfthema zu polarisieren. Diskriminierung ist schlichtweg ein Tabu, was zwar nicht heißen soll, daß es nicht wenigstens versteckte Diskriminierung gäbe, Extreme bleiben jedoch aus. Die Kooperation mit Migrantenorganisationen ist zudem ein wirkungsvolles Instrument, politische und gesellschaftliche Partizipation von Migranten zu stärken. Denn dies sind die ersten Institutionen, wo Mechanismen von Teilhabe, Verantwortung, Interessenvertretung und auch Lobbyarbeit geübt werden können und Interesse an mehr Mitbestimmung gedeihen kann. Damit wird der Zugang zu gesellschaftlicher und politischer Partizipation von Migranten im Aufnahmeland erleichtert, weil der Übergang zu den Kanälen der Mehrheitsgesellschaft wie Parteien, Vereinen, Interessengruppen und anderen Organisationen vorbereitet wird.

Pluralismus und die Wertschätzung der Existenz verschiedenster Kulturen und Normen (unter dem Dach einer demokratischen Verfassung) erlauben dem Einzelnen ein Höchstmaß an Respekt und Autonomie. Der Schutz der Minderheiten bedeutet zugleich die Freiheit für das Individuum, selbst zu entscheiden, ob und wann es kulturelle Grenzen der Minderheits- und der Mehrheitskultur überschreiten möchte (--> Assimilation), diese Grenzen verwischt oder verschiebt oder multiple Identitäten miteinander in Einklang bringt und damit sein individuelles Selbst gestaltet.

In diesem Sinne muss auch die von mir vorgetragene Definition für Integration erweitert werden. Denn Integration als die Herstellung einer Stadtgemeinschaft muss auch die Aufnahme ganzer Gruppen erlauben, die von der Stadtgemeinschaft nicht nur toleriert, sondern geschätzt werden und in denen sich die einzelnen Neuzuwanderer zunächst integrieren, denen die Organisationen dieser Gruppen aber auch die Wege zu politischer und gesellschaftlicher Teilhabe auf dem Niveau der Stadtgemeinschaft weisen.

Der postmoderne Trend ist eine Mischung aus Assimilations- und Pluralismusstrategie, weil viele typische Maßnahmen, die im Ursprung auf Assimilation abzielen, der Existenzsicherung der Zuwanderer dienen und die Maßnahmen, die unter Pluralismusförderung subsumiert werden, die Identitäten der Zuwanderer, Minderheiten und der Einheimischen schützen helfen.

Bestandteile der Integrationsmaßnahmen, die diesem Politikverständnis folgen, sind unter anderem Mehrsprachigkeit, Bildungsförderung im Sinne einer Affirmative Action, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Religionsunterricht, die Beseitigung struktureller Barrieren für Chancengleichheit auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und bei öffentlichen Dienstleistungen.

Die Aufgabe einer liberalen Gesellschaft ist die Vermittlung eines Bildes menschlicher Universalität mit der Möglichkeit, nach diesem Bild zu leben und Individuen eine eigene robuste Identität zu sichern, die ihnen Lebenschancen eröffnet und damit an die internationale Stadtgemeinschaft bindet und sie nicht in die Hände von rassistischen und extremistischen Häschern laufen lässt.

Literaturverzeichnis

- Alexander, Michael, 2003: Local Policies Toward Migrants as an Expression of Host-Stranger Relations: A Proposed Typology. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 29, 3: 411-430
- Bauman, Zygmunt, 1995: Making and Unmaking of Strangers. In: *Thesis Eleven*, 43, 1: 1-16
- Filsinger, Dieter, 2002: Die Entwicklung der kommunalen Integrationspolitik und Integrationspraxis der neunziger Jahre. In: *Migration und Soziale Arbeit*, 2-2002: 13-20
- Fitzgerald, Thomas K., 1993: *Metaphors of Identity*, Albany, NY: State University of New York Press
- Handler, Richard, 1994: Is Identity a Useful Cross-Cultural Concept? In: Gillis, John R., *Commemorations*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Hobmair, Hermann (Hrsg.), 1994: *Psychologie*, Köln: Stam-Verlag
- Huntington, Samuel P., 1997 (a): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, 2. Aufl., New York: Touchstone
- Huntington, Samuel P., 1997 (b): The Erosion of American National Interests. In: *Foreign Affairs*, 76, 5: 28-49
- Jervis, Robert, 1976: *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press
- Johnston, Alastair Iain, 1999: Identity: What is it Good For? Talking points, Seminar on Social Sciences, Center for International Security and Cooperation, Stanford University
- Lippmann, Walter, 1990: *Die öffentliche Meinung*, (Nachdruck der deutschen Ausgabe von 1964), Bochum: Universitätsverlag Brockmeyer
- Lorenz, Konrad, 2000: *Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit*, 28. Auflage (1. Auflage 1973), München: Piper

Ochmann, Frank, 2003: Die Macht der Gefühle, *Der Stern*, 35-2003: 96-107

Pye, Lucian W.; Pye, Mary W., 1985: *Asian Power and Politics: The Cultural Dimension of Authority*, Cambridge, Mass.: Cambridge University Press

Spindler, George; Spindler, Luise, 1993: Vorwort zu Thomas K. Fitzgerald, *Metaphors of Identity*, Albany, NY: State University of New York Press

Verba, Sidney: *Comparative Political Culture*, in: Lucian W. Pye / Sidney Verba (Hg.), *Political Culture and Political Development*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1965

Wagner III, John A.; Hollenbeck, John R., 1995: *Management of Organizational Behavior*, 2. Auflage, New Jersey: Prentice Hall

Die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften nach Deutschland

Eine Untersuchung zur „Greencard“

Heike Pethe

Die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften wird in der Literatur oft durch die Mesoebene erklärt, d.h. unternehmensinterne Arbeitsmärkte, Personalvermittler, politische Organisationen oder auch Bildungsinstitutionen steuern und lenken die Migrationsbewegungen von hochqualifizierten Fachkräften. Neue technologische Instrumente wie das Internet, die eine individuelle Arbeitssuche vereinfachen, aber auch eine Veränderung der deutschen Migrationspolitik mit einer erweiterten Öffnung der Arbeitsmärkte für Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten werfen die Frage auf, ob Akteure auf der Mikro- oder Makroebene einen größeren Einfluss bei der Gestaltung des Migrationsprozesses erhalten. Analysiert man die räumliche Konzeption der Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften, so bieten die bestehenden Ansätze zwar einige Anhaltspunkte, aber eine räumliche Theoretisierung der Wanderungsbewegung bleibt oftmals sehr grob. In dem Beitrag wird die durch die „Greencard“ initiierte Migrationsbewegung ausländischer IT-Fachkräfte nach Deutschland untersucht. Er gliedert sich dabei in drei Teile: In einem ersten Abschnitt werden die verschiedenen Migrationstheorien zur Mobilität hochqualifizierter Fachkräfte erörtert und deren räumliche Konzeption darlegt. In einem zweiten Teil werden mit Hilfe der statistischen Daten der Bundesanstalt für Arbeit die Herkunftsgebiete und Zielgebiete dieser Migrationsbewegung bestimmt. Schließlich werden die Ergebnisse einer qualitativen Befragung von 26 IT-Unternehmen vorgestellt, um darzulegen auf welche Weise der Kontakt zwischen den ausländischen IT-Fachkräften und den Unternehmen zu Stande kam und welche Akteure zentral für den Migrationsprozess sind. Dabei wird gezeigt, dass es sich um eine neue Art der Migrationsbewegung nach Deutschland handelt und die individuellen Akteure auf der Mikroebene einen wachsenden Einfluss auf die Befriedigung ihrer Mobilitätsbedürfnisse erhalten.

1. Humankapitaltransfer zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Transnationale Unternehmen werden als wichtige Akteure der wirtschaftlichen Globalisierung gesehen. Sie sind für einen großen Teil der weltweit transferierten Güterströme verantwortlich (Dicken 1998). Ein großer Teil der ausländischen Direktinvestitionen wird durch sie geregelt und sie bestimmen auf diese Weise, welche Regionen in die internationalen Kapitalströme eingebunden werden (vgl. Lee 2000: 852) und wo Arbeitsplätze in ihren Zweigniederlassungen entstehen. Ferner können Lernprozesse entstehen, die die neuen Standorte und die umliegende Region in internationale Produktentwicklungen und Innovationen einbinden (Fuchs 2001).

Im Gegensatz zu den Nationalstaaten haben transnationale Unternehmen einen immer größeren Einfluss auf die Steuerung der Ströme und auf die Raumentwicklung, was Mitte der 1990er Jahre Planer und Politiker dazu veranlasste, von einem globalen „Wettbewerb der Regionen“ zu

sprechen. Hierdurch wird die Sorge artikuliert, dass die Ströme schnell und flexibel von den transnationalen Unternehmen in Regionen gelenkt, aber auch wieder abgezogen werden können. Immer entferntere Regionen werden miteinander in Konkurrenz gebracht. Im Gegenzug verlieren die vorher bestehenden regionalen Strukturen und Spezifika an Bedeutung. Die Regionen gleichen sich an, Orte werden vergleichbar und ihr typischer Charakter wird aufgehoben.

Beschreibungen wie „Capital is free to roam, labour is not“ (King 1995: 25) oder „Festung Europa“ (Bade 2001 zit. nach Hillmann 2003: 141) bestimmen bisher die Realität der internationalen Arbeitskräftemigration. Seit der Bundeskanzler Gerhard Schröder im Februar 2000 eine deutsche „Greencard“ ankündigte, wird jedoch von Journalisten, Politikern, Verbandssprechern und Wissenschaftlern immer wieder das Diktum des „Wettbewerbs um die besten Köpfe“ verwendet (vgl. Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001). Der Humankapitalstrom wird in dieser Argumentation mit Kapital- oder Informationsströmen gleichgesetzt und die räumliche Verankerung der Migrationsbewegung nicht beachtet. Sind Orte – gemäß dieser Vorstellung – international vernetzt und in die Kapital-, Informations- und schließlich Humankapitalströme eingebunden, erscheinen sie als wettbewerbsfähig. Ist eine Region im Zeitalter der globalen Wissensgesellschaft nicht in den Strom mobiler hochqualifizierter Arbeitskräfte integriert, verliert sie wichtige Wissensressourcen für ihre Innovationsfähigkeit und büßt ihre Konkurrenzfähigkeit ein. Diese Argumentation baut in vergleichbarer Weise wie das Schlagwort „Wettbewerb der Regionen“ auf die Vorstellung von vergleichbaren oder überspitzt formuliert von inhaltsleeren Räumen auf. Auf welche Weise die Ströme in einen lokalen Kontext eingebaut werden und welche Art der Wertschöpfung einen Ort mit anderen Räumen verbindet, steht in dieser Argumentation nicht in Frage. Die spezifische Struktur der Orte mit einem konkreten sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontext und ihre relationalen Beziehungen zu anderen Räumen werden bei dieser Betrachtungsweise vernachlässigt. Welche Akteure sich für diese Entwicklung verantwortlich zeigen, wie diese Akteure in einem bestimmten lokalen Kontext eingebunden sind und welche Verbindungen zu den Herkunfts- und Zielgebieten der hochqualifizierten Migranten gepflegt werden, wird selten beachtet. Oftmals werden mit Hinweis auf abstrakte Notwendigkeiten wie Globalisierung oder internationale Innovationsfähigkeit die konkreten Bedingungen vor Ort nicht benannt und die Verankerung der Migrationsbewegung in einem konkreten Kontext wird zu wenig diskutiert. Für die Migration von hochqualifizierten Fachkräften stellt sich schließlich die Frage, ob Menschen, deren Biographie von einer Vielzahl von sozialen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen geprägt ist, mit Gütern, Informationen oder – noch unproblematischer – Kapital verglichen werden können.

Im folgenden Artikel soll aus einer geographischen Perspektive untersucht werden, an welche Raumbeziehungen die durch die „Greencard“-Regelung initiierte Migrationsbewegung anknüpft und ob sie bisher bestehende Mechanismen bei der internationalen Migration von hochqualifizierten Fachkräften fortführt. Der folgende Aufsatz wird im ersten Teil einen kurzen Literaturüberblick geben und bisherige Ansätze zur Migration von hochqualifizierten Fachkräften darstellen. Neben der Frage, welche Akteure die Migration von Hochqualifizierten zentral gestalten und steuern, soll hier auf die Geographie der Migrationsbewegung eingegangen werden. In einem zweiten Teil werden die von der Bundesanstalt für Arbeit erhobenen Daten für die Herkunftsländer und Zielregionen der Migranten untersucht. In einem dritten Teil werden die Ergebnisse von qualitativen Interviews mit Unternehmen in der Region München vorgestellt und es wird gezeigt, dass sich die zentrale Akteurebene von der vermittelnden Mesoebene auf die Mikroebene der Migranten verlagert hat.

2. Migration hochqualifizierter Fachkräfte – ausgewählte theoretische Ansätze

2.1 Migrationsprozess

Lange Zeit wurde die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften alleine mit dem Brain Drain-Ansatz diskutiert (Watanabe 1969, Schipulle 1973). Die Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften behindert nach dieser Vorstellung die Modernisierung und wirtschaftliche Prosperierung der sogenannten Entwicklungsländer. Vor dem Hintergrund der Dependenztheorie wurde angegeben, dass der Transfer von Humankapital aus Entwicklungsländern der Reproduktion der Arbeitskraftressourcen in Industriestaaten dient.

In den letzten Dekaden entwickelt sich vor dem Hintergrund der wachsenden Globalisierung der Wirtschaft und der Expansion transnationaler Unternehmen ein Ansatz, dem Meusburger den Namen ‚Brain Exchange‘ gegeben hat (Meusburger 2001). Die empirischen Befunde belegen seit Mitte der 1980er Jahre für Großbritannien (Findlay 1988, Salt 1992, Wolter 1997: 35) und dann auch für andere Staaten der ehemaligen Europäischen Gemeinschaft (Werner/Walwei 1992: 3, Wolter 1997), dass sich der Charakter der Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften verändert. Die permanente Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus den Ländern des ‚Südens‘ wird erstens durch eine temporäre, zirkuläre Bewegung zwischen den Industriestaaten oder zweitens von einer Migrationsbewegung aus den zentralen Gebieten der Weltwirtschaft in die sogenannte Peripherie abgelöst. Auf theoretischer Ebene hat man sich von dem bis dahin diskutierten Brain Drain-Ansatz abgewendet. Dieser makroökonomische Ansatz, der die Abwanderung von hochqualifizierten Fachkräften aus geringer entwickelten Ländern lange Zeit durch Lohnunterschiede zwischen den Ländern erklärte, vermochte nun die Migration der hochqualifizierten Arbeitskräfte nicht mehr abzubilden, da die Migrationsbewegung innerhalb gleich entwickelter Staaten oder sogar entgegen dem wirtschaftlichen Gefälle der beteiligten Staaten verlief (siehe Findlay 1988, Salt 1988, Findlay/Gould 1989, Beaverstock 1990). Deshalb änderte sich im Rahmen des Brain Exchange-Ansatzes die Forschungsperspektive von einer entwicklungspolitischen Analyse der Struktur und der Auswirkungen auf die Länder hin zu einer wirtschaftsgeographischen Untersuchung des Migrationsprozesses.¹

Der Migrationsprozess wird in einer Reihe von wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsgeographischen Untersuchungen aus der Perspektive der Betriebe untersucht. Der Migration Channel Approach, der hier im Folgenden vorgestellt wird, hat den Vorteil, dass er die Migration der hochqualifizierten Fachkräfte nicht nur aus dem Blickwinkel der einzelnen, personalbeschäftigenden Betriebe betrachtet, sondern auch weitere wirtschaftliche Akteure im Umfeld der Betriebe einbezieht, die den Migrationsprozess beeinflussen. Er bietet deswegen einen umfassenden Rahmen zur Untersuchung des Migrationsprozesses an. Die Grundidee des Migration Channel Approaches liegt darin, die Migrationskanäle für hochqualifizierte Arbeitskräfte zwischen den Herkunftsländern und den Zielländern zu untersuchen. Kann man die Funktionsweise der unterschiedlichen Vermittlungskanäle identifizieren, so die Annahme, ist es folglich möglich den

¹ Hinzu kommt, dass eine Reihe von Forscherinnen und Forschern die negative Einschätzung der Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften auf die Entsendeländer in Frage stellen und deswegen das Phänomen des Brain Drains lieber durch den Ausdruck ‚Brain Circulation‘ charakterisiert wissen wollen (Ladame 1970, Salt 1983, Saxenian 1999, 2000, Wiemann 2000).

Migrationsprozess vollständig in einem neuen Modell abzubilden (Findlay 1990: 20). Das so entwickelte Modell benennt drei Migrationswege auf der Mesoebene. Erstens entsteht in transnationalen Unternehmen ein interner Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Da Unternehmen seit den 1980er Jahren immer stärker international expandieren und in verschiedenen Ländern Niederlassungen gründen, werden hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Steuerung und Kontrolle der ausländischen Niederlassungen benötigt. Zweitens können kleine und mittlere Unternehmen in den wachsenden Ökonomien der Schwellenländer internationale Entwicklungsverträge ausführen. Da sie über den internen Arbeitsmarkt keine Arbeitskräfte nachfragen können, müssen sie auf dem internationalen Arbeitsmarkt extern hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Auftrags Erfüllung rekrutieren (Findlay/Garrick 1990: 179, Findlay 1990: 19). Drittens nutzen kleine und mittlere Unternehmen sowohl in den neuen als auch in den alten Ökonomien die Expertise von internationalen Personalvermittlungsagenturen bei der externen Rekrutierung von hochqualifizierten Spezialisten (Findlay 1990: 19, Findlay/Garrick 1990: 180). Auch wenn Findlay und Garrick davon ausgehen (1990: 191), dass weitere Migrationskanäle zwischen den Entsendeländern und den Zielländern existieren können, sehen sie die Kanäle aus drei Gründen als ‚Gatekeeper‘ bei der Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften an. Die Vermittler auf der Mesoebene stellen erstens die Informationen und Ressourcen für die einzelnen Migranten zur Verfügung, bestimmen zweitens die Größe und Komposition durch ihre Auswahl und motivieren drittens mit ihren Personalentwicklungsplänen die Arbeitskräfte zur Migration² (Findlay/Li 1998: 685).

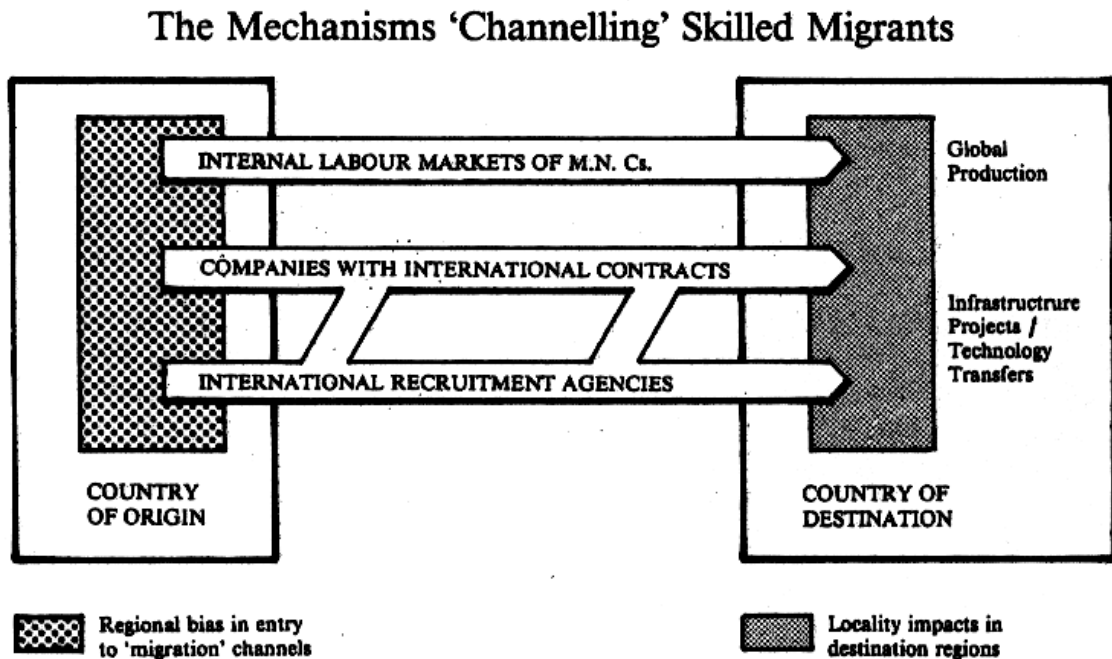
Die individuellen Migranten hingegen verfügen in diesem Ansatz kaum über Handlungsmöglichkeiten, das Ziel ihrer Migration selbst zu bestimmen und ihre Mobilitätsvorstellungen selbst zu verwirklichen. Sie sind deshalb in der Modellskizze nicht zu finden (siehe Abbildung 1).

Die von Findlay und Garrick benannten Migrationskanäle wurden in der wissenschaftlichen Literatur mit unterschiedlicher Aufmerksamkeit untersucht. Die meisten Autoren widmen sich der Analyse des internen Arbeitsmarktes in internationalen Unternehmen (Salt 1988, Beaverstock 1991, 1994, 1996a, 1996b, 1996c, Beaverstock/Smith 1996, Hillmann/Rudolph 1996, 1998, Tzeng 1995, Wolter 1997, Glebe/White 2001), während die Funktionsweise des externen Arbeitsmarktes für international mobile hochqualifizierte Arbeitskräfte nur in wenigen Arbeiten zur Sprache kommt³ (Gould 1987, Boyle et al. 1996, Koser/Salt 1997: 298). Im Ergebnis kommen die Untersuchungen immer wieder zu dem Schluss, dass die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften im Wesentlichen durch die internen Arbeitsmärkte transnationaler Unternehmen gesteuert und gelenkt wird (Beaverstock 1994, 1996a, 1996b, 1996c, Beaverstock/Smith 1996, Tzeng 1995, Hillmann/Rudolph 1996, 1998, Wolter 1997, Glebe/White 2001).

² In den verschiedenen Phasen des Migrationsprozesses können die hochqualifizierten Fachkräfte die Möglichkeiten der verschiedenen Kanäle nutzen und zum Erhalt der Informationen, Ressourcen und der Möglichkeit zum internationalen Transfer zwischen den Kanälen wechseln (Findlay/Garrick 1990: 180).

³ Findlay und Garrick weisen darauf hin, dass der Migrationskanal in transnationalen Unternehmen relativ einfach durch Datenanalyse der öffentlichen Statistik zu untersuchen ist, während für die beiden anderen Kanäle aufwendige Datenerhebungen durch die Forscherinnen und Forscher durchgeführt werden müssen (Findlay/Garrick 1990: 180f).

Abb. 1: Migration Channel Approach



Quelle: Findlay/Garrick 1990: 20.

An dieser Stelle muss allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass die nationale Gesetzgebung die Migrationswege über unternehmensinterne Arbeitsmärkte privilegierte. Trotz der Abschottung der Arbeitsmärkte gegen ausländische Arbeitskräfte waren die Arbeitsmärkte für hochqualifizierte Arbeitskräfte im Rahmen des internationalen Personaltransfers in den Industrieländern geöffnet. Eine eigenständige Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften ermutigten nur die klassischen Einwanderungsländer wie Kanada und Australien über ein Punktesystem. Die europäischen Länder stellten die Weiterqualifizierung und Fortbildung der im Inland lebenden Arbeitskräfte in den Vordergrund und lehnten deswegen eine Öffnung ihrer Arbeitsmärkte lange Zeit ab. Entwicklungspolitische Überlegungen mit dem Brain Drain-Ansatz im Hintergrund, die negative Auswirkungen für Entwicklungsländer vermeiden wollen, unterstützen diese Haltung.

2.2 Geographie der Migration

Während die Migration von hochqualifizierten Fachkräften in ihrer Funktionsweise durch eine Vielzahl von Arbeiten untersucht worden ist (s.o.), sind die Erkenntnisse zur Geographie dieser Migrationsbewegung relativ gering und lassen sich, wie Findlay und Garrick unterstrichen haben, nur durch eine Vielzahl von aufwendigen Einzeluntersuchungen erweitern (Findlay/Garrick 1990: 181). In ihrem Modell des Migration Channel Approach weisen sie den einzelnen Migrationskanälen unterschiedliche Raummuster zu:

"[T]hey [migration channels, H.P] result in three distinctly different migration flows in terms of their demographic character and socio-professional composition. It is expected that someone migrating as part of a career path within the relative security of the internal labour market of an international organisation will be very different in

character and motivation from someone applying to a recruitment agency for placement on a bachelor status two-year contract with an unknown foreign employer" (Findlay 1990, 20).

Mit anderen Worten: Die Raummuster der Migrationsbewegung unterscheiden sich auf Grund des unterschiedlichen Berufsprofils der hochqualifizierten Migranten der einzelnen Migrationskanäle. Auch hier sind die Ergebnisse für den internen Arbeitsmarkt am besten dokumentiert. Die Migrationsbewegung, die im Rahmen des internen Arbeitsmarktes stattfindet, spannt sich gemäß der Vorstellung von Findlay und Garrick (1990: 180) zwischen den Kernregionen der Volkswirtschaften als Herkunfts- und Zielraum auf. Die Migrationsräume, die durch den externen Arbeitsmarkt miteinander verknüpft werden, spezifizieren sie hingegen nur vage, indem sie bei den Personalvermittlungsagenturen davon ausgehen, dass diese ‚stereotyped images‘ zu den einzelnen regionalen und nationalen Arbeitsmärkten nutzen, um Fachkräfte extern zu rekrutieren (ibd.).⁴

Beaverstock (1994, 1996a, 1996c, Beaverstock/Smith 1996), der in seinen Arbeiten nur den internen Arbeitsmarkt von internationalen Finanzdienstleistungsunternehmen untersucht hat, verknüpft die Migration der hochqualifizierten Fachkräfte mit der World bzw. Global City-Theorie von Friedmann (1986) und Sassen (1996). Die sogenannten Global Cities sind aus zwei Gründen Zielregionen für hochqualifizierte Migranten. Transnationale Unternehmen, die durch Firmenpolitik und internen Arbeitsmarkt die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften strukturieren, haben ihre Zentralen und Niederlassungen in den sogenannten World oder Global-Cities. Dadurch entsteht in diesen Städten wiederum ein attraktiver Arbeitsmarkt für Unternehmen, die hochqualifizierte Arbeitskräfte nachfragen und sich deshalb in den sogenannten Global Cities niederlassen (Beaverstock 1994: 326, Beaverstock/Smith 1996: 1378). Nach seinen Beobachtungen werden die hochqualifizierten Arbeitskräfte von den Unternehmenszentralen in den meisten Fällen in die Niederlassungen versandt, so dass eine zentripetale Migrationsrichtung vorherrscht.

Leider bleiben bei dieser Argumentation – besonders im deutschen Kontext – einige Fragen unbeantwortet. Erstens ist es bei dem polyzentrischen Städtesystem Deutschlands schwierig, Städte als Global Cities zu definieren oder von einer wirtschaftlichen Kernregion wie im Falle Großbritanniens zu sprechen. Zweitens: Ist es möglich, diese empirische Beobachtung aus dem Finanzdienstleistungssektor auf andere Branchen zu übertragen? Bekannte Zentren der IT-Branche wie Silicon Valley (USA) oder Sophia Antipolis (Frankreich) sind sicherlich nur mit Mühe als Global Cities oder als Kernregionen einer Volkswirtschaft zu klassifizieren. Kann man die Merkmale und das analytische Artefakt der Global Cities so unmittelbar mit der Migrationsbewegung von hochqualifizierten Arbeitskräften verknüpfen?

Findlay und Li (1998: 700f) haben darauf hingewiesen, dass die mannigfaltigen Bedeutungen und Bedeutungsüberlagerungen dessen, was Raum genannt wird, sich nur unzureichend in dieser geographischen Beschreibung der Migrationsbewegung niederschlagen. Wie die Abbildung 1 gut demonstriert, stellte man sich die geographischen Räume als zwei räumliche Behälter vor, zwischen denen Personen ausgetauscht werden. Die Einordnung der Quell- und Zielgebiete in eine hierarchische Wirtschaftsstruktur, in weltweite Kapitalströme, in lokale Arbeitsmärkte und eine lokale Wirtschaftsstruktur beeinflusst die Migration der Hochqualifizierten aber auch, so dass eine Distribution der Fachkräfte nicht nur als Folge der Migrationskanäle betrachtet werden kann. Einerseits muss der lokale Kontext der Räume der betroffenen Akteure in Hinblick auf deren

⁴ Da außer Findlay und Garrick keine weiteren Arbeiten den dritten Migrationskanal der internationalen Vertragsarbeit untersucht haben, soll dieser hier im weiteren Text ausgeklammert werden.

Handlungsmöglichkeiten untersucht werden, andererseits sind die Verflechtungen zwischen Herkunfts- und Zielräumen zu analysieren.

Zu den Verflechtungen zwischen Herkunfts- und Zielregion sagt die wirtschaftswissenschaftliche Literatur, dass Betriebe, die ausländische hochqualifizierte Fachkräfte beschäftigen, durch eine Reihe von Merkmalen charakterisiert werden können: einen hohen Exportanteil (Bittner/Reisch 1991: 14, List 1996, Wolter 1997: 23, IZA 2001: 56), die Betriebsgröße (IZA 2001: 56),⁵ als Betrieb eines ausländischen Unternehmensverbundes (Wolter 1997), ihre Branchenzugehörigkeiten (z.B. Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung, Handel; Bröcker 1991: 138, List 1996: 68, Wolter 1997: 94, IZA 2001: 40) oder ihre spezifische Funktion in der Unternehmensorganisation (einzelne Betriebsressorts z.B. Marketing oder Forschung und Entwicklung, Bröcker 1991: 137, Salt 1992: 1082, List 1996: 79, IZA 2001: 48). Unter den genannten Merkmalen befinden sich erstens Wirtschaftszweige und Unternehmensfunktionen, die auf einen erhöhten Güteraustausch mit dem Ausland hinweisen. Zum zweiten belegen sie auch eine Einbindung in den internationalen Kapitaltransfer, was man für Regionen auch an der Höhe der ausländischen Direktinvestitionen⁶ messen kann. Als drittes Element, das die Austauschbeziehungen zwischen zwei Räumen intensiviert und die Transaktionskosten für die Betriebe senkt, müssen Informationsströme zwischen den Räumen genannt werden, was vor allem von Castells (2001), aber auch von Wirtschaftswissenschaftlern wie Wolter (1999) unterstrichen wurde. Weitere Verflechtungen wie Beziehungen zu Zulieferern oder externen Partnern, die entlang der Wertschöpfungskette zwischen Betrieben und ihrem Umfeld entstehen, hat die wissenschaftliche Literatur bisher vernachlässigt. International rekrutierende Betriebe verfügen zwar über stärkere internationale Austauschbeziehungen mit den Zulieferern und externen Partnern, aber kooperative, nicht unternehmensrechtlich verankerte Austauschbeziehungen zwischen Unternehmen und zwischen weiteren Institutionen im Umfeld der Unternehmen werden auch bei dieser Perspektive nicht im ausreichenden Maße betrachtet.

Andererseits weist die wirtschaftswissenschaftliche Analyse auch darauf hin, dass hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte nicht nur komplementär zu deutschen Arbeitskräften gesehen werden können (Wolter 1997: 125ff, IZA 2001: 17f), d.h. ausländische Fachkräfte müssen nicht zwingend über andere Qualifikationen als inländische Arbeitskräfte verfügen. Die Motive, ausländische Fachkräfte zu rekrutieren, können auch in der angespannten regionalen Arbeitsmarktlage zu finden sein. Betriebe rekrutieren dann ausländische Fachkräfte, wenn sie ihren Bedarf auf dem nationalen Arbeitsmarkt nicht befriedigen können. In diesem Fall werden ausländische Arbeitskräfte nicht komplementär zu inländischen Arbeitskräften beschäftigt, sondern als Substitut.

Die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften kann also einerseits durch vielfältige, internationale Verflechtungen der Betriebe begründet sein, die bisher jedoch noch nicht in einer umfassenden Darstellung erforscht worden sind. Andererseits sind die Gründe für eine Beschäftigung von ausländischen Fachkräften jenseits einer betriebsorientierten Betrachtungsweise zu

⁵ Die Aussagen zur Betriebsgröße sind nicht einheitlich. Eine klare proportionale Beziehung zwischen Zahl der ausländischen Hochqualifizierten und der Betriebsgröße wurde in einigen Untersuchungen in Frage gestellt (List 1996, 72; IZA 2001, 39). Salt geht davon aus, dass ein kleiner Pool von hochqualifizierten ausländischen Beschäftigten die in den Unternehmen nachgefragte Expertise einbringen kann. Mit zunehmender Unternehmensgröße besteht dann keine Notwendigkeit für weitere Einstellungen (Salt 1992, 1996 zitiert nach Wolter 1999: 38).

⁶ Freund (1998) verwendet ausländische Direktinvestitionen als Indikator für eine hohe internationale Mobilität in der Region Frankfurt. Stalker (2000: 110) bezweifelt jedoch einen proportionalen Zusammenhang zwischen der Höhe der ausländischen Direktinvestitionen und der beschäftigten ausländischen Fachkräfte (vgl. Hillmann und Rudolph 1996: 22).

suchen. Erstens kann ein Fachkräftemangel auf dem lokalen Arbeitsmarkt Betriebe dazu veranlassen, Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. Zweitens kann man die Gründe für einen hohen Anteil von ausländischen Arbeitskräften bei den ausländischen hochqualifizierten Migranten selbst suchen. Findlay und Li (1998: 700f) nennen persönliche und kulturelle Beziehungen der internationalen Arbeitskräfte, die diese mit bestimmten Orten verbinden. Internationale Mobilität kann für hochqualifizierte Migranten aber auch als Bereicherung der Lebensqualität oder als individueller Lebensstil verstanden werden. Persönliche Neugier und ‚Wanderlust‘ und nicht die sozialen, kulturellen und politischen Verflechtungen der Migranten zu bestimmten Orten stehen im Vordergrund. Da bisher angenommen wurde, dass die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften hauptsächlich durch unternehmensinterne Arbeitsmärkte strukturiert ist, steht die Wissenschaft hier erst am Anfang ihrer Überlegungen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass bisherige Untersuchungen den internen Arbeitsmarkt als strukturierenden Faktor für die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften gesehen haben und deswegen in ihren räumlichen Überlegungen die Global Cities oder die wirtschaftlichen Kernregionen der Volkswirtschaften als Migrationsräume identifiziert haben. Als Indikatoren für einen intensiven Personalaustausch wurden Güter- und Kapitalströme angesehen. Somit wurden vor allem Verflechtungsbeziehungen zwischen den Räumen betrachtet. Die Verankerung der Verflechtungen im konkreten räumlichen Kontext und die Handlungsmöglichkeiten der mobilen hochqualifizierten Arbeitskräfte sind bisher kaum untersucht. Bevor im Schlussteil der Arbeit diskutiert wird, ob und welche Probleme sich für die Migrationsforschung zu hochqualifizierten Arbeitskräften ergeben, werden im folgenden Teil zuerst die Verflechtungsbeziehungen für die durch die „Greencard“-Regelung initiierte Migrationsbewegung zwischen Deutschland und den Herkunftsländern analysiert.

3. Empirische Befunde

3.1 Fragestellung

Für die durch die „Greencard“-Regelung initiierte Migrationsbewegung stellt sich die Frage, ob diese an die oben genannten Strukturen und Muster anschließt oder ob sich eine neue Struktur bei der Migration von hochqualifizierten Fachkräften herausgebildet hat. Wenn es sich um eine neue Migrationsbewegung handelt, bleibt zu fragen, ob sie durch die speziellen Rahmenbedingungen der „Greencard“-Regelungen erklärt werden kann oder ob es sich dabei um generelle Veränderungen bei der Migration von hochqualifizierten Fachkräften handelt.

Die „Greencard“-Regelung veränderte die Migrationspolitik in Deutschland. Eine Reihe von Gründen deutet darauf hin, dass nicht nur das neue Gesetz die Migrationsbewegung beeinflusst, sondern weitere Faktoren eine Neustrukturierung der Migrationsbewegung zwischen Deutschland und dem Nicht-EU-Ausland für hochqualifizierte Arbeitskräfte ermöglicht haben:

1. Die Regelung zielt auf Beschäftigte in IT-Berufen. Die Qualifikation in IT-Berufen lässt sich leicht international transferieren (Khadria 2001).
2. Neue Kommunikationsmedien wie das Internet ermöglichen den ausländischen Fachkräften einen einfachen Zugang zu Informationen und zu prospektiven Arbeitgebern (Tyner 1998).
3. Das enorme Medienecho zur „Greencard“ transportierte die Informationen über die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten zu potentiellen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es kann

also davon ausgegangen werden, dass die beteiligten Parteien über diese neuen Beschäftigungsmöglichkeiten informiert waren.

4. Die Mobilitätsbereitschaft von hochqualifizierten Arbeitskräften hat in den letzten Jahren zugenommen. Internationale Mobilität ist ein Element in den Planungen der Berufsbiographien bei hochqualifizierten Arbeitskräften geworden (Wolter 1999: 53).
5. International rekrutierende Unternehmen müssen nicht mehr ausschließlich große transnationale Unternehmen sein. Koser und Salt weisen auf die wachsende Bedeutung interbetrieblicher Mobilität hin (Koser/Salt 1997: 190, Wolter 1999: 52). Die Migrationsforschung muss zur Kenntnis nehmen, dass transnational agierende Unternehmen nicht mehr in großen fordistischen Einheiten mit vertikal und horizontal integrierten Produktionsabläufen zu fassen sind, sondern dass kleine und mittlere Unternehmen in einem flexiblen, unabhängigen Netzwerk international agieren und rekrutieren.

3.2 Erste empirische Befunde zur „Greencard“

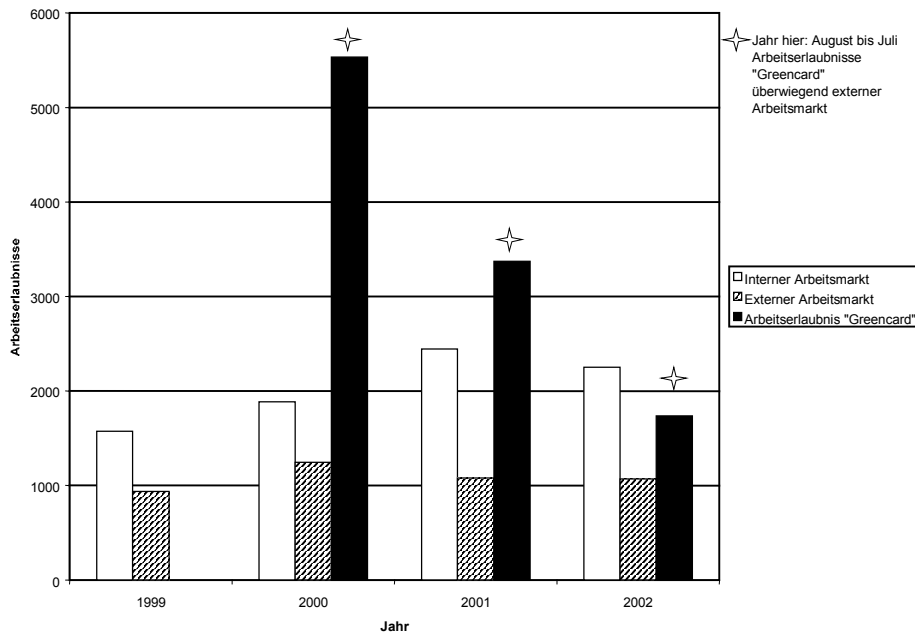
Seit August 2000 besteht für Betriebe in Deutschland die Möglichkeit, für ein Kontingent von 20.000 ausländischen hochqualifizierten IT-Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten eine gekoppelte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für fünf Jahre zu erhalten. In einem relativ unbürokratischen Verfahren beantragen die Betriebe zuerst eine vorläufige Zusage. Spätestens nach drei Monaten müssen sich die IT-Fachkräfte eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung erteilen lassen. Da die Anzahl der erstmals erteilten Arbeitserlaubnisse um 28,5 % geringer ist als die Zahl der vorläufig erteilten Zulassungen,⁷ bezieht sich diese Untersuchung, wenn nicht anders angegeben, auf die Angabe zu den erstmals erteilten Arbeitserlaubnissen. Die „Greencard“-Regelung, die zunächst auf drei Jahre befristet gewesen war, enthält im Vergleich zu vorangegangenen Regelungen (ASAV, Ausländergesetz) eine Reihe von Neuerungen. Sie lässt erstmals eine Beschäftigung von ausländischen Hochschulabsolventen in Deutschland zu, verzichtet sogar, wenn das Gehalt über der Sozialbemessungsgrenze liegt, auf den Nachweis eines Hochschulabschlusses. Ferner eröffnet sie für Personalberater die Möglichkeit, hochqualifizierte IT-Fachkräfte aus dem Nicht-EU-Ausland nach Deutschland zu vermitteln, damit wird in Deutschland dieser Migrationskanal vom Gesetzgeber erstmalig eingerichtet. Bevor im nächsten Teil diskutiert wird, ob diese Veränderungen einen Einfluss auf die neue Migrationsbewegung haben, wird ein kurzer Überblick über die sozioökonomische Struktur der Migrationsbewegung gegeben.

Nur 9,8 % der im Zeitraum von August 2000 bis Juli 2003 erstmalig erteilten 10.643 Arbeitserlaubnisse sind an ausländische Hochschulabsolventen deutscher Hochschulen vergeben worden.⁸

⁷ Nach dreijähriger Laufzeit der „Greencard“-Regelung wurden 14.876 Zulassungen erteilt, jedoch nur 10.643 Arbeitserlaubnisse (Daten: Bundesanstalt für Arbeit). Selbst wenn man die Verzögerung von drei Monaten bei der Bearbeitung der Arbeitserlaubnis und Einarbeitung in die Statistik in den Vergleich einbezieht, zeigt sich, dass die Betriebe für eine Reihe von Personen Zulassungen beantragt haben, die entweder gar nicht in Deutschland eingestellt wurden oder weniger als drei Monate in Deutschland beschäftigt wurden.

⁸ Diese Angabe gibt nur das Minimum an, denn nicht alle Personen, die in Deutschland einen Teil ihres Studiums absolviert haben, werden als Vollzeitstudenten statistisch erfasst und ein geringerer Anteil davon erwirbt einen Hochschulabschluss in Deutschland. Dennoch waren 2001 von 481 Informatikstudiengängen an deutschen Hochschulen nur 61 international ausgerichtet und nur 13 in Kooperation mit einer ausländischen (auch EU-Ausland) Universität eingerichtet (Bundesregierung 2001: 47), so dass in jedem Fall davon ausgegangen werden kann, dass die Majorität der ausländischen Informatikstudenten sich individuell nach Deutschland bewerben.

Abb. 2: Erteilte Arbeitserlaubnisse¹⁾ für hochqualifizierte Fachkräfte in Deutschland 1999-2002



¹⁾ Interner Arbeitsmarkt: Arbeitserlaubnisse gemäß ASAV § 4.7, § 4.8, § 5.3, § 5.4; externer Arbeitsmarkt: Arbeitserlaubnisse gemäß ASAV § 5.2, § 5.1.

Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Darstellung

Da im Fach Informatik und in verwandten Fächern⁹ im Jahr 2000 nur 472 nicht-deutsche Studenten und Studentinnen einen Hochschulabschluss an deutschen Universitäten erwarben (Daten: Statistisches Bundesamt Sonderauswertung), aber im ersten Jahr der Laufzeit der „Greencard“ 561 Arbeitserlaubnisse an Bildungsinländer vergeben worden sind, zeigt sich, dass durch die „Greencard“-Regelung das Potential an ausländischen Studienabgängern vollkommen ausgeschöpft wurde. Nach Auskunft der Hochschulen bewerben sich die ausländischen Studenten in der Regel (84 %) individuell bei den deutschen Hochschulen (Isserstedt/Schnitzer 2002: 28). Deswegen kann man nicht davon ausgehen, dass die der Arbeitssuche vorangehende Migrationsbewegung durch Vermittler auf der Mesoebene gesteuert wurde. Obwohl die ausländischen Hochschulabsolventen sich bei Beantragung der „Greencard“ zum größten Teil in Deutschland aufhalten, haben sich bis Juli 2003 nur 46,2 % der ausländischen Hochschulabsolventen, die eine vorläufige Genehmigung erhalten haben, eine Arbeitserlaubnis ausstellen lassen und sich länger als drei Monate in Deutschland aufgehalten. Die Gruppe der ausländischen Studenten ist folglich wesentlich mobiler und ihre Beschäftigung in einem Betrieb in Deutschland von geringer Nachhaltigkeit (Daten: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnung).

Hochqualifizierte IT-Spezialisten, die ohne Hochschulzeugnis eine Beschäftigung gefunden haben, werden nur durch die vorläufigen Zulassungen erfasst. Am Ende der dreijährigen Laufzeit erhöht sich der Anteil um mehr als 5 % im Vergleich zum Jahr 2000 auf 17,3 % im Juli 2003. Obwohl der Anteil der ausländischen Hochschulabsolventen in der dreijährigen Laufzeit mit

⁹ Ingenieurinformatik, Medieninformatik, Medizinische Informatik, Neue Kommunikationstechniken, Wirtschaftsinformatik.

Ausnahme der ersten Monate immer konstant blieb,¹⁰ zeigt sich, dass die Möglichkeit Spezialisten ohne formales Bildungszertifikat zu rekrutieren, während der dreijährigen Laufzeit an Bedeutung gewonnen hat (Daten: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnung).

Obwohl die „Greencard“ auf IT-Berufe beschränkt ist, arbeiten die ausländischen IT-Fachkräfte nur zu 64,3 % in Betrieben der Wirtschaftsabteilung 72 (Datenverarbeitung und Datenbanken). Weitere 10,3 % sind bei unternehmensnahen Dienstleistungsbetrieben beschäftigt (Wirtschaftsabteilung 74). Der Einsatzbereich der ausländischen IT-Fachkräfte spiegelt die Durchdringung der Wirtschaft durch die IT-Technologie wider (Daten: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnung).

Der Frauenanteil an den zugelassenen ausländischen IT-Fachkräften beträgt 12,2 % und liegt damit unter dem deutschen Durchschnitt von knapp 20 % (1999). Noch deutlicher als bei anderen internationalen Arbeitskräftewanderungen ist die Sexualproportion der Immigranten zugunsten der Männer verschoben. Der Aufenthalt ist bei den weiblichen ausländischen IT-Fachkräften genauso wie bei den Männern an eine Beschäftigung gekoppelt und verhindert eine Kinderpause während des Aufenthalts in Deutschland. Da Frauen als mitreisende Familienangehörige im ersten Jahr ihres Aufenthaltes keine Arbeitsgenehmigung erhalten, richtet sich die „Greencard“-Regelung vorwiegend an junge, alleinstehende, berufstätige Männer. Der Versuch, mit Hilfe der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte die Fertilität der Bevölkerung zu verbessern, wäre unrealistisch (Daten: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnung).

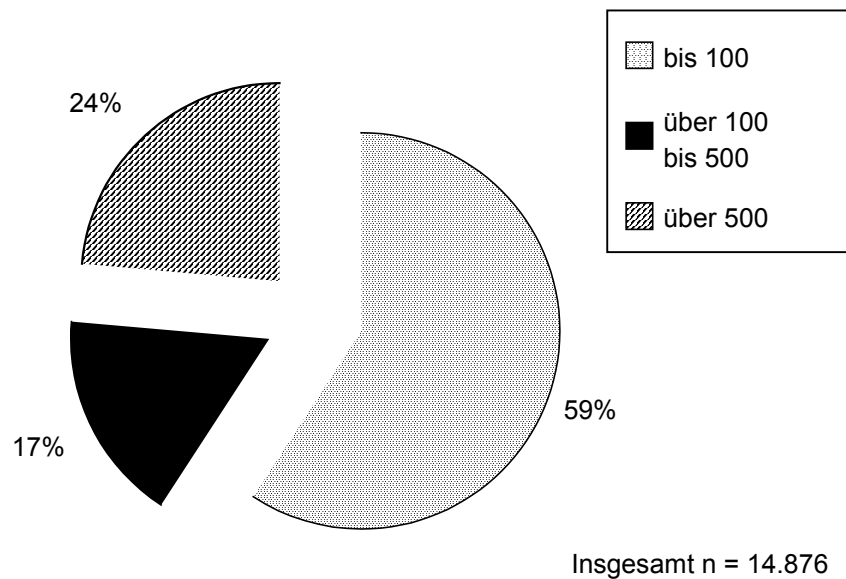
Schließlich muss noch auf eine Rahmenbedingung eingegangen werden, die in der öffentlichen Diskussion die Bewertung und Einschätzung der „Greencard“ vorschnell beeinflusst hat. Das Gesetz wurde auf dem Höhepunkt der New Economy verabschiedet. Einerseits wurde dadurch in den ersten Monaten eine hohe Anzahl von ausländischen IT-Fachkräften schnell eingestellt (Abbildung 2). Andererseits zeigte sich die Schwäche einer solchen Fokussierung auf Engpassarbeitskräfte beim Einknicken der Konjunktur schnell, so dass ein Teil der neu rekrutierten Arbeitskräfte wieder entlassen werden musste (Schreyer/Gebhardt 2003), eine Erfahrung, die Ende der 1980er Jahre schon hochqualifizierte Bankangestellte nach dem Wirtschaftseinbruch in dieser Branche machen mussten (Beaverstock 1996a, 1996b, 1996c, Xiang 2002).

3.3 Neustrukturierung der Migrationskanäle

Die „Greencard“ wird zum überwiegenden Teil von kleinen und mittleren Betrieben genutzt. 59,2 % der erstmaligen Zulassungen wurden an Betriebe mit weniger als 100 Mitarbeitern vergeben. Es bestätigt sich, dass die internationale Rekrutierung von hochqualifizierten Beschäftigten nicht mehr auf große transnationale Unternehmen und ihre unternehmensinternen Arbeitsmärkte beschränkt ist. Damit kann man Koser und Salts Vermutung folgen (vgl. Wolter 1999: 52), dass die internationale Mobilität heute in deutlicherem Maße durch Firmenwechsel realisiert als innerhalb des internen Arbeitsmarktes von transnationalen Unternehmen organisiert wird. Vorangehende Untersuchungen haben gezeigt, dass international rekrutierende Unternehmen nur zu einem geringen Teil unternehmensrechtlich mit anderen Betrieben im Ausland verflochten sind (IZA 2001: 47), aber eine sehr starke internationale Ausrichtung aufzeigen, wenn man ihre Kunden-, Liefer-, Partnerbeziehungen bzw. ihre Informationsquellen betrachtet. Die Betriebe nutzen also nicht wie erwartet unternehmensinterne Arbeitsmärkte zur Rekrutierung ausländischer IT-Fachkräfte. Auf

¹⁰ Im Jahr 2000 lag der Anteil der ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen an den vergebenen Arbeitserlaubnissen noch bei 12,7 % (Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnung).

Abb. 3: Zugelassene ausländische IT-Fachkräfte nach Betriebsgröße (August 2000-Juli 2003)



Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Darstellung

welche Weise die Migration von hochqualifizierten Fachkräften nach Deutschland neu strukturiert wurde und welche Räume in die Migrationsbewegung eingebunden sind, soll im Folgenden dargestellt werden.

3.4 Methodische Anmerkungen

In einem ersten Schritt wird die Situation des Jahres 1999, ein Jahr vor Verabschiedung der „Greencard“-Regelung, mit der Situation im Juli 2001, also ein Jahr nach Inkrafttreten der Regelung, verglichen. Verändert sich, wie angenommen, die Migrationsbewegung von hochqualifizierten Arbeitskräften nach Deutschland? Welche neuen Quellländer werden dabei einbezogen? Bei der Analyse wird auf die von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen Daten zurückgegriffen. Zu diesem Zeitpunkt kann man zwischen internen und externen Arbeitsmarkt auf folgende Weise unterscheiden:

Vor der Verabschiedung der Gesetzesgrundlage zur Erteilung der sogenannten „Greencard“ (IT-ArGV) war es im Rahmen der Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV) für Firmen in Deutschland möglich, Arbeiterlaubnisse für hochqualifizierte Fachkräfte zu erhalten. Dabei wurde nach Arbeiterlaubnissen für den internen Personalaustausch (ASAV § 4.7), internen Personalaustausch in Vorbereitung auf ausländische Projekte (ASAV § 4.8), leitenden Angestellten ausländischer Unternehmen (ASAV § 5.3), leitenden Angestellten deutsch-ausländischer Unternehmen (ASAV § 5.4) für den internen Arbeitsmarkt differenziert.

Für den externen Arbeitsmarkt bestand die Möglichkeit, öffentliches Interesse für die Beschäftigung von hochqualifizierten Spezialisten geltend zu machen (ASAV § 5.2) oder Arbeitsgenehmigungen für Wissenschaftler einzuholen (ASAV § 5.1). Diese Regelungen waren jedoch nicht auf

einen bestimmten Berufszweig wie bei der „Greencard“ beschränkt. Wie Abbildung 2 zeigt, wurde durch die Regelungen des internen Arbeitsmarktes mehr als zwei Drittel der Arbeitserlaubnisse im Kalenderjahr 1999 bewilligt, obwohl 1998 kurz vor der Bundestagswahl die Möglichkeiten für einen internen Personalaustausch von der Regierung Kohl vereinfacht wurden (Kolb 2003: 9). Mit der Ankündigung der „Greencard“-Regelung und der damit verbundenen Publizität zu internationalen Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland erhöht sich seit dem Jahr 2000 auch die Zahl der vergebenen Arbeitserlaubnisse an hochqualifizierte Arbeitskräfte anderer Branchen (siehe Abbildung 2).

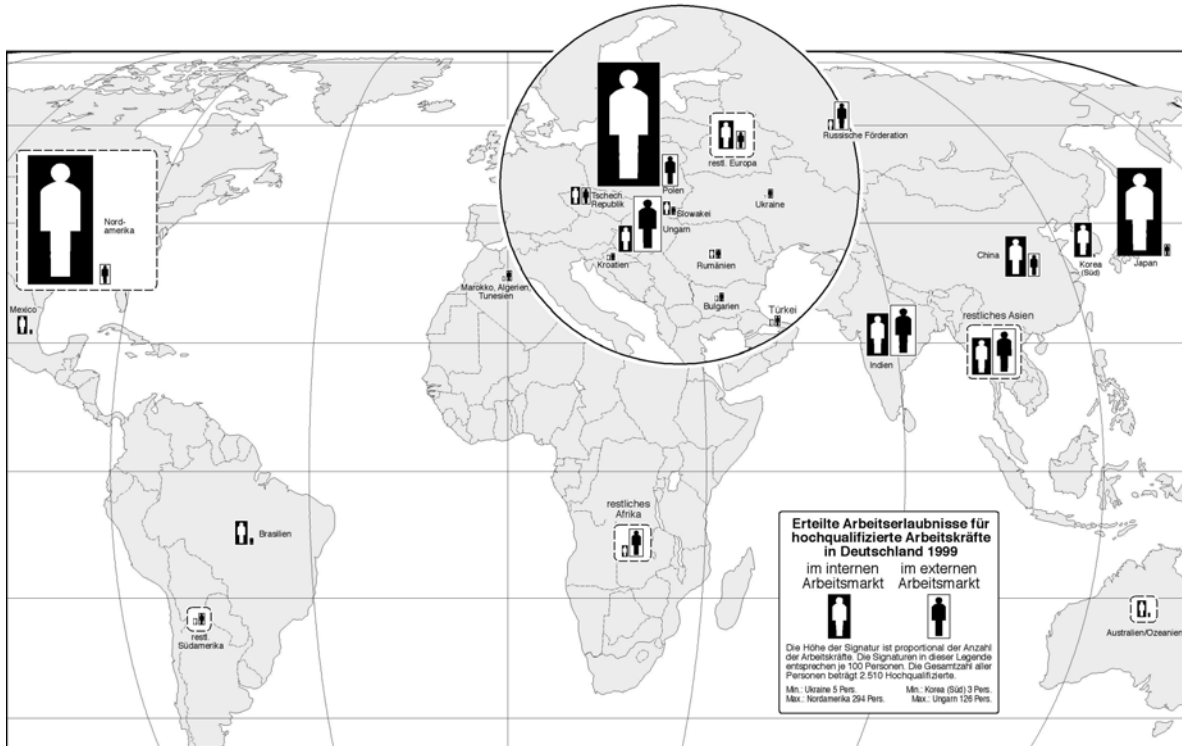
3.5 Herkunftsländer der hochqualifizierten Fachkräfte

Betrachtet man die Ausgangssituation 1999, so zeigt Abbildung 4, dass die 2.510 rekrutierten Arbeitskräfte zum größten Teil über den internen Arbeitsmarkt aus den Ländern Nordamerikas, aus Polen und aus Japan rekrutiert worden sind. Die Herkunftsländer sind zu etwa je einem Drittel in Osteuropa, Asien und Amerika (hier überwiegend die USA). Nur in einigen Ländern Osteuropas (z.B. Ungarn und Russland), Asiens (z.B. Indien) und Afrikas werden mehr ausländische Hochqualifizierte über den externen Arbeitsmarkt rekrutiert, aus denen wie aus den Ländern Mittel- und Südamerikas nur ein kleiner Teil der ausländischen Hochqualifizierten im Jahr 1999 gekommen ist. Abbildung 4 zeigt deutlich, dass die Herkunftsländer der ausländischen Fachkräfte sich durch die Unternehmensverflechtungen zwischen den deutschen Unternehmen im Ausland und den ausländischen Unternehmen in Deutschland erklären lassen.

Der Einfluss der „Greencard“-Regelung lässt sich an der Höhe der vergebenen Arbeitserlaubnisse dokumentieren. Die Zahl der vergebenen Arbeitserlaubnisse an ausländische IT-Fachkräfte liegt für die 12 Monate von August 2000 bis Juli 2001 um etwa die Hälfte höher als die Zahl aller im Jahr 1999 vergebenen Arbeitserlaubnisse an hochqualifizierte Fachkräfte (siehe Abbildung 2). Indien sticht als größte einzelne Herkunftsnation mit einem Anteil von 23,7 % entsendeten IT-Fachkräften hervor. Ein deutlich höherer Anteil der ausländischen Fachkräfte kommt aus den Ländern Osteuropas. Sie entsenden fast 50 % der ausländischen IT-Fachkräfte, gefolgt von den Ländern Asiens mit 36,9 %. Die Kontinente Amerika und Afrika sind mit zusammen 13 % der entsendeten Fachkräfte nur in einem geringen Maße in die neue Migrationsbewegung eingebunden. Die Bedeutung Osteuropas als Herkunftsregion hat sich also erhöht und damit die Bedeutung der einzelnen Kontinente als Quellgebiete für internationale hochqualifizierte Migranten verschoben.

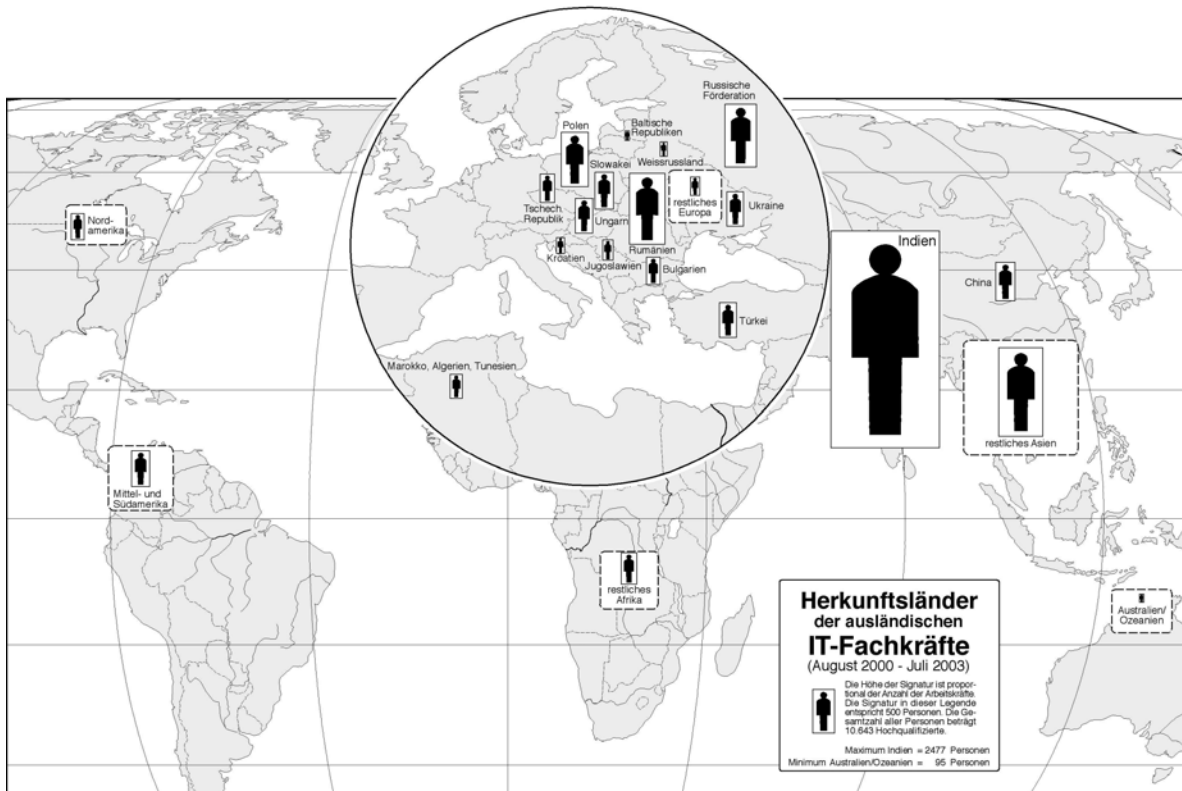
Mit Hilfe einer Korrelationsanalyse soll nun geklärt werden, welche Herkunftsländer in die Migration über den internen oder externen Arbeitsmarkt eingebunden sind. Bei der Analyse werden die Herkunftsländer durch die verschiedenen Arbeitsgenehmigungsgrundlagen miteinander korreliert. Da die „Greencard“-Regelung erst im August 2000 in Kraft trat, werden statt des Kalenderjahres 2000 die 12 Kalendermonate August 2000 bis Juli 2001 als Vergleichsperiode gewählt. Neben den verschiedenen Arbeitsgenehmigungsgrundlagen und den über die „Greencard“ vergebenen Arbeitserlaubnissen wurde das Außenhandelsvolumen als weitere Variable in die Korrelationsanalyse einbezogen. Es soll klarlegen, ob Handelsverflechtung die Migration von hochqualifizierten Fachkräften zwischen Deutschland und den Quellländern erklären kann.

Abb. 4: Herkunftsländer ausländischer hochqualifizierter Fachkräfte nach internem und externem Arbeitsmarkt 1999



Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit

Abb. 5: Herkunftsländer ausländischer hochqualifizierter IT-Fachkräfte August 2000 bis Juli 2003



Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tab. 1: Korrelationsanalyse der Herkunftsländer

Länder		Interner Personalaus- tausch 1999 ASAV § 4,7	Extern hochqualifizierte Spezia- listen 1999 ASAV § 5,2	Ausländische IT-Fachkräfte 8/2000- 7/2001 IT-ArGV	Handels- volumen 1999
Interner Personal- austausch 1999 ASAV § 4,7	Korrelation ¹⁾	1	0,522**	,346*	,782**
	Signifikanz		,001	,025	,000
	N		39	42	41
Extern hochqualifi- zierte Spezialisten 1999 ASAV § 5, 2	Korrelation	,522**	1	,770**	,337**
	Signifikanz	,001		,000	,003
	N	39		75	76
Ausländische IT-Fachkräfte 8/2000- 7/2001 IT-ArGV	Korrelation	346*	,770**	1	,176
	Signifikanz	,025	,000		,058
	N	42	75		116
Handelsvolumen 1999	Korrelation	,782**	,337**	,176	1
	Signifikanz	,000	,003	,058	
	N	41	76	116	

¹⁾ Korrelation nach Pearson.

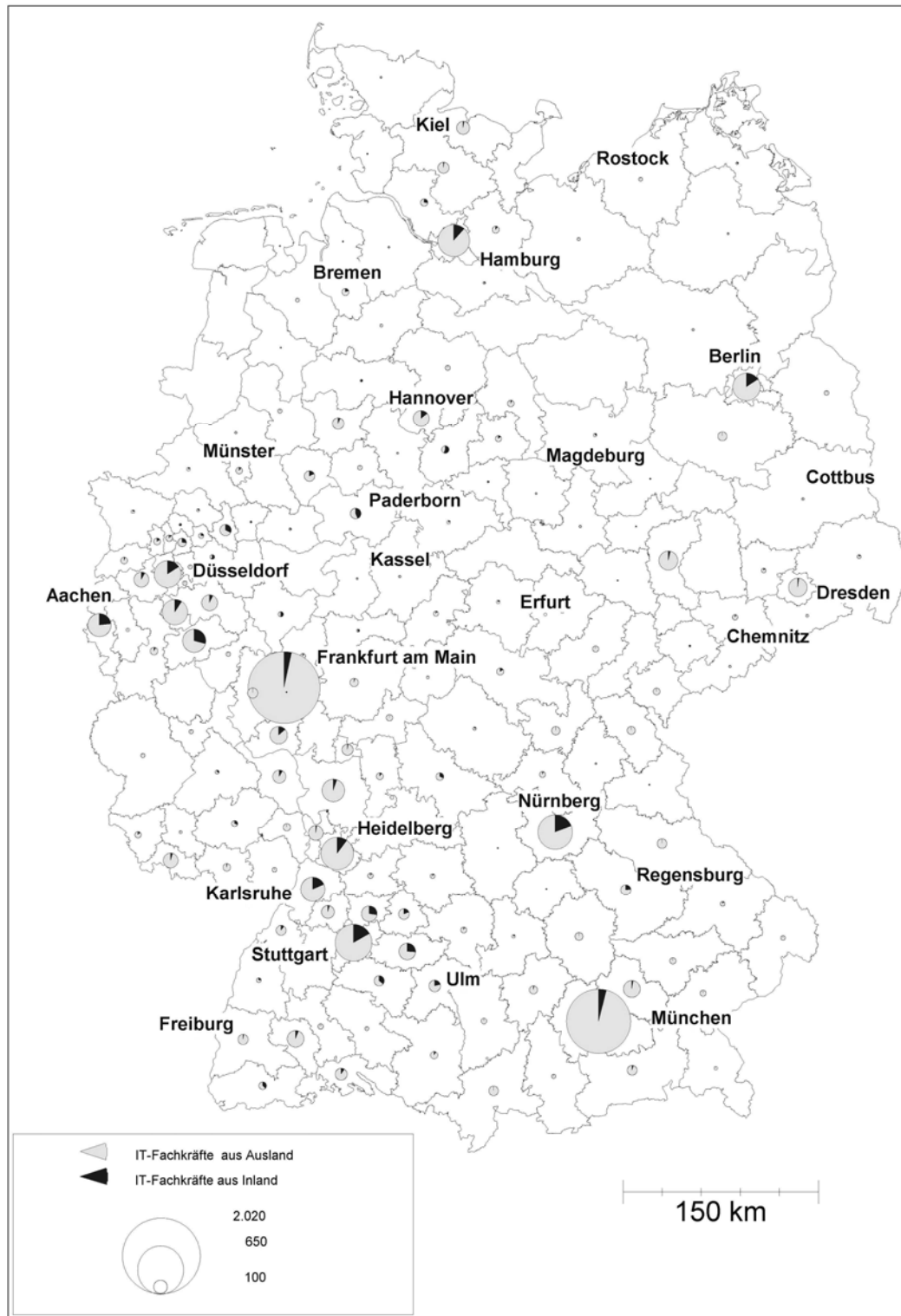
Datenquellen: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Jahrbuch 2002, eigene Berechnungen

Die Ergebnisse der Korrelationsanalyse in Tabelle 1 zeigen, dass die ausländischen Fachkräfte im Jahr 1999 aus ähnlichen, wenn auch nicht aus denselben Herkunftsländern stammten. Die Herkunftsländer für externe Spezialisten (ASAV § 5.2) gleichen den Herkunftsländern der Arbeitskräfte im internen Personalaus-tausch (ASAV § 4.7). Während die Herkunftsländer der durch internen Personalaus-tausch nach Deutschland vermittelten hochqualifizierten Fachkräfte (ASAV § 4.7) eine intensive Handelsbeziehung mit Deutschland (Handelsvolumen 1999) aufwiesen, kann diese Korrelation für Arbeitskräfte des externen Arbeitsmarktes abgelehnt werden (ASAV § 5.2).

Der Vergleich mit Herkunftsländern der ausländischen IT-Fachkräfte, die durch die „Greencard“-Regelung im darauffolgenden Jahr (August 2000 - Juli 2002) eine Arbeitsgenehmigung erhalten haben (IT-ArGV), zeigt, dass die Migrationsbewegung in ähnlichen Herkunftsländern entspringt wie bei den extern rekrutierten Arbeitskräften. Eine Verbindung zwischen Handelsverflechtungen und Migrationsbeziehungen von Deutschland und den Herkunftsländern der ausländischen IT-Fachkräfte wird durch die Korrelationsanalyse nicht bewiesen.

Die Korrelationsanalyse bestätigt einen Zusammenhang zwischen Handels- und Migrationsverflechtung für den internen Arbeitsmarkt im Jahr 1999. Die durch die „Greencard“-Regelung initiierte Migrationsbewegung schließt an die Migrationsbeziehung des externen Arbeitsmarktes an. Hier werden jedoch neue Herkunftsländer zur Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften erschlossen, die im Jahr 1999 keine intensiven Handelsbeziehungen mit Deutschland gehabt haben. Der Charakter der Migrationsbeziehung hat sich durch die „Greencard“ also entscheidend verändert.

**Abb. 6: Zielregionen ausländischer IT-Fachkräfte nach Arbeitsamtsbezirken
Erstmalig erteilte Arbeitserlaubnisse von August 2000 bis Juli 2003**



Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit

3.6 Zielregionen in Deutschland

Die heutige Theorie verortet die Migrationsbewegung von hochqualifizierten Fachkräften zwischen den sogenannten Global Cities oder in den wirtschaftlichen Kernregionen. Der Blick auf Abbildung 6 zeigt, dass dieses im Finanzdienstleistungssektor beobachtete Muster (vgl. Beaverstock/Smith 1996) nur zum Teil auf die IT-Branche in Deutschland zutrifft. Die international bedeutenden IT-Standorte wie München und Frankfurt haben – wenig überraschend – die größte Anzahl der ausländischen Datenverarbeitungsfachleute rekrutiert. Aber auch Betriebe in Arbeitsamtsbezirken ohne Global City-Funktionen und außerhalb der wirtschaftlichen Kernregionen wie Nürnberg oder Heidelberg haben eine relativ hohe Anzahl von ausländischen IT-Fachkräften gewonnen. In Hamburg bleibt die Zahl der rekrutierten Experten im Vergleich zur Anzahl der DV-Beschäftigten relativ gering, wodurch man in Frage stellen muss, ob die Migrationsbewegung sich nur auf die Branchenstandorte konzentriert.

In einem weiteren Schritt wurde eine Korrelationsanalyse erstmalig vergebener Arbeitserlaubnisse für ausländische IT-Fachkräfte in den Arbeitsamtsbezirken berechnet. Als möglicherweise dafür relevante Variablen wurden einbezogen: die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten deutschen und nicht-deutschen Datenverarbeitungsfachleute und Arbeitnehmer im Jahr 1999, das statistische Mittel im Zeitraum August 2000 bis Juli 2001 der offenen Stellen für Datenverarbeitungsfachleute und der arbeitslosen Datenverarbeitungsfachleute, der Hochschulabsolventen des Faches Informatik und verwandter Fächer im Jahr 2000 und der Einwohner. Damit sind in der Korrelationsanalyse sowohl Arbeitsmarktindikatoren (offene Stellen, Arbeitslose, verfügbare Hochschulabsolventen) als auch Indikatoren für vorangegangene Personalaustauschbeziehungen (ausländische sozialversicherungspflichtige Datenverarbeitungsfachleute) integriert. Bei dieser Analyse zeigt sich, dass die größte tragfähige Korrelation zwischen den nicht-deutschen sozialversicherungspflichtigen Datenverarbeitungsfachleuten und den ausländischen IT-Fachkräften mit „Greencard“ besteht. Die neuen ausländischen Fachkräfte konzentrieren sich in den international orientierten Standorten der IT-Branche in Deutschland, die bereits vor der „Greencard“-Regelung Fachkräfte aus dem Ausland beschäftigt haben.

Da es sich bei den Betrieben, die ausländische IT-Fachkräfte beschäftigen, zum Großteil um kleine und mittlere Unternehmen handelt, aber als Zielregionen die bereits in den internationalen Humankapitaltransfer integrierten Arbeitsamtsbezirke identifiziert werden, wurden in die von der „Greencard“-Regelung initiierte Migrationsbewegung mit den kleinen und mittleren Betrieben neue Akteure eingebunden. Bei der durch die „Greencard“-Regelung initiierten Migrationsbewegung handelt es sich nicht nur um Staatsbürger aus neuen Herkunftsländern, sondern auch um neue Arbeitgeber, die jetzt neu in der Migrationsbewegung von hochqualifizierten Arbeitskräften eingebunden sind.

Dieses Ergebnis ist überraschend, da kleine und mittlere Betriebe oftmals als lokal agierende Einheiten im Vergleich zu den großen, transnationalen Unternehmen eingeschätzt werden. Eine internationale Personalrekrutierung ist für eine Vielzahl von kleinen Unternehmen aufgrund ihrer geringen Personalressourcen, ihrer geringeren internationalen Expertise, ihrer größeren Sensibilität gegenüber bürokratischen Antragsverfahren und ihrer höheren finanziellen Verletzbarkeit bei falschen Personalentscheidungen eine Herausforderung. Vor diesem Hintergrund soll in dem nächsten Abschnitt darauf eingegangen werden, auf welche Weise der Kontakt zwischen den personalrekrutierenden Betrieben und den ausländischen IT-Fachkräften geknüpft wurde. Liegt dies an den bereits aufgezählten neuen Rahmenbedingungen bei der internationalen Personalrekrutie-

Abb. 7: Region München

Quelle: eigene Darstellung

nung wie beispielsweise der Nutzung neuer Medien, einer unbürokratischen Öffnung des Arbeitsmarkts seitens des Gesetzgebers oder müssen hier andere Faktoren in Betracht gezogen werden?

3.7 Qualitative Befragung der Unternehmen

Um die zentralen Akteure der durch die „Greencard“-Regelung initiierten Migrationsbewegung differenzierter zu untersuchen, wurden im Herbst/Winter 2002/2003 26 Betriebe unterschiedlicher Betriebsgröße der IT-Branche in der Region München befragt, wie sie ausländische IT-Fachkräfte rekrutieren.¹¹ Dieses Untersuchungsgebiet wurde aus zwei Gründen gewählt. Eine vorangegangene Untersuchung in den Metropolenregionen Berlin und München zeigte erstens auf, dass Münchner informationsintensive Dienstleistungsbetriebe deutlich unzufriedener mit der Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal in der Region waren. Zweitens wurde während des ersten Laufjahres der „Greencard“-Regelung (August 2000 bis Juli 2001) im Arbeitsamtbezirk München die größte Anzahl an Arbeitserlaubnissen an ausländische IT-Fachkräfte in einem deutschen Arbeitsamtbezirk vergeben und die höchste Anzahl von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Datenverarbeitungsfachleuten beschäftigt (Abb. 7).

¹¹ Da die Befragung mehr als zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der „Greencard“ durchgeführt wurde, ist davon auszugehen, dass die Betriebe, die sich bereit erklärten an der Befragung teilzunehmen, überproportional gute Erfahrung mit der Rekrutierung und Beschäftigung von ausländischen IT-Fachkräften gemacht haben. Die muss bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Ziel der Befragung war herauszufinden, auf welche Weise der Kontakt zwischen den Betrieben und den potentiellen Arbeitnehmern hergestellt wird. Welche Rekrutierungsinstrumente werden eingesetzt? Welche Akteursebene ist zentral bei der durch die „Greencard“ initiierten Migrationsbewegung?

Die bei der Auswertung ermittelten Ergebnisse überraschen sehr. Es zeigt sich, dass Zeitungsanzeigen als traditionelles Rekrutierungsmittel fast keine Bedeutung mehr bei der Rekrutierung von IT-Fachkräften aufweisen. Stattdessen avancierte das Internet zum wichtigsten Medium. Hier sind es jedoch meist nicht die Betriebe in Deutschland, die Kontakt zu den ausländischen IT-Fachkräften knüpfen, sondern die Initiativbewerbungen der ausländischen IT-Fachkräfte bei den IT-Betrieben, die zur Einstellung der ausländischen Spezialisten führen.

Die Migrationskanäle, die in der Theorie des Migration Channel Approach genannt werden, sind in dem Migrationsprozess vergleichsweise unbedeutend. Personalberater, die erstmals in Deutschland für eine Rekrutierung aus dem Ausland zugelassen waren, sind aufgrund der großen Anzahl der Initiativbewerbungen über das Internet von untergeordneter Bedeutung, für kleine Betriebe aufgrund der Vermittlungspauschale von 30 % des Jahresgehaltes zu kostenintensiv und verfügen nach Schilderung der Betriebe nicht über die gewünschte Expertise und Erfahrung. Unternehmensinterne Migrationskanäle werden zwar genutzt, aber auch nicht in der von der Theorie postulierten dominanten Rolle. Obwohl einige der befragten Unternehmen Niederlassungen im Ausland haben, nutzten sie diese selten zur Rekrutierung von ausländischen IT-Fachkräften. Gerade bei großen internationalen Unternehmen mit einer etablierten internationalen Arbeitsteilung liegt die Priorität im Transfer der Projektarbeit zu den Arbeitskräften in die ausländischen Niederlassungen und nicht in einem Transfer der Arbeitskräfte nach Deutschland. Die Zahl der durch interne Arbeitsmärkte zur Verfügung stehenden Arbeitnehmer ist für eine Behebung des Arbeitskräftemangels zu gering, so dass die internationalen Unternehmen für ihre in Deutschland befindlichen Entwicklungsabteilungen entweder ihre Landesgesellschaften mit der Rekrutierung von externen Arbeitskräften beauftragen oder mit Hilfe von internationalen Personalberatern Vor-Ort-Rekrutierungsaktionen im Ausland durchführen. Ferner liegt der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der IT-Unternehmen in Deutschland nicht in der Entwicklung, sondern in der Erbringung von Dienstleistungen, im Vertrieb und im Marketing. Deswegen können viele IT-Betriebe ausländische IT-Fachkräfte ohne fundierte deutsche Sprachkenntnisse gar nicht oder in nur wenigen abgegrenzten Bereichen einsetzen. Sehr schnell wurden aus diesem Grund die wenigen ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen vor allem von großen internationalen Unternehmen rekrutiert.

Die Rekrutierung durch persönliche Bekanntschaft ließ sich in den Interviews nachweisen, sei es dass Geschäftsführer oder verantwortliche Mitarbeiter selbst über Migrationshintergrund verfügten und ihre Kenntnisse für eine Rekrutierung nutzen oder dass im Betrieb bereits tätige Mitarbeiter Personen aus ihrem Heimatland zur Einstellung weiterempfehlen. Trotzdem spielt in diesen Fällen das Internet als zentrales Kommunikationsmedium eine wichtige Rolle, denn durch das Internet kann diese ad hoc entstandene Kettenmigration schnell in Gang gesetzt werden. Da viele IT-Fachkräfte aus Ländern kommen, mit denen Deutschland keine intensive Migrationsbeziehung hatte, wird dieser Vermittlungsweg erst mit zunehmender Laufzeit der „Greencard“ an Bedeutung gewinnen.

4. Schluss

Die durch die „Greencard“-Regelung initiierte Migrationsbewegung unterscheidet sich von vorangegangenen Migrationsbewegungen hochqualifizierter Fachkräfte nach Deutschland. Die Akteurs-ebene verlagert sich bei der Migration erstens von der Mesoebene auf die Mikroebene, d.h. die hochqualifizierten Fachkräfte gestalten und strukturieren den Migrationsprozess. Zweitens werden neue Herkunftsländer in die Migrationsbewegung eingebunden, die bisher geringe ökonomische und soziale Verflechtungen nach Deutschland aufweisen. Drittens sind kleine und mittlere Betriebe als neue Akteure in den Migrationsprozess integriert. Die Bedeutung von interbetrieblicher Mobilität der Arbeitskräfte nimmt im Vergleich zu vorangegangenen Migrationsbewegungen zu. Viertens sind diese eben dargestellten Veränderungen nicht nur der Gesetzesänderung von Seiten der Bundesregierung geschuldet, sondern werden auch durch die neuen technologischen Veränderungen des Internets ermöglicht, die den ausländischen Fachkräften erlauben, ohne Vermittler Kontakt direkt mit ihren prospektiven Arbeitgebern aufzunehmen. Den ausländischen IT-Fachkräften kommt hierbei zugute, dass sie über eine Qualifikation verfügen, die international transferierbar ist und der Gesetzgeber auf ein separates Anerkennungsverfahren ihres Hochschulabschlusses verzichtet. Ferner profitieren sie von der Arbeitskräfteknappheit in der IT-Branche im Jahr 2000. Zwar geht die Nachfrage in der IT-Branche ab Frühjahr 2001 deutlich zurück, trotzdem kommt die Migrationsbewegung nicht völlig zum Stillstand. Es ist anzunehmen, dass die Minorität der neu eingestellten Arbeitskräfte dann noch als Substitut für inländische Arbeitskräfte eingestellt worden ist, die Majorität aber über Qualifikationen verfügt, die nicht in Deutschland erhältlich sind. Neben der Situation auf dem Arbeitsmarkt bestimmen zwei weitere Faktoren die Mobilität der hochqualifizierten Arbeitskräfte: erstens der Wissenstransfer und zweitens die Verfügbarkeit von ausländischen Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt.

Im Gegensatz zur der vorangegangenen Migrationsbewegung, die hauptsächlich durch den internen Arbeitsmarkt gesteuert wurde, handelt es sich bei dem aktuellen Wissenstransfer nicht mehr um den Transfer von unkodifizierbarem, firmeninternen Wissen (vgl. Wolter 1997), sondern um extern vermittelbares Wissen. Deshalb ist hier die Frage zu stellen, ob diese Art des Wissenstransfer nicht von den Schwankungen der Arbeitsmarktnachfrage abgekoppelt ist, da die Arbeitskräfte auf Grund ihrer Expertise eingestellt werden und nicht wegen des Arbeitskräftemangels. Die Nachfrage nach Spezialisten dürfte jedoch quantitativ deutlich geringer sein, weswegen sich die Zahl der Rekrutierungen aus dem Ausland in einer wirtschaftlichen Konsolidierungsphase dann auf eine geringe Basismobilität reduziert. Hinzu kommt, dass, wenn sich Wissen extern vermitteln lässt, die Wissensvermittlung auch mit Hilfe von Telekommunikationsmedien erfolgen kann und die Mobilität auf diese Weise reduziert wird.

Die Verfügbarkeit der ausländischen Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt bestimmt sich nicht nur durch die Aktivitäten der Unternehmen, sondern auch durch die Handlungen der ausländischen Fachkräfte. Wie bereits dargestellt, knüpfen im Falle der durch die „Greencard“-Regelung initiierten Migrationsbewegung die ausländischen Fachkräfte Kontakt zu den Arbeitgebern. Damit beeinflussen die Überlegungen der ausländischen IT-Fachkräfte den Migrationsprozess. Die Handlungsmotive der ausländischen Fachkräfte werden wichtig für das Verständnis der Migrationsbewegung. Bisher fehlt jedoch eine wissenschaftliche Übersicht über die verschiedenen Gruppen international mobiler Fachkräfte, ihrer Motive und Bedürfnisse. Die Handlungsmöglichkeiten und -strategien sind nur selten beachtet worden. Stalker (2000: 109) ist einer der wenigen, die davon ausgehen, dass die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften von diesen selbst

gesteuert wird. Einige Autoren wie Castells (2001: 470-473) gehen einen Schritt weiter (vgl. Noller 1999: 181-185). Zwar ist sein Hauptinteresse nicht die Mobilität der hochqualifizierten Arbeitskräfte, aber er geht bei seiner Beschreibung der neuen räumlichen Organisationsform der Gesellschaft davon aus, dass eine wachsende kosmopolitische Elite existiert, die nicht nur ihre Mobilitätsbedürfnisse umsetzen kann, sondern aufgrund ihrer ökonomischen Machtpositionen und ihrer kulturellen Dominanz als Schlüsselklasse im Globalisierungsprozess zu sehen ist, „die die direktiven Funktionen ausüben, um die herum dieser Raum gebaut ist“ (Castells 2001: 470). Die „technokratisch-finanzielle Elite“ kann nicht nur über ihre Mobilität bestimmen, sie stellt „spezifische räumliche Anforderungen“ (ibid.: 471) an ihre urbane Umgebung. Aufgrund ihrer Machtposition ist sie weder mit Mobilitätsbarrieren noch mit Integrationshindernissen konfrontiert. Die definitorische Abgrenzung dieser Gruppe ist jedoch unscharf und so ist unklar, welche Berufe und Schichten sie umfasst.

Mahroum (2000) weist auf die unterschiedlichen Motive und Migrationswege für Berufe und Situationen im Erwerbsleben hin. Führungskräfte, Ingenieure und Techniker, Akademiker und Wissenschaftler, selbstständige Unternehmer und Studenten verfügen seiner Meinung nach über unterschiedliche Motive im Ausland zu arbeiten. Legt man diese Unterscheidung zu Grunde, so fällt auf, dass die Majorität der Arbeiten sich mit der Mobilität von hochqualifizierten Spezialisten und Führungskräften beschäftigt, für die ökonomische Motive von entscheidender Bedeutung sind. Bisher war deren Migration in einen institutionellen Kontext der transnationalen Unternehmen eingebettet, die die Mobilität der Fachkräfte und deren Integration in eine neue Umgebung organisieren. Bewegen sie sich über den externen Arbeitsmarkt ins Ausland, fällt diese Hilfe bei der beruflichen und privaten Orientierung im Zielland weg. Es stellt sich dann die Frage, ob diese Gruppe immer noch zu der kosmopolitischen Elite gehört.

Die Erkenntnisse zu den Migrationsmotiven und -wegen anderer genannter Gruppen sind gering. Der quantitativ größten Gruppe der Lehrer ist nur in wenigen Arbeiten Aufmerksamkeit geschenkt worden (Stalker 2000) und auch über international mobile selbstständige Unternehmer gibt es nur wenige Untersuchungen (Ley 2003). Sie zeigen, dass ökonomische Überlegungen nur einen Teil der Motive für einen internationalen Ortswechsel erklären. Internationale Mobilität ist für die einzelnen Migranten nicht immer ein ökonomischer oder ein beruflicher Gewinn. Finanzielle Einbußen und Karrierebrüche begleiten vielmehr die internationale Mobilität (Hammer et al. 1998, Forster 2000).

Deswegen ist es für die Migrationsforschung notwendig, andere Motive jenseits von ökonomischen Überlegungen ins Visier zu nehmen. Persönliche oder private Beziehungen zum Zielort und erwartete Eigenschaften wie Lebensqualität, politische Stabilität am Zielort können in Betracht gezogen werden. Hinzukommen persönliche Motive, die weder durch Verbindungen zum Zielort noch mit einer bestimmten Einschätzung des Zielortes verbunden sind wie Abenteuerlust. Diese sind sicherlich wiederum in soziale und kulturelle Vorstellungen zum Thema Mobilität in den einzelnen Herkunftsländern eingebettet und als solche zu benennen (vgl. Robinson/Carey 2000).

Die Migrationsbewegung von hochqualifizierten Fachkräften nach Deutschland hat sich geändert und deshalb ist es notwendig, die Untersuchungsperspektive zu wechseln. Die Untersuchung von Verflechtungsbeziehungen vermag den Migrationsprozess nur noch zum Teil zu erklären. Ein neuer Schwerpunkt bei der Untersuchung muss die Verankerung der Migrationsbewegung im konkreten räumlichen Kontext berücksichtigen (z.B. Arbeitsmarkt, Gesetzgebung, technische Infrastruktur) und die Handlungsstrategien und -motive der hochqualifizierten Arbeitskräfte. Denn für letztere sieht der Gesetzentwurf für ein neues Zuwanderungsgesetz eine weitere Arbeitsmarktöffnung in Deutschland vor, die eine individuelle Migration nach Deutschland stärken wird.

Hochqualifizierte und hochbezahlte Fachkräfte sollen die Möglichkeit haben, eigenständig ohne vorliegendes Beschäftigungsangebot eine Arbeitserlaubnis zu beantragen (§ 19). Es kann ein Auswahlverfahren nach dem Muster des kanadischen Punktesystems installiert werden, um ausländischen Arbeitskräften individuell die Einreise nach Deutschland zu gestatten (§ 20) (Bundesregierung 2003). Zwar ist im Moment ungewiss, ob der Gesetzgeber jemals eines der beiden Verfahren zulässt, die verbesserten technischen Möglichkeiten bei der Arbeitsplatzsuche, die zunehmende Internationalisierung der Betriebe und die Bereitschaft einer großen Zahl an ausländischen Fachkräften, nach Deutschland zu migrieren, wird in Zukunft den Migrationsprozess bestimmen.

5. Daten

- Bundesanstalt für Arbeit, (Hrsg.) 1999: Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitserlaubnisse 1999. Nürnberg
- Bundesanstalt für Arbeit, (Hrsg.) 2000: Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitserlaubnisse 2000. Nürnberg
- Bundesanstalt für Arbeit, (Hrsg.) 2001: Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitserlaubnisse 2001. Nürnberg
- Bundesanstalt für Arbeit, (Hrsg.) 2002: Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitserlaubnisse 2002. Nürnberg
- Bundesamt für Statistik, (Hrsg.) 2002: Statistisches Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Metzler-Poeschel. 283-285
- Statistisches Bundesamt, VII C - 5.12. (Sonderauswertung): Absolventen nach Hochschulen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit in den Fächern des Studienbereichs Informatik im Prüfungsjahr 2000
- Bundesanstalt für Arbeit, Referat IIIb6 (Sonderauswertung): Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Datenverarbeitungsfachleute 774 nach Deutsche/nicht Deutsche und Arbeitsamtsbezirke im Jahr 2000
- Bundesanstalt für Arbeit 2003: Zugesicherte Arbeitserlaubnisse für hochqualifizierte ausländische IT-Fachkräfte nach der IT-ArGV. August 2000 bis Juli 2003. Nürnberg
- Bundesanstalt für Arbeit 2003: Erteilte Arbeitserlaubnisse für IT-Fachkräfte für eine erstmalige, erneute Beschäftigung bzw. Fortsetzung einer Beschäftigung nach Arbeitsamtsbezirken. August 2000 bis Juli 2003. Nürnberg

6. Literaturverzeichnis

- Beaverstock, J.V.; Smith, J., 1996: Lending Jobs to Global Cities - Skilled International Labor Migration, Investment Banking and the City of London. In: Urban studies 33, 8: 1377-1394
- Beaverstock, J.V., 1990: New International Labor-Markets - The Case of Professional and Managerial Labor Migration Within Large Chartered Accountancy Firms. In: AREA 22, 2: 151-158
- Beaverstock, J.V., 1991: Skilled International Migration - An Analysis of the Geography of International Secondments Within Large Accountancy Firms. Environment & Planning A 23, 8: 1133-1146
- Beaverstock, J.V., 1994: Rethinking Skilled International Labor Migration - World Cities and Banking Organizations. In: Geoforum 25, 3: 323-338

- Beaverstock, J.V., 1996a: Migration, Knowledge and Social-Interaction - Expatriate Labor Within Investment Banks. In: AREA 28, 4: 459-470
- Beaverstock, J.V., 1996b: Subcontracting the Accountant - Professional Labor-Markets, Migration, and Organizational Networks in the Global Accountancy Industry. In: Environment and Planning A 28, 2: 303-326
- Beaverstock, J.V., 1996c: Revisiting High-Waged Labor-Market Demand in the Global Cities - British Professional and Managerial Workers in New-York-City. In: International Journal of Urban and Regional Research 20, 3: 422-445
- Bittner, Andreas; Reisch, Bernhard, 1991: Internationale Personalentwicklung in deutschen Großunternehmen. Eine Bestandsaufnahme. Bad Honnef
- Boyle, M.; Findlay, A.; Lelievre, E.; Paddison, R., 1996: World Cities and the Limits to Global Control - A Case-Study of Executive Search Firms in Europe Leading Cities. International Journal of Urban and Regional Research 20, 3: 498-517
- Bröcker, Horst F., 1991: Managementkarrieren in Europa. Ein vergleichende Analyse der Merkmale, Mobilitätsprofile und kohortenspezifischen Verlaufsmuster der Karrieren europäischer Führungskräfte. Stuttgart
- Bundesregierung (Hrsg.) 2001: Maßnahmen der Bundesregierung für eine nationale Bildungsoffensive zur mittel- und langfristigen Behebung des Fachkräftemangels im IT-Bereich. Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Maria Böhmer, Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Ilse Aigner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion CDU/CSU. Berlin. (Drucksache 14/6943). www.bundestag.de vom 11.12. 2001
- Bundesregierung (Hrsg.) 2003: Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern. Gesetzentwurf vom 15.1.2003. www. bmi.de vom 28.07.2003
- Castells, M., 2001: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft . Opladen: Leske + Budrich
- Dicken, Peter, 1998: Global shift: transforming the World economy. 3. Auflage. New York: Guilford Press
- Findlay, A., 1988: From Settlers to Skilled Transients - The Changing Structure of British International Migration. In: Geoforum 19, 4: 401-410
- Findlay, A.; Gould, W.T.S., 1989: Skilled International Migration - A Research Agenda. In: AREA 21, 1: 3-11
- Findlay, A.; Garrick. L., 1990: Scottish emigration in the 1980s: a migration channels approach to the study of skilled international migration. Transactions of the Institute of British Geographers 15: 177-192
- Findlay, A., 1990. A Migration Channels Approach to the Study of High-Level Manpower Movements - A Theoretical Perspective. International Migration 28, 1: 15-23
- Findlay, A.; Li, F.L.N., 1996: Placing Identity: Interviews with Hong Kong Chinese Immigrants in Britain and Canada. In: International Journal of Population Geography 2: 361-377
- Findlay, A.; Li, F.L.N., 1998: A Migration Channels Approach to the Study of Professionals Moving to and from Hong-Kong. In: International Migration Review 32, 3: 682-703
- Forster, Nick, 2000: The Myth of the 'International Manager'. In: International Journal of Human Resource Management 11, 1: 126-142
- Freund, Bodo, 1998: Frankfurter Raum als Ziel qualifizierter Migranten. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie. 57-81
- Friedman, Jonathan, 1986. The World City Hypothesis. In: P. L. Taylor P. Knox. (Hrsg.): World Cities in a World System. Cambridge. 317-331

- Fuchs, M., 2001. Von der 'lernenden Region' zur 'lernenden Organisation'. Regionalentwicklung im globalen Kontext. (INEF Report 52). Duisburg
- Glebe, G; White, P., 2001. Hochqualifizierte Migranten im Prozess der Globalisierung. Geographische Rundschau 53: 38-44
- Gould, W.T.S., 1987: Recruitment Agencies and British International Migration. In: Area 19: 374-376
- Hammer, Mitchell R; Hart, William; Randall, Rogan, 1998: Can You Go Home Again? An Analysis of the Repatriation of Corporate Managers and Spouses. In: Management International Review 38, 1, S 67-86
- Hillmann, Felicitas; Rudolph, Hedwig, 1996: Jenseits des brain drain. Zur Mobilität westlicher Fach- und Führungskräfte nach Polen. WZB Discussion Paper FS I 96-103. Berlin: WZB
- Hillmann, Felicitas, Rudolph, Hedwig, 1998: Via Baltica. Die Rolle westlicher Fach- und Führungskräfte im Transformationsprozess Lettlands. Berlin: WZB Discussion Paper FS I 98-106
- Hillmann, Felicitas, 2003: Rotation light? Oder: wie die ausländische Bevölkerung in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt integriert ist. In: Sozialer Fortschritt. Nr. 6: 140-151
- Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA). 2001: Die Nachfrage nach internationalen hochqualifizierten Beschäftigten. ftp://ftp.bmbf.de/010517_bmbf_report.pdf vom 22.05.01
- Isserstedt, Wolfgang; Schnitzer, Klaus, 2002. Internationalisierung des Studiums. Ausländische Studierende in Deutschland - Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW). Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.). Bonn
- Khadria, Binod, 2001. Shifting Paradigms of Globalisation: The Twenty-first Century Transition towards Generics in Skilled Migration from India. International Migration 39: 45-69
- King, R, 1995: Migrations, globalization and place. In: Massey, D; Jess, Pat (Hrsg.): A Place in a World? Places, Cultures and Globalization. Oxford: Open University Press. 5-44
- Kolb, Holger, 2003. Einwanderung durch die Hintertür: Migration von Hochqualifizierten nach Deutschland. Beitrag zur Konferenz Migration und Entwicklung im 21. Jahrhundert in Münster 5./6. Juni 2003
- Koser, K.; Salt, J., 1997: The Geography of Highly Skilled International Migration. In: International Journal of Population Geography 3: 285-303
- Ladame, P, 1970: Contestée. La circulation des élites. In: International Migration Review. 8: 39-49
- Lee, Roger, 2000: World cities. In: Johnston, R. J. et al, (Eds.). The dictionary of urban geography. 4. Auflage. London: Blackwell. 852
- Ley, D., 2003: Seeking Homo-Economicus: The Canadian State and the strange story of Business Migration Programmes. In: Annales of the American Association of Geographers 93: 426-441
- List, Juliane, 1996. Grenzüberschreitende Mobilität von Hochschulabsolventen in Europa: bildungspolitische Rahmenbedingungen und praktische Umsetzung. Köln: Deutscher Instituts-Verlag
- Mahroum, S., 2000. Highly Skilled Globetrotters - Mapping the International Migration of Human-Capital. R & D Management 30, 1: 23-31
- Meusburger, P., 2001: Brain Exchange. In: Brunotte, E. et al. (Hrsg.) 2001. Lexikon der Geographie in vier Bänden. Heidelberg und Berlin: Spectrum Akademischer Verlag. 201

- Noller, Peter 1999: Globalisierung, Stadträume und Lebensstile. Kulturelle und lokale Repräsentationen des globalen Raums. Opladen: Leske + Budrich
- Robinson, V.; Carey, M., 2000: Peopling Skilled International Migration - Indian Doctors in the UK. In: *International Migration* 38, 1: 89-108
- Salt, J., 1988: Highly-Skilled International Migrants, Careers and Internal Labor-Markets. In: *Geoforum* 19, 4: 387-399
- Salt, J., 1992: The Future of International Labor Migration. *International Migration Review* 26, 4: 1077-1111
- Sassen, Saskia, 1996: Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt/M und New York: Campus
- Saxenian, Anna Lee, 1999: Silicon Valley's New Immigrant Entrepreneurs. O.O.: Public Policy Institute of California. <http://www.ppic.org> vom 10.01.01
- Saxenian, Anna Lee, 2000: Silicon Valley's New Immigrant Entrepreneurs. O.O.: Center for Comparative Immigration Studies, Working Paper, 15. <http://www.ccis-ucsd.org/Publications/wrkg15.PDF> vom 7.05.01
- Schipulle, Hans Peter, 1973: Ausverkauf von Intelligenz aus Entwicklungsländern? Eine kritische Untersuchung zum Brain Drain. München: Weltforum-Verlag
- Schreyer, Franziska; Gebhardt, Marion, 2003: Green Card, IT-Krise und Arbeitslosigkeit. Mit einer Kündigung verlieren ausländische IT-Fachkräfte oft mehr als nur ihren Job. Eine Fallstudie in München. IAB-Werkstattbericht Nr. 07/2003. Nürnberg: IAB
- Stalker, Peter, 2000: Workers without frontiers: the impact of globalization on international migration. Genf und London: International Labour Organization
- Tyner, J.A., 1998. Asian Labor Recruitment and the World Wide Web. *Professional Geographer* 50: 331-344
- Tzeng, R., 1995: International Labor Migration Through Multinational-Enterprises. In: *International Migration Review* 29, 1: 139-154
- Tzeng, R., 2000: The mobility of entrepreneurs and capital: Taiwanese capital-linked migration. In: *International Migration* 38: 143-168
- Unabhängige Kommission "Zuwanderung", 2001: Zuwanderung gestalten - Integration fördern. Bericht der unabhängigen Kommission "Zuwanderung". Berlin.
- Watanabe, S., 1969: The Brain Drain from Developing to Developed Countries. *International Labour Review* 99, 4: 401-433
- Werner, Heinz; Walwei, Ulrich, 1992: Zur Freizügigkeit für Arbeitskräfte in der EG. *Mitteilungen Aus Der Arbeitsmarkt Und Berufsforschung*, no. 1: 1-12
- Wiemann, J., 2000: Green Card für indische Programmierer: Herausforderung für die Entwicklungspolitik. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4. 411-422
- Wolter, Achim, 1997: Globalisierung der Beschäftigung. Multinationale Unternehmen als Kanal der Wanderung Höherqualifizierter innerhalb Europas. Baden-Baden: Nomos
- Wolter, Achim, 1999: Von der unternehmensinternen zu unternehmensinduzierten Migration Höherqualifizierter in Europa. In: Wolter, Achim (Hrsg.): *Migration in Europa : neue Dimensionen, neue Fragen, neue Antworten*. Baden-Baden : Nomos
- Xiang, Biao, 2002: Ethnic Transnational Middle Classes in Formation - A Case Study of Indian Information Technology Professionals. Paper presented at the 52nd Annual Conference of Political Studies Association 5-7 April 2002
- <http://www.psa.ac.uk/2002/papers/pdf/xiang.pdf> vom 10.9.2002

Wandern gegen den Strom:

West-Ost-Migration in Deutschland

Grit Beck

Die Abwanderung aus den neuen Bundesländern sorgt immer wieder für Schlagzeilen in den Medien. Kaum beachtet wird hingegen, dass es einen quantitativ bedeutsamen Gegenstrom gibt: Jährlich wandern ca. 150.000 Menschen aus dem früheren Bundesgebiet in die östlichen Bundesländer. Binnenzuwanderung kann eine Strategie zur regionalen Entwicklung von Gebieten in Ostdeutschland sein, denn die Qualifikation und das Wissen der dort lebenden Menschen sind eine wichtige Voraussetzung dafür. Doch welche Menschen sind es, die in den Osten Deutschlands ziehen? Vorgestellt werden die demographischen und sozio-ökonomischen Merkmale der West-Ost-Wanderer. Weiterhin wird die Selektivität dieses Wanderungsstromes diskutiert, wobei zwischen neu zuziehenden Westdeutschen und ostdeutschen Rückkehrern unterschieden wird.

1. Einführung

1.1 Die Folgen des Bevölkerungsverlustes für Ostdeutschland

Ostdeutschland verliert an Bevölkerung: Zum einen wandern viele Bewohner der neuen Länder aufgrund besserer Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten gen Westen. Zum anderen kam es nach der politischen Wende zu dramatischen Einbrüchen bei den Geburten, es wurden nur noch halb so viele Kinder geboren wie vor 1989. Dieser Verlust an Bevölkerung führt in den neuen Ländern zu vielfältigen Problemen. So steigt der bereits hohe Wohnungsleerstand weiter an, Kindergärten und Schulen müssen geschlossen werden. Steuern, Zuwendungen und Fördermittel werden in vielen Fällen nach der Einwohnerzahl verteilt, damit fallen die für die neuen Länder zu beanspruchenden Mittel geringer aus, außerdem nimmt mit der Verringerung der Bevölkerung die relative Verschuldung pro Einwohner im Vergleich zu anderen Bundesländern zu (DGB Thüringen 2001).

Problematisch ist weiterhin, dass die Migrationsbewegungen selektiv sind. Die Ost-West-Wanderung wird überproportional von jungen und gebildeten Personen getragen. Dieser „brain drain“ führt zu einem Verlust von Entwicklungspotentialen und damit zu Einbußen im Standortwettbewerb. Für die neuen Länder wird ein Fachkräftemangel in den nächsten Jahren vorausgesagt. Dieser wird aufgrund der demographischen Struktur der arbeitenden Bevölkerung prognostiziert. Die Industrie- und Handelskammern (siehe z.B. Die Sächsischen Industrie- und Handelskammern 2001) rechnen in Zukunft in Ostdeutschland trotz weiterhin hoher Arbeitslosigkeit verstärkt mit sektoralen Engpässen an Arbeitskräften, wie sie heute schon in westdeutschen Bundesländern auftreten.

Doch es wandern nicht nur Menschen aus den neuen Ländern ab, es kommen auch viele Personen aus den alten Ländern in die neuen Länder. Dieser Migrationsstrom ist quantitativ bedeutsam, findet aber weder in der Wissenschaft noch in den Medien Aufmerksamkeit. Diese Lücke möchte der vorliegende Beitrag schließen, indem er die Zuwanderung in die neuen Länder in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellt. Einführend wird dargestellt, welche Bedeutung Binnenzuwanderung für regionale Entwicklungen haben kann und welche theoretischen Erkenntnisse über Migrationen in ökonomisch schwächere Gebiete, also über Wanderungen entgegen eines dominierenden Abwanderungsstromes, vorliegen. Es erfolgt eine Auswertung der amtlichen Statistik hinsichtlich der quantitativen Bedeutung der Binnenzuwanderung nach Ostdeutschland im Vergleich zur Abwanderung, wobei die Resultate nach Geschlecht und Altersgruppen differenziert dargestellt werden. Weiterhin werden die Ergebnisse der Analyse des Sozio-ökonomischen Panels vorgestellt, mit Auswertungen über Unterschiede und Gemeinsamkeiten von rückkehrenden Ostdeutschen und neu zuziehenden Westdeutschen hinsichtlich Geschlechterproportion und Bildungsprofil. Ziel des Aufsatzes ist es, die Bedeutung der West-Ost-Wanderung in Deutschland und die sozio-ökonomischen Merkmale der daran beteiligten Migranten zu analysieren. Der Beitrag ist eingebunden in eine größere Untersuchung der Autorin zur West-Ost-Wanderung; die hier vorgestellten ersten Ergebnisse beruhen im Wesentlichen auf der Auswertung quantitativer Daten.

1.2 Binnenzuwanderung als regionale Strategie

In den letzten Jahren wurde in den politischen und wissenschaftlichen Debatten häufig diskutiert, welchen Beitrag die internationale Zuwanderung zur Behebung des Fachkräftemangels in Deutschland, insbesondere im IT-Bereich, aber auch zur Abschwächung der aktuellen demographischen Entwicklung, nämlich der Alterung und der Verringerung der Bevölkerung in Deutschland, leisten kann. Quantitativ bedeutsamer als die Außenwanderung ist jedoch die Binnenwanderung, die die regionalen Entwicklungen sowohl in demographischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht in der Mehrzahl der Gebiete Deutschlands stärker beeinflusst als die Außenwanderung.

Für die wirtschaftliche Entwicklung und für den Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Regionen ist die Ausstattung mit Humanressourcen ein wichtiger Faktor (Fassmann/Meusburger 1997). Heute spricht man sogar von einer Wissensgesellschaft, denn in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden das Wissen und die Qualifikationen der Erwerbstätigen für die Leistungskraft von Regionen zur entscheidenden Komponente. Ostdeutschland büßte durch die enorme Abwanderung seit 1989 nicht nur quantitativ viele Menschen ein, es gingen vor allem die Jungen, die gut Qualifizierten. Damit verloren die neuen Länder Menschen mit Potentialen, Talenten und Ideen. Eine derartige Abwanderung schwächt das Leistungsvermögen und die Wachstumspotentiale der betroffenen Regionen (Topan 1998).

Hier wird die These vertreten, dass die gezielte Förderung von Binnenzuwanderung in der Zukunft eine wichtige Strategie zur Regionalentwicklung sein kann. Denn nicht nur das vor Ort vorhandene Reservoir an Arbeitskräften entscheidet über die Entwicklungspotentiale einer Region. Wichtig ist auch, welche Personen durch Zuwanderung für eine Region gewonnen werden können. Hier sollen Menschen betrachtet werden, die aus Westdeutschland nach Ostdeutschland neu zuziehen oder nach Ostdeutschland zurückkehren und ihr erworbenes Wissen, ihre Fähigkeiten und ihre Tatkraft mit in die neuen Länder bringen. Mecklenburg-Vorpommern hat als erstes ostdeutsches

Bundesland gezielt auf die Potentiale der Binnenzuwanderung gesetzt und wirbt im Internet für die Rückkehr bzw. den Zuzug von Fachkräften in dieses Bundesland.¹

1.3 Wandern gegen den Strom

Der Hauptwanderungsstrom der deutsch-deutschen Binnenwanderung ist von Ost nach West gerichtet. Die West-Ost-Migration ist eine Wanderung entgegen dieser dominanten Wanderungsrichtung, sie wird als Gegenstrommigration bezeichnet. Schon Ravenstein, der „Vater“ der modernen Migrationsforschung, hatte die Wanderungsbewegung, die er als „counter-current movement“² bezeichnete, in seinen „Laws of Migration“ beschrieben:

„Diese Gegenströmung bilden keinesfalls Wanderer, die nach Hause zurückkehren, in ihren Hoffnungen enttäuscht oder mit neuen Fähigkeiten ausgestattet. (...) [Diese Gruppe] enthält zweifellos viele Kinder von Wanderern, die in die Grafschaft gehen, aus der ihre Eltern stammen, aber die große Mehrheit der Wanderer besteht aus Personen, die Geschäftsinteressen sich von ihrer Heimat entfernen lassen.“ (Ravenstein 1885, zitiert nach Széll 1972: 46)

Nach Campbell und Johnson (1976) ist eine Gegenstrommigration eine Wanderungsbewegung, die dem Ausgangsstrom entgegengesetzt ist, unabhängig davon, ob zu einem späteren Zeitpunkt das Wanderungsvolumen des Gegenstroms das des Hauptstroms übersteigt. Trotz der frühen Entdeckung der Gegenstrommigration wurden kaum Versuche unternommen, diese Wanderungsbewegung in die existierenden Forschungsansätze und -theorien einzubauen. Zwar bieten makroökonomische Theorien die Erklärung an, dass auch in Abwanderungsgebieten Menschen gebraucht werden, die Fähigkeiten haben, die vor Ort nicht vorhanden sind. Sie können damit erklären, dass aus einer Region niedrig qualifizierte Beschäftigte abwandern, Hochqualifizierte dagegen zuwandern. Für die makroökonomischen Theorien sind unterschiedliche Erträge aus dem Humankapital zur Erklärung der entgegengesetzten Wanderungsbewegungen Voraussetzung, empirisch ist diese unterschiedliche Ausstattung mit Humankapital hingegen nur bedingt nachweisbar.

Die Gegenstrommigration passt nicht in gängige Erklärungsmuster der Migrationsforschung: Gegen den Hauptstrom zu wandern heißt zumeist, von einer ökonomisch stärkeren in eine ökonomisch schwächere Region zu migrieren. Warum entscheiden sich Menschen für diese Wanderung?

Es werden bei der Gegenwanderung zwei Gruppen von Migranten unterschieden: die primären Migranten³ und die Rückkehrmigranten.⁴ Während es zu primären Migranten kaum empirische Erkenntnisse gibt, fand die Rückkehrmigration in der internationalen Migrationsforschung, insbesondere bezüglich der Rückwanderung von Gastarbeitern in ihre Heimatländer, viel Beachtung. Verschiedene Autoren haben bezüglich der Motive der Rückkehrer Typen entwickelt, die in folgenden wesentlichen Punkten miteinander übereinstimmen (nach Schrettenbrunner 1986,

¹ Mecklenburg-Vorpommern ist im Internet mit der Web-Seite www.mv4you.de (besucht am 20.7.2003) präsent. Unter dem Motto „Wandern und Wiederkommen“ soll der Kontakt zu abgewanderten Landeskinder gehalten werden, um ihnen eine spätere Rückkehr zu erleichtern. Dieses Internetangebot wendet sich aber auch an Einwanderungswillige, die zuvor nicht in diesem Bundesland gelebt haben.

² Später wurden weitere englischsprachige Bezeichnungen üblich: counterstream, counter movement, back-flow, reverse flow, reverse stream, reverse migration (nach Campbell/Johnson 1976).

³ Im Englischen als „primary migrants“, in der jüngeren Literatur auch als „new migrants“ bzw. als „onward migrants“ bezeichnet.

⁴ Im Englischen als „return migrants“ bezeichnet.

Bürkner/Heller/Unrau 1988), ihre Anwendbarkeit auf die Binnenwanderung wurde noch nicht geprüft:

- Rückkehrer, die ihre selbst gesteckten Ziele und die erwünschten sozio-ökonomischen Veränderungen erreicht haben, z.B. die Erwirtschaftung der finanziellen Mittel für den Erwerb von Eigentum oder für den Aufbau einer neuen beruflichen Existenz im Heimatland,
- Migranten, die planmäßig, lebenszyklisch bedingt, zurückkehren, z.B. als Rentner,
- Rückkehrer, die ihre Ziele nicht erreicht haben und beispielsweise aufgrund gescheiterter beruflicher oder persönlicher Integration im Zielland zurückkehren.

Im Gegensatz zur Rückkehrmigration liegen zu den Wanderungsmotiven von primären Migranten kaum Erkenntnisse jenseits der Beobachtung vor, dass berufliche Motivationen eine entscheidende Rolle spielen. Neuere Schriften, die sich allerdings auf Wanderungsbewegungen hochqualifizierter Arbeitskräfte beschränken, bestätigen diesen Zusammenhang (Rohr-Zänker 1998, Rudolph/Hillmann 1998). Mehrere aktuelle Studien beleuchten Gemeinsamkeiten und Unterschiede von primären Migranten und Rückkehrmigranten hinsichtlich ihrer sozio-ökonomischen Struktur und ihrer Motivation für die Migration (von Reichert 2002, Newbold/Bell 2001, Shumway/Hall 1996). Mit den Resultaten dieser Arbeiten sollen die in diesem Beitrag vorgestellten empirischen Ergebnisse kontrastiert werden.

1.4 Methodisches Vorgehen

Zur Analyse der West-Ost-Wanderung in Deutschland wurden verschiedene Datenquellen herangezogen. Zum einen wird die amtliche Statistik ausgewertet, die Aussagen über Geschlecht, Alter und Nationalität der West-Ost-Wanderer erlaubt, ferner liegen Angaben über den letzten und den derzeitigen Wohnort der Migranten vor. Die für die Untersuchung der Gegenstrombewegung wichtige Unterscheidung von Rückkehrern und neu Zuziehenden kann hingegen nicht getroffen werden, da keine Angaben über den Geburtsort oder frühere Wohnorte vorliegen. Ferner erfasst die amtliche Statistik keine Daten, die Rückschlüsse über das Bildungsprofil der Migranten erlauben.

Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen hat detaillierte Studien über die Wanderungsverflechtungen des eigenen Bundeslandes erstellt. Für eine Abwanderungsstudie (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2002) wurde über 7.000 Personen, die im Jahr 2000 und im 1. Halbjahr 2001 das Bundesland verließen, ein schriftlicher Fragebogen zugestellt, ein Drittel der Kontaktierten beteiligte sich an der Erhebung. Auf der Grundlage dieser Studie können erstmalig differenzierte Angaben zu den Abwanderungsmotiven, den sozialen Lebensumständen vor und nach dem Umzug und der Rückkehrbereitschaft der Migranten gemacht werden. Ebenfalls in Sachsen wurde eine Zuwanderungsstudie angefertigt (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2003), die auf der Auswertung der Wanderungsstatistik, der Arbeitsmarktstatistik, der Asylbewerberstatistik, der Beschäftigungsstatistik, der Personalstatistik sowie der Studentenstatistik beruht und erstmalig für ein ostdeutsches Bundesland eine differenzierte Betrachtung der Zuwanderungsströme ermöglicht.

Die vorgestellten Untersuchungen zur Gegenstrommigration (siehe von Reichert 2002, Newbold/Bell 2001, Shumway/Hall 1996) beschäftigen sich mit Migrationsströmen in den USA, Kanada und Australien. Für diese Länder liegen umfangreiche Census-Daten vor, die Angaben zum Geburtsort und zum Wohnort fünf Jahre bzw. ein Jahr vor der Befragung enthalten. Vergleichbare Daten, die Rückschlüsse über Wanderungsströme erlauben, existieren für Deutschland nicht. Die

vorliegende Untersuchung stützt sich auf das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), eine Längsschnittstudie, die beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin angesiedelt ist. Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland, die seit 1984 für Westdeutschland, seit 1990 auch für Ostdeutschland durchgeführt wird. Erfragt werden u.a. Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographien, Einkommensverläufe, Gesundheit, Lebenszufriedenheit und gesellschaftliche Partizipation, Bildung und Qualifikation. Während Soziologen die Daten des SOEPs bereits seit Jahren erfolgreich auswerten, fand das SOEP in der Geographie bisher keine Verwendung.

Für die vorliegende Untersuchung konnten die Angaben zu 448 Migrationsbewegungen von Ost- nach Westdeutschland und 167 Wanderungsbewegungen von West- nach Ostdeutschland aus den Wellen A und C des SOEPs ausgewertet werden. Das SOEP bietet Hochrechnungszahlen an, so dass Aussagen über die Wanderungsbewegungen der deutschen Bevölkerung zwischen den alten und neuen Ländern insgesamt getroffen werden können. Dennoch muss bei der Interpretation der Daten die insgesamt kleine Fallzahl beachtet werden. Zudem zeigt der Vergleich der Hochrechnungszahlen mit den Daten der amtlichen Statistik, dass sowohl die Ost-West-Migranten als auch die West-Ost-Migranten im SOEP unterrepräsentiert sind. Dies kann auf die geringe Fallzahl, die Nicht-Erfassung von kurzzeitigen Wanderungen – die Befragung erfolgt einmal jährlich – und die höhere Ausfallwahrscheinlichkeit von besonders mobilen Menschen bei Wiederholungsbefragungen zurückgeführt werden. Außerdem konnte die große Auswanderungswelle aus der DDR im Jahr 1989 und der 1. Hälfte des Jahres 1990 nicht vom SOEP erfasst werden, da diese Längsschnittstudie erst im Sommer 1990 auf das Gebiet der damaligen DDR ausgedehnt wurde.

2. West-Ost-Wanderung in Deutschland

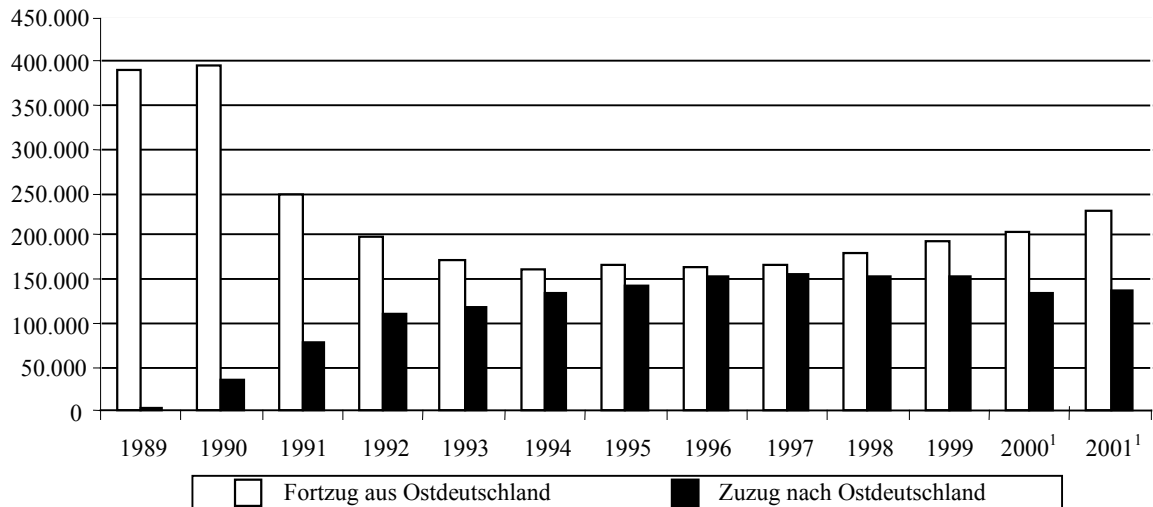
2.1 Die deutsch-deutsche Binnenwanderung seit 1989

Wanderung zwischen den beiden Teilen Deutschlands ist ein Massenphänomen – und sie erfolgt in beide Richtungen. In das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt hingegen nur die Ost-West-Wanderung. Dies war schon in den Jahren vor dem Bau der Berliner Mauer so: Von Anfang der 1950er Jahre bis Ende der 1960er Jahre wanderten relativ unbemerkt mehr als 600.000 Menschen aus Westdeutschland nach Ostdeutschland, Aufmerksamkeit fanden hingegen nur die 3.100.100 Ost-West-Migranten (Schmelz 2001). Zu Beginn der 1990er Jahre setzte abermals eine starke West-Ost-Wanderung ein. Zwischen 1989 und 2001 zogen 1.518.200 Menschen aus West- nach Ostdeutschland. Auch wenn damit die Ost-West-Wanderung von 2.882.700 Menschen nur zu 52,7 % ausgeglichen werden konnte, wäre der Verlust an Einwohnern durch räumliche Bevölkerungsbewegung ohne diese Gegenstrommigration weit dramatischer gewesen.

Bei der Entwicklung der Wanderungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands können drei Phasen (vgl. z.B. Werz 2001; Kemper 2003) unterschieden werden (Abb. 1):

1. In der ersten Phase von 1989 bis 1992 war die Abwanderung aus Ostdeutschland sehr hoch, die Zuwanderung aus den alten in die neuen Länder war in diesem Zeitraum quantitativ unbedeutend.

Abb. 1: Wanderung zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern von 1989 bis 2001



¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin (West)

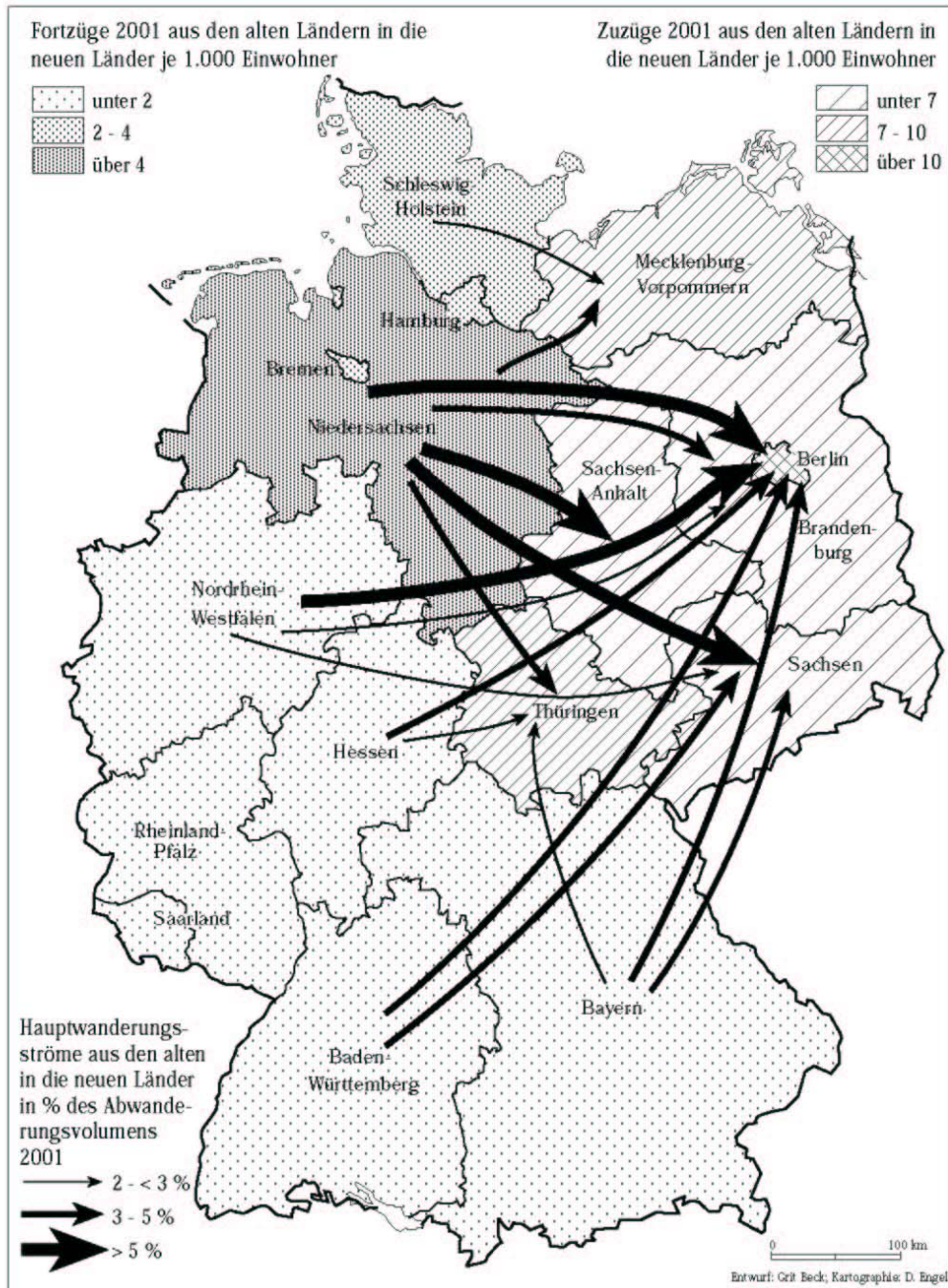
Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes

2. In der zweiten Phase von 1993 bis 1997 kam es zu einer Angleichung der Migrationsströme. Die Zuwanderung stieg stark an, die Fortzüge stagnierten. Im Jahr 1997 war der Migrationssaldo der neuen mit den alten Bundesländern fast ausgeglichen. Eine „Normalisierung“ der Binnenwanderung zwischen den beiden Teilen Deutschlands wurde konstatiert, es wurde angenommen, dass die Abwanderung aus Ostdeutschland gestoppt sei.
3. Die dritte Phase ab 1998 ist wiederum durch hohe Wanderungsverluste für die neuen Länder gekennzeichnet. Bei konstanter Zahl der Zuzüge aus den alten Ländern stiegen die Fortzüge aus Ostdeutschland wieder an, bspw. zwischen den Jahren 2000 und 2001 um 23.700 Migranten. Dies entspricht einer Zunahme um fast 13 % in nur einem Jahr.

Bezüglich der West-Ost-Wanderung wird aus Abb. 1 deutlich, dass sie ab 1989 kontinuierlich angestiegen ist und seit 1996 auf hohem Niveau relativ konstant bleibt. Zwischen 1996 und 1999 zogen jährlich mehr als 150.000 Menschen nach Ostdeutschland zu, der Höhepunkt war das Jahr 1997 mit 157.300 Migranten. Für die Jahre 2000 und 2001 verzeichnet die Statistik mit 135.600 und 138.600 Personen zwar eine geringere West-Ost-Wanderung, dies ist aber ausschließlich darauf zurückzuführen, dass ab dem Jahr 2000 Westberlin zu den neuen Bundesländern hinzugezählt wird und die Wanderung zwischen West- und Ostberlin nicht mehr als deutsch-deutsche Binnenwanderung erfasst ist.

Der Zuzug durch die West-Ost-Wanderung ist für die ostdeutschen Bundesländer von entscheidender Bedeutung, wie am Beispiel des Bundeslandes Sachsen für die Jahre 1991 bis 2002 gezeigt werden kann. Der wichtigste Zuwanderungsstrom in dieses ostdeutsche Bundesland kam aus den alten Bundesländern: 367.000 Menschen zogen von dort zu, dies entspricht einem Anteil am Zuwanderungsstrom von 42,3 %. 5 % dieser Zuwanderer waren Spätaussiedler. Aus dem Ausland zogen 325.000 (37,5 %) und aus den anderen neuen Bundesländern 175.000 Migranten (20,2 %) zu (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2003, eigene Berechnungen).

Abb. 2: Zuzüge aus den alten Ländern in die neuen Länder im Jahr 2001



Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes

2.2 Räumliche Wanderungsverflechtungen innerhalb Deutschlands

Bei der West-Ost-Wanderung lassen sich deutliche regionale Unterschiede und Wanderungsschwerpunkte erkennen (Abb. 2). Prozentual zu ihrer Einwohnerzahl weisen die norddeutschen Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen die höchste Fortzugsrate in die neuen Länder auf. Niedersachsen stellt mit seiner ausgesprochen großen Anzahl an Fortzügen eine Ausnahme dar, die auf den hohen Anteil an Spätaussiedlern zurückzuführen ist. Seit Ende 2000 befindet sich in der Gemeinde Friedland in Niedersachsen die einzige Erstaufnahmestelle für Spätaussiedler. Bei ihrer Ankunft in Deutschland werden die Spätaussiedler und ihre Angehörigen in Friedland registriert und danach nach einer vorgeschriebenen Verteilungsquote auf die deutschen Bundesländer verteilt. Bspw. waren 77 % aller im Jahr 2001 aus Niedersachsen nach Sachsen Zugezogenen Spätaussiedler (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2003).

Berlin ist das ostdeutsche Bundesland mit der höchsten Zuzugsrate aus den alten Ländern prozentual zu seiner Einwohnerzahl. Dabei ist zu beachten, dass Berlin einen Sonderfall aufgrund der früheren Zugehörigkeit Ostberlins zur DDR und der Anbindung Westberlins an die Bundesrepublik darstellt und dass die statistische Zugehörigkeit von Westberlin zu den neuen Ländern einen Kompromiss bildet.⁵ Die Gründe für die hohe Zuzugsrate Berlins dürften daher sowohl in jahrzehntelang etablierten Wanderungsverflechtungen zwischen Westdeutschland und Westberlin als auch in der Hauptstadtfunktion Berlins und der hohen Attraktivität dieser Stadt zu suchen sein. 32 % der West-Ost-Migranten ziehen nach Berlin.

Weiterhin bestehen enge Wanderungsverflechtungen zwischen angrenzenden Bundesländern. So sind quantitativ bedeutsame Wanderungsströme von Schleswig-Holstein nach Mecklenburg-Vorpommern und von Hessen und Bayern nach Thüringen gerichtet. In das Bundesland Sachsen ziehen nicht nur viele Migranten aus dem angrenzenden Bayern, sondern auch aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zu.

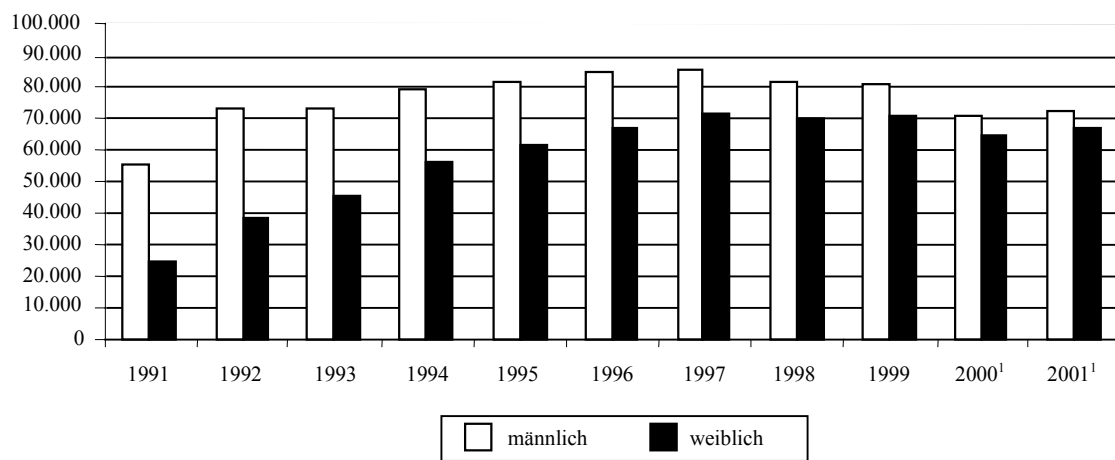
Der Zuzug aus Westdeutschland hat vor allem städtische Räume als Ziel. So zogen die Zuwanderer aus den alten Bundesländern nach Sachsen vor allem in die kreisfreien Städte Dresden und Leipzig, gefolgt von Plauen, Görlitz und dem Landkreis Meißen bei Dresden (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2003).

Innerhalb Ostdeutschlands bildet sich eine zunehmende Polarisierung zwischen den Stadtregionen hinsichtlich ihrer Bevölkerungsentwicklung heraus, zu der auch die deutsch-deutsche Binnenwanderung beiträgt. War in den 1990er Jahren für die Abnahme der Bevölkerung in den Oberzentren vor allem eine starke Stadt-Land-Wanderung verantwortlich, sind gegenwärtig die Wanderungsverflechtungen mit den alten Bundesländern zur entscheidenden Komponente der demographischen Entwicklung geworden. Herfert (2002) identifiziert in diesem Zusammenhang „Stabilitätsinseln“ wie Leipzig, Dresden, Erfurt und Jena, deren Wanderungsverluste in Richtung der alten Bundesländer gering sind und deren Wanderungssaldo mit anderen Regionen eine positive Bilanz aufweist. Im Gegensatz dazu stehen Oberzentren⁶ mit stark negativer Wanderungsbilanz, z.B. Gera,

⁵ Bis zum Jahr 1999 wurde Westberlin statistisch zu den alten Ländern und Ostberlin zu den neuen Ländern gezählt, Umzüge zwischen beiden Teilen der Stadt wurden als deutsch-deutsche Binnenwanderung gewertet. Auch diese Lösung war unbefriedigend.

⁶ Die Untersuchung von Herfert (2002) beschränkt sich auf die neuen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die aufgezeigten Trends dürften dennoch für alle neuen Bundesländer zutreffend sein.

Abb. 3: Zuzug aus Westdeutschland nach Ostdeutschland von 1991 bis 2001 nach Geschlecht



¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin (West)

Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes

Halle, Dessau, die innerhalb der ostdeutschen Schrumpfungslandschaft überdurchschnittlich an Bevölkerung verlieren.

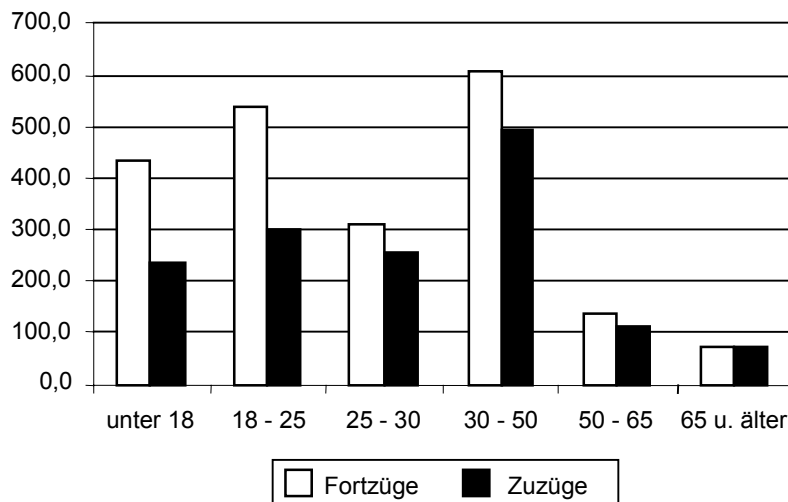
Welche Bedeutung die West-Ost-Wanderung für „Stabilitätsinseln“ hat, soll am Beispiel der Stadt Leipzig betrachtet werden. Leipzig weist bereits seit dem Jahr 1999 einen positiven Wanderungssaldo auf. Dies lässt sich aktuell für das Jahr 2001 auf Wanderungsgewinne mit anderen ostdeutschen Regionen (+2.385 Einwohner) und mit dem Ausland (+1.592 Einwohner) zurückzuführen. Gegenüber den alten Bundesländern wies die Stadt Leipzig hingegen einen negativen Wanderungssaldo auf (-2.524 Einwohner) (Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Statistisches Jahrbuch 2002). Dies zeigt, dass auch „Stabilitätsinseln“ wie Leipzig, die innerhalb Ostdeutschlands am stärksten von der West-Ost-Wanderung profitieren, nur auf Kosten anderer ostdeutscher Regionen die Abwanderung in die alten Länder ausgleichen können.

2.3 Die sozio-ökonomische Struktur der West-Ost-Migranten

Das Volumen der Ab- und der Zuwanderung von 1989 bis 2001 wurde anhand von Abb. 1 erläutert. An der Abwanderung aus Ostdeutschland waren von 1989 bis 2001 in allen Jahren etwa gleich viele Frauen und Männer beteiligt. Bei der Zuwanderung nach Ostdeutschland treten hingegen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede auf (Abb. 3).

In den Jahren 1991 bis 2001 wanderten 839.900 Männer und 636.900 Frauen nach Ostdeutschland zu, das entspricht einem Frauenanteil von 43,1 %. Dieser Frauenanteil stieg von 1989 bis 2001 kontinuierlich an. Lag er 1991 bei nur 30,6 %, zogen im Jahr 2001 mit einem Anteil von 48,1 % fast ebenso viele Frauen wie Männer zu. Die West-Ost-Wanderung ist damit zum jetzigen Zeitpunkt bezüglich der Geschlechterproportion fast ausgeglichen.

Ein Ausgleich der Abwanderung durch Zuwanderung konnte bei den Frauen nur zu 60,8 % erreicht werden, bei den Männern hingegen zu 79,9 %. Damit verlor Ostdeutschland im Saldo wesentlich mehr Frauen als Männer. Während bei den Männern Mitte der 90er Jahre durch Zuzug

Abb. 4: Wanderungsverflechtungen der neuen Länder 1991-2001 nach Altersgruppen

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

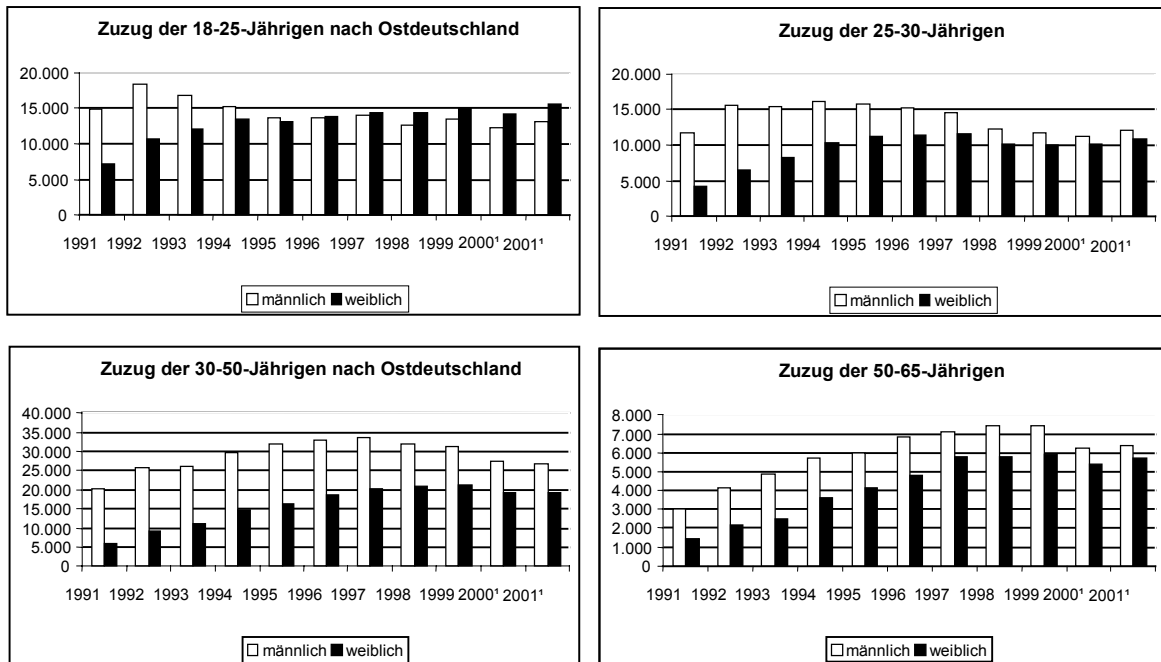
der Fortzug vollständig ausgeglichen werden konnte, wurde dies bei den Frauen in keinem der Jahre seit 1989 erreicht.

Die neuen Länder verzeichnen starke Verluste in fast allen Altersgruppen, einzig bei den über 65-Jährigen ist der Migrationssaldo ausgeglichen (Abb. 4). Die Abwanderung der unter 18-Jährigen und der 18- bis 25-Jährigen kann durch Zuwanderung nur zu ca. 55 % ausgeglichen werden, die Migrationssalden für diese Altersgruppen waren in allen Jahren negativ. In den Medien wird öfter beklagt, mit den Jungen verlöre Ostdeutschland seine Zukunft. In diesem Zusammenhang ist die Tatsache interessant, dass gerade in der Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen, bei denen die Wahrscheinlichkeit, Kinder zu bekommen, am höchsten ist, der Wanderungsverlust durch Zuwanderung zu 83 %, und bei den 30- bis 50-Jährigen zu 81 % ausgeglichen werden kann. Mitte der 90er Jahre waren die Migrationssalden in diesen Altersgruppen sogar positiv. Auch in den Folgejahren blieben diese Zuzüge konstant hoch, konnten aber den Anstieg des Wegzugs aus Ostdeutschland seit Ende der 1990er Jahre nicht ausgleichen. Damit kann festgehalten werden, dass der Verlust an ganz jungen Menschen für Ostdeutschland zwar negative Auswirkungen hat, dass aber auch viele Menschen, insbesondere in der Familiengründungsphase, zuziehen. Die Befürchtung, dass Ostdeutschland einen Großteil der potentiellen Eltern durch räumliche Bevölkerungsbewegung verliert, muss daher relativiert werden.

Bei den 50- bis 65-Jährigen sind die saldierten Verluste gering, Ende der 1990er Jahre wies diese Altersgruppe einen Zuwanderungsüberschuss auf. Bei den über 65-Jährigen ist die Wanderungsbilanz im Gesamtzeitraum ausgeglichen, in den Jahren seit 1996 sogar durchweg positiv. Zur zunehmenden Überalterung der ostdeutschen Bevölkerung trägt die West-Ost-Migration in diesen Altersgruppen aber kaum bei, da sie sich auf einem quantitativ niedrigen Niveau bewegt. Dennoch ließ sich in den letzten Jahren feststellen, dass einige ostdeutsche Gebiete deutliche Zuzüge von Ruhesitzwanderern aufweisen (vgl. Born/Goltz/Saupe 2002).

Die Geschlechterproportion der West-Ost-Migranten variiert erheblich für die verschiedenen Altersgruppen. Bei den unter 18-Jährigen ist die Geschlechterproportion mit einem Frauenanteil von 48,8 % fast ausgeglichen – dies überrascht nicht, wandern doch fast alle der Kinder und

Abb. 5: West-Ost-Migration von 1991 bis 2001 nach Geschlecht und ausgewählten Altersgruppen



¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin (West)

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Jugendlichen gemeinsam mit ihren Eltern zu. Der Wanderungsstrom der über 65-Jährigen wird vor allem von Frauen getragen, ihr Anteil beträgt 65,6 %, was ursächlich mit dem hohen Frauenanteil an der älteren Bevölkerung zusammenhängen dürfte.

Interessante Tendenzen lassen sich für die übrigen Altersgruppen feststellen (Abb. 5). Bei den 18- bis 25-Jährigen liegt der Frauenanteil von 1991 bis 2001 im Durchschnitt bei 47,6 %. Nach anfänglicher Dominanz der männlichen Wanderer ziehen seit 1996 mehr Frauen als Männer zu. Auch bei den 25- bis 30-Jährigen, der Frauenanteil liegt hier im Durchschnitt bei 40,8 %, ist ein kontinuierliches Anwachsen der Migrationsbeteiligung der Frauen zu beobachten, wenn auch die Anzahl der Migrantinnen die der Migranten im Jahr 2001 (noch) nicht erreichte. In der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen dominieren die männlichen Migranten stärker als in allen anderen Altersgruppen, der Frauenanteil liegt im Durchschnitt bei nur 35,8 %, bei den 50- bis 65-Jährigen liegt er mit 42,1 % etwas höher. Aber auch in diesen beiden Altersgruppen ist ein deutliches Ansteigen des Frauenanteils zu beobachten: In der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen stieg er von 22,6 % im Jahr 1991 auf 41,9 % im Jahr 2001, bei den 50- bis 65-Jährigen von 31,8 % im Jahr 1991 auf 47,1 % im Jahr 2001. Dies legt die Vermutung nahe, dass die hohen saldierten Verluste an Frauen ein zeitlich auf die unmittelbaren Nachwendejahre begrenztes Phänomen darstellen, dessen Ausmaß sich in Zukunft weiter abschwächen wird.

Tab. 1: Anteil von Ost- und Westdeutschen an der West-Ost-Migration

	Anzahl	Prozentualer Anteil	Fallzahl
Deutsche (West)	455000	53,0 %	63
Deutsche (Ost)	403000	47,0 %	104
Gesamt	858000	100,0 %	167

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen

3. Rückkehrer und primäre Migranten – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

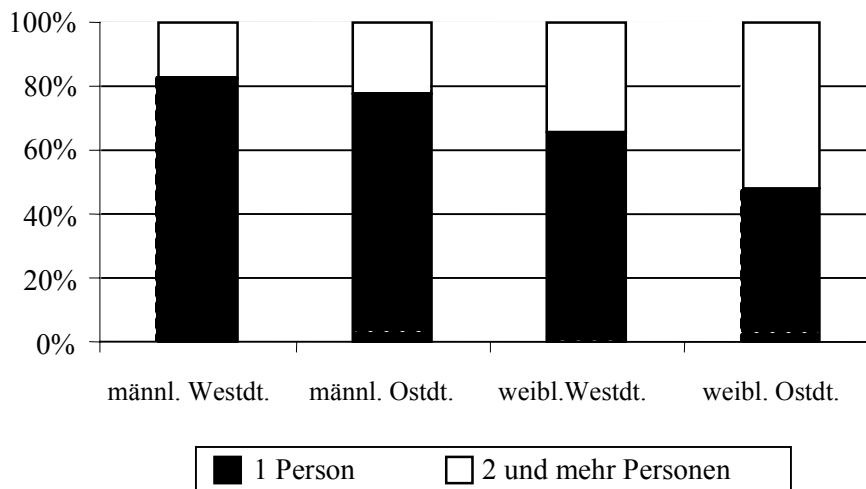
3.1 Sozio-ökonomische Merkmale

Wie viele der Ost-West-Migranten kehren in die neuen Bundesländer zurück? Von den im SOEP erfassten Menschen, die zwischen 1991 und 2000 in die alten Bundesländer wanderten, waren bis zum Jahr 2001 ca. 20 % in die neuen Bundesländer zurückgekehrt (eigene Berechnungen). Die potentielle Zahl der Rückkehrer in den Osten Deutschlands liegt aber weit darüber. So können sich 62 % der Männer und Frauen, die im Jahr 2000 und in der 1. Hälfte des Jahres 2001 aus Sachsen fortzogen, eine Rückkehr vorstellen. Als wichtigste Voraussetzung dafür gibt jeder zweite einen Arbeitsplatz, gefolgt von den entsprechenden Verdienstmöglichkeiten, an. Allerdings sinkt der Wunsch nach einer Rückkehr mit zunehmendem Alter. Ist das Interesse daran noch bei knapp 75 % der 18- bis 30-Jährigen vorhanden, können sich dies nur 60 % der 30- bis 50-Jährigen und 26 % der über 50-Jährigen vorstellen. Frauen zwischen 25 und 45 Jahren haben eine geringere Rückkehrbereitschaft als Männer dieser Altersgruppe. Weiterhin sinkt das Interesse an einer Rückkehr mit steigendem Bildungs- und Ausbildungsabschluss (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2002).

Wie hoch ist der Anteil der Rückkehrer im Verhältnis zur Anzahl der primären Migranten? Bei den in der Literatur dokumentierten Gegenstrombewegungen beträgt der Anteil der Rückkehrer zwischen 20-45 %. Er variiert auch in Abhängigkeit von der Größe des Gebietes, das zum Rückkehrgebiet erklärt wird. In der vorliegenden Untersuchung wurde mit den neuen Bundesländern als betrachtete Gebietseinheit eine große Region gewählt, daher ist zu erwarten, dass der Anteil der Rückkehrer hoch ist.

Die Auswertung des SOEPs ergibt einen Anteil der Rückkehrer von 47,0 % (Tab. 1). Bei der Interpretation dieses Ergebnisses ist zu beachten, dass, wie oben dargestellt, vom SOEP nur Personen als Ostdeutsche erfasst werden, die nach dem Sommer 1990 nach Westdeutschland migrierten. Die große Anzahl von Menschen, die im Jahr 1989 und in der 1. Hälfte des Jahres 1990 von Ost- nach Westdeutschland wanderten, ist daher nicht berücksichtigt. Ebenso wenig enthalten sind Menschen, die vor dem Mauerbau im Jahr 1961 vom Ost- in den Westteil Deutschlands gingen. Auch aus diesen Gruppen kehren heute Menschen in die neuen Bundesländer zurück, die vom SOEP nicht als ehemalige Ostdeutsche erfasst werden. Die tatsächliche Anzahl der Rückkehrer ist daher wesentlich höher, der Anteil der ostdeutschen Rückkehrer an der West-Ost-Migration dürfte deutlich über 50 % liegen.

Abb. 6: Anteil der Allein-Migrierenden über 18 Jahre von 1991 bis 2001 nach Herkunft und Geschlecht



Quelle: SOEP, eigene Berechnungen

Hinsichtlich der Geschlechterproportion weisen Rückkehrer und primäre Migranten nur geringe Unterschiede auf. Der Frauenanteil ist bei den ostdeutschen Rückkehrern mit 45,4 % geringfügig höher als bei den neu zuziehenden Westdeutschen (41,9 %) (SOEP, eigene Berechnungen).

Die Ansichten in der Literatur weichen bezüglich der Aussage, ob sich Rückkehrer und primäre Migranten hinsichtlich ihres Alters unterscheiden, voneinander ab. Campbell und Johnson (1976) kommen zu dem Ergebnis, dass Rückkehrmigranten älter sind als primäre Migranten. Zwei neuere Forschungen konnten dies nicht bestätigen: Rückkehrmigranten seien im Durchschnitt jünger als neu zuziehende Migranten (Bell 2001, Shumway/Hall 1996), von Reichert (2002) konnte keine Altersunterschiede feststellen.

Die Auswertung des SOEPs ergibt, dass sich ost- und westdeutsche Migranten in die neuen Länder hinsichtlich ihrer Altersstruktur erheblich unterscheiden. Bei den Ostdeutschen liegt der Anteil der unter 18-Jährigen mit 21,5 % weit über dem Anteil bei den Westdeutschen mit 6,0 %, d.h. die ostdeutschen Rückkehrer migrieren viel häufiger mit Kindern. Die ostdeutschen Rückkehrer sind mit einem Durchschnittsalter von 24,8 Jahren auch deutlich jünger als die westdeutschen Zuziehenden mit durchschnittlich 31,8 Jahren. Diese Altersdifferenz bleibt bestehen, wenn nur die über 18-Jährigen betrachtet werden: Das Durchschnittsalter beträgt dann bei den ostdeutschen Rückkehrern 29,9 Jahre, bei den westdeutschen Migranten 33,1 Jahre.

Zum Familienstand von Gegenstrommigranten liegen in der Literatur kaum Aussagen vor, nur aus der Zusammenfassung von Campbell und Johnson (1976) geht hervor, dass Rückkehrmigranten überdurchschnittlich oft allein migrieren. Die empirischen Befunde für die aktuelle West-Ost-Migration bestätigen dies nicht (vgl. Abb. 6): Rückkehrer migrieren in 63,1 % der Fälle allein, während Westdeutsche in 74,4 % der Fälle, und damit deutlich häufiger, allein in die neuen Bundesländer wandern. Weiterhin bestehen deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Migrieren 81,1 % der Männer allein nach Ostdeutschland, tun dies nur 56,4 % der Frauen. Damit ist die Bereitschaft, allein zu wandern, offensichtlich stärker vom Geschlecht als von der Herkunft abhängig. Es lässt sich zusammenfassen, dass westdeutsche Männer mit 82,7 % die höchste,

ostdeutsche Frauen mit 48,0 % die geringste Wahrscheinlichkeit aufweisen, allein von West- nach Ostdeutschland zu wandern.

3.2 Qualifikation der Migranten

Es wird häufig in den Medien beklagt, dass insbesondere qualifizierte Menschen aus den neuen Ländern abwandern.⁷ Allerdings überrascht dies nicht, da Migranten im Allgemeinen ein höheres Qualifikationsniveau haben als Nicht-Migranten. Dies trifft auch auf Menschen zu, die an der Gegenstrommigration beteiligt sind. Sowohl primäre Migranten als auch Rückkehrmigranten haben ein höheres Qualifikationsniveau als Nicht-Migranten im Herkunfts- ebenso wie im Zielgebiet (Kempe 1999, 2001). Hier soll der Frage nachgegangen werden, ob sich Rückkehrer und primäre Migranten hinsichtlich ihres Qualifikationsniveaus unterscheiden. Autoren anderer Studien kamen zu unterschiedlichen Schlüssen. So sagen Campbell und Johnson (1976), dass primäre Migranten gehobeneren Tätigkeiten nachgehen als Rückkehrmigranten, was ein höheres Qualifikationsniveau nahe legt. Shumway/Hall (1996) dagegen stellten bei Rückkehrmigranten ein höheres Bildungsniveau als bei primären Migranten fest. Keine Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen hinsichtlich dieses Merkmals konstatiert von Reichert (2002).

Für die West-Ost-Wanderung in Deutschland zeigt die Auswertung des SOEPs deutliche Unterschiede in der schulischen Qualifikation der West- und Ostdeutschen (Tab. 2).

Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich stark hinsichtlich der mittleren und der hohen Schulabschlüsse. Die Majorität der Westdeutschen hat einen hohen Schulabschluss, die der Ostdeutschen einen mittleren Schulabschluss. Trotz dieser deutlichen Ungleichheiten bezüglich der schulischen Qualifikation lassen sich keine Unterschiede bei der beruflichen Qualifikation der Ost- und Westdeutschen feststellen (Tab. 3).

Ostdeutsche Rückkehrer und neu zuziehende Westdeutsche sind sich hinsichtlich der beruflichen Qualifikation sehr ähnlich. Mehr als zwei Drittel der West- und Ostdeutschen haben einen Berufsabschluss auf mittlerem, ca. 13,5 % auf hohem Qualifikationsniveau und ca. 19,0 % haben keinen Berufsabschluss.

Wie lässt sich erklären, dass west- und ostdeutsche Migranten zwar unterschiedliche Schul-, nicht aber Berufsabschlüsse haben? Es ist zu vermuten, dass diese Differenzen einzig auf die verschiedenen Zugangsmöglichkeiten zur Hochschulreife in der DDR und der alten BRD zurückzuführen sind. In Westdeutschland erlangten ca. ein Drittel der Schüler jedes Jahrgangs die Fachhochschul- oder die Hochschulreife. In der DDR war der Zugang zum Abitur beschränkt. Nur ca. 12 % der Schüler eines Jahrganges konnten Abitur machen. Daher lässt sich schlussfolgern, dass sich westdeutsche Neuzuziehende und ostdeutsche Rückkehrer hinsichtlich ihres Qualifikationsniveaus nicht wesentlich unterscheiden, insbesondere da sie hinsichtlich der sekundären Qualifikation, des beruflichen Abschlusses, keine bedeutenden Unterschiede aufweisen.

⁷ Z.B. „Landes-Studie zeigt: Umzugstrend in den Westen steigt. Akademiker und Abiturienten kehren Sachsen den Rücken“ (Leipziger Volkszeitung, 26.11.02)

Tab. 2: Schulabschluss der West-Ost-Migranten im erwerbsfähigen Alter, 1991 bis 2001¹⁾

	Gering	Mittel	Hoch
Deutsche (West)	120000 (28,3 %)	91000 (21,4 %)	213000 (50,2 %)
Deutsche (Ost)	75000 (24,6 %)	168000 (55,1 %)	62000 (20,3 %)
Fallzahlen	(31)	(61)	(43)

¹⁾ Schulabschluss: gering = Abschluss 8. Klasse, Hauptschulabschluss, noch kein Abschluss, Schule ohne Abschluss verlassen; mittel = Abschluss 10. Klasse, Realschulabschluss, anderer Abschluss; hoch: Abitur, Fachhochschulreife

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen

Tab. 3: Berufsabschluss der West-Ost-Migranten im erwerbsfähigem Alter, 1991 bis 2001¹⁾

	Keinen	Mittel	Hoch
Deutsche (West)	17600 (17,9 %)	290000 (68,4 %)	58000 (13,7 %)
Deutsche (Ost)	59000 (19,3 %)	205000 (67,2 %)	41000 (13,4 %)
Fallzahlen	(31)	(61)	(43)

¹⁾ Berufsabschluss: keinen = keinen Berufsabschluss; mittel = Beruflicher Abschluss (Lehre, Berufsfachschule, Schule im Gesundheitswesen, Beamtenausbildung, sonstige Ausbildung); hoch: Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen

4. Zusammenfassung und Ausblick

Die West-Ost-Wanderung hat die Auswirkungen der Abwanderungen aus dem Osten Deutschlands deutlich abgemildert. Zwar ist der Migrationssaldo insbesondere für Frauen nach wie vor negativ, aber ihr Anteil an der West-Ost-Wanderung ist steigend, so dass in Zukunft mit einer Angleichung der Geschlechterproportionen gerechnet werden kann. Optimistisch stimmt weiterhin, dass insbesondere bei den 25- bis 30-Jährigen die Zuwanderung zum Ausgleich der Verluste entscheidend beitragen konnte, dass also die neuen Länder im Saldo geringe Verluste an Menschen in der Phase der Familiengründung aufweisen.

Die West-Ost-Wanderung wird je etwa zur Hälfte von neu zuziehenden Westdeutschen und von ostdeutschen Rückkehrern getragen. Beide Gruppen unterscheiden sich deutlich bezüglich ihres Alters zum Zeitpunkt der Migration, die ostdeutschen Rückkehrer sind jünger und migrieren häufiger mit Kindern. Auch hinsichtlich der Haushaltstruktur konnte nachgewiesen werden, dass Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche allein migrieren, allerdings erwies sich das Geschlecht als wichtigerer Einflussfaktor: Männer haben eine höhere Wahrscheinlichkeit als Frauen, allein von West- nach Ostdeutschland zu wandern. Differenzen traten hinsichtlich der schulischen Qualifikation von Rückkehrern und Westdeutschen auf, die auf das unterschiedliche Schulsystem in der

DDR und der BRD zurückzuführen sind, da bei der beruflichen Qualifikation keine wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Gruppen festgestellt werden konnten.

Die West-Ost-Migration hat vorrangig Städte zum Ziel, neben Berlin profitieren auch weitere Oberzentren der neuen Länder davon. Aber selbst diese Städte, die in der ostdeutschen Schrumpfungslandschaft eine stabile Einwohnerzahl aufweisen, verlieren im Saldo Menschen an die alten Bundesländer. Für ihre zukünftige Entwicklung wird es von Bedeutung sein, ob es zumindest diesen ausgewählten Oberzentren gelingen wird, auch gegenüber den alten Bundesländern eine ausgeglichene Wanderungsbilanz zu erreichen.

Will man Binnenzuwanderung in Zukunft fördern, muss man mehr über die Wanderungsmotive der West-Ost-Wanderer wissen. Für die unmittelbaren Nachwendejahre galt, dass für einen Großteil der Zugezogenen berufliche Motivationen ausschlaggebend waren. Die Wanderungsbewegung wurde vor allem von Beamten, Politikern, Wissenschaftlern und Managern getragen. Sie kamen im Auftrag ihrer Arbeitgeber: zum Aufbau der Verwaltungen in den neuen Ländern, um das Rechtssystem der Bundesrepublik auf die neu hinzugekommenen Länder zu übertragen, um Handelsstrukturen aufzubauen oder um Unternehmen zu gründen (Hansch 1993, Roesler 2003). Der Aufbau dieser Strukturen ist bereits seit mehreren Jahren abgeschlossen, doch weiterhin ziehen Jahr für Jahr viele Menschen in die neuen Länder. Warum sie sich für diese Wanderung entscheiden, ist weitgehend unbekannt. Bei der weiteren Bearbeitung des Themas sollen diese Migrationsmotive durch qualitative Interviews ermittelt werden.

5. Literaturverzeichnis

- Bell, Martin, 2001: Return and Onwards Migration in Canada and Australia: Evidence from fixed interval data. *International Migration Review* 35: 1157-1184
- Born, Karl Martin; Goltz, Elke; Saupe, Gabriele, 2002: Untersuchung von Wanderungsmotiven lebensälterer Personen, die ihren neuen Wohnort in ländlichen Gebieten des äußeren Entwicklungsraumes gewählt haben (Fachgutachten im Auftrag der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg). Berlin, Potsdam
- Bürkner, Hans-Joachim; Heller, Wilfried; Unrau, Jens, 1988: Die erfolgreiche Rückkehr von Arbeitsmigranten – Mythos oder Wirklichkeit? Kritische Anmerkungen zur Verwendung von Wanderungstypologien in der geographischen Remigrationsforschung. In: *Die Erde* 119, 1: 15-24
- Campbell, Rex R.; Johnson, Daniel M., 1976: Propositions on Couterstream Migration. In: *Rural Sociology* 41, 1: 127-145
- DGB Thüringen, 2001: Thüringen – ein Abwanderungsland. Wirtschaftliche, soziale und regionale Aspekte der Fortzüge in andere Bundesländer. Erfurt
- Die Sächsischen Industrie- und Handelskammern, 2001: Arbeitskräftebedarf der sächsischen Wirtschaft. Dresden, Leipzig, Chemnitz
- Fassmann, Heinz; Meusburger, Peter, 1997: Arbeitsmarkgeographie. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im räumlichen Kontext. Stuttgart: Teubner
- Hansch, Wilfried, 1993: Wanderungen aus den alten Bundesländern in die Region Berlin/Brandenburg. In *Deutschland Archiv* 26, 3: 286-296
- Herfert, Günter, 2002: Disurbanisierung und Reurbanisierung. Polariserte Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpfungslandschaft. In: *Raumordnung und Raumplanung* 60, 5-6: 334-344

- Kempe, Wolfram, 1999: Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt. In: *Wirtschaft im Wandel* 5, 15: 9-23
- Kempe, Wolfram, 2001: Neue Trends in der Bildungsstruktur der Ost-West-Wanderung? In: *Wirtschaft im Wandel* 7, 9: 205-210
- Kemper, Franz-Josef, 2003: Binnenwanderung in Deutschland: Rückkehr alter Muster? In: *Geographische Rundschau* 55, 6: 10-15
- Newbold, K. Bruce; Bell, Martin, 2001: Return and Onwards Migration in Canada and Australia: Evidence from Fixed Interval Data. In: *International Migration Review* 35, 4: 1157-1184
- Ravenstein, E.G., 1972: Die Gesetze der Wanderung I. Aus: Széll, György (Hrsg.): Regionale Mobilität. Elf Aufsätze. Nymphenburger Texte zur Wissenschaft Bd. 10. München, 41-64
- Roesler, Jörg, 2003: "Abgehauen". Innerdeutsche Wanderungen in den fünfziger und neunziger Jahren und deren Motive. In: *Deutschland Archiv* 36, 4: 562-574
- Rohr-Zänker, Ruth, 1998: Regionalentwicklung und Arbeitsmarkt: Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte in strukturschwache Regionen. Beiträge der Universität Oldenburg zur Stadt- und Regionalplanung 13. Oldenburg: BIS
- Rudolph, Hedwig; Hillmann, Felicitas, 1998: Via Baltica. Die Rolle westlicher Fach- und Führungskräfte im Transformationsprozess Lettlands. Discussion Paper FS I 98-106 des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Berlin
- Schmelz, Andrea, 2001: Von West nach Ost: Migration im geteilten Deutschland der 50er und 60er Jahre. In: Hinz, Hans-Martin (Hrsg.): Zuwanderung – Auswanderung: Integration und Desintegration nach 1945. Symposium des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, 30. September und 1. Oktober 1999. Wolfartshausen: Verlag Edition Minerva Hermann Farnun, 107-119
- Schrettenbrunner, Helmut, 1986: Die Verwendung von Typologien in der Wanderungsforschung. In: Schaffer, Franz; Poschwatta, Wolfgang (Hrsg.): Angewandte Sozialgeographie. Karl Ruppert zum 60. Geburtstag. Angewandte Sozialgeographie-Beiträge 12. Augsburg, 387-404
- Shumway, J. Matthew; Hall, Greg, 1996: Self-Selection, Earnings and Chicano Migration: Differences Between Return and Onwards Migrants. In: *International Migration Review* 30, 4: 979-994
- Stadt Leipzig, 2002: Statistisches Jahrbuch 2002. Leipzig
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2002: Sächsische Wanderungsanalyse. Ergebnisse einer Befragung 2002 bei ehemaligen sächsischen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Zeit von Januar 2000 bis Juli 2001 in ein anderes Bundesland gezogen sind. Kamenz
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2003: Zuwanderungen nach Sachsen. 1990 bis 2002. Kamenz
- Topan, Angelika, 1998: Brain drain in Mecklenburg-Vorpommern. Ein vorübergehendes Phänomen im Zuge der sozioökonomischen Aufholjagd? Rostocker Arbeitspapiere zu Wirtschaftsentwicklung und Human Resource Development 10. Rostock
- Von Reichert, Christiane, 2002: Returning and New Montana Migrants: Socio-economic and Motivational Differences. In: *Growth and Change* 33, Winter: 133-151
- Werz, Nikolaus, 2001: Abwanderung aus den neuen Bundesländern von 1989 bis 2001. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39-40: 23-31

Wohnstandortwahl und innerstädtische Wanderungsbewegungen unterer Sozialschichten in der indischen Megastadt Delhi

Jochen Mistelbacher

The Indian mega-city Delhi represents a good example for the processes of metropolization and megapolization in so called developing countries. Rapid population growth, caused to a large extent by still high immigration from neighbouring states, is accompanied by a change in the spatial structure of growth characterized by informal suburbanization. With reference to existing models on "Intra-urban residential mobility of low-income groups in developing countries", first results from an ongoing research project show that this form of mobility has until now been underestimated. While "Residential Immobility" does apply to a large proportion of the financially constrained and socially marginalized economically weaker sections in the dispersed squatter-settlements, with forced migrations expected to remain their main form of residential mobility in an increasingly polarized urban society, a consolidation process in Turner's definition with the transition from renting/sharing to ownership accompanied by intra-urban residential movements, mostly within the same sector of the mega-city as the first place of residence, can be detected for low-income migrants now residing in peripheral unauthorized semi-legal settlements. The decreasing role of the inner-city slums as point of entry for new migrants, the fact that all low-income settlements act as a bridgehead, the transition to ownership combined with an intra-urban migration directed to the periphery show remarkable similarities with existing models. Differences on a smaller spatial scale relate to the role of social networks based on familial relations and regional origin, which determine the locational pattern of the point of entry and further intra-urban migration steps.

1. Einleitung

Für Indien liegen bis jetzt nur wenige Studien vor, die sich explizit mit dem Thema „Innerstädtische Wanderungsbewegungen“ beschäftigen. Es wird sogar von der „*Residential Immobility in Urban India*“ (Schenk 1986) unterer Sozial- und Einkommensschichten gesprochen. Dies liegt vornehmlich daran, dass zumeist nur die klassischen *squatter*-Siedlungen bzw. illegalen Hütten-siedlungen als Untersuchungsraum dienen – eine nicht ausreichende Auswahl, wie im nachfolgenden Beitrag zu zeigen ist.

In Anlehnung an die bekannten Modelle „Innerstädtischer Wanderungsbewegungen unterer Sozial- und Einkommensschichten in Entwicklungsländern“ (Turner 1968, Conway/Brown 1980, Bähr 1986, Mertins 1985) sollen in diesem Beitrag die folgenden zentralen Fragestellungen behandelt und erste Ergebnisse eines laufenden Projektes vorgestellt werden:

1. Wie vollzieht sich die Integration der Zuwanderer im Wohnungsmarkt der Megastadt Delhi, d.h. wo und in welchem Marktsegment finden sie ihren ersten Wohnsitz?
2. Wie sieht der weitere Werdegang der Zuwanderer hinsichtlich ihres Wohnortes aus? Lässt sich die von Turner postulierte Transition vom Mieter zum Eigentümer feststellen?

Tab. 1: Bevölkerung- und Flächenwachstum der Agglomeration Delhi 1951-2001

Zensusjahr	Bevölkerung (in Tsd.)	Absoluter Zuwachs (in Tsd.)	Index (1951=100)	Dekadenwachstum (in %)	Fläche (in qkm)
1951	1437	742	100	106,6	201,4
1961	2359	922	164	64,2	326,6
1971	3647	1288	254	54,6	446,3
1981	5729	2082	399	57,1	540,8
1991	8419	2690	586	47,0	624,3
2001	12792	4373	890	52,0	843,5

Quelle: Census of India 1991, 2001; eig. Berechnungen.

3. Lässt sich die Situation einer schnell wachsenden indischen Megastadt mit den Mustern und Prozessen der bekannten Modelle vergleichen?

2. Die megastädtischen Rahmenbedingungen

Nach der Unabhängigkeit 1947 wurde die Agglomeration Delhi¹ die Hauptstadt der Republik Indien. Ihre Bedeutung als Zentrum politischer Macht und die nachfolgend einsetzende wirtschaftliche Entwicklung dokumentieren sich in der rapiden demographischen und räumlichen Entwicklung, die Delhi als ein typisches Beispiel für den Metropolisierungs- bzw. Megapolisierungsprozess in einem sog. Entwicklungsland gelten lassen kann. Sowohl innerhalb Indiens als auch im weltweiten Vergleich hatte und hat Delhi eine führende Stellung hinsichtlich der Wachstumsgeschwindigkeit seiner Bevölkerung.

2.1 Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung der Agglomeration Delhi im 20. Jahrhundert ist eng mit der Geschichte des Subkontinents verbunden. Als Hauptstadt Britisch-Indiens wuchs die Bevölkerungszahl von 296.000 (1911) auf ca. 700.000 (1941) an. In der nachfolgenden, durch die Teilung des Subkontinents in Indien und Pakistan geprägten Dekade 1941-51 wurde die Millionengrenze übersprungen.

In den folgenden fünf Jahrzehnten verringerte sich zwar die Wachstumsgeschwindigkeit der Agglomeration Delhi, blieb aber weiterhin auf konstant hohem Niveau von ca. 50 % pro Dekade und führte zu stetig steigenden absoluten Bevölkerungszuwächsen (vgl. Tab.1). Während der absolute Zuwachs zwischen 1951-61 noch ca. 900.000 betrug, wuchs Delhi in der letzten Dekade 1991-2001 um über 4,3 Mio. Einwohner an (Einwohnerzahl Berlin 2000 ca. 3,3 Mio.!), wobei ein großer Teil des Wachstums auf die gestiegene Anzahl der peripher gelegenen Zensus-Städte (1991: 23, 2001: 56) zurückzuführen ist, die 2001 eine Gesamtbevölkerung von ca. 2,5 Mio. aufweisen. Somit ist die Bevölkerung Delhis von ca. 1,4 Mio. in 1951 auf mittlerweile ca. 13 Mio. angewachsen. Dem Wachstum der Einwohnerzahl um mehr als das Neunfache steht eine Vergrößerung der

¹ Die Agglomeration Delhi besteht zum Zeitpunkt des Zensus 2001 aus der Municipal Corporation Delhi (MCD), dem New Delhi Municipal Council (NDMC), dem Delhi Cantonment (DC) sowie insgesamt 56 sog. Zensus-Städten (für den Zensus aufgrund bestimmter Kriterien als „städtisch“ definierte Umlandgemeinden).

Tab. 2: Geschätzte Anteile der Wachstumskomponenten natürliches Wachstum und Nettomigration am Bevölkerungszuwachs der Agglomeration Delhi 1961-2001

Wachstumskomponente	1961-71	1971-81	1981-91	1991-01
(1) Natürliches Wachstum (in Tsd.)	536 (41,4)	858 (40,2)	1369 (44,3)	1617 (43,1)
(2) Nettomigration (in Tsd.)	759 (58,6)	1275 (59,8)	1723 (55,7)	2130 (56,9)
Verhältnis 2:1	1,42	1,49	1,26	1,32

Quelle: Census of India 1961-2001, Registrar General 1998, SRS-Bulletin 1999-2002; eig. Berechnungen¹⁾

¹⁾ Zur Berechnung der Nettomigration wurde die sog. Residualmethode verwendet. Um die Voraussetzung einer gleichbleibenden Fläche zu gewährleisten, wurde als Basis die Agglomeration Delhi zum Stand 2001 genommen.

administrativen Fläche um ungefähr das Vierfache entgegen, so dass sich insgesamt die Bruttobevölkerungsdichte stetig erhöht hat. Seit 1961 ist Delhi hinsichtlich der Einwohnerzahl die drittgrößte Agglomeration Indiens hinter Greater Mumbai (2001 16,4 Mio.) und Kolkata (2001 13,2 Mio.). Aufgrund der anhaltend hohen Wachstumsraten dürfte die Agglomeration Delhi bereits zum jetzigen Zeitpunkt Kolkata überholt haben und die zweite Position im indischen Städtesystem einnehmen. Schätzungen der Population Division der UN gehen davon aus, dass die Megastadt Delhi bis 2015 die 20-Millionen-Grenze überspringen und damit die fünftgrößte Megastadt der Welt sein wird (UN 2002).

Das massive Bevölkerungswachstum der Agglomeration Delhi ist, abgesehen von Eingemeindungen und neuen Zensus-Städten, zu einem großen Teil bestimmt durch die auch aus anderen Entwicklungsregionen bekannte hohe Bedeutung der Wachstumskomponenten natürliches Wachstum und Nettomigration (vgl. Tab.2). Dabei hat sich das Ausmaß der Wanderungsgewinne seit den 1960er Jahren bis zur letzten Zensusdekade 1991-2001 nahezu verdreifacht, jährlich kamen mehr als 200.000 neue Bewohner aus anderen Bundesstaaten hinzu. Dazu addiert sich ein trotz fallender Fruchtbarkeitsraten immer noch hohes natürliches Wachstum. Zwar hat sich der Zuwachs der Nettomigration, der zwischen 1971-81 und 1981-91 noch ca. 450.000 betrug, auf ca. 400.000 zwischen den beiden letzten Zensusdekaden verringert, dennoch scheint ein *Polarization Reversal*, wie ihn z.B. Bähr/Wehrhahn (1995) in demographischer Hinsicht für Sao Paulo feststellen, für Delhi auch in den nächsten Jahrzehnten nicht in Sicht zu sein.

Hinsichtlich der Zuwanderungsstruktur in die Megastadt Delhi lassen sich folgende Merkmale feststellen:²

- Zwar ist Delhi als Hauptstadt und Wirtschaftszentrum das Wanderungsziel von Migranten aus allen Landesteilen, dennoch weist die *catchment area* aufgrund der Konkurrenzsituation mit anderen Großmetropolen und Sprachbarrieren einen ausgesprochen regionalen Charakter auf: Zwei Drittel aller Zuwanderer kommen aus den benachbarten Bundesstaaten Uttar Pradesh, Haryana, Rajasthan und Punjab.

² Diese Merkmale beziehen sich auf Ergebnisse des Zensus 1991. Migrationsdaten des Zensus 2001 sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erhältlich.

- Nur knapp über die Hälfte aller Migranten wanderte aus ländlichen Gebieten ab. Dieses Verhältnis ist allerdings höher für die bevölkerungsreichen, weniger entwickelten Nachbarbundesstaaten.
- Die Altersstruktur ist, ähnlich der Verhältnisse in anderen Entwicklungsregionen, geprägt durch eine Überrepräsentation der jüngeren Jahrgänge zwischen 15 und 29 Jahren.
- Während die Land-Stadt-Wanderung durch einen hohen Anteil männlicher Migranten geprägt ist, verzeichnet die Stadt-Stadt-Zuwanderung ein ausgeglichenes Geschlechtsverhältnis. Somit wird die Zuwanderung vom Land eindeutig durch das Migrationsmotiv Arbeitssuche bzw. Verbesserung der Lebensverhältnisse geprägt, während für Frauen Heirat bzw. Familienzusammenführung der Hauptgrund ist.

2.2 Innerstädtische Dekonzentration und Suburbanisierung: Formen und Faktoren

Diese globale Betrachtung des Bevölkerungswachstums der Agglomeration Delhi verdeckt wichtige Prozesse, wie sie auch von Metropolen und Megastädten aus anderen Entwicklungsregionen bekannt sind (z.B. Husa/Wohlschlägl 1997 zu Bangkok, Feldbauer et al. 1997 zu Mexico-City): Innerstädtische Bevölkerungsdekonzentration und Suburbanisierung, d.h. eine stetig voranschreitende Verlagerung des Wachstumsschwerpunkts in immer weiter peripher gelegene Gebiete verbunden mit einer innerstädtischen und intraregionalen Dekonzentration.

Zwar verzeichnet die Megastadt Delhi insgesamt hohe Wachstumsraten, das innerstädtische Muster des Bevölkerungswachstums zeigt aber auffällige Unterschiede auf kleinräumiger Ebene (vgl. Abb.1).³ Deutlich lässt sich erkennen, wie sich geringe bis negative Wachstumsraten – Werte unter 20 % deuten bei einem natürlichen Dekadenwachstum von ca. 20 % auf Migrationsverluste hin – vom Zentrum (Old Delhi) ausgehend immer weiter ausgebreitet haben und 2001 das gesamte Gebiet der Altstadt sowie New Delhi und südlich angrenzende Wohngebiete v.a. der Oberschicht (z.B. *Defence Colony*) umfassen. Demgegenüber liegen die Gebiete mit den höchsten Wachstumsraten schon seit den 1960er Jahren am Rande, z.T. auch außerhalb der Kernstadt (=MCD, NDMC, DC) an der nördlichen, westlichen und südlichen ehemaligen bzw. rezenten Peripherie sowie insbesondere in den Gebieten östlich des Flusses *Yamuna* (*Trans-Yamuna*). Die Verlagerung des Wachstumsschwerpunkts in immer weiter peripher gelegene Gebiete ist in Abb. 2 erkennbar, welche die Zensus-Wards mit dem höchsten Anteil am absoluten Bevölkerungswachstum zeigt und gleichzeitig einen Hinweis auf die morphologischen Formen des Suburbanisierungsprozesses in der Megastadt Delhi liefert: Während der Bevölkerungszuwachs in den 1960er Jahren v.a. in und um die neuen geplanten Wohngebiete entlang der Ringstrasse sowie z.T. noch in zentralen Bereichen (bes. *Pahar Ganj*) aufgenommen wurde, sind die 1970er Jahre geprägt durch die Umsiedlung der Bewohner aus zentral-gelegenen illegalen Hüttsiedlungen in z.T. außerhalb der Kernstadt gelegene *sites-and-services*-Projekte. Die weitere Verlagerung der Gebiete mit dem höchsten Anteil am Bevölkerungszuwachs vollzieht sich in den 1980er und 1990er Jahren v.a. in den geplanten Großwohnsiedlungen der nördlichen (*Rohini*) und westlichen (*Dwarka*) Peripherie (vgl. Abb.3) als auch insbesondere in den peripheren semi-legalen Hüttsiedlungen und Dörfern im Umland der Kernstadt. Zusammengefasst lässt sich somit festhalten, dass sich das absolute Bevölkerungswachstum

³ Da sich die Grenzen der sog. Zensus-Wards bzw. -Charges von Zensus zu Zensus ändern, handelt es sich in Abb. 1 und Abb. 2 um geschätzte Werte, die mit Hilfe der sog. Pyknophylaktischen Interpolation (ein Verfahren zur Interpolation flächenbezogener Daten) berechnet wurden.

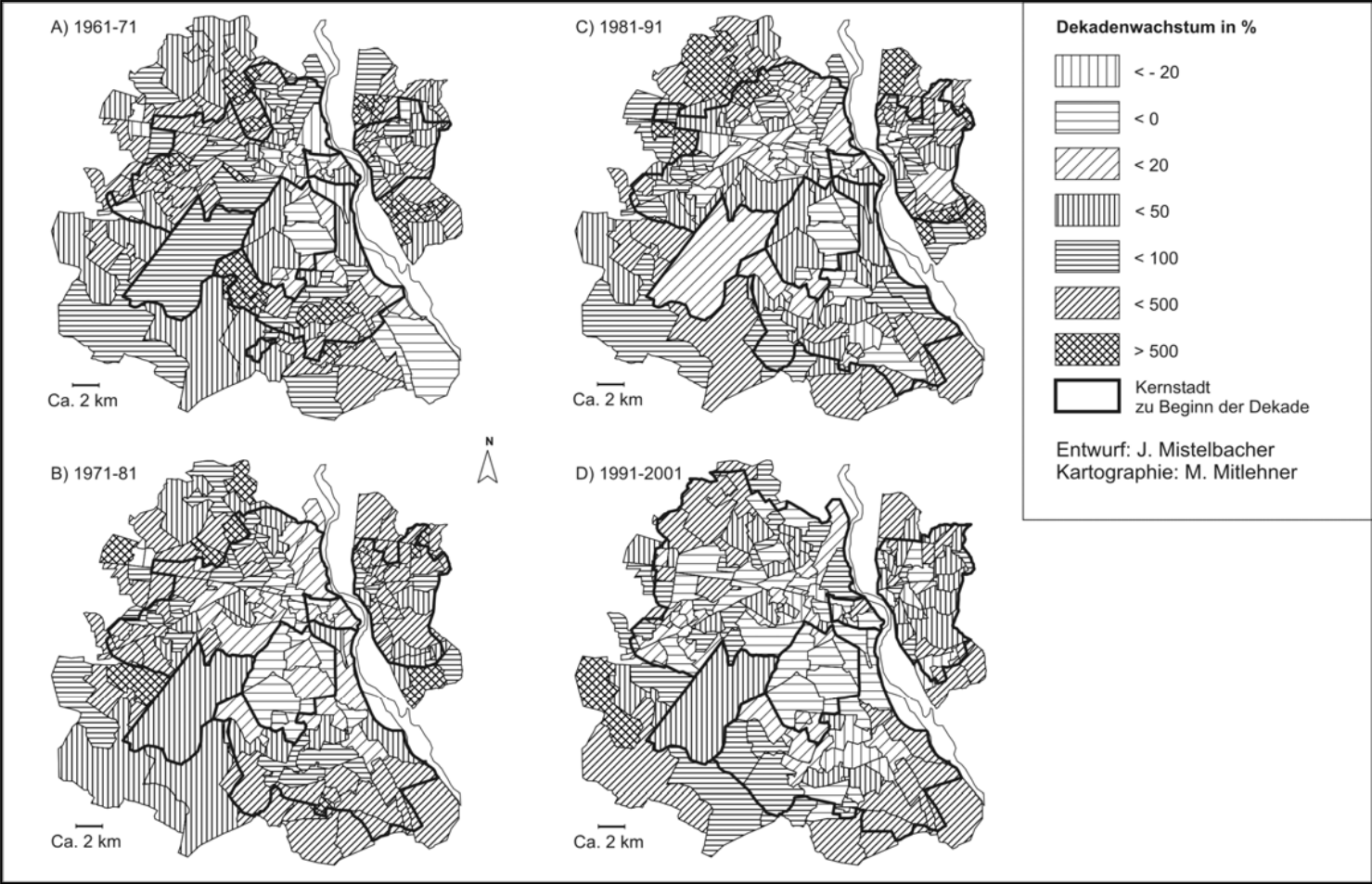
der Agglomeration Delhi besonders seit den 1970er Jahren an der ehemaligen bzw. rezenten Peripherie konzentriert.

Für diesen Wandel in der Wachstumsstruktur der Megastadt lassen sich folgende Faktoren anführen:

- *Tertiärisierung der Altstadt:* Aus der ehemaligen Hauptstadt *Shahjahanabad* (Old Delhi) ist mittlerweile das wichtigste Großhandelszentrum Nordindiens geworden. Mit diesem Nutzungswandel geht eine Degradierung der historischen Bausubstanz einher. Durch das Wirken des *Delhi Rent Control Act* (u.a. Einfrieren der Miethöhe auf niedrigem Niveau) ergibt sich zwar eine relativ stabile Wohnbevölkerung, dennoch verzeichnet die Altstadt seit den 1960er Jahren Bevölkerungsverluste, die geprägt sind durch eine selektive Abwanderung v.a. von Hindus mit hohem sozialen Status, wohingegen die muslimische Bevölkerung ein höheres Beharrungsvermögen aufweist (Krafft 1996).
- *Rolle der Delhi Development Authority (DDA):* Seit den 1960er Jahren stellt die DDA den wichtigsten öffentlichen Akteur der städtischen Entwicklung dar. Ihre Hauptaufgaben liegen in der Flächennutzungsplanung, der Aquisition und Erschließung neuer Flächen, dem Wohnungsbau sowie der Umsiedlung der Bewohner der *squatter*-Siedlungen. Die Rolle der DDA wird besonders im Bereich des Wohnungsbaus als negativ bzw. nicht ausreichend bewertet, da der Markt im öffentlichen Wohnungsbau zu Gunsten der Mittel- und Oberschicht verzerrt ist und die Zielvorgaben für ärmere Bevölkerungsschichten bei weitem nicht erreicht wurden (Misra et al. 1998, Pugh 1990).
- *Informelle Strategien:* Der unzureichende öffentliche Wohnungsbau und steigende Bodenpreise führten zu einem Anstieg informeller Siedlungen in Form von klassischen illegalen Hütten-siedlungen der untersten Einkommens- und Sozialschichten v.a. auf öffentlichen Flächen und semi-legalen sog. *unauthorized colonies* der Unter- und Mittel-, z.T. auch der Oberschicht. Trotz großangelegter Umsiedlungsprojekte ist die Zahl der Bewohner in Hütten-siedlungen stetig gestiegen, so dass heute ca. 600.000 Haushalte bzw. ca. 25 % der Gesamtbevölkerung Delhis in diesen marginalisierten Wohngebieten leben (Planning Department 2002). Wie in anderen Städten Indiens und im Gegensatz z.B. zu Lateinamerika (vgl. Bähr/Mertins 2000) finden sich die *squatter*-Siedlungen über das gesamte Stadtgebiet verteilt und sind einem konstanten Vertreibungsdruck ausgesetzt (*tenure security*). Die semi-legalen Siedlungen (*unauthorized colonies*, ca. 25 % der Gesamtbevölkerung) entstanden bzw. entstehen an der ehemaligen bzw. rezenten Peripherie durch den Kauf, die nachfolgende Flächenaufteilung und den Verkauf landwirtschaftlicher Nutzflächen durch sog. „private developers“ in einem Nexus aus Politik, Stadtplanung und Administration (Bentinck 2000). Beide Siedlungstypen sind gekennzeichnet durch das Fehlen öffentlicher Infrastruktureinrichtungen, durch ihre Rolle als sog. „vote banks“ können aber insbesondere die Bewohner der semi-legalen Siedlungen auf eine spätere Legalisierung und somit Aufwertung hoffen.

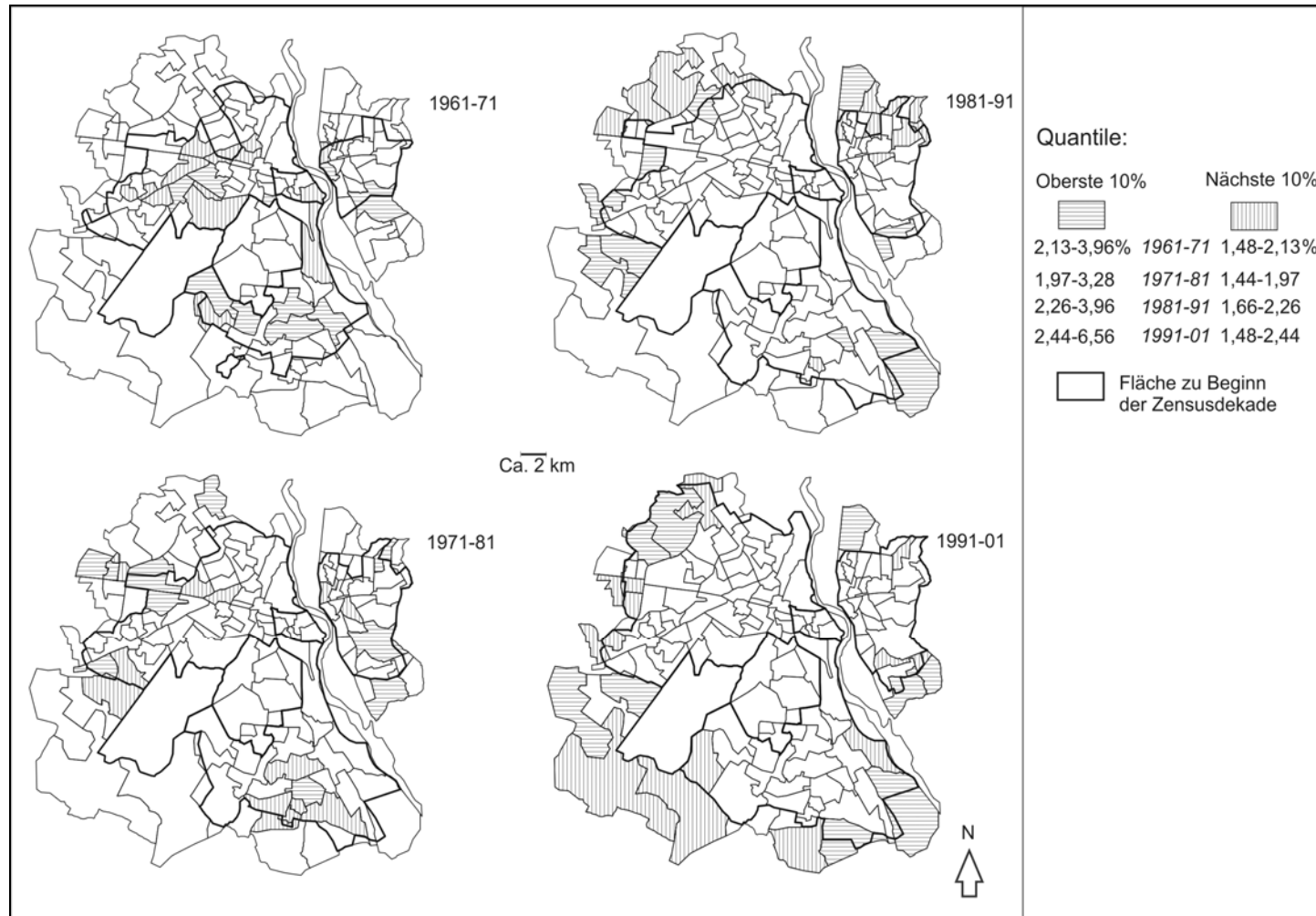
Die Situation auf dem (legalen) städtischen Wohnungsmarkt hat sich anscheinend seit der Liberalisierung der indischen Wirtschaft in den frühen 1990er Jahren noch verschärft. Der steigende Bedarf an hochwertigen Wohn- und Büroräumen hat Preissteigerungen ausgelöst, die sich bis in unterste Marktsegmente fortsetzten und Verdrängungsprozesse auslösen (Strobel 1998). Dabei ist wie in anderen Entwicklungsmetropolen eine zunehmende *Polarisierung der städtischen Gesellschaft* zu beobachten: McDonaldisierung, westliches Konsumstreben und Abgrenzungstendenzen der Oberschicht auf der einen, zunehmende räumliche Marginalisierung und Leben am Rande der Existenz auf der anderen Seite.

Abb. 1: Dekadenwachstum innerhalb der Agglomeration Delhi 1961-2001

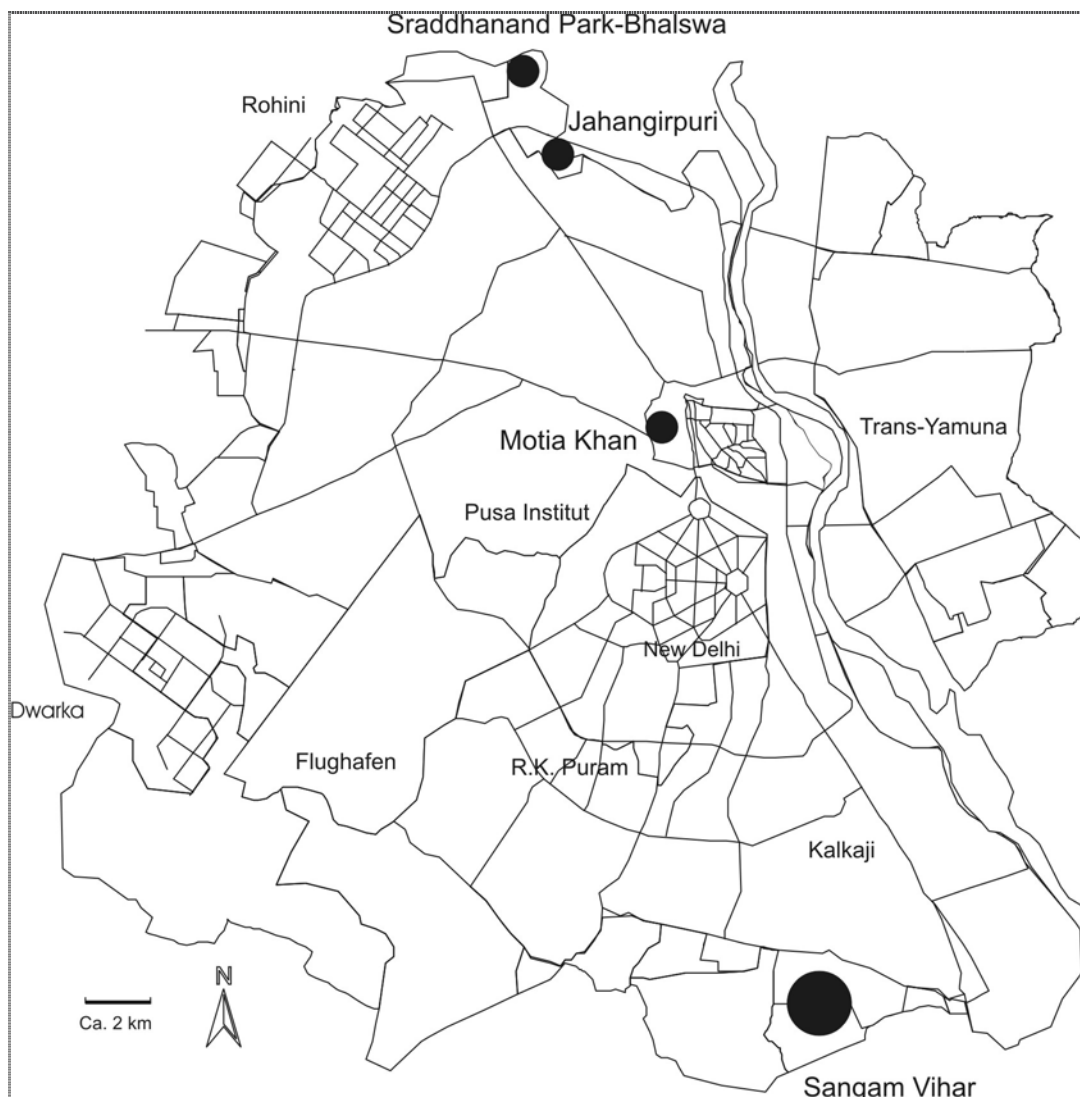


Quelle: Census of India 1961-2001; eig. Berechnungen.

Abb. 2: Zensus-Wards mit höchstem Anteil am absoluten Bevölkerungswachstum 1961-2001



Quelle: Census of India 1961-2001; eig. Berechnungen.

Abb. 3: Lage der Untersuchungsgebiete

Die Wohnstandortwahl und innerstädtische Wanderungsbewegungen in der Megastadt Delhi sind somit eingebunden in ein Spannungsfeld aus formellen Planungsanstrengungen und informellen Strategien in einem sich zunehmend polarisierenden Umfeld. Wie vollzieht sich in dieser Situation die Integration neuer Zuwanderer im Wohnungsmarkt, welche Rolle spielen verschiedene Marktsegmente, wird die Bevölkerungskonzentration angetrieben durch direkte Zuwanderung in die Peripherie, oder durch zentral-periphere Wanderungsbewegungen? Inwieweit lassen sich die Verhältnisse in Delhi mit den in anderen Entwicklungskontinenten entwickelten Modellen vergleichen?

3. Die Untersuchungsgebiete

Zur Beantwortung der o.g. Fragestellungen wurde zwischen März/April und September/Oktober 2002 eine Haushaltsbefragung in verschiedenen Wohngebieten der Megastadt durchgeführt (siehe Abb. 3). Die Auswahl der Untersuchungsgebiete basierte v.a. auf den Kriterien (1) Lage, (2) Segment im Wohnungsmarkt und (3) Größe bzw. Alter:

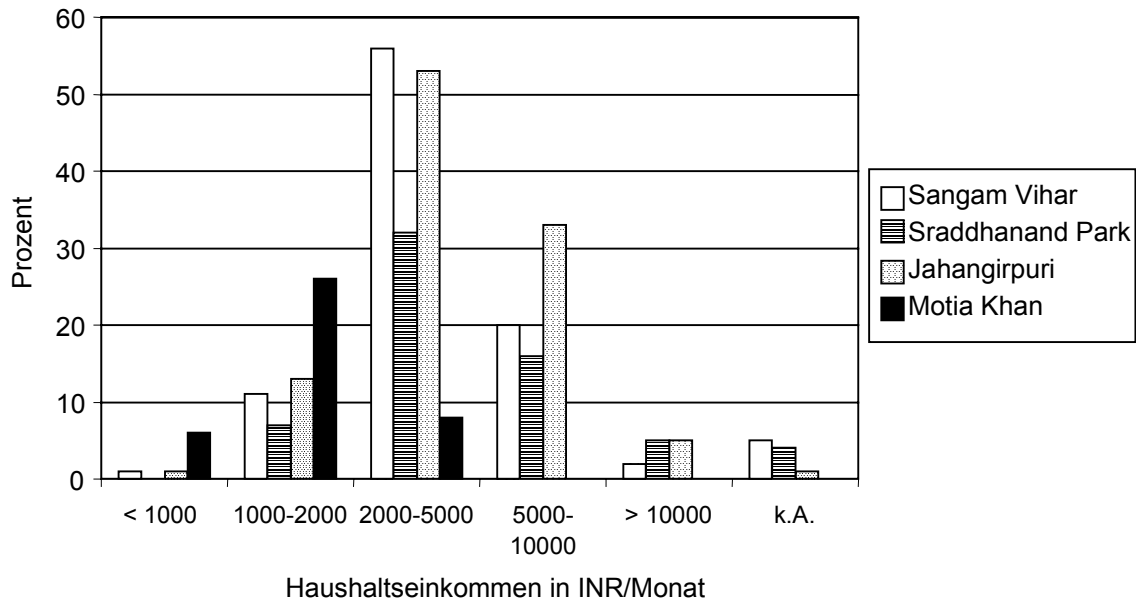
- *Sangam Vihar* (N=96): Diese sog. *unauthorized colony* ist durch den Verkauf und die nachfolgende Aufteilung von Flächen des Dorfes *Deoli* ab Anfang der 1980er Jahre an der südlichen Peripherie entstanden. Mit einer Bevölkerung von ca. 200.000 in 2001 stellt sie eine der größten zusammenhängenden semi-legalen Wohnsiedlungen dar.
- *Sraddhanand Park* (N=64): Mit einer Wohnbevölkerung von ca. 1.500-2.000 Haushalten ist diese ab Mitte der 1980er Jahre entstandene *unauthorized colony* an der nördlichen Peripherie durch ihre Nachbarschaft zu einem neuen Umsiedlungsprojekt einem gewissen Vertreibungsdruck ausgesetzt.
- *Jahangirpuri* (N=106): Dieses *sites-and-services-Projekt* an der nördlichen Peripherie aus der Zeit des Notstandes (1975-77) ist mit insgesamt ca. 20.000 vergebenen Grundstücken eines der größten Umsiedlungsprojekte in Delhi. Von der heutigen Wohnbevölkerung von ca. 150.000 sind aber nur noch ca. 50 % die Originalbevölkerung aus der Umsiedlung. Viele Grundstücke wurden illegal an höhere Einkommensschichten verkauft (*Sukzession* durch die Mittelschicht).
- *Motia Khan* (N=40): Die klassische illegale Hüttensiedlung *Motia Khan* mit ca. 2.000 *squatter*-Haushalten befand sich seit Ende der 1970er Jahre in zentraler Lage westlich der Altstadt auf einer der DDA gehörenden Fläche und wurde mittlerweile zu Gunsten des Baus eines Einkaufszentrums abgerissen. Den Bewohnern wurden Ein-Zimmer-Appartements bzw. kleine Grundstücke in einer sog. *Resettlement Colony* an der nördlichen Peripherie zum Kauf angeboten.

Insgesamt wurden 306 auswertbare Interviews mit einem standardisierten Fragebogen durchgeführt. Neben soziodemographisch-ökonomischen Daten wurden dabei mit Hilfe eines sog. Lebenslaufkalenders die Migrations- bzw. Wohnhistorie, Haushaltsformations- und Erwerbstätigkeitsgeschichte der Haushaltsvorstände aufgenommen.

Es lassen sich folgende allgemeine Merkmale des Samples der Wohnbevölkerung feststellen:

- *Haushaltsgröße und -einkommen*: 70 % der befragten Haushalte weisen eine Haushaltsgröße > 5 Personen auf. 75 % aller Haushalte verfügen über ein monatliches Einkommen > 2.000 INR, wobei sich zu erwartende Unterschiede zwischen den Wohngebieten ergeben (vgl. Abb. 4). Während in den drei semi-legalen bzw. legalen Wohngebieten der Großteil der Haushalte in die Einkommensklasse 2.000-5.000 INR/Monat fällt, dominiert in der Hüttensiedlung *Motia Khan* mit ca. zwei Drittel aller Haushalte die Einkommensstufe 1.000-2.000 INR/Monat. Die offizielle Armutsgrenze wird für das NCT Delhi mit ca. 450 INR/pKpM angenommen (Planning Department 2002), so dass nach dieser Definition nur ca. 10 % der städtischen Bevölkerung unter die Armutsgrenze fallen. Aufgrund der gewählten Einkommensklassen lässt sich der Anteil der so definierten armen Bevölkerungsschicht der Stichprobe nur schwer beziffern, kombiniert man allerdings durchschnittliche Haushaltsgröße und -einkommen, so wird ersichtlich, dass ein nicht unerheblicher Teil unter diese offizielle Armutsgrenze fällt, und somit die Bevölkerung der Wohngebiete *Sangam Vihar*, *Sraddhanand Park* und *Jahangirpuri* größtenteils der sog. *low-income-group* (LIG) zugeordnet werden muss, während die Bevölkerung der Hüttensiedlung *Motia Khan* der Gruppe der sog. *Economically Weaker Sections* (EWS) angehört.

Abb. 4: Haushaltseinkommen nach Untersuchungsgebiet



Quelle: Eigene Erhebung.

- Ethnische Zusammensetzung:** Bzgl. der ethnischen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ist anzumerken, dass ein Gesamtanteil von ca. 85 % Hindus in etwa dem Anteil für Delhi entspricht. Mit ca. 20 % liegt der Anteil der muslimischen Bevölkerung in den sog. *unauthorized colonies* Sangam Vihar und Sraddhanand Park etwa doppelt so hoch wie für Gesamt-Delhi. Der Anteil der sog. *scheduled castes* (Unberührbare) liegt nur unwesentlich über dem Gesamtdurchschnitt für Delhi (ca. 20 %). Dennoch wird die Wohnbevölkerung durch einen hohen Anteil sog. *Other Backward Castes* (andere niedere Kasten) geprägt, in der Hütten-siedlung Motia Khan durch einen hohen Anteil eines sog. *scheduled tribe* (Stammesangehörige, hier die *Sansi*), wobei die kleine Sample-Größe zu berücksichtigen ist. Bei ca. 80 % aller Haushaltsvorstände handelt es sich um junge Migranten, die zum größten Teil (ca. 60 %) nach 1980 direkt aus ländlichen Gebieten (über 80 %) zugewandert sind. Die Herkunftsgebiete entsprechen im Wesentlichen der *catchment area* Delhis, d.h. es dominieren die Bundesstaaten Uttar Pradesh, Rajasthan, Bihar und Haryana. Ca. 45 % der Migranten sind dabei alleine zugewandert, während ca. 20 % in Begleitung von Freunden und Bekannten aus dem Dorf in Delhi ankamen. Somit entspricht ein Großteil der Zuwanderer dem von Turner (1968) postulierten Typ des *bridgeheader*, der Familiennachzug erfolgte in vielen Fällen erst nach mehreren Jahren und einer Konsolidierung der Einkommens- und Wohnsituation. Der von Banerjee (1998) als „rural-based job-search“ bezeichneten Methode entsprachen ca. 40 % der Zuwanderer, die angaben, schon vor der Migration eine Arbeitsstätte und z.T. Unterkunft sicher zu haben.

4. Integration

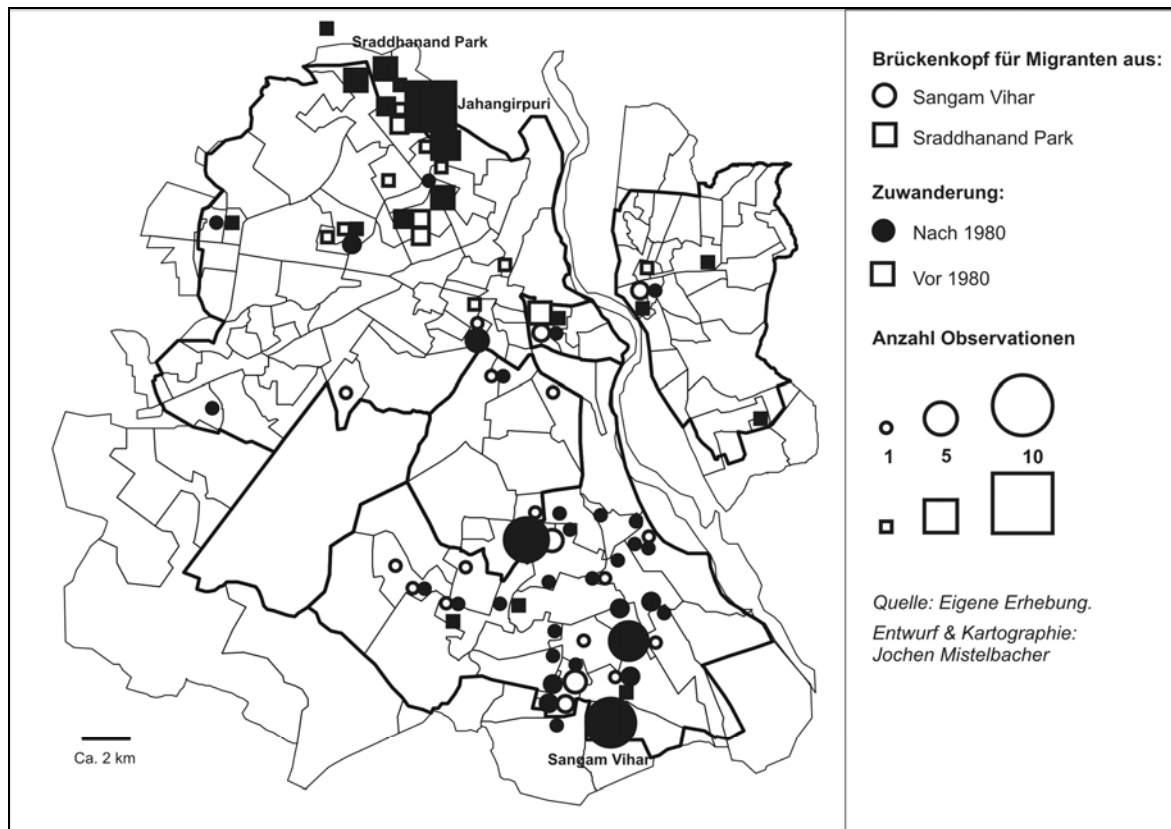
Wie vollzieht sich nun die Integration der Zuwanderer im Wohnungsmarkt der Megastadt Delhi, welche Funktion üben verschiedene Marktsegmente aus? Turner (1968) postulierte in seinem bekannten Provinz-Stadtzentrum-Peripherie-Modell, dass das Zentrum, insbesondere die abgewerteten Wohngebiete der Oberschicht, aufgrund ihrer Nähe zu Arbeitsmöglichkeiten als Brückenkopf für Neuankömmlinge dienen. Nachfolgende Studien und Modelle haben für Lateinamerika, nachfolgend auch für afrikanische Metropolen eine abnehmende Bedeutung des Zentrums als point-of-entry nachgewiesen (z.B. Bähr 1976, Ward 1976, v.Lindert 1991, Ozo 1986, Hofmann 1992, Dräger 1992).

Wie zuvor beschrieben hat das Zentrum Delhis, d.h. die Altstadt (Old Delhi) sowie angrenzende frühe Erweiterungsgebiete, schon seit den 1960er Jahren Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Eine Studie der *Town and Country Planning Organisation* in den 1970er Jahren stellt in offensichtlicher Anspielung auf das Turner-Modell Folgendes fest: „The view held that rural migrants who form the squatter settlements initially locate in the inner city areas and slums and then subsequently proceed to form squatter settlements on the peripheral areas is not confirmed (...) since it has been found that the newly arrived rural migrants locate relatively more often outside the central area. The evidence also suggests that it is the squatter settlements and not the slums (= Old Delhi, Anm. des Autors) which serve as entry points for a large proportion of rural migrants in the city” (TCPO 1975:53).

Somit scheinen die zentralen Bereiche, zumindest die abgewerteten Wohngebiete der Altstadt, trotz ihrer Nähe zu den Arbeitsmöglichkeiten des Großhandels gerade im informellen Sektor (z.B. Lastenträger) schon seit den 1960er bzw. 1970er Jahren nicht mehr die überragende Bedeutung als Brückenkopf zu besitzen. Abb. 5 zeigt den Brückenkopf, d.h. die Lage des ersten Wohnsitzes für Migranten, differenziert nach der Ankunftszeit in Delhi, die jetzt in den sog. *unauthorized colonies Sangam Vihar* und *Sraddhanand Park* wohnhaft sind (N=148). Auch hier zeigt sich der *Bedeutungsverlust des Zentrums* als Rezeptionsgebiet: Spielte die Altstadt bei der Zuwanderung vor 1980 (N=45) noch eine relativ bedeutende Rolle als Brückenkopf, so hat auch diese bei späteren Zuwanderungen (N=103) noch weiter abgenommen. Deutlich wird hingegen eine sektorale Verteilung des ersten Wohnsitzes, d.h. dass sich der erste Wohnsitz schon im selben Sektor der Megastadt wie der jetzige Wohnort befindet und somit nachfolgende innerstädtische Wanderungsbewegungen über kurze Distanzen vollzogen wurden. Für Migranten aus *Sangam Vihar* kristallisieren sich insbesondere zwei Rezeptionsgebiete heraus: Es sind dies zum einen das sog. *urban village⁴ Kotla Mubarakpur*, zum anderen die mittlerweile konsolidierte und legalisierte *unauthorized colony Govindpuri*. Gleichzeitig ist der Konsolidierungsprozess in *Sangam Vihar* schon so weit fortgeschritten, dass eine beachtliche Zahl von neuen Zuwanderern direkt in diese peripher gelegene semi-legale Siedlung zieht. Demgegenüber besitzen die aus den 1970er Jahren stammende sog. *Resettlement Colony Jahangirpuri* sowie einige umliegende *urban villages* (z.B. *Azadpur*) eine hohe Bedeutung als point-of-entry für Zuwanderer aus *Sraddhanand Park*. Die in die *Resettlement Colonies* umgesiedelte ehemalige Bevölkerung der *squatter*-Siedlungen als auch die Bewohner der

⁴ Als sog. *Urban Villages* werden die im Laufe des Verstärkerungsprozesses in den Stadtkörper eingeschlossenen ehemaligen Umlanddörfer bezeichnet, die durch die nachfolgende Schaffung von billigem Mietwohnraum durch die Dorfbewohner und eine hohe Verdichtung bei gleichzeitig mangelnden Infrastruktureinrichtungen gekennzeichnet sind. Sie sind somit unteren Segmenten des Wohnungsmarktes zuzuordnen.

Abb. 5: Lage des Brückenkopfes



Quelle: Eigene Erhebung.

sog. *Urban Villages* sahen bzw. sehen in der Schaffung von Mietwohnraum eine willkommene Möglichkeit zur Einkommensverbesserung. Gleichzeitig sind besonders die Umsiedlungsprojekte an der Peripherie durch das Vorhandensein einer Basisinfrastruktur Anziehungsgebiete für neue Zuwanderer, die sich innerhalb bzw. am Rand der Wohngebiete in neuen illegalen Hüttensiedlungen niederlassen („slums within slums“; Ali 1995).

Die Untersuchungsgebiete *Jahangirpuri* und die Hüttensiedlung *Motia Khan* sind hingegen besonders durch direkte Zuwanderungen geprägt. Dabei ist im Falle von *Motia Khan* der Zugang zu Flächen für den Hüttenbau ganz eindeutig bestimmt durch soziale Netzwerke auf Basis der Familie, Kaste oder regionalen Herkunft. So wird die Flächenvergabe für Neuankömmlinge bzw. Kinder der Erstmigranten innerhalb der Gemeinschaft bestimmt, was innerhalb der heterogenen gesamten Hüttensiedlung zu homogenen Inseln führt. Neuankömmlinge ohne Kontakte müssen hingegen entweder eine Fläche oder eine Behelfsunterkunft (auf dem Dach einer Hütte) anmieten.

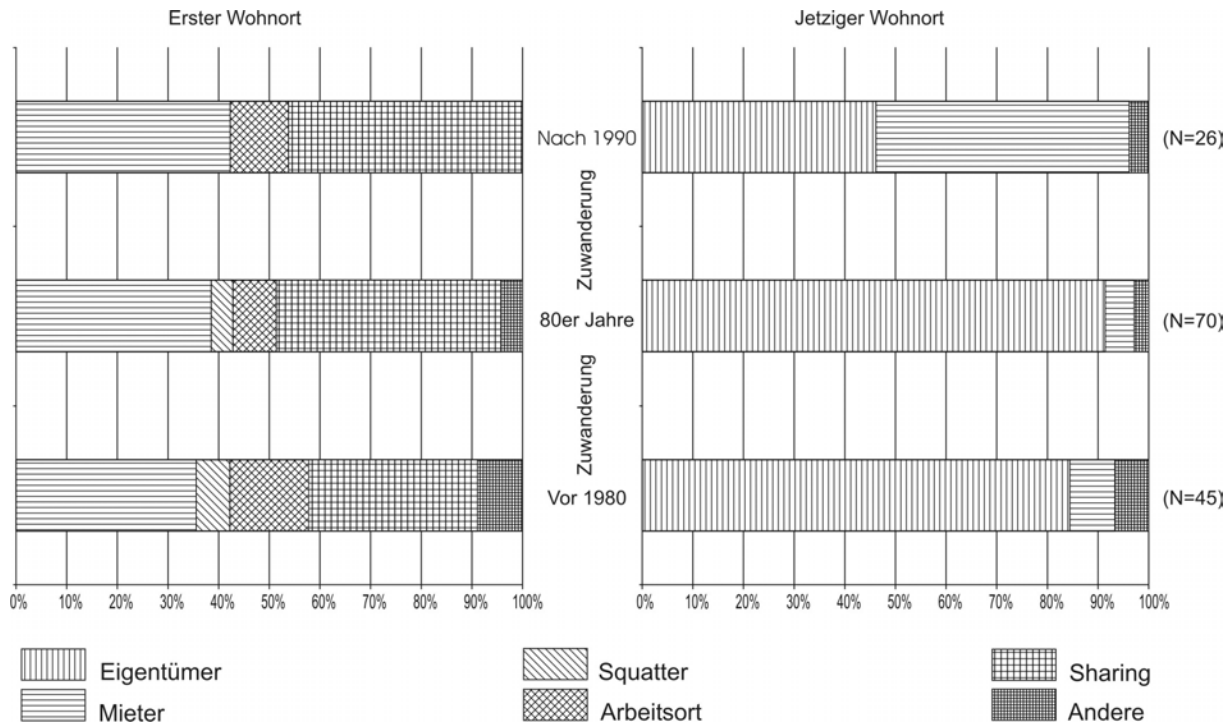
Insgesamt lässt sich festhalten, dass mittlerweile alle Wohngebiete unterer Sozial- bzw. Einkommensschichten, d.h. *squatter*-Siedlungen, *Urban Villages*, Umsiedlungsprojekte und semi-legale Siedlungen eine Funktion als Brückenkopf übernehmen. Dabei kann es sich sowohl um Mietwohnverhältnisse als auch um eine geteilte Unterkunft mit Freunden, Bekannten oder Familie mit oder ohne Miete handeln. Ganz eindeutig wird dabei die Wahl des ersten Wohnortes in der Megastadt Delhi durch das Vorhandensein persönlicher Kontakte bestimmt, zumeist basierend auf familiären Beziehungen oder regionaler Herkunft. Nur knapp 10 % der befragten Haushaltsvorstände gaben als Grund für die Wahl des ersten Wohnsitzes die Nähe zu Arbeitsmöglichkeiten an, obwohl nicht unerwähnt bleiben darf, dass sich die Wohngebiete *Sangam Vihar* (Industriegebiet

Okhla), *Jahangirpuri* und *Sraddhanand Park* (Industriegebiet *Wazirpur*, *New Sabzi Mandi* = Gemüsegroßmarkt) in der Nähe zu formellen als auch informellen Erwerbsmöglichkeiten befinden. Für die in den untersten Segmenten des informellen Sektors tätige Bevölkerung der Hüttensiedlung *Motia Khan* ist hingegen die zentrale Lage fast unerlässlich (z.B. Schuhputzer, Straßenverkäufer im Zentrum). Das ist der Hauptgrund dafür, dass die mittlerweile stattgefundene Umsiedlung in die Peripherie durch das Wegfallen der Arbeitsmöglichkeit bzw. die entstehenden Transportkosten auf wenig Begeisterung stieß.

5. Konsolidierung

Die unterschiedliche Lage des ersten Wohnortes im Vergleich zum jetzigen Wohnort am Beispiel der Migranten der semi-legalen Siedlungen *Sangam Vihar* und *Sraddhanand Park* (vgl. Abb. 5) gibt einen ersten Hinweis, dass die von Schenk (1986) festgestellte „Residential Immobility in Urban India“ zumindest nicht vollständig zutreffend sein kann. So haben ca. 35 % der Haushaltsvorstände der beiden Siedlungen einen, weitere über 30 % zwei innerstädtische Umzüge vollzogen. Mehr als zwei Wohnortwechsel sind v.a. auf häufige Mietkündigungen zurückzuführen. Demgegenüber unternahmen die Bewohner des Umsiedlungsprojektes *Jahangirpuri* mit über 50 % nur einen intraurbanen Wanderungsschritt. Zu einem großen Teil handelt es sich hierbei um die Originalbevölkerung, d.h. die in den 1970er und 1980er Jahren zwangsumgesiedelte ehemalige Bevölkerung der über die gesamte Stadt verstreuten Hüttensiedlungen. Im Unterschied dazu sind die ab Ende der 1970er direkt in die Hüttensiedlung *Motia Khan* zugewanderten Migranten als immobil zu bezeichnen. Umzüge finden, wenn überhaupt, nur innerhalb der Hüttensiedlung statt. Bei diesen klassischen *squatters* handelt es sich demnach um die Gruppe der „*non-achievers*“, die selbst nach einem längeren Aufenthalt in der Stadt den Sprung aus der Hüttensiedlung nicht geschafft haben oder trotz z.T. vorhandener finanzieller Möglichkeiten aufgrund der sozialen Bindungen keinen Umzug wollen. Es ist dieser Teil der unteren Einkommens- und Sozialschichten, für den *Schenks* Feststellung als zutreffend zu gelten hat.

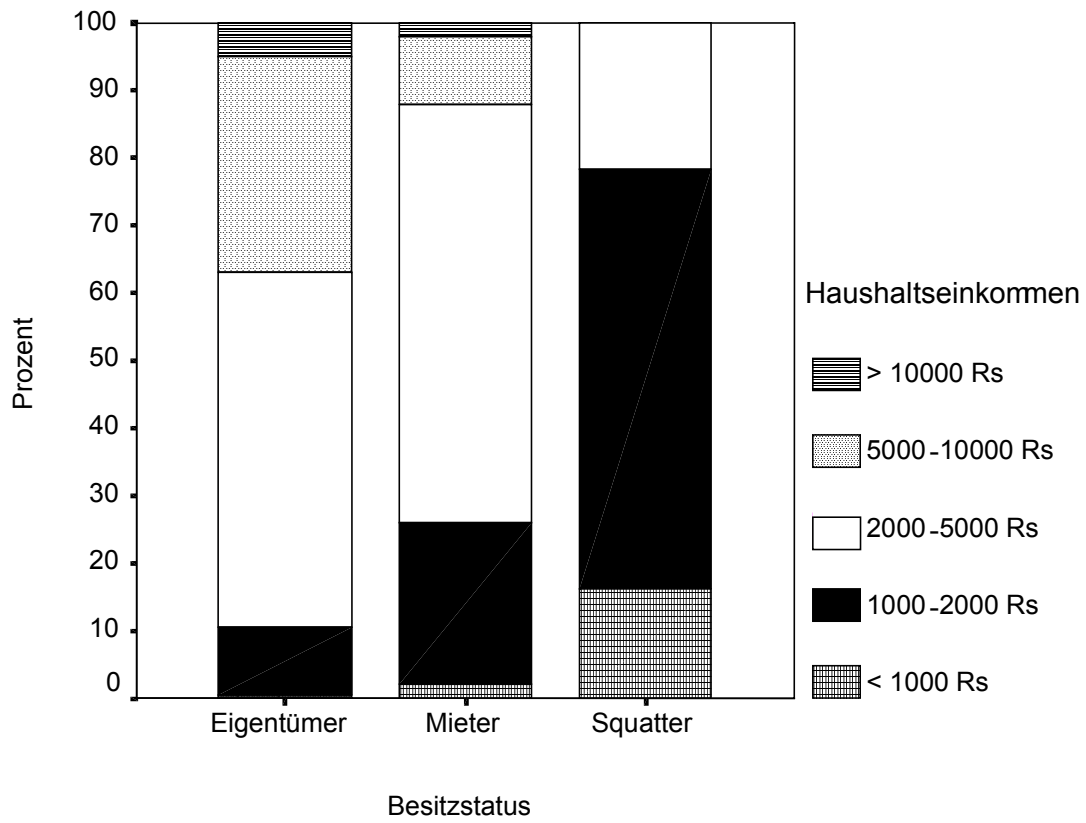
Wie sieht aber nun der weitere Werdegang der Migranten in der Megastadt Delhi aus, die weitere innerstädtische Wanderungen vollzogen haben? Lässt sich die von Turner (1968) festgestellte Transition vom Mieter zum Eigentümer, d.h. der zweite oder folgende Wanderungsschritt zum Zweck des Eigentumserwerbs feststellen? In Abb. 6 wird am Beispiel der Haushaltsvorstände der Wohngebiete *Sangam Vihar* und *Sraddhanand Park* der Besitzstatus des ersten mit dem jetzigen Wohnort verglichen. Wie zuvor beschrieben, wird der Besitzstatus des ersten Wohnortes der neuen Zuwanderer bestimmt durch die Gruppen der Mieter und *Sharer*, die auch in den Hüttensiedlungen vorzufinden sind. Demgegenüber ist der Anteil der klassischen *squatter* eher gering und liegt unter dem Anteil der Unterkunft am Arbeitsplatz. Insgesamt ergeben sich nur geringe Unterschiede in der Struktur der Besitzverhältnisse des ersten Wohnsitzes über die drei Zuwanderungsperioden. Während keiner der Migranten direkt nach der Zuwanderung Eigentum in Form eines Grundstückes in einer semi-legalen Siedlung erworben hat, so haben mit Blick auf den Besitzstand des jetzigen Wohnortes die Zuwanderer vor 1990 schon zu einem großen Teil die Transition vom Mieter-*Sharer* zum Eigentümer vollzogen. Demgegenüber haben die Migranten der 1990er Jahre erst zu ca. 40 % diesen Sprung geschafft, und befindet sich ungefähr der gleiche Anteil noch in Mietverhältnissen, wobei es sich zumeist um die direkt nach *Sangam Vihar* und *Sraddhanand Park* zugewanderten Personen handelt. Somit ist natürlich die Aufenthaltsdauer in der Megastadt ein entscheidendes Kriterium für den Eigentumserwerb bzw. die Transition vom *bridgeheader* zum *consolidator*, da damit zumeist auch ein zumindest geringer ökonomischer

Abb. 6: Vergleich des Besitzstatus zwischen erstem und jetzigem Wohnort

Quelle: Eigene Erhebung.

Aufstieg z.B. durch ein zwar geringes, aber sicheres Einkommen auch im informellen Sektor verbunden ist. Ein Vergleich des Haushaltseinkommens verschiedener Besitzstatuskategorien (vgl. Abb. 7) zeigt, dass die jetzigen Eigentümer über einen größeren finanziellen Spielraum verfügen als Mieter und *squatter*. Demgegenüber scheinen die finanziellen *constraints* insbesondere in der Gruppe der *squatter* ihre Immobilität zu bedingen, während in der Gruppe der Mieter entweder ein Eigentumserwerb durch eine geplante Rückkehr ins Heimatdorf nicht in Betracht gezogen wird oder das Einkommen der Unterstützung der im Dorf zurückgebliebenen Familie dient. Dabei darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass die Eigentümerhaushalte zu einem großen Teil mehrere Einkommen besitzen, d.h. dass sich z.B. mehrere Brüder oder Eltern mit den Familien der Söhne das Haus bzw. Grundstück teilen, so dass Eigentümerhaushalte einen weit höheren Anteil an den Haushalten mit mehr als fünf Personen haben als Mieter oder *squatter*. Bei Mietern dominieren hingegen die zu erwartenden Ein- bis Zwei-Personen-Haushalte.

Der zweite bzw. weitere innerstädtische Wanderungsschritte sind somit durch das Motiv des Eigentumserwerbs geprägt: 50 % der Haushaltsvorstände nannten diesen Migrationsgrund an erster Stelle. Die Wahl des Wohngebietes wird dabei durch die sog. Umwelt-constraints, in Delhi besonders die Struktur des legalen städtischen Wohnungsmarkts bestimmt. Das vom Output unzureichende und preislich auch schon für mittlere Einkommensschichten unerschwingliche Angebot an Wohnraum bzw. Grundstücken führt dazu, dass die semi-legalen, durch illegale Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen entstandenen peripheren Siedlungen die zum größten Teil einzig realisierbare Möglichkeit des Eigentumserwerbs in einem eingeschränkten Handlungsspielraum darstellen. Es sind somit die sog. *unauthorized colonies*, in denen die von Turner definierten *consolidators* zu finden sind. Großflächige Invasionen sind an der Peripherie der Agglomeration Delhi nicht bzw. kaum vorhanden.

Abb. 7: Vergleich des Haushaltseinkommens verschiedener Besitzstatuskategorien

Quelle: Eigene Erhebung.

Mittlerweile finden sich in und um die Agglomeration Delhi über 1.000 semi-legale Siedlungen unterschiedlicher Größenordnung und Alters, wobei der Prozess der illegalen physischen Verstädterung, von Bentinck (2000) im Titel seiner Dissertation als „Unruly Urbanisation“ bezeichnet, immer weiter in das Umland vordringt. Die letztendliche Auswahl eines Gebietes zum Zweck des Grundstückserwerbs wird dabei neben finanziellen Aspekten – Lage und Stadium im Konsolidierungsprozess bestimmen den Preis – vor allem wie schon die Lage des ersten Wohnsitzes durch das Vorhandensein sozialer Netzwerke besonders auf Basis der regionalen Herkunft bestimmt. So ergibt sich in den *unauthorized colonies* zwar eine sehr heterogene Bevölkerungsstruktur (Religion, Kaste, Herkunft)⁵, dennoch finden sich auch hier kleine homogene Cluster mit einer Bevölkerung gleicher Herkunft. Es gilt wie für Gesamt-Delhi das Prinzip der „globalen Dispersion – lokalen Konzentration“.

⁵ Sangam bedeutet z.B. Vereinigung.

6. Zusammenfassung

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass innerstädtische Wanderungsbewegungen unterer Sozial- und Einkommenschichten, insbesondere für Migranten, bisher für Indien bzw. zumindest für das Beispiel Delhi unterschätzt wurden. Die „Residential Immobility“ trifft nur auf die klassischen *squatter*, die Gruppe der „*non-achievers*“ zu, die zu einem großen Teil die untersten Sozialschichten Indiens bilden und denen ein zumindest geringer Aufstieg bisher verwehrt blieb, in Delhi immerhin ca. 25 % der Bevölkerung. Für sie werden auch weiterhin Zwangswanderungen und eine immer weiter voranschreitende Marginalisierung Realität und Zukunft bleiben.

Der Bedeutungsverlust des Zentrums als Rezeptionsgebiet, die Tatsache, dass alle Viertel der Unterschicht mittlerweile die Funktion als erste Auffangstation erfüllen, sowie die festgestellte Transition vom Mieter/Sharer zum Eigentümer, die verbunden ist mit einem auf die Peripherie gerichteten Wanderungsschritt, zeigen erstaunliche Ähnlichkeiten zu den bekannten Modellen. Unterschiede ergeben sich auf kleinräumiger Ebene besonders durch das Wirken sozialer Netzwerke.

7. Literaturverzeichnis

- Ali, S., 1995: Environment and Resettlement Colonies of Delhi. New Delhi
- Bähr, J., 1976: Siedlungsentwicklung und Bevölkerungsdynamik an der Peripherie der chilenischen Metropole Groß-Santiago. In: Erdkunde, Bd. 30: 126-143
- Bähr, J., 1986: Innerstädtische Wanderungsbewegungen unterer Sozialschichten und peripheres Wachstum lateinamerikanischer Metropolen. In: Eichstätter Beiträge 18. Regensburg: 143-177
- Bähr, J.; Mertins, G., 2000: Marginalviertel in Großstädten der Dritten Welt. In: Geographische Rundschau, Bd. 52, H. 7/8: 18-25
- Bähr, J.; Wehrhahn, R., 1995: Polarization Reversal in der Entwicklung brasilianischer Metropolen? Eine Analyse anhand demographischer Indikatoren am Beispiel von Sao Paulo. In: Erdkunde, Bd. 49, H. 3: 213-231
- Banerjee, B., 1998: Migration Motivation, Family Links, and Job Search Methods of Rural-to-Urban Migrants in India. In: Bilborrow, R.E. (Hrsg.): Migration, Urbanization, and Development: New Directions and Issues. New York: 187-219
- Bentinck, J., 2000: Unruly Urbanisation on Delhi's Fringe: Changing Patterns of Land Use and Livelihood [Nederlandse Geografische Studies, No. 270]. Groningen / Utrecht
- Census of India, 1961: District Census Handbook. Delhi
- Census of India, 1971: District Census Handbook. Delhi
- Census of India, 1981: District Census Handbook. Delhi
- Census of India, 1991: General Population Tables and Primary Census Abstract – Delhi. New Delhi (= Series-31, Part II-A&B)
- Census of India, 2001: Provisional Population Totals – Delhi. New Delhi (= Series 8, Paper 2 of 2001, Rural-Urban Distribution of Population)
- Conway, D.; Brown, J., 1980: Intraurban relocation and structure: Low-income Migrants in Latin America and the Caribbean. In: Latin American Research Review, Bd. 15: 95-125

- Dräger, S., 1992: Ausmaß und Muster innerstädtischer Wohnstandortwechsel von Migranten in Mombasa – eine empirische Untersuchung am Beispiel unterschiedlicher Sozialgruppen. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 36, H. 1-2: 61-76
- Feldbauer, P. et al., 1997: Megalopolis Mexiko. In: ders. et al. (Hrsg.): Mega-Cities: Die Metropolen des Südens zwischen Globalisierung und Fragmentierung. Frankfurt a.M.: 281-302
- Hofmann, E., 1992: Veränderungen in den Zugangsmöglichkeiten zu Boden und Wohnraum und ihre Auswirkungen auf die Migrationsstrukturen in Kumasi/Ghana. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 36, H. 1-2: 49-60
- Husa, K.; Wohlschlägl, H., 1997: „Booming Bangkok“: Eine Megastadt in Südostasien im Spannungsfeld von Metropolisierung und Globalisierung. In: Feldbauer, P. et al. (Hrsg.): Mega-Cities: Die Metropolen des Südens zwischen Globalisierung und Fragmentierung. Frankfurt a.M.: 113-150
- Krafft, T., 1996: Delhi: Von Indraprastha zur Hauptstadt Indiens. In: Geographische Rundschau, Bd. 48, H. 2: 104-112
- Lindert, P.v., 1991: Moving up or Staying down? Migrant-Native Differential Mobility in La Paz. In: Urban Studies, Bd. 28: 433-463
- Mertins, G., 1985: Raumzeitliche Phasen intraurbaner Migrationen unterer Sozialschichten in lateinamerikanischen Großstädten. In: Ibero-Amerikanisches Archiv, N.F. 11: 315-332
- Misra, B. et al., 1998: Delhi Metropolis: Housing and Quality of Life. In: Misra, R.P.; Misra K. (Hrsg.): Million Cities of India. New Delhi: 196-228
- Ozo, A.O., 1986: Residential Location and Intra-urban Mobility in a Developing Country: Some Empirical Observations from Benin City, Nigeria. In: Urban Studies, Bd. 23: 457-470
- Planning Department, Govt. of NCT Delhi, 2002: Economic Survey of NCT Delhi 2001-2002. New Delhi
- Pugh, C., 1990: Housing and Urbanisation: A study of India. New Delhi et al
- Register General, India, 1999: Compendium of India's Fertility and Mortality Indicators 1971-1997. New Delhi
- Sample Registration System, 1999: SRS-Bulletin; Vol. 33(1)
- Sample Registration System, 2000: SRS-Bulletin; Vol. 34(1)
- Sample Registration System, 2001: SRS-Bulletin; Vol. 35(1)
- Sample Registration System, 2002: SRS-Bulletin; Vol. 36(1), erhältlich im Internet: <http://www.censusindia.net/vs/srs/bulletins>
- Schenk, H., 1986: Residential Immobility in Urban India. In: Geographical Review, Bd. 76: 184-194
- Strobel, R., 1998: Delhi: Hauptstadt, Wirtschaftszentrum und Lebensraum. In: Journal für Entwicklungspolitik, Bd. 14, H. 4: 389-406
- Town and Country Planning Organisation, 1975: Jhuggi-Jhonpri Settlements in Delhi, Part II. New Delhi
- Turner, J.C., 1968: Housing Priorities, Settlement Patterns, and Urban Development in Modernizing Countries. In: Journal of the American Institute of Planners, Bd. 34: 354-363
- United Nations, 2002: World Urbanization Prospects: The 2001 Revision-Data Tables and Highlights.[URL:<http://www.un.org/esa/population/publications/wup2001/wup2001dh.pdf> vom 28.05.02]
- Ward, P.M., 1976: Intra-City Migration to Squatter Settlements in Mexico-City. In: Geoforum, Bd. 7: 369-382

Migration und Bevölkerungsentwicklung an der nördlichen Peripherie Russlands

Daniel Göler

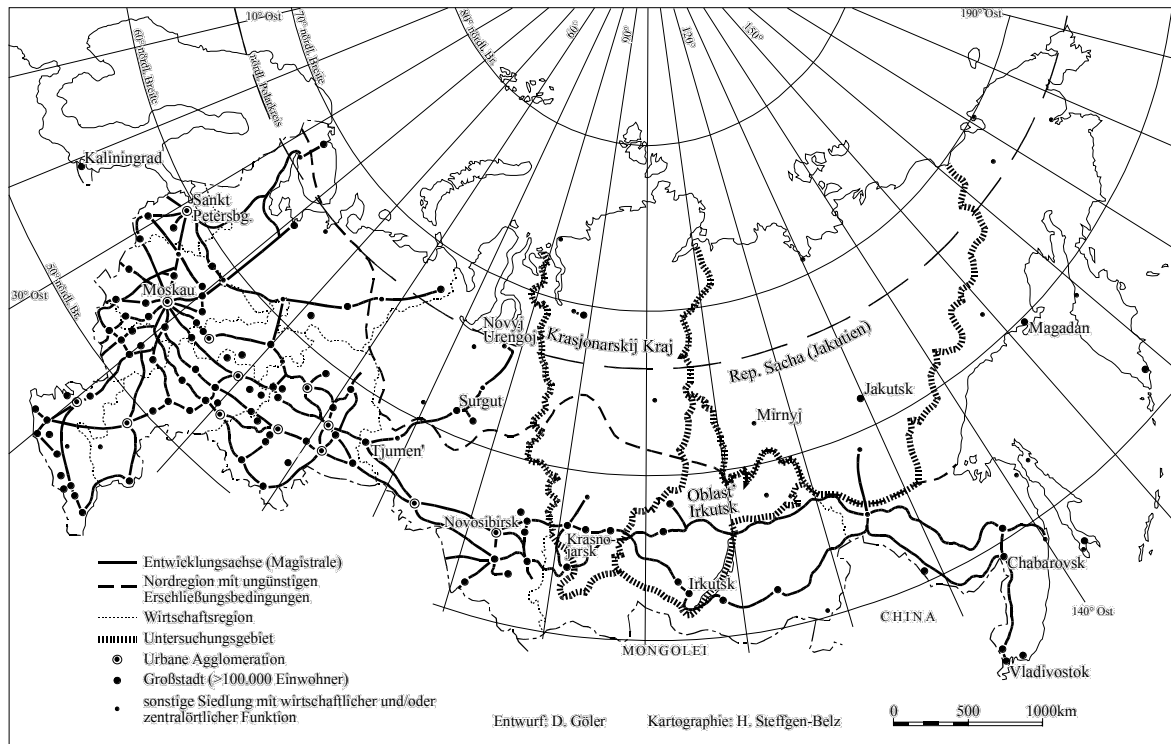
Socio-economic transition in the post-socialist era meant a significant change of migration in the Russian Federation as the successor state of the former Soviet Union. During the 1990s most of the northern regions had a dramatic decline in population. Out-migration and depopulation especially seems to be a problem of the remote areas; some of the settlements in the northern periphery lost a large part of their inhabitants. This article is focusing on aspects of migration in three regions of Eastern Siberia and the Far East: Krasnoyarsk Krai, Irkutsk Oblast, and the Republic of Sakha (Yakutiya).

1. Einleitung

Die Randbereiche des menschlichen Lebensraumes gelten als ausgesprochen labile Lebens- und Wirtschaftsräume. Auch die Besiedelung des nördlichen zirkumpolaren Raumes war bzw. ist ständigen (positiven wie negativen) Veränderungen unterworfen; selbst kleinste Modifikationen der Rahmenbedingungen sind dort i.d.R. mit weitreichenden Folgen verbunden. Belege dafür ließen sich sowohl aus Nordamerika, als auch für Skandinavien oder die eurasiatischen Landmassen anführen. Für die Bewohner der nördlichen Peripherieräume bedeutet das, dass ihre alltägliche Lebensführung mannigfaltigen Gefahren unterliegt. Im Falle der russischen Nordregionen bürgte lange Zeit der sowjetische Staat für die Lebensgrundlage unter derartigen Risikobedingungen.

Die epochalen politischen Veränderungen zu Beginn der 1990er Jahre lösten im damaligen Ostblock eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisensituation aus. Eines der augenscheinlichsten Kennzeichen der post-sozialistischen Transformation in Russland ist ein massiver Bevölkerungsschwund in den Nordregionen. Dahinter verbirgt sich quantitativ und qualitativ eine der bedeutendsten Bevölkerungsumschichtungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Außerhalb des Betrachtungsgebietes allerdings wird das Beziehungsgeflecht zwischen Migrationen einerseits und der Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung an der nördlichen Peripherie Russlands andererseits trotz seiner flächenhaften Dimension und der Tiefgründigkeit der ausgelösten raumstrukturellen Wandlungsprozesse nur wenig wahrgenommen.

Die Migrationsprozesse, die im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrages stehen, sind zum überwiegenden Teil Ausdruck einer jüngeren Destabilisierung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in der nördlichen Peripherie. Sie stellen damit eine der möglichen Bewältigungsstrategien der Betroffenen dar.

Abb. 1: Die Russische Föderation – Raumstrukturen im Überblick

Quelle: Lappo 1997: 346; Lappo/Hönsch 2000: 52; Wein 1999a: 85

2. Der Russische Norden – vom Perspektivraum zur Krisenregion

Die Raumstruktur der Russischen Föderation ist von erheblichen Disparitäten bestimmt. Gemessen an Kriterien wie abseitig-randliche Lage, Zentrenferne oder auch Außenabhängigkeit sind weite Teile des Landes zur Peripherie zu zählen. In besonderem Maße gilt das für die russischen Nordregionen (vgl. Abb. 1), welche in der sowjetischen Raumplanung als eigene Raumkategorie ausgewiesen wurden. Die Kriterien der Zuordnung zum „Nahen“ und „Hohen“ bzw. „Fernen Norden“¹ waren bzw. sind im Wesentlichen die extremen naturräumlichen Bedingungen (Permafrost, Klima), die Infrastrukturarmut bzw. Infrastrukturferne des Raumes, die überdurchschnittlich hohen Erschließungskosten sowie eine dünne Besiedelung, insbesondere in den subarktisch-arktischen Bereichen in Sibirien und im Fernen Osten.

Trotz dieser widrigen, teilweise lebensfeindlichen Bedingungen galt der Norden in der Sowjetunion als ausgesprochener Perspektivraum; insbesondere die sibirisch-fernöstlichen Nordgebiete waren ab den 1960er Jahren Ziel umfangreicher Erschließungsmaßnahmen. Die Pioniergrenze („Erschließungsfrontier“) wurde binnen kurzer Zeit weit in den nördlichen Grenzbereich der Ökumene vorgeschoben.

¹ Heute ist die Bezeichnung „Hoher Norden und ihm gleichgestellte Gebiete“ gebräuchlich (Goskomstat Rossii 2003a). Im russischen Norden lebten 1990 auf einer Fläche von knapp 12 Mio. km² gerade einmal 12,9 Mio. Menschen (Semenov/Petrov 2001: 34); die Einwohnerzahl des gesamten Nordens entspricht heute etwa jener der Agglomeration Moskau.

Die Aktivitäten konzentrierten sich i.d.R. auf einzelne, dispers im peripheren Raum verteilte Standorte, an denen allerdings – vorwiegend im Bergbau – hohe Wertschöpfungen erzielt wurden und teilweise auch heute noch erzielt werden. Dazu wurden zahlreiche Dauersiedlungen errichtet, manche völlig isoliert und weit jenseits des Polarkreises gelegen. Neben den bekannten Beispielen neuer Städte wie Nižneartovsk (243.300 Einwohner 1992), Surgut (259.800), Novij Urengoi (90.200) oder Mirnyj (30.900; vgl. Lappo 1994) finden sich zahllose „Siedlungen städtischen Typs“ mit meist 5.000 bis 15.000, selten mehr als 20.000 Einwohnern. Diese Siedlungen sind i.d.R. ausgesprochen monofunktional ausgerichtet und haben häufig eine energie- oder industrie-wirtschaftliche Erwerbsbasis.

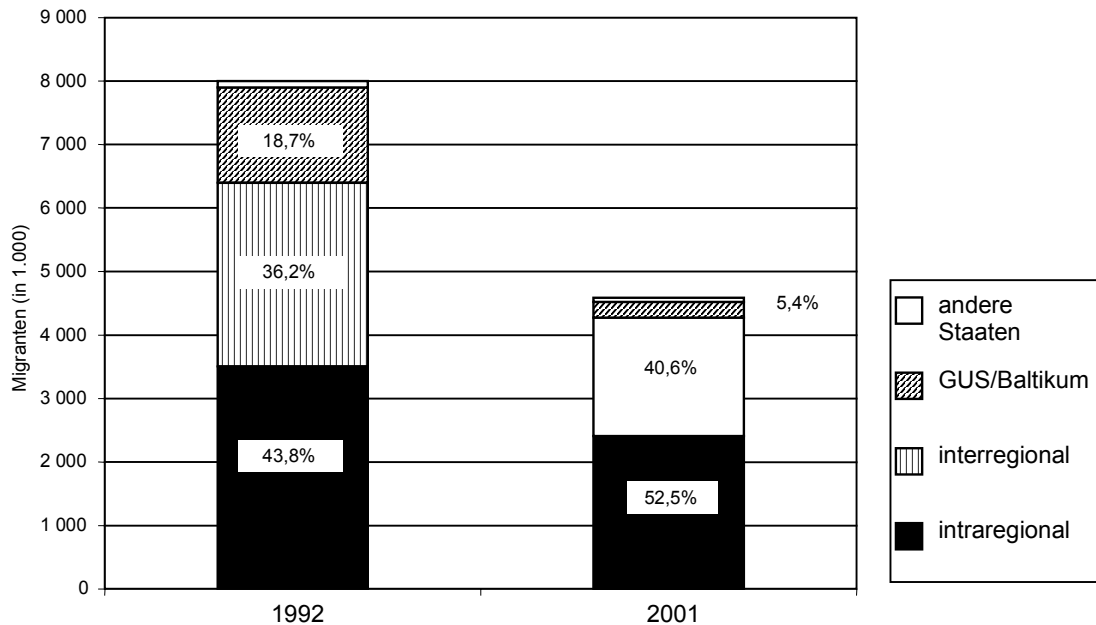
Das mit der Aufsiedlung einhergehende Bevölkerungswachstum wurde durch Zuwanderung aus allen Teilen der Sowjetunion, vorwiegend jedoch aus den europäischen Landesteilen, gespeist. Eine Folge dieser Migration ist, dass die Mehrheit der insgesamt sehr heterogen strukturierten Bevölkerung im sibirisch-fernöstlichen (also asiatischen) Norden mittlerweile slawischer Abstammung ist; v.a. in den Städten leben hohe Anteile Russen und Ukrainer. Jene allochthone Bevölkerung war über große Distanzen zugewandert, wurde mit materiellen Anreizen – z.B. einer gut bezahlten Beschäftigung – angeworben und war einst mit großen Hoffnungen ausgestattet. Außerhalb der Städte überwiegt autochthone Bevölkerung (vgl. Fedorova 1999: 83ff): Seit Generationen dort ansässige indigene Völkerschaften,² die teilweise noch ihren traditionellen Lebensweisen und Wirtschaftsformen nachgehen (was sie auch zu sowjetischer Zeit getan hatten, allerdings in anderen Organisationsformen).

Der politische Umbruch von 1991 bedeutete für den zuvor hochsubventionierten Hohen Norden eine einschneidende Zäsur. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Zerfall des sozialistischen Systems verlor die von Transferleistungen abhängige Region nicht nur die finanzielle Grundlage, sondern auch ihre organisatorische Basis (Klüter 2002: 12).

Im Verlauf der 1990er Jahre verstärkten sich die innerhalb der Russischen Föderation ohnehin bestehenden Disparitäten. Die nördliche Peripherie zählt dabei zu den Verlierern der Transformation; die Berichte über Versorgungsengpässe, Perspektivlosigkeit und gravierende soziale Probleme mehrten sich und wurden auch bei uns publik. Russlands Norden vollzog binnen weniger Jahre den Abstieg vom Perspektivraum zu einer Krisenregion, die von einem starken wirtschaftlichen Niedergang betroffen ist. In besonderem Maße gilt das für die extrem peripheren Regionen Ostsibiriens und des Fernen Ostens; neben der flächenhaften Marginalisierung ist dort auch zukünftig lediglich in wenigen Zentren zumindest eine Stagnation mit gewissen Entwicklungschancen zu erwarten (Brade 2002: 178).

Vor dem eingangs skizzierten Hintergrund höchst labiler Verhältnisse in derartigen Lebensräumen mussten die sozioökonomischen Umbrüche im Zug der Transformation fast zwangsläufig zu massiven Veränderungen der Migration sowie der Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen führen.

² Amtliche Statistiken weisen 16 Völkerschaften des Nordens aus (Goskomstat Rossii 2003a: 213); die größten Gruppen sind die Nenzen, Evenken, Chanten, Tschuktschen und Ewenen. Die tatsächliche ethnische Differenzierung ist weitaus vielfältiger.

Abb. 2: Russische Föderation: Wanderungsvolumen 1992 und 2001

Quelle: Demografisches Jahrbuch der Russischen Föderation (Stadelbauer 2003: 37); Goskomstat Rossii 2003a.

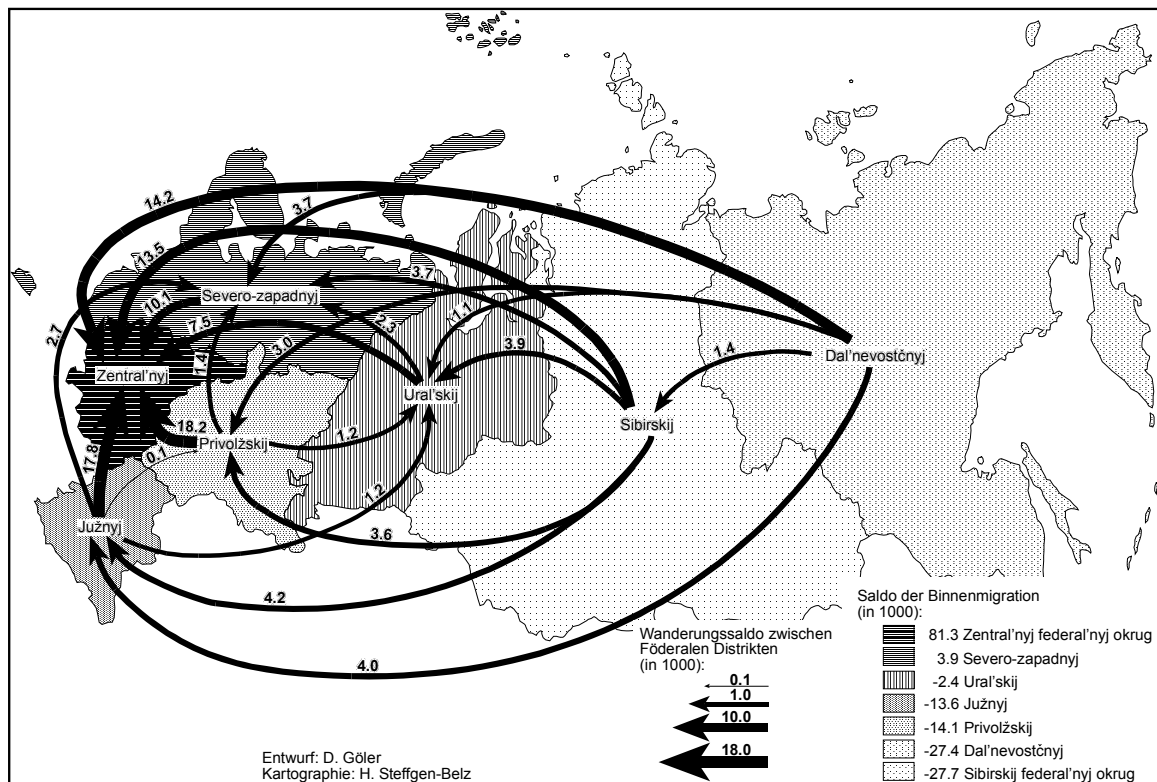
3. Migration in der Russischen Föderation während der 1990er Jahre

Die in westlichen Kreisen weit verbreitete Ansicht einer Intensivierung der Migrationen in der Russischen Föderation nach 1991 ist nur bedingt zutreffend. Die residentielle Mobilität nahm zunächst zwar tatsächlich leicht zu, sie schwächte sich jedoch zur Mitte der 1990er Jahre beträchtlich ab und liegt aktuell weit unter dem Niveau der 1980er Jahre (Stadelbauer 2003: 36). Das jährliche Wanderungsvolumen sank zwischen 1992 und 2001 von etwa 8 auf 4,5 Mio. ab (vgl. Abb. 2). Zugleich verschoben sich die Akzente: internationale Migrationen spielen eine geringere Rolle, während die Binnenwanderungen und insbesondere die intraregionalen Wanderungen einen deutlich höheren Stellenwert einnehmen.³

Das großräumliche Prinzip der post-sozialistischen Migration folgt in der Russischen Föderation einer eindeutigen Nord-Süd- und Ost-West-Richtung. Zahlreiche Verwaltungseinheiten im Norden und v.a. jene in Sibirien und im Fernen Osten wiesen nach 1991 jährlich negative Wanderungssalden auf, teilweise in erheblichen Größenordnungen (Beispiele bei Stadelbauer 2003: 39). Die Abwanderung aus dem sibirisch-fernöstlichen Norden ist eines der augenscheinlichsten Merkmale der postsozialistischen Migration und stellt zugleich die Umkehr der Wanderungsbewegungen der Sowjetzeit dar. Der Migrationsverlust des Hohen Nordens während der 1990er Jahre wird mit 1,2 Mio. Menschen beziffert, was etwa einem Zehntel seiner Bevölkerung entspricht (Semenov/Petrov 2001: 34).

³ Bei der internationalen Migration dominiert neben den Verflechtungen mit den baltischen Staaten und der GUS die (einseitige) Auswanderung nach Deutschland. Interregionale Migrationen sind Bewegungen zwischen den 89 Föderationssubjekten und intraregionale jene innerhalb dieser Verwaltungseinheiten (Goskomstat Rossii 2003).

Abb. 3: Migration in der Russischen Föderation 2002: Wanderungssaldo zwischen Föderalen Distrikten



Quelle: Goskomstat Rossii 2003

Neuere Statistiken deuten zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwar auf zurückgehende Abwanderungsraten im Norden und insgesamt auf eine Beruhigung des Wanderungsgeschehens hin. Die generelle Ost-West-Bewegung der Bevölkerung sowie die Verlagerung von der Peripherie zum Zentrum blieb jedoch auch 2002 bestehen (vgl. Abb. 3). Der Zentrale Föderale Distrikt hatte dabei den mit weitem Abstand positivsten Saldo, fünf der insgesamt sieben Distrikte lagen im negativen Bereich.

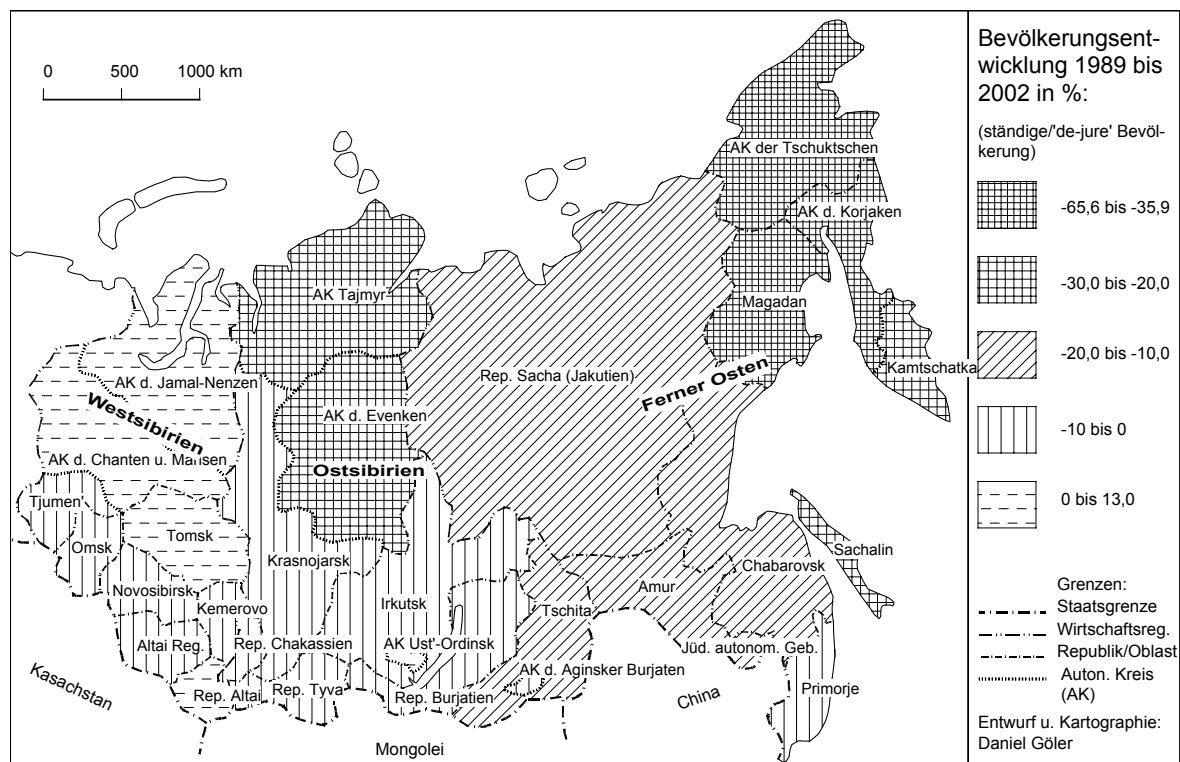
Der daraus resultierende Bevölkerungsschwund in Sibirien und im Fernen Osten⁴ hat zwischenzeitlich bereits dramatische Größenordnungen angenommen (vgl. Abb. 4): Nach neuesten Volkszählungsergebnissen verlor der Bezirk der Tschuktschen zwischen 1989 und 2002 fast zwei Drittel, die Oblast' Magadan mehr als 50 % der Einwohner.⁵ Regionen mit Zugewinnen liegen v.a. in den Gebieten der westsibirischen Erdöl- und Erdgasförderung.

Die Ebene der Föderationssubjekte ist allerdings ein sehr grobes Beobachtungsraaster (allein Jakutien ist neunmal größer als Deutschland!), weshalb im Folgenden der Fokus auf Entwicklungen innerhalb der sibirisch-fernöstlichen Regionen Krasnojarskij Kraj, Irkutsker Oblast' sowie die Republik Sacha (Jakutien) (vgl. Tab.1) gerichtet wird.

⁴ Die Bevölkerungsveränderungen hängen hauptsächlich mit Migrationen zusammen, denn in den meisten Nordgebieten waren während der 1990er Jahre die natürlichen Salden ausgeglichen oder positiv. Die anhaltende Abwanderung junger Bevölkerungsgruppen und ein in den letzten Jahren geändertes generatives Verhalten bleibt allerdings auch hier nicht ohne Folgen (Suknëva/Mostachova 2002). Die demographische Krise Russlands hat mit zeitlicher Verzögerung auch die Peripherie erfasst.

⁵ Bezug ist hier die sog. ständige (de-jure) Bevölkerung.

Abb. 4: Bevölkerungsveränderungen in Sibirien und im Fernen Osten – Vergleich der Volkszählungsergebnisse vom 12.1.1989 und 9.10.2002



Quelle: Goskomstat Rossii 1998: 50-53; Goskomstat Rossii 2003b: 9-11.

Tab. 1: Fläche und ständige Bevölkerung der Beispielregionen (Ergebnisse der Volkszählung vom 9. Okt. 2002)

Gebiet	Einwohner (in 1000)	Fläche (in 1000 qkm)	Dichte (Einw. je qkm)
Krasnojarskij Kraj	2966,2	2339,7	1,3
<i>dar. Autonomer Kreis Tajmyr</i>	39,8	862,1	0,05
<i>dar. Ewenkischer Autonomer Kreis</i>	17,7	767,6	0,02
Oblast' Irkutsk	2581,6	767,9	3,4
<i>dar. Autonomer Kreis Ust'-Ordinsk</i>	135,3	22,4	6,0
Republik Sacha (Jakutien)	948,1	3103,2	0,3
Gesamt	6495,9	6210,8	1,1

Quelle: Goskomstat Rossii 2003a: 5-7

4. Migration und Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Beispielregionen

4.1 Krasnojarskij Kraj

Die jüngere Bevölkerungsentwicklung im Krasnojarskij Kraj (vgl. Abb. 5), dessen nördlicher Teil (fast 90 % des Territoriums) dem Hohen Norden zugerechnet wird, zeigt die Dimension des Einwohnerschwundes, der in einigen Regionen mehr als ein Viertel der Einwohner beträgt. Solche extremen Verluste stellen v.a. ein Problem des peripheren Nordens dar. Die wenigen Gebiete mit positiver Tendenz liegen fast ausnahmslos im Süden des Kraj. Auffallend ist weiterhin, dass von den 20 Städten im Kraj nur fünf eine positive Einwohnerentwicklung aufweisen.

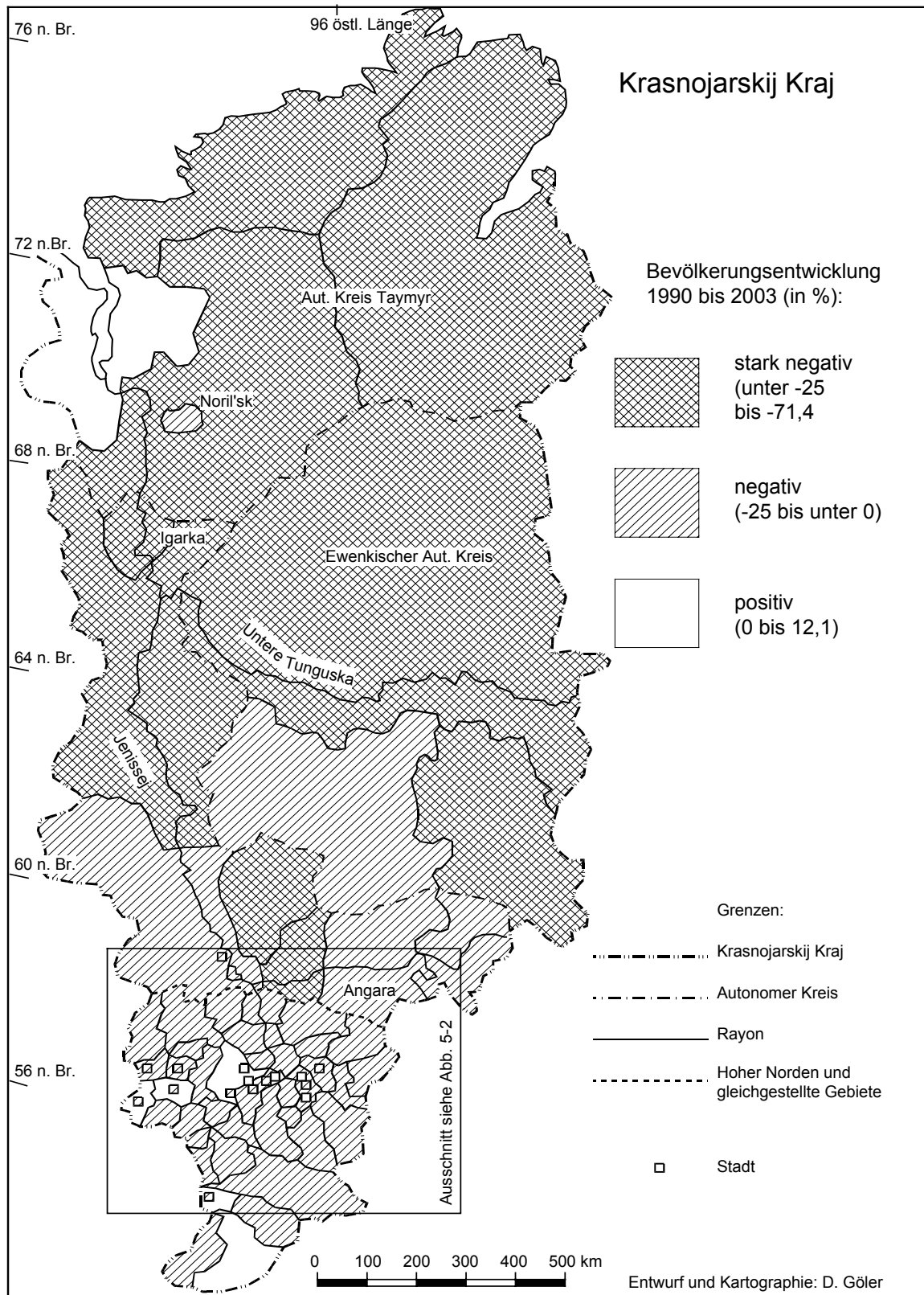
Eine zusätzliche Betrachtung der Migrationsalden auf Rayon-Ebene zeigt die Veränderungen der Tendenzen während der 1990er Jahre (Goskomstat Krasnojarsk 2003a, b): 1997 z.B. liegt noch eine klare Differenzierung zwischen Wanderungsverlierern und -gewinnern vor. Erstgenannte liegen hauptsächlich im Norden, letztere erstrecken sich im Süden auf einen Korridor, der etwa den Verlauf der Transsibirischen Eisenbahn nachzeichnet. Dieses Grundmuster hat auch 2002 bei insgesamt rückläufigem Wanderungsvolumen ansatzweise noch Bestand; allerdings scheint der generelle Trend der 1990er Jahre („je weiter nördlich das Gebiet, desto negativer seine Bevölkerungsentwicklung“) nicht mehr uneingeschränkt gültig.

4.2 Oblast' Irkutsk

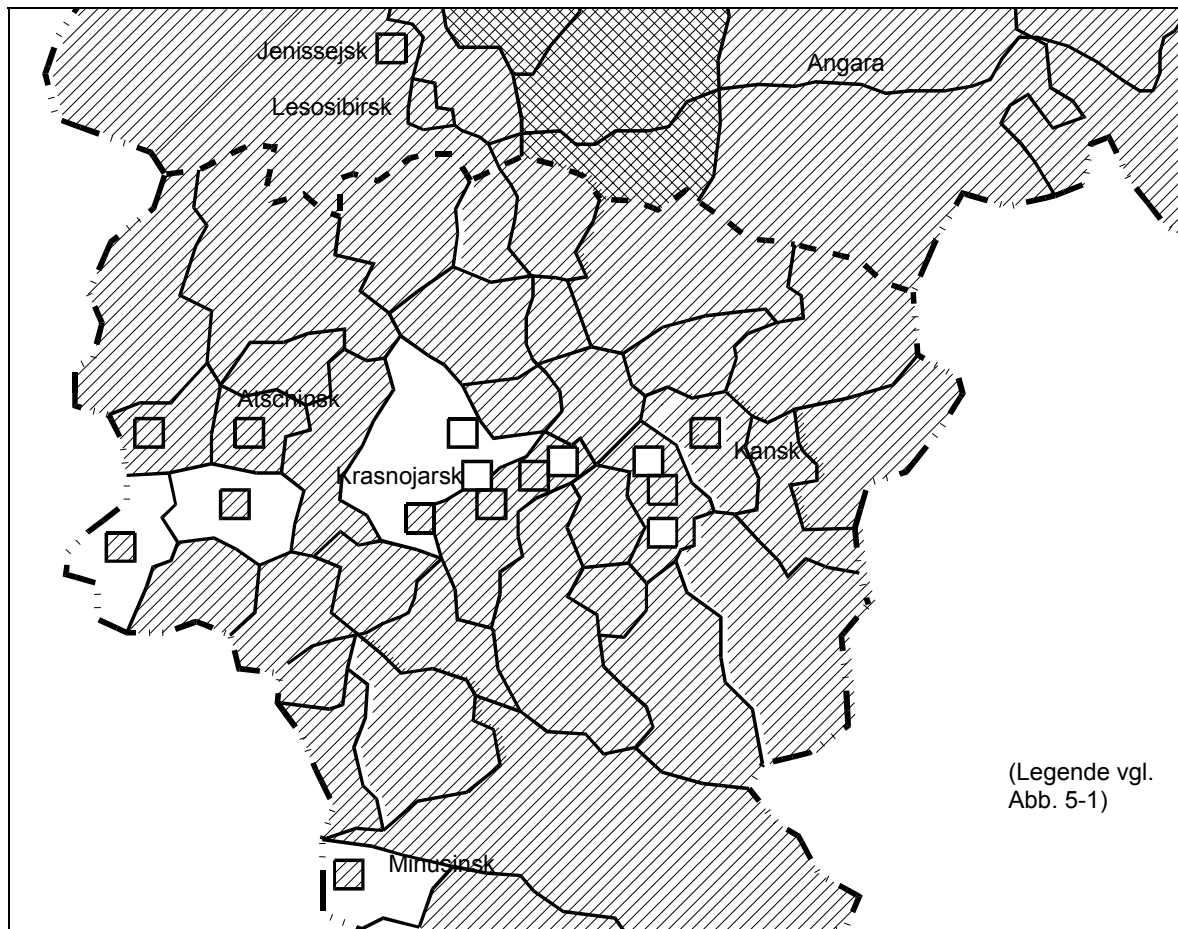
Die jüngere Bevölkerungsentwicklung der Rayone in der Oblast' Irkutsk verläuft in ganz ähnlichen Mustern. Die von Stadelbauer (2003: 39) festgestellten Entwicklungstypen verdeutlichen fast idealtypisch die Kausalbeziehung zwischen peripherer Lage und rückläufiger Bevölkerungsentwicklung. Die nördliche und nordöstliche Oblast' hat eine konstante Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen. Dort ist die Lage trotz einer vergleichsweise guten verkehrstechnischen Erschließung – das Gebiet wird von der BAM (Bajkal-Amur-Magistrale) durchschnitten – von Abwanderung gekennzeichnet, d.h. allein das Kriterium infrastruktureller Anbindung reicht offenbar nicht, dem Trend der Abwanderung aus peripheren Räumen nachhaltig entgegenzuwirken.

Stagnation bzw. Zunahme findet sich dagegen im Bereich der Gebietshauptstadt Irkutsk und um ein Städteband entlang der bereits erwähnten transsibirischen Eisenbahn, die im südlichen Sibirien eine Art Entwicklungsachse darstellt (vgl. Kap. 2 sowie Abb. 1). Die Tatsache negativer Entwicklung in den Städten selbst deutet – ähnlich wie sich bereits im benachbarten Krasnojarskij Kraj abzeichnete – auf beginnende Stadt-Umland-Verlagerungen (Wohnsuburbanisierung) hin.

Abb. 5-1: Bevölkerungsentwicklung im Krasnojarskij Kraj 1990 bis 2003



Quelle: Goskomstat Krasnojarsk (Hrsg.) 2003a und 2003b

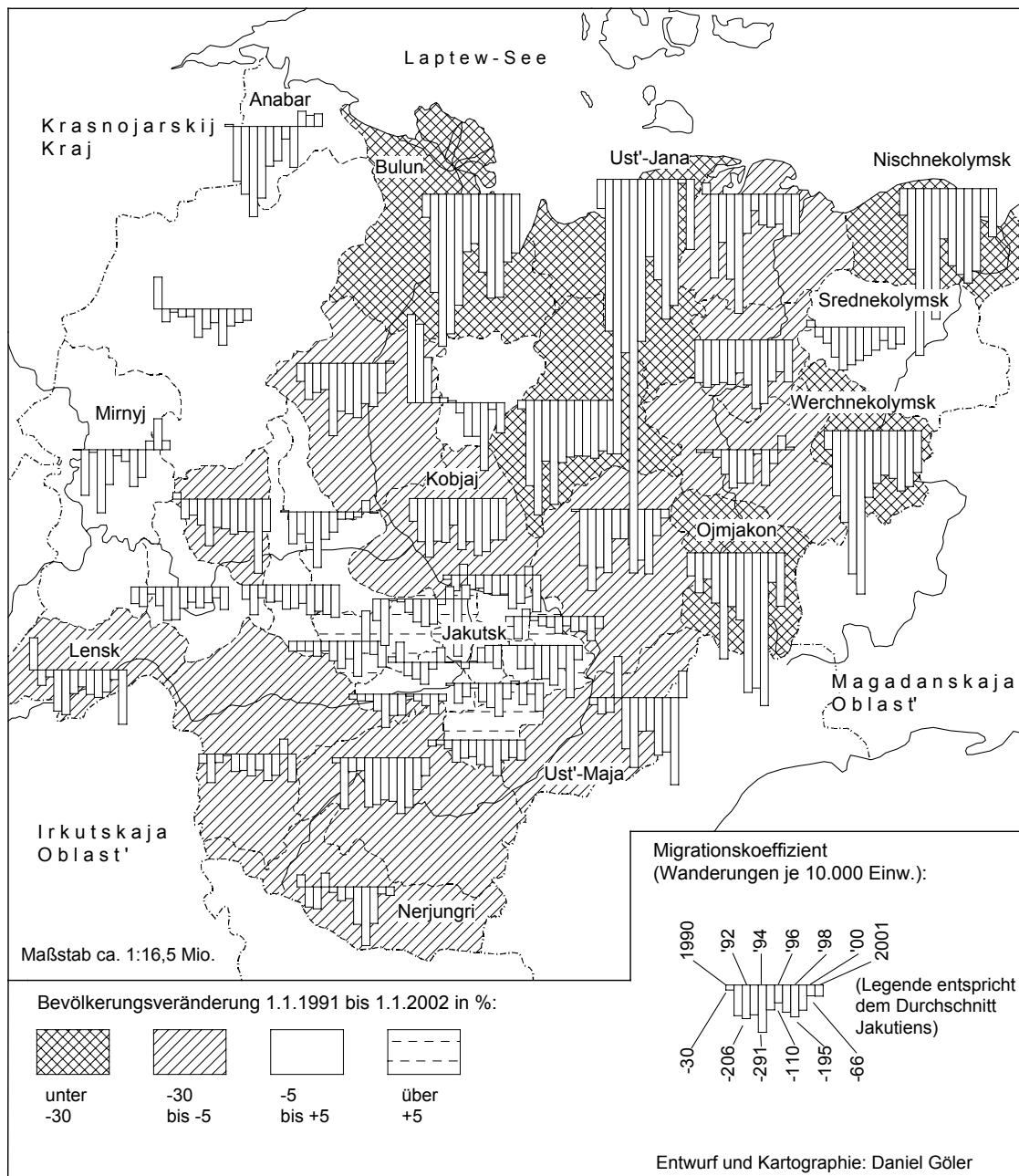
Abb. 5–2: Bevölkerungsentwicklung im Krasnojarskij Kraj (südlicher Teil)

Quelle: Goskomstat Krasnojarsk (Hrsg.) 2003a und 2003b

4.3 Republik Sacha (Jakutien)

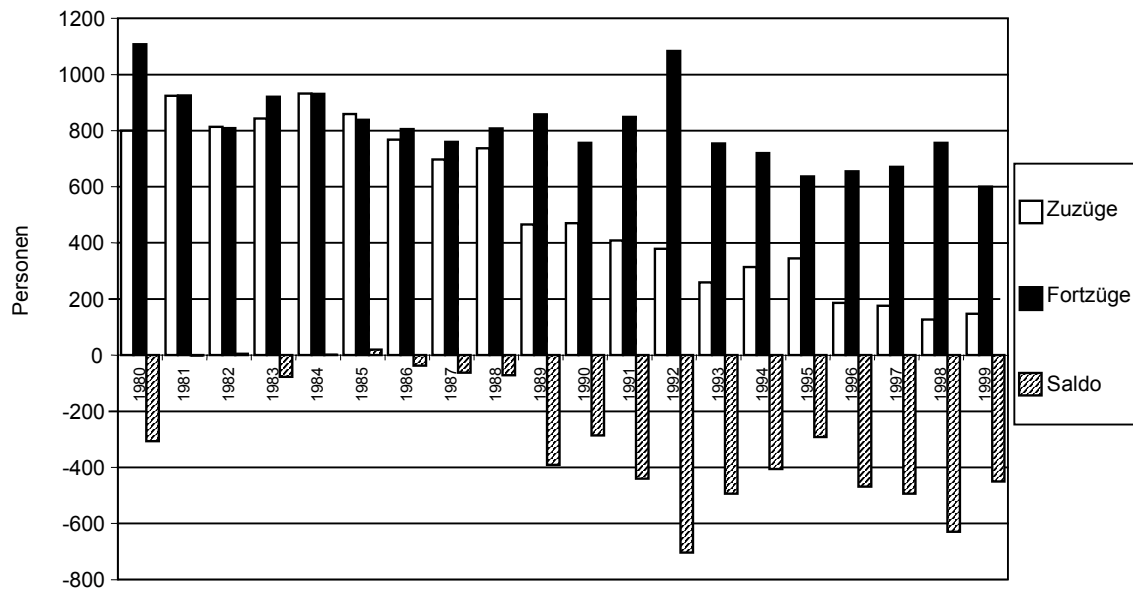
Stellenweise dramatische Entwicklung offenbart die regionale Differenzierung von Bevölkerungsentwicklung und Migrationskoeffizient in der Autonomen Republik Sacha (Jakutien) (vgl. Abb. 6), deren Territorium vollständig zum Hohen Norden gehört. Hier sind es – vergleichbar mit dem Norden des Krasnojarskij Kraj – zunächst generell die nördlichen Bezirke, welche die höchsten Verluste aufweisen. Fast alle jener Gebiete hatten jährlich negative Wanderungssalden, in einigen Fällen im Norden ist eine regelrechte Fluchtbewegung zu konstatieren (z.B. Bezirk Ust'-Janskij). Dort finden sich bereits zahlreiche totale Siedlungswüstungen; in Jakutien z.B. wurde bis Ende der 1990er Jahre jede fünfte Siedlung im offiziellen Sprachgebrauch „liquidiert“ (vgl. Göler 2002). Aber auch hier wird deutlich, dass sich die Lage allmählich normalisiert und sich mancherorts – auch in extrem peripheren Bereichen – positive Bevölkerungsentwicklungen nachweisen lassen. Im Besonderen trifft das auf Gebiete mit Standorten des in den letzten Jahren boomenden Diamantenbergbaus zu: Bezirke wie Mirnyj oder Anabar im nordwestlichen Jakutien verfügen dadurch über lokalspezifisch günstige und auch unter den neuen Verhältnissen offenbar konkurrenzfähige Wirtschaftsbedingungen, womit sich der leichte Umschwung der Bevölkerungsentwicklung erklären lässt.

Abb. 6: Bevölkerungsentwicklung und Migrationskoeffizient der Republik Sacha (Jakutien) zwischen 1990 und 2002



Quelle: Goskomstat Respubliki Sacha (Jakutija) (Hrsg.) 2001, 2002a und b

Abb. 7: Migrationsbilanz des Posëlok Sangar (Bezirk Kobjaj/Rep. Sacha)



Quelle: Angaben der Administration Sangar (Bezirk Kobjaj, Rep. Sacha/Jakutien)

5. Migration und raumstrukturelle Folgen auf lokaler Ebene

Die Folgen der mehr als ein Jahrzehnt andauernden Abwanderung aus der Peripherie Sibiriens und des Fernen Ostens sind im Hohen Norden allenthalben augenscheinlich geworden. Verlassene, abgebrannte oder eingestürzte Gebäude bestimmen das Bild zahlreicher devastierter Siedlungen. Ein Beispiel, welches fast schon prototypisch Werden und Wandel der jungen Siedlungen im Hohen Norden verkörpert, ist das erst um 1928 gegründete Sangar (Bezirk Kobjaj) im mittleren Jakutien. Der monostrukturierte Ort, der von Beginn an hauptsächlich vom Steinkohlebergbau lebte, verlor mit der Schließung des Bergwerkes 1997 endgültig seine wirtschaftliche Basis. Von ehemals 10.100 Einwohnern leben heute nur noch 5.900 dort, was einem Rückgang von über 40 % entspricht (Göler 2003).

Ursächlich für jenen Schwund ist weniger eine Zunahme der Abwanderung, als vielmehr das Ausbleiben der Zuwanderung (vgl. Abb. 7): Wurden 1988 noch 736 Zuzüge registriert, so waren es 1998 noch 127; gleichzeitig bewegte sich die Zahl der Fortzüge zwischen 600 und 1100 je Jahr. Als Resultat bleibt in der seit 1989 jährlich negativen Wanderungsbilanz ein wanderungsbedingter Einwohnerschwund von jeweils zwischen ca. 300 bis über 600 Personen.

Aus einer für das Jahr 1998 auf Basis der Meldescheine durchgeführten Analyse lassen sich, ergänzt durch Ergebnisse aus Interviews mit Einwohnern, weitere Details Aussagen zur Migration treffen:

- Bei knapp 38 % der Migranten (vgl. Tab. 2) liegen die Ziele innerhalb Jakutiens, eindeutig präferiert (von fast 90 %) werden die Wirtschaftszentren Jakutsk, Nerjungri und Mirnyj. Für einen Großteil (mehr als 60 %) jedoch liegen die Destinationen – im Grunde wie früher auch – außerhalb Jakutiens. Knapp 20 % der Migranten bleiben dabei in Sibirien, nicht selten führen Migrationen jedoch über große Distanzen ins europäische Russland. Das hängt damit zusam-

Tab. 2: Wanderungsziele und Geburtsorte der Abwanderer aus Sangar (1998)

Wirtschaftsregion/ GUS-Staat	Migranten (Haushalte)		Geburtsorte (Haush.Vorst.)	"Rückkehrer"	
	Anzahl	in %		Anzahl	in %
Zentrum	65	10,6	39	17	43,6
Wolga	32	5,2	17	11	64,7
Nordkaukasus	40	6,5	19	10	52,6
Ural	36	5,9	40	20	50,0
Westsibirien	55	9,0	41	15	36,6
Ostsibirien	63	10,3	65	29	44,6
Sacha (Jakutien)	230	37,6	229	129	56,3
Ukraine	26	4,3	105	20	19,0
sonst.	64	10,5	56	13	23,2
Gesamt	611	100,0	611	264	43,2

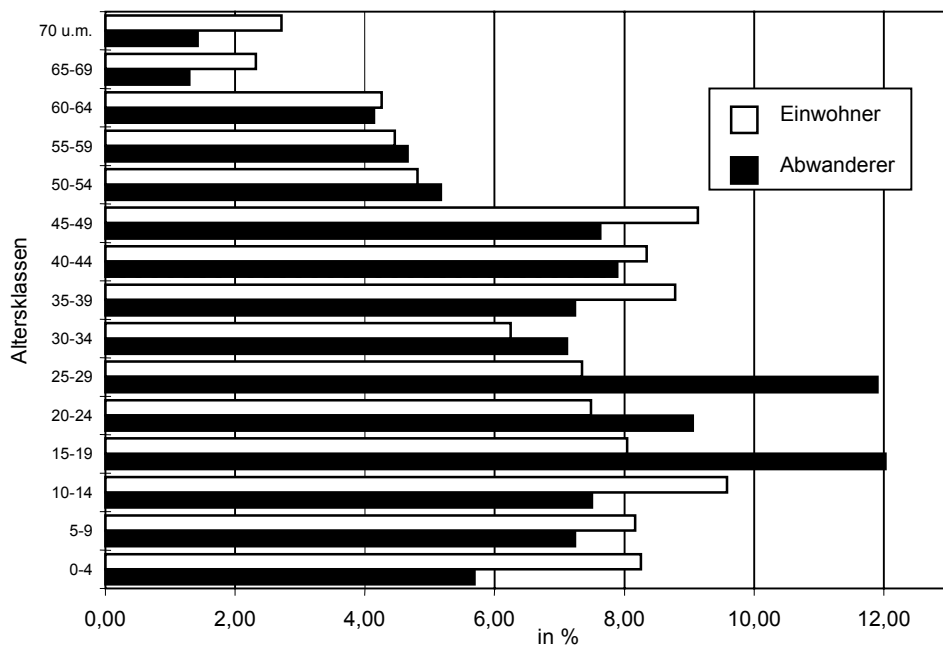
Quelle: Angaben des Instituts für Regionalökonomie der Akademie der Wissenschaften, Jakutsk (Basis: Meldeunterlagen).

men, dass der Anteil allochthoner Bevölkerung in Siedlungen wie Sangar sehr hoch ist; viele der Umsiedler kehren in ihre ehemaligen Herkunfts- bzw. Heimatregionen zurück. Die 10,6 % Migranten in die zentrale Region unterstreichen zudem die Anziehungskraft der Moskauer Agglomeration. Insgesamt handelt es sich fast ausschließlich um den Typus der Stadt-Stadt-Wanderungen, kaum 10 % ziehen in eine ländliche Siedlung.

- Fast drei Viertel (73,8 %) der Abwanderer sind bereits vor dem politischen Umbruch zugezogen bzw. sie sind seit Geburt in Sangar ansässig. Der Herkunftsort determiniert in hohem Maß das Wanderungsziel (vgl. Tab. 2): Bei einigen Zielgebieten ist der Anteil an *return migrants* besonders hoch (Wolga, Nordkaukasus, Ural) – insofern bemerkenswert, da es sich um Distanzen über mehrere Tausend Kilometer handelt. Und von den 26 aus Sangar in die Ukraine umgesiedelten Haushalten stammten 20 ursprünglich von dort. Zahlreiche Migranten geben auch als Wanderungsmotiv die „Rückkehr zu einem früheren Wohnort“ an; aus Befragungen in Sangar ergaben sich ebenfalls Hinweise auf Migrationsnetzwerke als Erklärungsansatz.
- Ein Blick auf die Altersstruktur der Migranten (vgl. Abb. 8) zeigt, dass im Vergleich zur Gesamtbevölkerung v.a. die jüngeren Altersgruppen überrepräsentiert sind. Auch 50- bis 59-Jährige sind relativ stark vertreten, da in den Nordregionen in vielen Berufen mit 50 Jahren bereits das Rentenalter erreicht ist.

Die Abwanderung ist, auch das haben die Befragungen ergeben, ökonomisch hochgradig selektiv, denn allein der logistische Aufwand (Transport, Wohnung am Zielort etc.) übersteigt bereits die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten vieler potentieller Migranten. Aus gutem Grund spricht man in diesem Zusammenhang von „Fallenstädten“ (Wein 1999b: 914): Ehemals mit guten Perspektiven in den Norden umgesiedelte Fachkräfte sind – ohne staatliche Hilfen – heute gleichsam gefangen in den peripheren Siedlungen. „Wir würden gerne wegziehen, lieber heute als morgen. Aber wir können es uns nicht leisten. Und überhaupt: wohin?“ – so lautet sinngemäß eine immer wieder ähnlich geäußerte Interviewsequenz.

Abb. 8: Vergleich der Altersstruktur von Einwohnern und Abwanderern aus Sangar (1998)



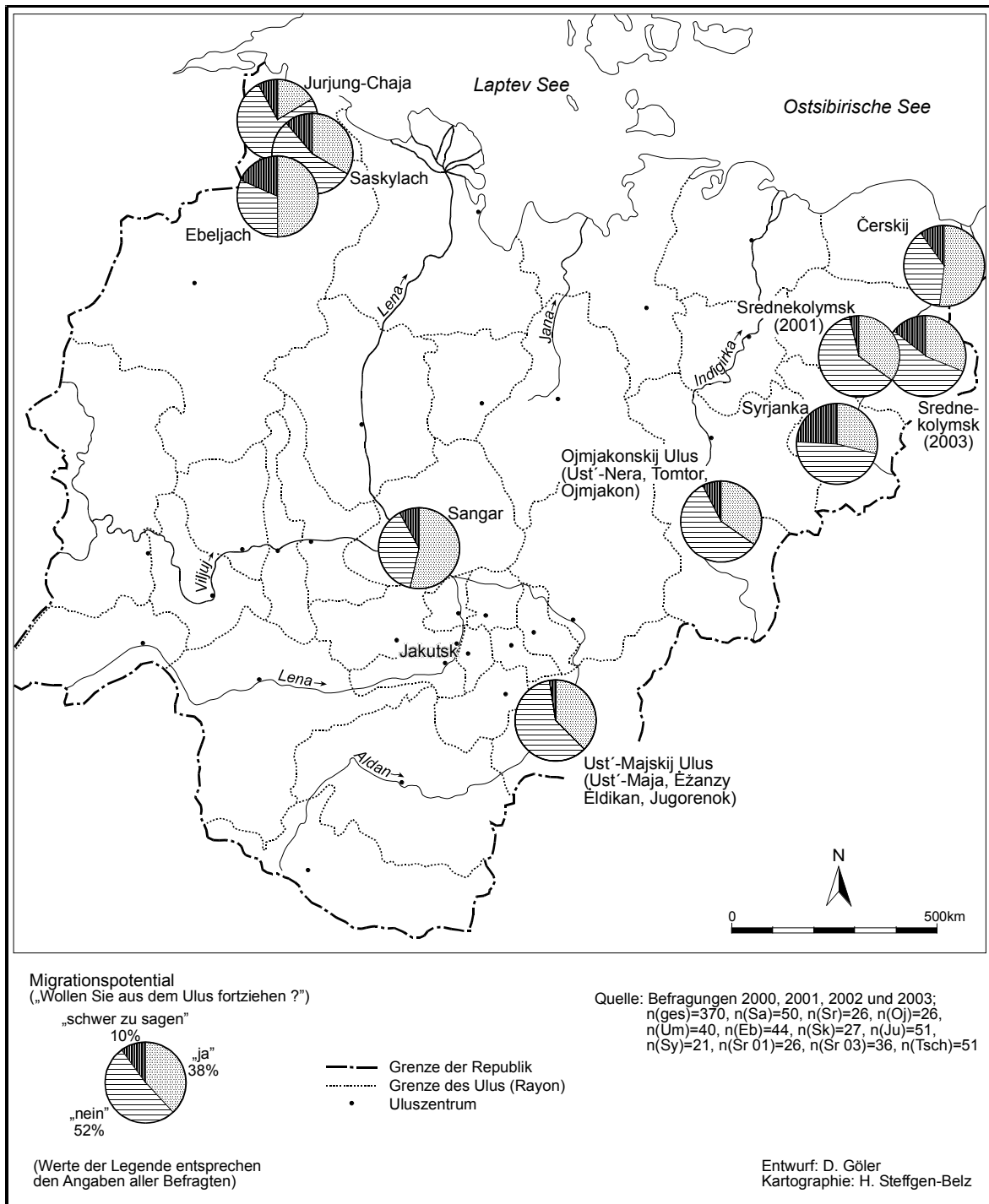
Quelle: Unterlagen des Instituts für Regionalökonomie der Akademie der Wissenschaften, Jakutsk; Goskomstat Respubliki Sacha (Jakutija) 2001

6. Migrationspotentiale

Auch in Zukunft wird im russischen Norden in größerem Umfang mit Abwanderungen zu rechnen sein. Entsprechende Befragungen in peripheren Siedlungen Jakutiens ergaben Anteile potentieller Migranten von bis zu 50 % (vgl. Abb. 9). Ein räumliches Muster ist dabei weniger erkennbar, eher eine Differenzierung nach Siedlungstypen. Orte wie Sangar und Čerskij z.B. zählen dabei zum Typus „sterbender Städte“ (Gorjaëenko/Puškarëv 1997) bzw. „Fallenstädte“. Èbeljach dagegen ist eine durch Diamantenbergbau wirtschaftlich prosperierende Siedlung mit vergleichsweise guten Lebensbedingungen und (trotz extrem peripherer Lage) positiver Einwohnerentwicklung; dennoch liegt der Anteil potentieller Migranten auch dort bei der Hälfte. Die meisten der oft jungen, allein-stehenden Arbeitskräfte sehen Èbeljach (wie früher) nur als Übergangs-Wohnort an.

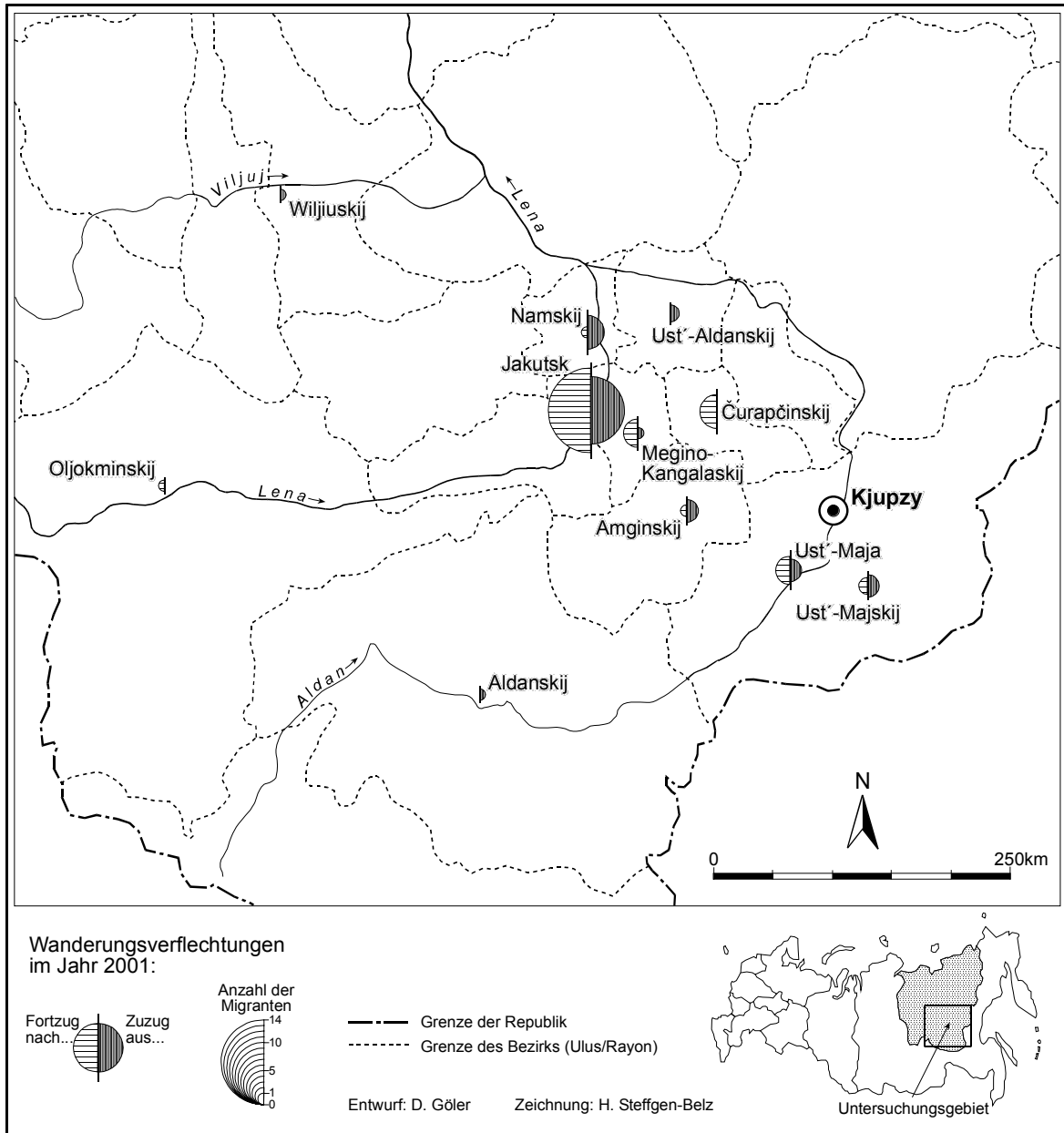
Geringer sind die Migrationspotentiale in den nicht-städtischen Siedlungen: Jurjung-Chaja, Saskylach oder Srednekolymsk verkörpern den Typ ländlicher Siedlungen mit relativ hohen Anteilen autochthoner Bevölkerung. Exemplarisch für die Migrationsmuster der Einwohner peripherer ländlicher Siedlungen steht das Beispiel Kjúpzy (vgl. Abb. 10), ein kleines Dorf mit 698 Einwohnern und 42 Fort- und 30 Zuzügen (2001): Die stärksten Verflechtungen bestehen mit der Hauptstadt Jakutsk und nur ein Teil jener Bewohner, die oft zu Ausbildungszwecken dorthin wechseln, kehrt wieder zurück. Und selbst die Rückkehrer sind wiederum potentielle Migranten – z.B. Lehrer, die nach Beendigung der Ausbildung aufs Land versetzt werden, dort jedoch keinesfalls ihre weitere Lebensperspektive sehen und das Leben auf dem Dorf bei nächster Gelegenheit gegen eine Zukunft in den Zentren des Landes eintauschen werden.

Abb. 9: Migrationspotentiale in der Republik Sacha (Jakutien)



Quelle: eigene Erhebungen

Abb. 10: Wanderungsverflechtungen von Kjupzy (ländliche Siedlung im Bezirk Ust'-Maja, Rep. Sacha/Jakutien)



Quelle: Unterlagen der Administration Kjupzy

7. Umsiedlungsprogramme

Angesichts der drängenden Problematik wurde in Russland bereits Mitte der 1990er Jahre ein umfangreiches Umsiedlungsprogramm aufgestellt (Wein 1999b: 915). In zwei Etappen sollte bis 2005 in südlichen Regionen der Russischen Föderation Wohnraum für Umsiedler aus dem Norden – zunächst vorwiegend für Pensionäre und langjährig Beschäftigte – geschaffen werden. Die in dem Programm genannten Zahlen muten gigantisch an: so sollten z.B. bis 2005 insgesamt 27 Mio. km² Wohnraum geschaffen werden. Die Kosten dafür wurden auf 14.516 Milliarden Rubel (zu Preisen von 1994) beziffert (Rossijskaja Gazeta 152 (1263) vom 8. August 1995). Den meisten

Bewohnern im Norden können solche Zahlen, werden sie heute damit konfrontiert, kaum mehr ein Lächeln abringen – zu weit liegen Anspruch und Wirklichkeit auseinander.

In den Genuss der geplanten, staatlich finanzierten Umsiedlungsmaßnahmen kamen im Untersuchungsgebiet bislang hauptsächlich die Einwohner der offiziell aufgelassenen („liquidierten“) Siedlungen. Quantitativ fallen die Umsiedlungen allerdings nur wenig ins Gewicht.⁶ Das liegt u.a. daran, dass sie äußerst kostenintensiv sind, wie ein Beispiel verdeutlicht: Die Evakuierung der letzten 363 Bewohner einer kleinen Goldgräbersiedlung (Olčan) im östlichen Jakutien 1997/98 beispielsweise erforderte Mittel in Höhe von 12,1 Mio. Rubel, was umgerechnet etwa 5.000 Euro je Person entspricht (Alekseev/Stoljarov 2000: 35) und für örtliche Verhältnisse eine gewaltige Summe darstellt.

Eine vollständige Aufgabe der Siedlung war mit der Evakuierung nicht verbunden, vielmehr wurde der im Hohen Norden nicht seltene Übergang zur sog. Wacht- oder Expeditionsmethode (Wein 1999a: 102f) – einem Schichtsystem mit mehrtägigen bis mehrwöchigen Arbeitsaufenthalten – vollzogen: D.h. die permanente Besiedelung wurde zugunsten einer temporären Bewirtschaftungsform (im vorliegenden Fall ein nur saisonal betriebener Bergbau) mit periodisch wiederkehrenden Migrationen zurückgenommen. Aus ökonomischer Sicht ist das derzeit wohl die sinnvollste Art der Problembewältigung. Sie ist aber nur an Standorten mit hoher Wertschöpfung tragfähig, wenn nämlich die Kosten für Siedlung und Infrastruktur von privatwirtschaftlicher Seite (z.B. vom Betreiber einer Mine) übernommen werden.

8. Fazit und Bewertung

Die Migration und Bevölkerungsentwicklung der nördlichen Peripherie Russlands ist zunächst durch flächenhafte Bevölkerungsverluste in den drei untersuchten Gebieten gekennzeichnet: absolut am stärksten sind sie mit ca. 200.000 Einwohnern (mehr als 6 % der Bevölkerung) im Krasnojarskij Kraj, mit etwa 12 % der Bevölkerung treten sie relativ am stärksten in Jakutien in Erscheinung – allerdings mit einer erheblichen regionalen Differenzierung. Insgesamt ist die Migration in der Russischen Föderation peripher-zentral gerichtet; entsprechend den Vorstellungen eines Gravitationsmodelles üben die zentralen Gebiete im europäischen Russland und insbesondere die Agglomeration Moskau eine ungebrochene Anziehungskraft aus. Innerhalb der Abwanderungsgebiete in Sibirien und im Fernen Osten sind überproportionale Bevölkerungsverluste v.a. im Hohen Norden augenscheinlich geworden (vgl. Tab. 3). So entfällt der Rückgang im gesamten Krasnojarskij Kraj zu drei Vierteln auf die Nordregionen. Dort beträgt die Abnahme 22 %. Im südlichen Kraj dagegen sind es nur etwa 2 %, was etwa dem Wert der Oblast' Irkutsk entspricht.

Zur Differenzierung nach Lage- bzw. Regionstypen tritt die Unterscheidung nach Siedlungskategorien. Generell liegt im Hohen Norden der Rückgang der städtischen über dem der ländlichen Bevölkerung. In südlicheren Bereichen dagegen verhält es sich umgekehrt: Die ländliche Bevölkerung weist dort mehr Verluste auf, d.h. die Tendenzen in den weniger peripheren Regionen deuten auf stärkere städtische Entwicklung bzw. auf kleinräumige Stadt-Umland-Verlagerungen hin. Der Faktor der nördlich-peripheren Lage scheint einen stärkeren Einfluss auszuüben als die Unterscheidung zwischen Stadt und Land. Gestützt wird das durch die Tatsache, dass die Irkutsker Oblast'

⁶ Geplant ist die Übersiedlung von insgesamt etwa 1,5 Mio. Bewohnern des Hohen Nordens; Schätzungen zur Zahl der tatsächlich notwendigen Umsiedlungen bewegen sich zwischen 2,5 und 5,5 Mio. (Semenov/Petrov 2001: 34).

Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung nach Siedlungstyp bzw. Raumkategorie

Bezugsjahr und Veränderung	Bevölkerung (in 1000)				
	Gesamt	städtisch	ländlich	Nordregion	"Süden"
Krasnojarskij Kraj					
1990	3161,2	2339,4	821,9	675,9	2485,3
2003	2961,9	2245,3	716,6	529,4	2432,5
Differenz abs.	-199,3	-94,1	-105,3	-146,5	-52,8
Differenz in %	-6,30	-4,02	-12,81	-21,67	-2,12
Irkutsk Oblast'					
1990	2798,4	2250,2	548,2		
2001	2734,7	2170,8	563,9		
Differenz abs.	-63,7	-79,4	15,7		
Differenz in %	-2,28	-3,53	2,86		
Rep. Sacha (Jakutien)					
1990	1111,6	743,4	368,2		
2002	982,9	633,9	349,0		
Differenz abs.	-128,7	-109,5	-19,2		
Differenz in %	-11,58	-14,73	-5,21		
Russische Föderation (Volkszählungsergebnisse)					
12.1.1989	147021,9	107959,0	39062,9		
9.10.2002	145181,9	106470,2	38711,7		
Differenz abs.	-1840,0	-1488,8	-351,2		
Differenz in %	-1,25	-1,38	-0,90		

Quelle: Goskomstat Rossii 2003a; Goskomstat Respubliki Sacha (Jakutija) 2002b; Goskomstat Krasnojarsk 2003a; Goskomstat Irkutsk 2002; www.gks.ru/PEREPIS/predv.htm (20.10.2003)

(die nur zu einem kleinen Teil zur Nordregion gehört) von den drei betrachteten Gebieten anteilig am wenigsten, Sacha/Jakutien (das vollständig im Hohen Norden liegt) dagegen prozentual am meisten Einwohner verloren hat. In der Peripherie bleiben nur wenige Städte bzw. städtische Siedlungen mit industriewirtschaftlichem Hintergrund als punktuelle Kristallisationskerne und potentielle Entwicklungspole bestehen (z.B. Jakutsk als Gebietshauptstadt oder Industriezentren wie Noril'sk, Mirnyj, Udačnyj etc.).

Die Abwanderungen stellen größtenteils Zwangsmigrationen dar, die ganz erheblich von äußeren Zwängen (*constraints*) gesteuert werden. Hinsichtlich der Wanderungsziele haben sich deutliche Hinweise auf die determinierende Wirkung von Netzwerken ergeben. Auch weitere Faktoren aus dem Bereich des „sozialen Kapitals“ (Haug 2000) wie z.B. die jeweiligen ökonomischen Potentiale oder persönlichen Fähigkeiten und privaten Kontakte spielen bei der Erklärung der individuellen Migrationsentscheidungen eine bedeutsame Rolle. Die – gegenüber der Abwanderung allerdings eher geringe – Zuwanderung scheint dagegen vorwiegend ökonomisch motiviert. Häufig trägt sie einen temporären Charakter: Teilweise in Form von periodisch-saisonalen Wanderungen oder aber als episodische, zeitlich begrenzte Wohnortverlagerung junger Arbeitskräfte im Bergbau oder in der Energiewirtschaft.

Es überlagern sich somit unterschiedlichste Migrationsformen. Ein großer Teil der Migranten in den europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion zählt (einschließlich der zweiten Generation der Zuwanderer) zu den *return migrants*; sie unterscheiden sich sowohl in der Distanz als auch in ihrer Motivation deutlich von den primary migrants aus der autochthonen Bevölkerung.

Als größte Gruppe dürfen die *stayers*, d.h. die (freiwillig oder erzwungen) ortsstete Bevölkerung nicht vergessen werden. In Zusammenhang mit Migrationen sind v.a. zwei Aspekte von Relevanz: Zum einen ist die gegenwärtige kontinuierliche Depopularisierung in dem ohnehin nur spärlich besiedelten Raum gleichbedeutend mit einer sinkenden Nachfrage. In der Tat ist die Versorgung der verbliebenen Einwohner mit bezahlbaren Waren und Dienstleistungen vielfach bereits zum Problem geworden. Zum anderen wird durch die demographische Selektivität der Migration (massive Abwanderung junger Bevölkerung) der Alterungsprozess in den Nordregionen weiter beschleunigt (vgl. Heleniak 2003). Semenov/Petrov (2001: 35) berichten von einzelnen Regionen, in denen sich im letzten Jahrzehnt der Anteil des Rentenalters in der Bevölkerungszusammensetzung verdreifacht hat.

War bislang im Norden stets von einer *Overpopulation* auszugehen, stellt sich in Zusammenhang mit der fortschreitenden Entleerung zukünftig vielleicht die Frage einer kritischen Untergrenze der Einwohnerzahl. Einer völligen Aufgabe der nördlichen Peripherie als Siedlungs- und Wirtschaftsraum stehen vor dem Hintergrund sich weltweit verknappender Ressourcen die handfesten ökonomischen Interessen entgegen; mit einer zunehmenden Ökonomisierung der Regionalentwicklung ist allerdings auch die weitere regionale Fragmentierung der nördlichen Peripherie Russlands vorgezeichnet.

9. Literaturverzeichnis

- Alekseev, P.E.; Stoljarov, A.M., 2000: Staratel'skaja dobyča zolota v uslovijach rynka, Jakutsk. [Die Goldgewinnung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen]
- Brade, Isolde (Hrsg.), 2002: Die Städte Russlands im Wandel. Raumstrukturelle Veränderungen am Ende des 20. Jahrhunderts. Beiträge zur Regionalen Geographie Bd. 57, Leipzig
- Fedorova, E.N., 1999: Naselenie Jakutii. Prošloe i nastojaščee (geodemografičeskoe issledovanie). ²Novosibirsk. [Die Bevölkerung Jakutiens. Vergangenheit und Zukunft]
- Göler, Daniel, 2002: Rückzug aus der nördlichen Peripherie. Räumliche Konsequenzen der Abwanderung aus dem Hohen Norden Sibiriens. In: Praxis Geographie 32, 1: 10-13
- Göler, Daniel, 2003: Raumstruktureller Wandel im sibirisch-fernöstlichen Norden. Regionale Fragmentierung der nördlichen Peripherie Russlands. In: Geographische Rundschau 55, 12: 26-33
- Gorjačenko, E.E.; Puškarev, V.M., 1997: Sibirskij gorod: problemy i perspektivy. In: Region 1997, 1: 44-55. [Die sibirische Stadt: Probleme und Perspektiven]
- GOSKOMSTAT Irkutsk (Hrsg.), 2002: Sozial'no-ekonomičeskoe položenie gorodov i rajonov oblasti v 2001 godu, Irkutsk. [Die sozioökonomische Lage der Städte und Bezirke der Oblast' im Jahr 2001]
- GOSKOMSTAT Krasnojarsk (Hrsg.), 2003a: Demografičeskij ežegodnik Krasnojarskogo Kraja 2002 god, Krasnojarsk. [Demographisches Jahrbuch des Krasnojarskij Kraj]
- GOSKOMSTAT Krasnojarsk (Hrsg.), 2003b: Sozial'no-ekonomičeskoe položenie gorodov i rajonov Kraja v 2001 godu, Krasnojarsk. [Die sozioökonomische Lage der Städte und Bezirke des Krajs im Jahr 2001]
- GOSKOMSTAT Respubliki Sacha (Jakutija) (Hrsg.), 2001: Demografičeskij ežegodnik Respubliki Sacha (Jakutija) 2000, Jakutsk. [Demographisches Jahrbuch der Republik Sacha (Jakutien)]
- GOSKOMSTAT Respubliki Sacha (Jakutija) (Hrsg.), 2002a: Statističeskij ežegodnik Respubliki Sacha (Jakutija) 2001, Jakutsk. [Statistisches Jahrbuch der Republik Sacha (Jakutien)]

- GOSKOMSTAT Respubliki Sacha (Jakutija) (Hrsg.), 2002b: Demografičeskij ežegodnik Respubliki Sacha (Jakutija) 2003, Jakutsk. [Demographisches Jahrbuch der Republik Sacha (Jakutien)]
- GOSKOMSTAT Rossii (Hrsg.), 1998: Naselenie Rossii za 100 let (1897-1997) – Population of Russia: 1897-1997 (statističeskij sbornik – statistical abstract), Moskva – Moscow 1998
- GOSKOMSTAT Rossii (Hrsg.), 2003: Rossijskij statističeskij ežegodnik 2001, Moskau 2001. [Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation]
- GOSKOMSTAT Rossii (Hrsg.), 2003a: Čislennost' i migrazija naselenija Rossijskoj Federazii v 2002 gody (statističeskij bjulleten'), Moskau. [Bevölkerungszahl und Migration in der Russländischen Föderation 2002]
- GOSKOMSTAT Rossii (Hrsg.), 2003b: O predvaritel'nych itogach vsrossijskoj perepisi naselenija 2002 goda. [Vorläufige Ergebnisse der russischen Volkszählung von 2002] [www.gks.ru/PEREPIS/predv.htm (20.10.2003)]
- Haug, Sonja, 2000: Klassische und neue Theorien der Migration. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Sozialforschung Nr. 30, Mannheim
- Heleniak, Timothy, 2003: Geographic Aspects of Population Aging in the Russian Federation. In: *Eurasian Geography and Economics* 44, 5: 325-347
- Klüter, Helmut, 2000: Der Norden Russlands – vom Niedergang einer Entwicklungsregion. In: *Geographische Rundschau* 52, 12: 12-20
- Lappo, Georgij M., 1994: Goroda Rossii. Ėnciklopedija, Moskau. [Die Städte Russlands]
- Lappo, Georgij M., 1997: Geografija gorodov. Moskau. [Stadtgeographie]
- Lappo, Georgij M.; Fritz W. Hönsch, 2000: Urbanisierung Rußlands. *Urbanization of the Earth; Urbanisierung der Erde*, Nr. 9, Berlin/Stuttgart
- Semenov, S.P.; Petrov, A.N., 2001: Demografičeskij crisis v rajonach Rossijskogo Severa: istoki i geografija. In: *Izvestija Rossijskogo Geografičeskogo Obščestva* 133, 3: 34-39. [Die demographische Krise im russländischen Norden]
- Stadelbauer, Jörg, 2003: Migration in den Staaten der GUS. In: *Geographische Rundschau* 55, 9: 36-44
- Suknëva, S.A.; Mostachova, T.S. (2002): Demografičeskoe razvitie regiona. Ozenka, prognos, politika. Novosibirsk. [Die demografische Entwicklung der Regionen]
- Wein, Norbert, 1999a: Sibirien. *Perthes Regionalprofile*, Gotha/Stuttgart
- Wein, Norbert, 1999b: Bevölkerungsbewegungen im asiatischen Russland. Migrationsströme in Sibirien und im Fernen Osten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In: *Osteuropa* 49, 9: 908-922